

**Die
Arbeiten
des
Statistischen
Bundesamtes
1971-1976**



VERLAG W. KOHLHAMMER

Die Arbeiten des Statistischen Bundesamtes 1971-1976

**Bericht für die 23. Tagung des Statistischen Beirats
am 18. Mai 1976 in Wiesbaden**



**Herausgeber: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden
Verlag: W. Kohlhammer, Stuttgart und Mainz**

Abgeschlossen am 31. März 1976

Erschienen im April 1976

Nachdruck — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe gestattet

Preis: DM 10,—

Bestellnummer 110300-76 0000

Druck: Carl Ritter & Co., Wiesbaden

Inhalt

	Seite
Vorwort	5
 1 Schwerpunkte und Probleme der Weiterentwicklung des statistischen Gesamtbildes	 7
1.1 Anforderungen an die Bundesstatistik und Grenzen ihrer Realisierung	7
1.2 Stand und Ausbau der Statistiken der Bevölkerung und der Erwerbs- tätigkeit	12
1.3 Neuere Entwicklungen auf dem Gebiet der Wirtschaftsstatistiken	21
1.4 Der öffentliche Bereich sowie das Bildungs- und Gesundheitswesen in der Statistik	37
1.5 Verbesserungen auf dem Gebiet der Einkommens-, Verbrauchs- und Ver- mögensstatistiken	44
1.6 Zum Ausbau der Regionalstatistik	49
1.7 Die Arbeiten auf dem Gebiet der Auslandsstatistik	51
1.8 Die Weiterverarbeitung statistischer Ergebnisse in Gesamtsystemen	52
1.8.1 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	52
1.8.2 Statistisches System sozialer und demographischer Daten und Soziale Indikatoren	58
 2 Ausgewählte fachliche Probleme	 61
2.1 Neue Schwerpunkte in der Agrarstatistik	61
2.2 Neuordnung der Statistiken im Produzierenden Gewerbe	63
2.3 Stand der Umweltstatistiken	67
2.4 Ausbau der Bildungsstatistiken	69
2.5 Stand der Arbeiten an der Beschäftigten- und Entgeltstatistik	73
2.6 Weiterentwicklung der Personalstatistiken im öffentlichen Dienst	75
2.7 Die Arbeiten an der Statistischen Datenbank	77
2.8 Veröffentlichungen	81
 3 Sonstige allgemeine Aufgaben im Rahmen der Amtsarbeit	 85
3.1 Stand der Rechtsgrundlagen	85
3.2 Systematiken	88
3.3 Verbesserung der Arbeitsorganisation	96
3.4 Beirats- und Fachausschußarbeit	99

4	Schwerpunkte der Zusammenarbeit des Statistischen Bundesamtes mit internationalen Organisationen auf dem Gebiet der Statistik	105
4.1	Allgemeiner Überblick	105
4.2	Europäische Gemeinschaften	107
4.3	Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (ECE) und Konferenz Europäischer Statistiker	115
4.4	Vereinte Nationen und ihre Sonderorganisationen auf weltweiter Ebene	120
4.5	Andere internationale Organisationen	122

Anhang

Überblick über die seit März 1971 verkündeten Rechtsgrundlagen	127
Überblick über die Beirats- und Fachausschußarbeit seit März 1971	135
Verzeichnis der Mitglieder des Statistischen Beirats	147
Sachregister	153
Organisationsplan des Statistischen Bundesamtes	

Vorwort

Für die Jahrestagungen des Statistischen Beirats hat das Statistische Bundesamt bis 1971 regelmäßig gedruckte Berichte vorgelegt, die im ersten Teil einen problemorientierten Überblick über die Arbeiten im abgelaufenen Jahr und zugleich einen Ausblick auf die wichtigsten Vorhaben der nächsten Zeit enthielten. Im zweiten Teil der Beiratsberichte wurden im allgemeinen ausgewählte fachliche Probleme der Amtsarbeit sowie Querschnittsaufgaben und Fragen der Zusammenarbeit mit nationalen und internationalen Organisationen behandelt.

In größerem Zusammenhang wurden die Arbeiten des Statistischen Bundesamtes letztmals anlässlich der hundertjährigen Wiederkehr der Errichtung eines zentralen Statistischen Amtes in Deutschland im Jahre 1972 dargestellt. Das Jubiläum bot dem Statistischen Bundesamt die willkommene Gelegenheit, Bilanz zu ziehen und auf die Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben der amtlichen Statistik einzugehen.

Nach vier Jahren hält es das Statistische Bundesamt nun für angebracht, wieder einen Gesamtüberblick über den Stand und die Weiterentwicklung des statistischen Instrumentariums zu geben. Dies gilt umso mehr, als die für die Beiratstagungen 1973 bis 1975 vorgelegten Besprechungsunterlagen, die sich in erster Linie auf neue Anforderungen und Vorhaben bezogen, nicht in veröffentlichter Form vorliegen.

Der Bericht über die Arbeiten des Statistischen Bundesamtes im Zeitraum 1971 bis 1976, der hiermit vorgelegt wird, knüpft im Interesse der Kontinuität der Darstellung an den letzten Beiratsbericht „Die Arbeiten des Statistischen Bundesamtes 1970/71“ und an die Festschrift „Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben der amtlichen Statistik“ an und übernimmt einige bewährte Gliederungsprinzipien dieser Veröffentlichungen. Angesichts des erheblichen Arbeitsaufwandes plant das Statistische Bundesamt, diesen Bericht auch in Zukunft nur in mehrjährigen Abständen in gedruckter Form vorzulegen.

Allen Mitgliedern des Statistischen Beirats und seiner Gremien, den Statistischen Landesämtern und den übrigen an der Bundesstatistik beteiligten Stellen danke ich für die vielfältige Unterstützung und Förderung der Arbeiten des Statistischen Bundesamtes und für die gute Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren. In den Dank schließe ich auch meine Mitarbeiter im Amt ein.

Wiesbaden, im März 1976

Dr. Hildegard Bartels

Präsidentin des Statistischen Bundesamtes

1 Schwerpunkte und Probleme der Weiterentwicklung des statistischen Gesamtbildes

1.1 Anforderungen an die Bundesstatistik und Grenzen ihrer Realisierung

Ein Überblick über Stand und Entwicklung des Arbeitsprogramms der amtlichen Statistik — wie er im folgenden nach dem im Vorwort dargelegten Konzept gegeben wird — läßt erkennen, daß die langjährigen Bemühungen zur Vervollständigung des statistischen Instrumentariums als recht erfolgreich bezeichnet werden können. Durch ihre Mitarbeit an der Weiterentwicklung des Aufgabenprogramms der Bundesstatistik und an der Ausgestaltung der Erhebungs- und Aufbereitungsprogramme für die Durchleuchtung neuer — politisch wichtiger — Problemkreise haben auch die Statistischen Ämter wesentlich zur Abrundung des statistischen Gesamtbildes beigetragen. Im Rahmen ihrer intensiven Koordinierungsbemühungen haben sie zugleich mit Erfolg darauf hingewirkt, die Einführung neuer und die Erweiterung bestehender Statistiken auf das unumgänglich notwendige Maß zu beschränken. Statistiken werden nach Möglichkeit von vornherein so angelegt, daß sie vielseitig verwendbar sind und — ggf. durch Aufnahme von Zusatzfragen und -tabellen — auch die Anforderungen anderer als der Hauptbenutzer der Statistik befriedigen können.

Trotz dieser Bestrebungen zur rationellen Gestaltung des statistischen Arbeitsprogramms hat der weiter wachsende Bedarf an zeitnahe und zuverlässigem Zahlenmaterial aus nahezu allen Bereichen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens zu einem beträchtlichen Ausbau des statistischen Arbeitsprogramms geführt. Schwerpunkte der neuen Anforderungen lagen u. a. im Bildungsbereich (insbesondere auf dem Gebiet der Hochschul- und der Berufsbildungsstatistik), im Bereich des Umweltschutzes, der Messung der Lebensqualität, dem Medienbereich, der verbesserten Erfassung der Beschäftigung, der Konjunkturbeobachtung (u. a. Zeitreihenanalyse), der Strukturbeobachtung (u. a. Einführung der Agrarberichterstattung, Neuordnung der Statistiken im Produzierenden Gewerbe usw.) und der Regionalpolitik. Aus der Erweiterung des Arbeitsprogramms hat sich bei weitgehend ausgeschöpften Rationalisierungsmöglichkeiten und gleichbleibendem oder zum Teil sinkendem Personalbestand in den Statistischen Ämtern eine ständig wachsende Diskrepanz zwischen den Aufgaben und den zur Verfügung stehenden Mitteln ergeben, die in jüngster Zeit durch die angespannte Haushaltslage der öffentlichen Hand weiter verschärft wird. Angesichts der personellen und finanziellen Engpässe ist in zunehmendem Maße die ordnungsgemäße Durchführung gesetzlich angeordneter Statistiken und die Aktualität der laufenden statistischen Berichterstattung gefährdet. Darüber hinaus können von den Statistischen Ämtern vordringliche neue statistische Vorhaben zum Teil nur schleppend in Angriff genommen werden.

Obwohl die Statistischen Ämter diese Entwicklung nur in begrenztem Umfang beeinflussen können und schon frühzeitig mit Nachdruck auf drohende Gefahren aufmerksam gemacht haben, werden sie in der Öffentlichkeit nicht selten allein für die Folgen verantwortlich gemacht. Die Statistischen Ämter beobachten mit Sorge, wie durch kritische Äußerungen, die oft die tatsächlichen Verhältnisse verkennen, das Ansehen der amtlichen Statistik in der Öffentlichkeit geschmälert wird und das in langen Jahren aufgebaute Vertrauensverhältnis zu den Befragten und zu den Benutzern statistischer Zahlen leidet.

Vor diesem Hintergrund haben das Bundesministerium des Innern und das Statistische Bundesamt bereits vor geraumer Zeit ihre gemeinsamen Überlegungen intensiviert, wie der statistische Dienst die an ihn gestellten Anforderungen auch künftig erfüllen kann. Unter dem Gesichtspunkt der Konsolidierung des erreichten hohen Entwicklungsstandes der amtlichen Statistik kommt Maßnahmen zur Überwindung der Kapazitätsengpässe und zur Sicherung der Leistungsfähigkeit der Statistischen Ämter besonderes Gewicht zu; sie sind jedoch von vornherein in ein umfassendes Konzept zur Stärkung der Stellung der amtlichen Statistik innerhalb der öffentlichen Verwaltung und zur Ausrichtung des statistischen Arbeitsprogramms auf neue Aufgaben eingeordnet. Hierbei steht die Entwicklung eines Verfahrens im Mittelpunkt, das es erlaubt, eine frühzeitige Abstimmung der Aufgabenplanung auf dem Gebiet der Statistik mit der Finanzplanung in Bund und Ländern und mit dem Arbeitsprogramm des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften herbeizuführen. Vor allem sollte in Zukunft vermieden werden, daß Vorhaben, in deren Vorbereitung von den Statistischen Ämtern viel Arbeit investiert wurde, — wie z. B. die Statistiken des Personenverkehrs und der Kraftfahrzeugfahrlleistungen 1974 oder die Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1975 — schließlich doch am Mangel an Haushaltsmitteln scheitern. Über eine längerfristige Planung des Arbeitsprogramms der amtlichen Statistik könnte — neben einer arbeitssparenden sach- und termingerechten Vorbereitung und Durchführung der einzelnen Statistiken — auch die gleichmäßige Auslastung der Statistischen Ämter sichergestellt werden, die für eine rationelle Gestaltung der Arbeiten wesentlich ist.

Unterstützt werden diese Bestrebungen auf parlamentarischer Ebene u. a. durch den Haushalts- und den Innenausschuß des Deutschen Bundestages, die frühzeitig über die Situation der amtlichen Statistik unterrichtet wurden. Auch der Bundesrat hat sich wiederholt mit diesem Fragenkomplex befaßt. Trotz der wenig ermutigenden Erfahrungen mit Durchforstungsversuchen hat der Bundesminister des Innern auf Anregung des Haushaltsausschusses des Bundestages Ende 1973 den Präsidenten des Bundesrechnungshofes als Bundesbeauftragten für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung gebeten, ein Gutachten über die Möglichkeiten der Einschränkung des Programms der Bundesstatistik zu erarbeiten. Das Gutachten wird in Kürze vorliegen.

Da die bisherigen Bemühungen zur Straffung des Arbeitsprogramms der amtlichen Statistik angesichts der komplizierten Organisationsform der Bundesstatistik auf große Schwierigkeiten gestoßen sind, sah sich die Bundesregierung veranlaßt, eine politische Lösung für die Fragen des künftigen Konzepts der Bundesstatistik zu suchen. Durch Beschluß vom 12. März 1975 hat das Bundeskabinett eine kritische Bestandsaufnahme der bestehenden und geplanten statistischen Erhebungen unter besonderer Berücksichtigung ihrer gegenwärtigen oder künftigen Notwendigkeit als politische Entscheidungsgrundlage sowie ihrer Kosten angeordnet. Damit verfolgt die Regierung das Ziel, das Programm der Bundesstatistik zu straffen und den künftigen sachlichen und finanziellen Erfordernissen anzupassen.

Da Lösungsvorschläge für die Frage, ob und wie die jeweiligen Bundesstatistiken und ihre Rechtsgrundlagen zu ändern sind, nur interministeriell erarbeitet werden können, hat die Bundesregierung diese Aufgabe einem „Abteilungsleiterausschuß Statistik“ übertragen, dem als ständige Mitglieder Vertreter des Bundeskanzleramts, des Bundesministers der Finanzen sowie des Bundesministers des Innern angehören. Der Vorsitz liegt beim Bundesministerium des Innern. Der Präsident des Bundesrechnungshofes und der Präsident des Statistischen Bundesamtes

werden zu den Beratungen hinzugezogen. Sollte der Ausschuß keine einheitliche Meinung bilden können, ist eine Entscheidung der Bundesregierung herbeizuführen.

Im Hinblick darauf, daß viele Bundesstatistiken in erheblichem Umfang auch Länderzwecken dienen, ist die Mitwirkung der Länder an diesem Verfahren unentbehrlich. Die Zusammenarbeit mit dem Abteilungsleiterausschuß Statistik erfolgt gemäß Beschluß der Innenministerkonferenz vom 18./19. September 1975 über ein Kontaktgremium der Länder, bestehend aus je einem Vertreter des Innenministers des Landes Nordrhein-Westfalen, der Freien und Hansestadt Hamburg — Behörde für Inneres —, des Chefs der Staatskanzlei des Saarlandes und des Finanzministers Baden-Württemberg. Durch die Einschaltung der Länder in das Prüfungsverfahren wird zugleich der Entschließung des Bundesrates zur Einschränkung der Bundesstatistik vom 25. April 1975 Rechnung getragen, in der der Beschluß des Bundeskabinetts ausdrücklich begrüßt und die Unterstützung der Länder zugesagt wird. In der ersten gemeinsamen Sitzung des Abteilungsleiterausschusses Statistik mit dem Kontaktgremium der Länder am 24. November 1975 wurde Einverständnis über die künftige Form der Zusammenarbeit erzielt.

Die Arbeiten des Abteilungsleiterausschusses Statistik sind inzwischen soweit vorangeschritten, daß mit der ressortweisen Überprüfung des statistischen Programms nach dem im Kabinettsbeschluß vorgeschriebenen Anhörungsverfahren begonnen werden konnte. Hierbei wird auf die Unterlagen aus der vorangegangenen Bestandsaufnahme aller bestehenden und bis 1981 geplanten Statistiken zurückgegriffen, in denen das jeweils federführende Ressort die politische Bedeutung jeder einzelnen Statistik, die Priorität, die dieser Statistik bzw. ihren Teilen beigemessen wird, die Kosten der Statistik und die Einsparungsmöglichkeiten darzulegen hatte. Das Bundesministerium des Innern geht in seiner Zeitplanung davon aus, daß die Überprüfungsaktion bis Mitte 1976 abgeschlossen werden kann und danach erste Vorschläge für eine Straffung des statistischen Programms vorliegen.

Parallel zu den Überlegungen zur Entwicklung einer koordinierten Aufgaben- und Mittelplanung wurden in den Statistischen Ämtern die Bemühungen zur Verbesserung der Arbeitsorganisation fortgeführt und intensiviert (siehe hierzu Abschnitt 3.3). Hinsichtlich des Ausbaus der Arbeitsablauf- und Terminplanung hat die von der Amtsleiterkonferenz eingesetzte Arbeitsgruppe „Arbeitsorganisation“ wertvolle Arbeiten geleistet. Die Bemühungen konzentrierten sich vor allem auf die Entwicklung einheitlicher Zeitpläne für die Vorbereitung und Durchführung von Statistiken sowie den Aufbau eines Meldesystems zur Unterrichtung über drohende Terminverzögerungen bei dezentralen Statistiken, in das ab 1. Januar 1976 zunächst etwa 30 Statistiken einbezogen wurden. Ferner wurden Regeln zur einheitlichen und termingerechten Spezifizierung statistischer Tabellen erarbeitet. Bei neuen Statistiken soll vor allem auf eine frühzeitige Festlegung der Tabellenprogramme hingewirkt werden. Ferner wird angestrebt, Standardtabellenprogramme zu entwickeln, die die dringlichsten Wünsche der Benutzer abdecken; weniger vorrangige Fragestellungen sollen im Rahmen von nachfolgenden Sonderaufbereitungen beantwortet werden.

In engem Zusammenhang mit den Bestrebungen, die Weiterentwicklung der Bundesstatistik mit dem Zwang zur Rationalisierung in Einklang zu bringen, ist auch die verstärkte Hinwendung zur Datengewinnung aus automatisierten Verwaltungsunterlagen zu sehen, auf die im einzelnen in der Festschrift des Statistischen Bundesamtes „Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben der amtlichen

Statistik“ (herausgegeben anlässlich des hundertjährigen Bestehens der zentralen amtlichen Statistik im Jahre 1972) eingegangen wurde. Am weitesten sind inzwischen die Arbeiten am Aufbau einer laufenden Beschäftigten- und Entgeltstatistik — als Statistik der beschäftigten Arbeitnehmer — gediehen, die auf der Einführung des neuen Meldeverfahrens zur Sozialversicherung und dem Datenverbund zwischen den Sozialversicherungsträgern und der Bundesanstalt für Arbeit basiert (siehe hierzu Abschnitt 2.5). Als weiteres Vorhaben mit erheblichen Auswirkungen auf die amtliche Statistik sind die Arbeiten an der Automation des Einwohnerwesens zu erwähnen, die hinsichtlich der Regelung der Geheimhaltung und des Datenschutzes eng mit dem Gesetz zum Schutz vor Mißbrauch personenbezogener Daten bei der Datenverarbeitung (Bundes-Datenschutzgesetz) verbunden sind. Im Entwurf eines Bundesgesetzes über das Meldewesen, das sich zur Zeit — zusammen mit dem Bundes-Datenschutzgesetz — in parlamentarischer Beratung befindet, ist vorgesehen, durch einheitliche Regelungen für den Umgang mit personenbezogenen Daten die Voraussetzungen für die Anwendung der elektronischen Datenverarbeitung im Einwohnerwesen zu schaffen und den Datenaustausch zwischen den Meldebehörden und anderen Behörden des Bundes, der Länder und Gemeinden zu erleichtern. Dazu ist u. a. die Einführung eines allgemeinen Personenkennzeichens als automationsgerechter Identifizierungs- und Ordnungsbegriff erforderlich.

Generell ist festzuhalten, daß — wie in der Festschrift erwähnt — der zunehmende Einsatz der automatisierten Datenverarbeitung dazu zwingt, in immer stärkerem Maße von verbalen Bezeichnungen auf Nummern überzugehen. Dieser Entwicklung wird im Bereich der amtlichen Statistik seit längerem durch Einführung von internen Betriebsnummern und den Aufbau von Registern, Karteien, Dateien u. ä. für verschiedene Wirtschaftsstatistiken Rechnung getragen. Nur auf diese Weise ist es beispielsweise möglich, im Rahmen der Agrarberichterstattung die statistischen Angaben aus den laufenden Erhebungen über die Bodennutzung, die Viehhaltung und die Arbeitskräfte in der Landwirtschaft ohne zusätzlichen Erhebungsaufwand betriebsweise zusammenzuführen und im Betriebszusammenhang auszuwerten. Auch die Neuordnung der Statistiken im Produzierenden Gewerbe ist an den Aufbau einer einheitlichen Unternehmens- und Betriebskartei gebunden.

Der Verwendung statistikinterner Nummern ist die Einführung bundesweiter, nach einheitlichen Grundsätzen und Systematiken aufgebauter Nummerungssysteme vorzuziehen. Ihr Einsatz als Verknüpfungszeichen schafft u. a. auch die Voraussetzungen zur Durchführung von Verlaufsstatistiken und zur stärkeren Ausschöpfung des Materials durch Kombination von Einzelangaben aus verschiedenen Statistiken. Beides kann zur Bereicherung und Vervollständigung des statistischen Instrumentariums beitragen, stellt aber — wie die Erfahrungen mit den hochschulstatistischen Erhebungen und die Arbeiten am Aufbau der Statistischen Datenbank zeigen — große arbeitsmäßige Anforderungen an das Statistische Bundesamt. Im Rahmen seiner Möglichkeiten fördert das Amt die Arbeiten zur Nummerung von Personen, Unternehmen, Waren usw. und bemüht sich, in einem möglichst frühen Stadium in entsprechende Überlegungen auf allen Ebenen der öffentlichen Verwaltung eingeschaltet zu werden. Damit soll auch hinsichtlich der auf diesem Wege gewonnenen Angaben das bewährte Prinzip der vielseitigen Verwendbarkeit und Kombinierbarkeit von Zahlen aus der amtlichen Statistik gewährleistet werden.

Die Grenzen der Nutzbarkeit von Angaben aus automatisierten Verwaltungsunterlagen sind dadurch vorgegeben, daß die amtliche Statistik die vorgefundenen

Definitionen, Erhebungsbereiche, -einheiten, Periodizitäten, Systematiken usw. unverändert übernehmen muß. Häufig bleibt nur der Ausweg, die Abweichungen zwischen den autonom festgelegten Begriffen (z. B. des Steuerrechts, des Arbeitsrechts usw.) und den für die Analyse erwünschten Begriffen behelfsweise durch Umrechnungen, Umgruppierungen oder Umschätzungen einzuschränken bzw. zu beheben, wie dies mit Erfolg in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen — in zunehmendem Maße aber auch in anderen Bereichen — geschieht. Als weitere Anwendungsgebiete sind Umstellungen zur Berücksichtigung von Gebietsänderungen, Änderungen der Systematiken usw. zu nennen, die insbesondere von Bedeutung für den Ausbau der Regionalstatistik, die Aufstellung langer Reihen und den Aufbau der Statistischen Datenbank sind.

Erhöhte Ansprüche an die Flexibilität der Statistik werden auch hinsichtlich der Bereitstellung statistischer Angaben in einer den jeweiligen Anforderungen entsprechenden problem- und bedarfsorientierten Form gestellt. Zur Erfüllung dieser Anforderungen können in begrenztem Umfang Sonderaufbereitungen des Einzelmaterials aus verschiedenen Statistiken sowie Querschnittsveröffentlichungen beitragen. Wirklich überwinden läßt sich dieser Engpaß allerdings nur auf längere Sicht durch die im Aufbau befindliche Statistische Datenbank des Bundes, die künftig Material aus der amtlichen Statistik auf Abruf in problem- oder projektbezogener Kombination bereitstellen kann. In bezug auf Querschnittsveröffentlichungen (siehe hierzu Abschnitt 2.8) muß sich das Statistische Bundesamt — angesichts der personellen und finanziellen Grenzen — auch in Zukunft Beschränkung auferlegen. Allerdings sollen im Rahmen des Möglichen weiterhin Broschüren herausgegeben werden, die als Kurzdarstellungen problemorientierte Materialzusammenstellungen enthalten.

Zugenommen hat im statistischen Programm auch die Bedeutung der Weiterverarbeitung statistischer Erhebungsergebnisse zu neuen — berechneten oder geschätzten — Größen, wie Indexberechnungen, Volumenberechnungen im Außenhandel, Berechnung von Kaufkraftparitäten, Tafelberechnungen, Berechnung von terms of trade usw. Wie im Rahmen der Arbeiten an der Weiterentwicklung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen — als geschlossener Darstellung des Wirtschaftsablaufs — spielt auch bei den Bestrebungen der Vereinten Nationen am Aufbau eines Gesamtsystems der Bevölkerungs- und Sozialstatistik die Weiterverarbeitung statistischer Ergebnisse eine große Rolle (siehe hierzu Abschnitt 1.8).

Unverkennbar ist ferner die Tendenz, die Statistischen Ämter stärker in die Auswertung von Statistiken für Verwaltungszwecke, Prognosen, Modellrechnungen und dgl. einzuschalten. Dies zeigt sich vor allem in den Materialzusammenstellungen für Berichte und Reformvorhaben der Regierungen sowie in der Beauftragung der Statistischen Ämter mit analytischen Arbeiten, die bisher zum Teil nach gleichen oder ähnlichen Ansätzen mit erheblichem Aufwand von verschiedenen Stellen durchgeführt wurden. Ein Beispiel hierfür ist die Zeitreihenanalyse, insbesondere die Berechnung saisonbereinigter Konjunkturindikatoren, wie sie vom Statistischen Bundesamt seit einigen Jahren monatlich veröffentlicht werden. Auch die enge Zusammenarbeit mit dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung und den Sachverständigenräten zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und für Umweltfragen führt zu einer Beteiligung an Zusammenstellungs- und Auswertungsarbeiten mit wechselnden Schwerpunkten. Die wohl entscheidendste Erweiterung des Arbeitsgebiets der amtlichen Statistik in dieser Richtung ergibt

sich aus dem Aufbau der Statistischen Datenbank, über die in Abschnitt 2.7 ausführlicher berichtet wird. Als Instrument zur Verbesserung der Bereitstellung und Auswertung der statistischen Ergebnisse wird sie das Dienstleistungsangebot der amtlichen Statistik beträchtlich erweitern.

1.2 Stand und Ausbau der Statistiken der Bevölkerung und der Erwerbstätigkeit

Grundlage des gut ausgebauten Systems der Bevölkerungsstatistik in der Bundesrepublik Deutschland sind die in etwa zehnjährigen Abständen stattfindenden Volkszählungen, die als Totalerhebungen wichtige demographische Strukturzahlen — einschließlich Angaben über Haushalte und Familien sowie über die sozioökonomische Gliederung der Bevölkerung — in tiefer regionaler Gliederung bereitstellen. Die Zählungsergebnisse werden auch als Auswahlgrundlage für nachfolgende Stichprobenerhebungen, wie den Mikrozensus und die Wohnungsstichproben, und als Ausgangsbasis für die laufende Bevölkerungsfortschreibung sowie für die Bevölkerungsvorausschätzungen herangezogen.

Die Veröffentlichung des umfangreichen Zahlenmaterials der letzten Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung vom 27. Mai 1970 konnte im Herbst 1974, zwei Jahre früher als bei der Zählung 1961, abgeschlossen werden. Aus dem Totalteil der Zählung liegen — zum Teil auch in einer Gliederung nach nichtadministrativen Gebietseinheiten — detaillierte Angaben über die Bevölkerungs- und Erwerbsstruktur, den Ausbildungsstand sowie erstmals auch über den Schulbesuch der Bevölkerung vor. Der Repräsentativteil der Erhebung erbrachte mit der Aufnahme einiger neuer Fragestellungen — u. a. aus dem Bereich der Bildungs-, Berufs- und Erwerbstätigkeitsstatistik — eine wertvolle Ergänzung und Vertiefung des traditionellen Datenangebots der Volkszählungen. Aus dieser Quelle konnte vor allem auch ausführliches Zahlenmaterial über ausgewählte Bevölkerungsgruppen, wie Ausländer, ältere Mitbürger, Kinder und Jugendliche in Familien, erwerbstätige Frauen und Mütter usw., veröffentlicht werden.

Der Plan, in der zeitlichen Mitte zwischen zwei Volkszählungen im Rahmen einer Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1975 u. a. auch einige bevölkerungs- und erwerbsstatistische Grunddaten in kleinräumlicher Gliederung zu erheben, hat sich nicht realisieren lassen. Obwohl die Bedeutung derartiger Strukturangaben — besonders im Hinblick auf den allgemeinen Bedarf der Bundes- und Länderressorts sowie auf die Anforderungen der Ministerkonferenz für Raumordnung — im Gesetzgebungsverfahren nicht umstritten war, haben die angespannte Finanz- und Haushaltssituation und die Forderungen nach Finanzaufweisungen an die Länder die Bundesregierung bewogen, in der laufenden Legislaturperiode dieses kostspielige Projekt nicht weiterzuverfolgen. Kein Erfolg war auch den Bemühungen beschieden, unter Nutzung der in der Vorbereitungsphase — u. a. aus zwei Probezählungen — gewonnenen Erfahrungen, durch Einschränkungen bzw. Modifikationen am ursprünglichen Erhebungskonzept doch noch eine für alle Beteiligten annehmbare Lösung zu finden.

Angesichts dieser Situation wird eine totale Bestandsaufnahme der Bevölkerung erst wieder im Rahmen der nächsten Volkszählung erfolgen können. Als Zählungstermin haben die Europäischen Gemeinschaften in der Richtlinie zur Synchronisierung der allgemeinen Volkszählungen vom 22. November 1973 den Zeitraum zwischen dem

1. März und dem 31. Mai 1981 bestimmt. Um — wie 1970 — eine weitgehende Vergleichbarkeit der Ergebnisse zu sichern, wurden die Vorarbeiten an einem gemeinschaftlichen Tabellenprogramm aufgenommen, das Tabellen über demographische, berufliche, bildungsstatistische und soziale Merkmale der Einzelpersonen, der Haushalte und der Familien enthalten wird. Das Frageprogramm wird sich voraussichtlich an das der Volkszählung 1970 anlehnen. Der Erhebungskatalog kann ggf. weiter eingeschränkt werden, wenn zum Zählungstermin Angaben aus Registern — insbesondere den Einwohnerregistern — verfügbar sind. Eine wesentliche Bedingung hierfür wäre ein entsprechender Entwicklungsstand der Automation im Einwohnerwesen, verbunden mit der Einführung des allgemeinen Personenkennzeichens. Das Bundesmeldegesetz, das die Voraussetzungen hierzu schaffen soll, befindet sich zur Zeit noch in parlamentarischer Beratung.

Im System der kurzfristigen Bevölkerungsstatistiken ist der Mikrozensus — als Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens — im Jahre 1975 auf eine neue gesetzliche Grundlage gestellt worden. Das Mikrozensusgesetz sichert die Weiterführung der Mikrozensusserhebungen bis 1982 und bringt vor allem Änderungen hinsichtlich der Auswahlsätze und der Periodizität sowie Erweiterungen des Merkmalskataloges. Anstelle der bisher vier Mikrozensusserhebungen pro Jahr (einmal mit einem Auswahlatz von 1% und dreimal mit einem Auswahlatz von 0,1% der Bevölkerung) wird ab 1976 jährlich nur noch eine Erhebung mit einem Auswahlatz von 1% der Bevölkerung stattfinden. Dieses Grundprogramm des Mikrozensus gliedert sich künftig in einen jährlich zu erhebenden Teil mit gleichbleibenden Tatbeständen (konstanter Teil) und in einen in ein-, zwei- und vierjährigen Abständen durchzuführenden Teil mit wechselnden Tatbeständen und Auswahlätzen (variabler Teil). Während der konstante Teil weitgehend dem bisherigen Grundprogramm des Mikrozensus mit Angaben über Person, Familie, Haushalt sowie wirtschaftliche und soziale Verhältnisse entspricht, wurden in den variablen Teil neben einigen neuen bzw. erweiterten Tatbestandskomplexen (u. a. zusätzliche Angaben für Ausländer sowie Pendlerangaben, Mietbelastung und Unterbringung der Haushalte) auch Merkmale aufgenommen, die bisher einmalig oder in unregelmäßigen Zeitabständen im Rahmen von Zusatzprogrammen ermittelt wurden (u. a. Fragen zur Gesundheit, Urlaubs- und Erholungsreisen, Aus- und Weiterbildung, Tätigkeitsmerkmale der Erwerbstätigen, vermögenswirksames Sparen). Auch nach der gesetzlichen Neuregelung können weiterhin Zusatzerhebungen zum Mikrozensus zur Ermittlung wechselnder, aktueller Tatbestände aufgrund von Rechtsverordnungen durchgeführt werden. Für die in Vorbereitung befindliche Verordnung liegen Forderungen nach Wiederholungsbefragungen über Führerscheininhaber und Ausnutzung der Fahrerlaubnis, Nacht- und Sonntagsarbeit, Beendigung der Arbeitszeit am Wochenende sowie Betreuung der Kinder unter 15 Jahren vor. Eine weitere Anforderung ist auf die erstmalige Erfassung der aktiv Sporttreibenden und der Mitgliederzahl des Deutschen Sportbundes gerichtet.

Aus dem laufenden Grundprogramm des Mikrozensus konnten in den vergangenen Jahren wichtige bevölkerungsstatistische Angaben bereitgestellt werden. Zusätzliche Auswertungsmöglichkeiten wurden insbesondere durch die gemeinsame Durchführung von Mikrozensus und 1%-Wohnungstichprobe 1972 erschlossen. Die Zusatzbefragungen aufgrund der 4. Verordnung über Zusatzprogramme zum Mikrozensus mit einem Auswahlatz von 0,1 bzw. 1% der Bevölkerung erstreckten sich in den Jahren 1972 bis 1974 — über wirtschafts- und sozialpolitische Fragestellungen

hinaus — auf die Erfassung wichtiger Tatbestände, wie Krankheiten und Unfälle, körperliche, geistige und seelische Behinderungen von Kindern, Urlaubs- und Erholungsreisen, Ausbildungsabsichten der Eltern für ihre Kinder, berufliche Mobilität der Frauen, Einkaufsmöglichkeiten und Einkaufsverhalten in den Großstädten usw.

Auf dem Gebiet der laufenden Bevölkerungsstatistiken hat sich das Statistische Bundesamt bei weitgehend unverändertem Programm bemüht, neuen bzw. gewandelten Fragestellungen und zusätzlichen Anforderungen gerecht zu werden. Besondere Aktualität kommt angesichts des Geburtenrückgangs den Zahlen über die laufende Entwicklung der Geburten zu, die u. a. das Basismaterial der Volkszählung 1970 ergänzen. Die ursprünglich im Entwurf des neuen Mikrozensusgesetzes enthaltene Erweiterung des Mikrozensus-Grundprogramms um geburtenstatistische Nachweisungen in mehrjährigen Abständen — insbesondere zur Zahl der Kinder je Familie und zur Geburtenfolge in verschiedenen Bevölkerungsschichten — ist in den parlamentarischen Beratungen gestrichen worden.

Auf die wachsenden Anforderungen nach zeitnahen statistischen Angaben über die demographische Struktur und die räumliche Verteilung der Ausländer in der Bundesrepublik hat sich die amtliche Statistik — über die Bereitstellung von Material aus der Volkszählung 1970 hinaus — durch eine entsprechende Differenzierung der Bevölkerungsfortschreibung eingestellt. Im Zusammenhang mit Fragen der Ausländerbeschäftigung und -politik hat auch die Wanderungsstatistik zusätzliche Bedeutung gewonnen. Informationen über die beschäftigten Ausländer liefert künftig vierteljährlich die neue Beschäftigten- und Entgeltstatistik. Eine wichtige Erweiterung des Datenangebots konnte ferner durch die Ausländerstatistik nach dem Ausländerzentralregister erreicht werden, die an die Stelle der Karteiauszählungen der Ausländerbehörden getreten ist. Die maschinelle Auszählung der Individualdatensätze des beim Bundesverwaltungsamt geführten Registers durch das Statistische Bundesamt liefert seit 1973 — zum Teil in einer Gliederung nach Kreisen — Jahresangaben über die im Bundesgebiet ansässigen Ausländer nach Geschlecht, Alter, Familienstand, Staatsangehörigkeit und Aufenthaltsdauer. Wie bereits erwähnt, werden auch aus dem Mikrozensus künftig in zweijährigem Turnus zusätzliche Angaben über Ausländer, und zwar gegliedert nach Aufenthaltsdauer, Sprachkenntnissen und nach Merkmalen der zu unterhaltenden Familienangehörigen, verfügbar sein.

Zum ständigen Arbeitsprogramm der Bevölkerungsstatistik gehört auch die Aufstellung von Tafelberechnungen über Sterblichkeit, Heirats- und Geburtenhäufigkeit, Ehedauer usw. Als erste der im Anschluß an die Volkszählung 1970 in Angriff genommenen neuen Tafelberechnungen konnte im Jahre 1974 vom Statistischen Bundesamt die Allgemeine Sterbetafel 1970/72 vorgelegt werden, die zeitnahe Informationen über die Entwicklung der Sterblichkeitsverhältnisse vermittelt. Darauf aufbauend wurde u. a. ein internationaler Vergleich der Sterblichkeit für verschiedene Altersstufen durchgeführt. Die Untersuchungen zur Entwicklung der Säuglingssterblichkeit wurden durch Anwendung von Verfahren der Zeitreihenanalyse verfeinert.

Die Tafelberechnungen bilden zugleich eine wichtige Grundlage für Voraussetzungen der Bevölkerung, der Familien, der Haushalte und der Erwerbspersonen. Als erster Teil der fünften koordinierten Bevölkerungsvorausschätzung für Bund und Länder liegen die Ergebnisse der geburtsjahrgangsweisen Fortrechnung der deutschen Bevölkerung — zunächst ohne Berücksichtigung von Wanderun-

gen — vor. Als nächster Schritt ist die Einbeziehung der Wanderungen sowie eine Modellrechnung über die Entwicklung der Zahl der Ausländer im Bundesgebiet vorgesehen. Die Ergebnisse einer Vorausschätzung der Zahl der Privathaushalte bis 1980 aus dem Jahre 1970 sind 1973 unter Verwendung von neuerem statistischen Material überarbeitet und auf den Zeitraum bis 1985 ausgedehnt worden. Neuere Vorausschätzungen der Privathaushalte sowie der Erwerbspersonen auf der Basis der fünften koordinierten Bevölkerungsvorausschätzung sind in Arbeit.

Auf dem Gebiet der bevölkerungswissenschaftlichen Analysen hat sich das Statistische Bundesamt in den letzten Jahren vor allem auf die Untersuchung der Gründe des Geburtenrückgangs — unter besonderer Berücksichtigung der Veränderungen der Geburtenabstände und der regionalen Unterschiede in der Geburtenhäufigkeit — konzentriert. Aus der Analyse von Zeitreihen aus den Statistiken der natürlichen Bevölkerungsbewegung konnten zusätzliche Erkenntnisse gewonnen werden. Es sei in diesem Zusammenhang auf die Errichtung des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung durch Erlass des Bundesministers des Innern vom 12. Februar 1973 hingewiesen. Das Institut mit Sitz beim Statistischen Bundesamt soll vor allem wissenschaftliche Forschungen über Bevölkerungsfragen und damit zusammenhängende Familienfragen als Grundlage für die Arbeit der Bundesregierung durchführen sowie wissenschaftliche Erkenntnisse in diesem Bereich nutzbar machen und veröffentlichen. Erste Ergebnisse seiner Arbeiten hat das Institut bereits vorgelegt.

Einige bevölkerungstatistische Grunddaten fallen auch aus den Wohnungszählungen und den 1%-Wohnungsstichproben an, die insbesondere Aufschluß über die Wohnungsversorgung der Bevölkerung, z. B. in bezug auf Wohnungsgröße und -ausstattung sowie Miete und Mietbelastung, geben. Das statistische Programm beider Erhebungen ist so aufeinander abgestimmt, daß Gebäude- und Wohnungszählungen als Totalerhebungen in größeren Zeitabständen Bestands- und Strukturdaten in tiefer regionaler Gliederung bereitstellen, während Wohnungsstichproben für die Zeit zwischen den Zählungen vor allem aktuelle Daten vermitteln, und zwar auch für differenzierte Tatbestände, die in den Totalzählungen aus sachlichen und finanziellen Gründen nicht erhoben werden können.

Auf die Wohnungszählung 1968 folgte im Frühjahr 1972 in siebenjährigem Abstand zur vorangegangenen Erhebung eine 1%-Wohnungsstichprobe, die — wie bereits erwähnt — gemeinsam mit der Mikrozensus-Grunderhebung im April/Mai durchgeführt wurde. Damit konnte u. a. eine Entlastung des Fragebogens der Wohnungsstichprobe von den personenbezogenen Angaben erreicht werden. Zugleich wurden dadurch die Voraussetzungen für eine besonders intensive Verbindung und Analyse der wohnungstatistischen und städtebaulichen Merkmale mit den bevölkerungs- und erwerbsstatistischen Angaben des Mikrozensus geschaffen. Neu aufgenommen bzw. erweitert wurden u. a. die Fragen nach Anlaß und Zeitpunkt der Wohngeldgewährung sowie nach beabsichtigten Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahmen. Durch die Ermittlung der qualitativen Abstufung des Gebäude- und Wohnungsbestandes, der Wohnungsversorgung und der Wohnabsichten der Bevölkerung, der Bewegungsvorgänge am Wohnungsmarkt und des Verhältnisses Miete/Einkommen in den einzelnen Bevölkerungsschichten und Einkommensgruppen konnten die Zusammenhänge zwischen der Umwelt, dem Wohnen und der Bevölkerungsstruktur wesentlich transparenter gemacht werden. Nach dem Verzicht auf die Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1975 werden aktuelle wohnungs-

statistische Daten voraussichtlich erst wieder aus einer für 1977 oder 1978 vorgesehenen 1%-Wohnungsstichprobe anfallen.

Zur Untersuchung räumlicher Verflechtungen und Einzugsbereiche, die im Rahmen regionalstatistischer Fragestellungen ständig an Bedeutung gewinnen, liegen aus der Volkszählung 1970 detaillierte Angaben über Berufs- und AusbildungsPendler vor. Die insbesondere von seiten der Raumordnung und Landesplanung geforderte Bereitstellung von Pendlerangaben in kürzeren Zeitabständen, die im Fragenkatalog der Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1975 berücksichtigt war, ist durch den Verzicht auf diese Erhebung hinfällig geworden. Ein wichtiger Fortschritt konnte durch die Aufnahme von Pendlermerkmalen — insbesondere von Fragen nach dem benutzten Verkehrsmittel, dem Zeitaufwand für den Weg und nach der Entfernung — in zweijährigen Abständen in das Grundprogramm des Mikrozensus nach dem neuen Mikrozensusgesetz erreicht werden. Möglichkeiten zur Gewinnung weiterer Daten über bestimmte Pendlergruppen zeichnen sich ferner im Rahmen der neuen Beschäftigten- und Entgeltstatistik aufgrund der Sozialversicherungsunterlagen ab. Die in der Betriebs- und Ortsdatei der Bundesanstalt für Arbeit vorhandenen Angaben über den Arbeitsort müßten zu diesem Zweck mit den bei den Rentenversicherungsträgern gespeicherten Angaben über den Wohnort der Versicherten zusammengeführt werden. Angesichts der Fülle noch zu lösender methodischer und technischer Einzelfragen dürfte dieses Projekt allerdings nur auf längere Sicht zu realisieren sein.

Statistische Angaben über Erwerbstätigkeit und Beschäftigung sind unter zwei verschiedenen Aspekten von Bedeutung. Im Mittelpunkt der gesellschafts- und sozialpolitischen Betrachtungsweise steht die Bevölkerung und ihre Beteiligung am Erwerbsleben in der Gliederung nach demographischen und sozialen Merkmalen, während unter wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten in erster Linie der Produktionsfaktor Arbeit und seine Verknüpfung mit anderen ökonomischen und sozialen Tatbeständen interessieren. Das System der deutschen Statistik ist durch Befragung von Personen und Erfassung der Beschäftigten über die Betriebe auf beide Untersuchungsziele ausgerichtet.

Eine Verbindung zwischen beiden Ansätzen und zugleich eine wesentliche Bereicherung des statistischen Instrumentariums wird durch die im Aufbau befindliche Beschäftigten- und Entgeltstatistik — als Statistik der versicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer — erreicht, die auf der Einführung des neuen Meldeverfahrens zur Sozialversicherung zum 1. Januar 1973 und dem Datenverbund zwischen den Sozialversicherungsträgern und der Bundesanstalt für Arbeit basiert (siehe hierzu Abschnitt 2.5). Mit der Vergabe von Versicherungsnummern und der Verwendung von maschinenlesbaren Versicherungsnachweisen anstelle der bisherigen Versicherungskarten wurden die Voraussetzungen geschaffen, um die Beschäftigtenmeldungen der Betriebe personenbezogen von einer zentralen Stelle — hier der Bundesanstalt für Arbeit — zusammenführen und die Abrechnungsunterlagen für jeden erfaßten Versicherten auf sekundärstatistischem Wege auswerten zu können. Die neue Beschäftigtenstatistik ist somit ein Musterbeispiel für die besonders rationelle Datengewinnung aus automatisierten Verwaltungsunterlagen.

Nach erheblichen Anlaufschwierigkeiten hat sich das Meldeverfahren inzwischen weitgehend eingespielt, so daß erste vorläufige Ergebnisse für die Quartalsstichtage 30. Juni 1974 bis 30. Juni 1975 bereits veröffentlicht werden konnten. Der Aufbau

einer aktuellen kurzfristigen Beschäftigtenstatistik für Zwecke der laufenden Arbeitsmarkt- und Konjunkturbeobachtung setzt jedoch voraus, daß die Zeitspanne zwischen Eintritt des Meldetatbestandes und Eingang der Meldung bei der Bundesanstalt für Arbeit verkürzt wird. Entsprechende Maßnahmen sind in die Wege geleitet worden. Um nach Möglichkeit auch unvollständiges statistisches Ausgangsmaterial heranziehen zu können, werden Überlegungen hinsichtlich der Anwendung ergänzender Schätzverfahren anzustellen sein.

Die Aufbereitung der Jahresdaten wird Bestands- und Zeitraumdaten über wichtige Merkmale der Beschäftigten (u. a. Geschlecht, Alter, Staatsangehörigkeit, Beruf, Ausbildung, Teilzeitbeschäftigung) in tiefer wirtschaftssystematischer und regionaler Gliederung erbringen. Außerdem werden Angaben über Entgelte und über Beschäftigungszeiten anfallen. Aufgrund einer Vereinbarung zwischen dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, der Bundesanstalt für Arbeit und dem Statistischen Bundesamt ist — in enger Abstimmung mit den Statistischen Landesämtern — die Aufbereitung dieses umfangreichen Materials für Zwecke der amtlichen Statistik gesichert worden.

Da die Beschäftigtenstatistik — wie erwähnt — nur die sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten erfaßt, muß sie — zur Schließung der damit noch bestehenden Lücken im erwerbsstatistischen Gesamtbild — durch komplementäre Statistiken, u. a. über Beamte, Selbständige und mithelfende Familienangehörige, vervollständigt werden. Hinsichtlich der Erfassung der Beamten kommt dem Ausbau der Personalstatistik im öffentlichen Dienst aufgrund der Novellierung des Finanzstatistischen Gesetzes besondere Bedeutung zu (siehe hierzu Abschnitt 2.6).

Für die Erfassung der Erwerbstätigkeit und ihrer längerfristigen Veränderungen stellen die Volkszählung und die mit ihr verbundene Berufszählung die umfassendste Informationsquelle dar. Das reichhaltige Zahlenmaterial aus der Zählung 1970 erlaubt u. a. einen Nachweis der Erwerbstätigen in tiefer sozialer, sozioökonomischer, beruflicher, wirtschaftssystematischer und regionaler Gliederung sowie zusätzlich eine Unterteilung der Bevölkerung nach ausgeübter Erwerbstätigkeit (Erwerbskonzept) und nach überwiegenden Einkommens- und Unterhaltsquellen (Unterhaltskonzept). Ferner sind aus dieser Quelle Angaben über Wochenarbeitszeiten und weitere Tätigkeiten sowie erstmals über Nettoerwerbseinkommen und Tätigkeitsmerkmale im Beruf verfügbar.

Ausgehend von diesem Basismaterial hat das Statistische Bundesamt zu speziellen Fragestellungen — wie z. B. der Erwerbsbeteiligung der Ausländer im Vergleich zur deutschen Erwerbsbevölkerung und der zeitlichen Beanspruchung der Frauen durch Erwerbstätigkeit — weiterführende Untersuchungen veröffentlicht.

Im System der kurzfristigen Statistiken über die Erwerbstätigkeit vermittelt der Mikrozensus ein relativ vollständiges Bild der gesamten Erwerbstätigkeit — unter Einschluß der Selbständigen, mithelfenden Familienangehörigen und Beamten — und ermöglicht eine Verknüpfung mit Bevölkerungs- und Haushaltsdaten. Allerdings können seine Ergebnisse nur in relativ grober wirtschaftssystematischer und regionaler Gliederung nachgewiesen werden. Aufgrund des neuen Mikrozensusgesetzes werden die Mikrozensuserhebungen künftig nur noch einmal jährlich mit einem Auswahlatz von 1 % der Bevölkerung durchgeführt. Durch den Verzicht auf die ursprünglich im Gesetzentwurf vorgesehene zweite jährliche Mikrozensuserhebung im Oktober und den Wegfall der bisherigen vierteljährlichen 0,1 %-Erhebungen, die u. a. eine Beobach-

tung der kurzfristigen Veränderungen der Erwerbstätigkeit erlaubten, muß in Zukunft in noch stärkerem Maße auf eine gezielte Ausrichtung des Mikrozensus auf jene Fragenkomplexe geachtet werden, die durch die kurzfristige Beschäftigten- und Entgeltstatistik aufgrund der Unterlagen der Sozialversicherung nur unzureichend erhellt werden können. In besonderem Maße gilt dies für die statistische Erfassung der Übergänge von selbständiger und mithelfender Tätigkeit in abhängige Erwerbstätigkeit sowie von anderen Umschichtungsvorgängen, auch im sozialen Bereich. Durch retrospektive Fragestellungen und durch Wiederholungsbefragungen wurde im Mikrozensus einer Reihe derartiger Untersuchungsziele bisher schon Rechnung getragen. Auch aufgrund des neuen Mikrozensusgesetzes können im Bedarfsfall weiterhin aktuelle erwerbsstatistische Sonderfragen — wie sie u. a. 1974 hinsichtlich der beruflichen Mobilität der Frauen und 1971 in bezug auf die berufliche und soziale Umschichtung der Bevölkerung gestellt wurden — in Zusatzprogrammen zum Mikrozensus erhoben werden. Angaben über den Eintritt ins Erwerbsleben dürften ferner künftig auch aus der geplanten Berufsbildungsstatistik anfallen.

In diesem Zusammenhang ist hervorzuheben, daß die Erfassung der Erwerbstätigen in neuen tätigkeits- und funktionsorientierten Gliederungen — wie sie in einer Mikrozensus-Zusatzbefragung 1969 und in der Volks- und Berufszählung 1970 Anwendung gefunden haben — in erweiterter und verbesserter Form in den Mikrozensus 1973 und 1976 übernommen wurde. Nach dem neuen Mikrozensusgesetz wird künftig — über die bereits bisher erfragten Angaben zum Beruf hinaus — in zweijährigen Abständen aus dieser Statistik auch Material über die den Beruf kennzeichnenden Tätigkeitsmerkmale anfallen.

Im Bereich der Europäischen Gemeinschaften konnte mit den gemeinsamen Stichprobenerhebungen über Arbeitskräfte eine Harmonisierung wichtiger Grunddaten der Erwerbstätigkeitsstatistiken und die Ermittlung vergleichbarer Angaben über Niveau und Entwicklung der Beschäftigung und Arbeitslosigkeit erreicht werden. Diese Erhebungen wurden in der Bundesrepublik bisher in die Mikrozensuserhebungen integriert. Nach unregelmäßiger Durchführung in den Jahren 1960, 1968 bis 1971 sowie 1973 und 1975 beabsichtigen die Europäischen Gemeinschaften künftig zu einem zweijährigen Turnus der Stichprobenerhebungen überzugehen. Zusätzlich zu den im Grundprogramm regelmäßig erhobenen Angaben zur Erwerbstätigkeit wurden in Sondererhebungen 1973 und 1975 Fragen zur schulischen und beruflichen Aus- und Fortbildung sowie zu Arbeitsbedingungen und Tätigkeitsmerkmalen gestellt. Damit leisten die Stichprobenerhebungen über Arbeitskräfte u. a. auch einen wichtigen Beitrag zur Durchleuchtung der Zusammenhänge zwischen Ausbildung und Erwerbstätigkeit. Sie ergänzen die entsprechenden Angaben aus den Volkszählungen sowie dem Mikrozensus, aus dem künftig regelmäßig in zweijährigem Turnus Angaben über die Aus- und Weiterbildung anfallen.

Über Beschäftigte sind die umfassendsten Angaben aus den im allgemeinen in Verbindung mit den Volkszählungen stattfindenden Arbeitsstättenzählungen verfügbar. Das vollständig vorliegende Zahlenmaterial aus der letzten Arbeitsstättenzählung im Jahre 1970, die sich als Rahmenzählung auf alle Wirtschaftsbereiche (mit Ausnahme der Landwirtschaft) erstreckte, vermittelt einen Überblick über Arbeitsstätten, Unternehmen und darin beschäftigte Personen in tiefer fachlicher und regionaler Gliederung; Angaben über Beschäftigte und Bruttolohn- und -gehaltsummen wurden auch für nichtadministrative Raumeinheiten nachgewiesen. Durch die Bereitstellung von Informationen auch über solche Wirtschaftsbereiche, die — wie ein Teil der

Dienstleistungen — nicht oder nur unvollständig durch andere statistische Erhebungen erfaßt werden, eignet sich die Arbeitsstättenzählung besonders für die einheitliche wirtschaftssystematische Zuordnung der Unternehmen und Arbeitsstätten in den verschiedenen Bereichsstatistiken, als Auswahlgrundlage für nachgehende Erhebungen sowie für die Einrichtung und Überprüfung von Unternehmens- und Betriebskarteien. Die von der Bundesregierung verfolgte Absicht, die nächste Arbeitsstättenzählung mit der für 1975 geplanten Gebäude- und Wohnungszählung zu verbinden, hat sich — wie erwähnt — angesichts des Verzichts auf das Gesamtprojekt nicht verwirklichen lassen. Die erneute Durchführung einer Arbeitsstättenzählung dürfte deshalb nicht vor dem Zeitpunkt der nächsten Volkszählung zu realisieren sein.

Über Zahl und Struktur der Beschäftigten in einzelnen Wirtschaftsbereichen fällt Material in größeren Zeitabständen aus verschiedenen Bereichszählungen sowie aus Statistiken mit kurzfristigerer Periodizität an. Der in der Arbeitsstättenzählung 1970 ausgesparte Agrarbereich wurde durch die Landwirtschaftszählung 1971/72 abgedeckt, die mehrere zeitlich gestaffelte Erhebungsteile umfaßte. Strukturdaten über die Betriebs-, Besitz- und Arbeitsverhältnisse sowie über die Alters- und Erwerbsstruktur im Bereich der Landwirtschaft liegen — zum Teil auch in einer Gliederung für nichtadministrative Gebietseinheiten — aus dieser Großzählung vor. Zur mittelfristigen Beobachtung des Beschäftigungsstandes in der Land- und Forstwirtschaft kann auf die zweijährliche Repräsentativerhebung der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft zurückgegriffen werden, die ab 1972/73 von vier auf zwei Berichtsmomente reduziert und ab 1975 mit anderen laufenden Statistiken in der zweijährlichen Agrarberichterstattung zusammengefaßt wurde. Mit der neuen Agrarberichterstattung werden u. a. die in der Landwirtschaftszählung erhobenen Merkmale fortgeschrieben, darunter auch die Struktur der Arbeitskräfte (Zugehörigkeit zur Familie des Betriebsinhabers, Arbeitseinsatz). Bei der in dreijährigem Turnus stattfindenden repräsentativen Statistik der Arbeitskräfte in der Forstwirtschaft wurden 1973/74 erstmals ergänzende Feststellungen über das höher qualifizierte Personal getroffen, die zusätzlich Aufschlüsse über die Arbeitsverhältnisse in der Forstwirtschaft erlauben.

Das System der Statistiken im Produzierenden Gewerbe ist im Jahre 1975 durch gesetzliche Neuregelung weitgehend vereinheitlicht und zusammengefaßt worden (siehe hierzu Abschnitt 2.2). Für Analysen der Beschäftigungsstruktur können künftig u. a. die in vier- bis sechsjährigen Abständen vorgesehenen Zensen im Produzierenden Gewerbe, die Handwerkszählungen und die jährlichen Kostenstrukturserhebungen herangezogen werden. Entsprechende Angaben stehen ferner aus den laufenden Unternehmens- und Betriebserhebungen und aus einigen Sonderstatistiken für ausgewählte Industriezweige zur Verfügung. Die kurzfristige Berichterstattung, die im wesentlichen Auskunft über die Entwicklung des Beschäftigungsstandes gibt, wird — unter weitgehender Beibehaltung des bisherigen Erhebungssystems — auf das gesamte Produzierende Gewerbe, d. h. den Bergbau, das Verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe und die Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung ausgedehnt. Damit wird auch das Produzierende Handwerk in die Erhebungen einbezogen. Die Erfassungs- und Abschneidegrenze, die sich nach der Zahl der tätigen Personen beim Unternehmen richtet, wird von Erhebung zu Erhebung und über die Bereiche hinweg weitgehend vereinheitlicht.

Für den Bereich des Handels und Gastgewerbes hat die Handels- und Gaststättenzählung 1968/70 ein umfassendes Strukturbild der Beschäftigten in tiefer

regionaler und fachlicher Gliederung erbracht. Ergänzt und aktualisiert werden diese Angaben durch die Beschäftigtenzahlen aus den monatlichen Erhebungen im Einzelhandel, Großhandel und Gastgewerbe sowie aus den in vierjährigem Turnus durchgeführten Kostenstrukturstatistiken. Die Wiederholung des Handelszensus ist im Rahmen der geplanten Neugestaltung des Berichtssystems im Handel und Gastgewerbe vorgesehen.

Im Verkehrsbereich gibt es zahlreiche, vorwiegend auf einzelne Verkehrszweige und deren wirtschaftliche Entwicklung abgestellte Statistiken, die zum Teil auch Angaben über Beschäftigte enthalten und somit ebenfalls Bausteine für das erwerbsstatistische Gesamtsystem liefern. Diese in kurzfristigen Abständen (meist jährlich) durchgeführten Erhebungen werden durch die vierjährliche Kostenstrukturstatistik ergänzt.

Die dem Bereich der sonstigen Dienstleistungen (ohne Gebietskörperschaften) zuzuordnenden Statistiken mit Angaben über Beschäftigte beziehen sich u. a. auf das Bildungs- und Gesundheitswesen sowie auf die Freien Berufe und haben mit Ausnahme der Kostenstrukturstatistiken eine kurzfristige Periodizität (bis zu einem Jahr). Neu eingeführt wurden in den letzten Jahren jährliche Erhebungen bei Unternehmen der Presse und Filmwirtschaft, die auch Angaben über Beschäftigte enthalten und damit das Datenangebot im Dienstleistungsbereich verbessern.

Für den Bereich des öffentlichen Dienstes wurde die Personalstatistik durch die Novellierung des Finanzstatistischen Gesetzes wesentlich erweitert (siehe hierzu Abschnitt 2.6). Dies kommt durch die Ausdehnung des Berichtskreises auf bisher nicht einbezogene Träger öffentlicher Aufgaben, einschließlich rechtlich selbständiger Wirtschaftsunternehmen der öffentlichen Hand, und sonstiger juristischer Personen mit überwiegend öffentlicher Finanzierung sowie in der Einbeziehung der Versorgungsempfänger und der erheblich detaillierteren Erfassung des aktiven Personals (nach Berufen, Einstufungen, Alter, Familienstand und Zahl der Kinder) zum Ausdruck. Die erhobenen Daten sind von besonderer Bedeutung im Hinblick auf die Abrundung des Gesamtbildes der Beschäftigung, weil sie — wie bereits erwähnt — die Angaben der neuen Beschäftigten- und Entgeltstatistik aufgrund der Unterlagen der Sozialversicherung um die dort nicht berücksichtigte Gruppe der Beamten ergänzen. Die erstmals zum 30. Juni 1974 nach der Novelle zum Finanzstatistischen Gesetz durchgeführte Erfassung des Personalstandes mit der für jedes dritte Jahr vorgeschriebenen Merkmalsgliederung wurde wegen Abgrenzungsschwierigkeiten bei einigen der neuen Berichtskreise zunächst nur auf die Sozialversicherungsträger ausgedehnt; die Nachweisung des Personals der übrigen Bereiche mußte sich auf Eckdaten beschränken. Im Jahre 1976 ist (für den Anschreibungszeitraum 1. Juli 1975 bis 30. Juni 1976) erstmals die Personalwechselstatistik zum Nachweis der Fluktuation im öffentlichen Dienst durchzuführen. 1977 werden die in sechsjährigem Abstand vorzunehmenden tiefgegliederten Erhebungen des Personalstandes und der Versorgungsempfänger folgen. Voraussichtlich ab 1977 soll bei rechtzeitiger Verabschiedung der notwendigen Rechtsverordnung das Personal jährlich auch nach Gruppen von Berufen erhoben werden.

Wichtige Zukunftsperspektiven auf dem Gebiet der Bevölkerungs- und Erwerbstätigkeitsstatistik ergeben sich aus den Arbeiten der Vereinten Nationen, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (SAEG) am Aufbau eines Ge-

samtsystems der Bevölkerungs- und Sozialstatistik bzw. von Sozialen Indikatoren (siehe hierzu Abschnitt 1.8.2).

1.3 Neuere Entwicklungen auf dem Gebiet der Wirtschaftsstatistiken

Im Bereich der Wirtschaftsstatistiken sind die Bemühungen der amtlichen Statistik — wie in allen übrigen Bereichen — darauf gerichtet, die laufende Berichterstattung auszubauen, ein optimales Zusammenspiel zwischen den einzelnen Erhebungen zu erreichen und durch Koordinierung in fachlicher, zeitlicher und regionaler Hinsicht ein vielseitig verwendbares, kohärentes Gesamtbild der Wirtschaft zu schaffen. Beispiele aus jüngster Zeit für die erfolgreiche und besonders rationelle Verwirklichung dieser Zielsetzungen sind u. a. die Einführung der Agrarberichterstattung und die Neuordnung der Statistiken im Produzierenden Gewerbe, auf die im einzelnen unter Abschnitt 2.1 bzw. 2.2 des vorliegenden Berichts eingegangen wird. In beiden Fällen ist es nach langjährigen Vorarbeiten gelungen, die bereits bestehenden statistischen Teilerhebungen zu einem konsistenten Erhebungssystem weiterzuentwickeln, das neuen bzw. gewandelten Anforderungen gerecht wird. Zugleich konnten damit die relativ schwerfälligen und aufwendigen Bereichszählungen in mehrjährigen Abständen — u. a. im Interesse einer verbesserten Aktualität — durch regelmäßige Erhebungen in kürzerfristigem Turnus entlastet und auf ausgewählte Strukturdaten beschränkt werden. Die in beiden Konzeptionen vorgesehene Zusammenführung von Ergebnissen der verschiedenen Einzelstatistiken und Erhebungseinheiten basiert auf der Einführung einheitlicher Nummerungssysteme und der Aufstellung von Unternehmens- und Betriebsregistern, deren Vorteile bereits dargelegt wurden.

Neben diesen Arbeiten mit besonders weitreichenden Auswirkungen auf das statistische Gesamtbild hat die amtliche Statistik im Rahmen der finanziellen und kapazitätsmäßigen Möglichkeiten auch in verschiedenen anderen Bereichen ihre Bemühungen fortgesetzt, die Statistiken der Produktionsgrundlagen, -vorgänge und -ergebnisse weiterzuentwickeln. Als allgemeiner Orientierungsrahmen für die Ausgestaltung des Programms und für die Abstimmung der einzelnen Erhebungen untereinander hat sich vor allem das System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen bewährt.

Die statistische Durchleuchtung der Produktionsgrundlagen ist auf die Erfassung und Darstellung sowohl der Wirtschaftseinheiten (u. a. Unternehmen, Betriebe, Niederlassungen bzw. Arbeitsstätten) als auch der Produktionsfaktoren gerichtet.

Unter den Wirtschaftseinheiten oder wirtschaftlichen Institutionen kommt dem Unternehmen — als kleinster selbständig bilanzierender Einheit — besondere Bedeutung zu. Zusätzlich zu den bereits vorhandenen Unternehmensangaben aus verschiedenen Erhebungen wird auf Grund von Erweiterungen bestehender bzw. der Einführung neuer Statistiken weiteres Material über Unternehmen anfallen. In diesem Zusammenhang sind vor allem die Einführung der Agrarberichterstattung und das neue System der Statistiken im Produzierenden Gewerbe zu erwähnen. Mit den in den letzten Jahren im Verkehrsbereich aufgebauten Jahresstatistiken für Unternehmen wurde eine weitere Quelle für Angaben dieser Art erschlossen.

In zunehmendem Maße werden von der amtlichen Statistik auch Angaben für fachliche Unternehmensteile sowie — vor allem im Hinblick auf Untersuchungen von

Konzentrationsvorgängen — für Unternehmenszusammenschlüsse (Konzerne, Organschaften usw.) gefordert. Während der Betrieb als örtliche Einheit für Regionaluntersuchungen und das Unternehmen für Analysen von Aufwand und Ertrag u. ä. nach dem Schwerpunkt ihrer Tätigkeit klassifiziert werden und dabei branchenfremde Teile enthalten können, gewährleisten fachliche Unternehmensteile einen exakteren Branchennachweis im Sinne homogener Produktionsprozesse. Auch für internationale Vergleiche von Branchen- und Produktionsstrukturen sind fachliche Unternehmensteile besonders geeignet. Unter anderem werden stärker nach fachlichen Gesichtspunkten abgegrenzte Einheiten für die Aufstellung von Input-Output-Tabellen benötigt. Für die Zukunft zeichnen sich Verbesserungen hinsichtlich der Bereitstellung von zusätzlichem statistischem Material über fachliche Unternehmensteile durch die Neuordnung der Statistiken im Produzierenden Gewerbe ab. Die Anforderungen nach statistischen Angaben über Unternehmenszusammenschlüsse können dagegen auf absehbare Zeit nur unzureichend erfüllt werden.

Die statistische Erfassung der Produktionsfaktoren — als weiterer wichtiger Aspekt bei der Durchleuchtung der Produktionsgrundlagen — konnte über den Produktionsfaktor Arbeit hinaus (siehe hierzu Abschnitt 1.2) auch hinsichtlich des Produktionsfaktors Kapital verbessert werden. In diesem Zusammenhang ist insbesondere auf die erstmalige Berechnung des reproduzierbaren Anlagevermögens im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen hinzuweisen. Außer den Angaben in konstanten Preisen, die u. a. für Produktivitätsanalysen und zur Berechnung des Produktionspotentials herangezogen werden können, liegen auch Ergebnisse zu Anschaffungs- und Wiederbeschaffungspreisen vor. Durch Einbeziehung der Vorratsbestände konnte ferner das reproduzierbare Sachvermögen ermittelt werden. Zur Aufstellung der angestrebten gesamtwirtschaftlichen Vermögensrechnung ist das Sachvermögen vor allem noch um den Wert des Grund und Bodens zu ergänzen. Ferner müßte das Problem einer Zusammenführung der Angaben über das Sachvermögen mit den im Rahmen der Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank berechneten Geldvermögensbeständen gelöst werden.

Im Agrarbereich konnten aus der Landwirtschaftszählung 1971 wiederum wichtige Unterlagen über das Produktionspotential der Betriebe und die Arten der Kombination der Produktionsfaktoren bereitgestellt werden. Sachlich tief gegliederte Angaben liegen vor allem über Besitz und Verwendung von Maschinen und Geräten sowie über die technischen und baulichen Einrichtungen der Betriebe vor. Hinsichtlich des Grund und Bodens wird das Material durch Informationen aus den Bodennutzungserhebungen abgerundet.

Über die Einheitswerte des Grundbesitzes — d. h. die wirtschaftlichen Einheiten des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens, des Grundvermögens und die Betriebsgrundstücke — konnte nach einem bewertungsrechtlichen Stillstand von 29 Jahren zum 1. Januar 1964 erstmals wieder eine Statistik durchgeführt werden, die künftig jeweils zum Stichtag der nächsten Hauptfeststellung zu wiederholen ist. Im Mittelpunkt der Überlegungen zum Programm der Statistik für 1964 stand der große Nachholbedarf an neueren Informationen auf diesem Gebiet. Über die primär finanz- und steuerpolitische Zielsetzung der Einheitswertstatistiken hinaus lag es deshalb nahe, möglichst alle bei der Neubewertung anfallenden Angaben — u. a. für Zwecke der Raumordnung, der Ermittlung von Bodenwerten, zur Beurteilung der Eigentumsverhältnisse in sozioökonomischer Hinsicht usw. — zu nutzen. Wichtige Aufschlüsse über den Kapitalaufbau und das nach steuerrechtlichen Vorschriften bewertete Be-

triebsvermögen vermittelt die Einheitswertstatistik der gewerblichen Betriebe, die regelmäßig im Zusammenhang mit der Vermögensteuerhauptveranlagung durchgeführt wird. Die Aufbereitung der Ergebnisse für 1972 ist im Gange; die folgende Erhebung wurde — abweichend vom üblichen Dreijahresturnus der Hauptfeststellungen — zur Anpassung an die steuerrechtliche Neuregelung um ein Jahr auf den 1. Januar 1974 vorgezogen.

Über Investitionen stehen die vollständigsten Angaben nach wie vor aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen bereit; an einer ergänzenden Berechnung der Anlagenzugänge nach investierenden Bereichen und einer begrenzten Gütergliederung wird seit längerem gearbeitet. Nachteilig macht sich hierbei bemerkbar, daß statistische Unterlagen über die Investitionstätigkeit bisher im wesentlichen nur aus einigen Bereichszählungen und in jährlicher Periodizität lediglich für den warenproduzierenden Bereich aus den Investitionserhebungen anfallen. Über die Vorratsbestände in der Wirtschaft ist Material ebenfalls aus den jährlichen Investitionserhebungen im Produzierenden Gewerbe sowie aus den Jahresherhebungen im Groß- und Einzelhandel verfügbar. Die wünschenswerte Einführung von kurzfristigen Lagerstatistiken — die in anderen Ländern zum Teil seit langem zum Arbeitsprogramm der amtlichen Statistik gehören — wird in der Bundesrepublik angesichts der Kapazitätsengpässe bei den Statistischen Ämtern sowie einer Reihe von Erfassungsschwierigkeiten auf absehbare Zeit nicht zu realisieren sein.

Bei den Statistiken über Produktionsvorgänge und -ergebnisse sind ebenfalls zahlreiche Verbesserungen zu verzeichnen, die zu weiteren Angaben über Produktion und Umsätze, Auftragseingänge und -bestände, Beschäftigte, geleistete Arbeiterstunden, Löhne und Gehälter, Kosten, Wareneingänge u. a. m. geführt haben bzw. führen werden. Neben die Angaben aus den Systemen der kurzfristigen statistischen Berichterstattung, die hauptsächlich der laufenden Wirtschafts- und Konjunkturbeobachtung dienen, treten in wachsendem Umfang Zahlen, die eine vertiefte Analyse der mittel- und langfristigen Veränderungen ermöglichen. In besonderem Maße gilt dies für das im Aufbau befindliche neue System der Statistiken im Produzierenden Gewerbe sowie für die Agrarberichterstattung. In beiden Fällen konnte durch Schaffung eines gut abgestimmten Berichtssystems der Aussagewert des schon bisher erhobenen Materials wesentlich verbessert werden.

Für die verschiedenen Verwendungszwecke stellt die amtliche Statistik eine Fülle von Indikatoren über die Struktur und die Entwicklung der Wirtschaft bereit. Neben Originalwerten berechnet und veröffentlicht das Statistische Bundesamt in monatlichen Abständen auch saisonbereinigte Zeitreihen nach dem „Berliner Verfahren“, das inzwischen zu einer verbesserten Fassung weiterentwickelt worden ist. Hierbei wurden vor allem die Möglichkeiten weitgehend ausgeschöpft, die spezifischen Eigenarten einzelner Zeitreihen zu berücksichtigen, indem jeweils besonders geeignete Analysefilter benutzt werden. Dies wirkt sich vor allem in einer verbesserten Stabilität und Sicherheit der Schätzergebnisse am aktuellen Rande der analysierten Reihen aus.

Zusätzliche Anforderungen werden an die amtliche Statistik auch hinsichtlich des Nachweises der Güterströme gestellt. Zusammenfassende Darstellungen der güter- und produktionsmäßigen Verflechtungen innerhalb der Volkswirtschaft vermitteln Input-Output-Tabellen, die ab 1970 zum laufenden Arbeitsprogramm der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen gehören. Sie bilden die Basis für Unter-

suchungen über die Struktur der Wirtschaft sowie über die Auswirkungen von Nachfrage-, Angebots-, Kosten- und Preisänderungen und ähnlichen Einflüssen; zugleich sind sie eine vielseitig verwendbare Basis für Vorausschätzungen der wirtschaftlichen Entwicklung. Ein Bild des Warenverkehrs mit dem Ausland gibt die Außenhandelsstatistik, die in den letzten Jahren — vor allem unter dem Einfluß der Europäischen Gemeinschaften — eine Reihe von Änderungen und Erweiterungen erfahren hat.

In engem Zusammenhang mit dem Nachweis der Güterströme sind auch die fortlaufenden Bemühungen der amtlichen Statistik zum Ausbau der Statistiken über Preise zu sehen. Hauptziel ist es, für möglichst viele Güter auf den verschiedenen Stufen des Wirtschaftsprozesses Indizes zur Messung der Preisentwicklung bereitzustellen. Das preisstatistische System ist in der Bundesrepublik so ausgebaut, daß Preise in nahezu allen Stadien des Wirtschaftskreislaufs erfaßt und zu Indizes für die Darstellung der zeitlichen Entwicklung der Preise bzw. der Kaufkraft des Geldes verarbeitet werden. Während die Preise auf der Absatzseite der einzelnen Bereiche — mit Ausnahme des Dienstleistungssektors — relativ vollständig erfaßt werden, ist das System der Einkaufspreisindizes noch ergänzungsbedürftig.

Anschließend an die Darstellung der Grundlinien der Weiterentwicklung der Wirtschaftsstatistiken wird im folgenden näher auf die einzelnen Statistiken eingegangen. Zunächst werden solche Statistiken behandelt, die einen Überblick über die gesamte Wirtschaft bzw. große Teile daraus vermitteln. Hierzu gehören u. a. die Arbeitsstättenzählungen, die Umsatzsteuerstatistiken, die Bilanzstatistiken, die Kostenstrukturstatistiken sowie die Außenhandels- und die Preisstatistiken, die sich ebenfalls über alle oder zahlreiche Wirtschaftsbereiche erstrecken. Daran schließen sich Ausführungen über die Vervollständigung des wirtschaftsstatistischen Instrumentariums in Teilbereichen an.

Das umfassendste Strukturbild der Volkswirtschaft vermitteln von den in längerfristigen Abständen durchgeführten Statistiken die Arbeitsstättenzählungen. Als Rahmenzählungen, die sich in zehnjährigem Turnus auf nahezu alle Wirtschaftsbereiche (mit Ausnahme der Landwirtschaft) erstrecken, erbringen sie insbesondere Angaben über Zahl und Größe der Arbeitsstätten und Unternehmen sowie deren fachliche und regionale Verflechtungen und Angaben über Beschäftigte und deren Entgelte. Der Plan der Bundesregierung, in der zeitlichen Mitte zwischen zwei Arbeitsstättenzählungen im Rahmen einer Gebäude- und Wohnungszählung um 1975 u. a. auch Angaben über Arbeitsstätten zu erheben, mußte — wie erwähnt — für die laufende Legislaturperiode aufgegeben werden. Obwohl der Bundesrat die Bedeutung einer derartigen Zählung im Gesetzgebungsverfahren ausdrücklich anerkannt hat, sind die Planungen vor allem an den finanziellen Auswirkungen gescheitert.

Ebenfalls auf nahezu alle Wirtschaftsbereiche erstreckt sich die in zweijährigem Turnus stattfindende Umsatzsteuerstatistik, aus der erste Hauptergebnisse für 1974 veröffentlicht wurden. Die aus dieser Totalerhebung in tiefer wirtschaftssystematischer Gliederung anfallenden Angaben über Struktur und Höhe der Umsätze und ihre Besteuerung ermöglichen — über die Erfassung der aus fiskalischer und steuerpolitischer Sicht wichtigen Tatbestände hinaus — einen umfassenden Überblick über die Absatzentwicklung am Binnenmarkt. Damit liefert die Umsatzsteuerstatistik wichtige Unterlagen für die allgemeine, branchenspezifische und regionale Wirtschaftsbeobachtung und -analyse sowie für die volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Mit dem zunehmenden Übergang der Finanzverwaltung auf maschinelle

Umsatzsteuerüberwachung stehen in wachsendem Umfang (1974 in rd. 50% der Fälle) Magnetbänder für die statistische Aufbereitung zur Verfügung. Dadurch wurde auch die Erweiterung des Merkmalskatalogs der Umsatzsteuerstatistik um den Nachweis der Rechtsformen begünstigt, der erstmals seit 1962 wieder in die Erhebung für das Jahr 1972 aufgenommen und 1974 zusätzlich mit Wirtschaftszweigen/Umsatzgrößenklassen kombiniert wurde. Bei den zur Zeit laufenden Arbeiten an der Revision der Systematik der Wirtschaftszweige wird die zweckmäßigste Form für die künftige gewerbliche Zuordnung der Steuerpflichtigen in der Umsatzsteuerstatistik und in den übrigen Veranlagungsstatistiken geprüft. Für die Aufbereitung der Umsatzsteuerstatistik wird die revidierte Systematik frühestens 1980 angewandt werden können. Die zeitlich vorangehende Umstellungsaktion setzt eine enge Zusammenarbeit zwischen der Finanzverwaltung und den Statistischen Ämtern voraus; entsprechende Kontakte wurden aufgenommen.

Die Statistik der Kapitalgesellschaften erfaßt jährlich die Zahl und das Nominalkapital der Aktiengesellschaften und der Gesellschaften mit beschränkter Haftung. Aus der Bilanzstatistik der Aktiengesellschaften, die als Sekundärstatistik auf der Auswertung von veröffentlichten Jahresabschlüssen und Geschäftsberichten basiert, sowie aus der Statistik über die Abschlüsse der öffentlichen Wirtschaftsunternehmen fallen jährlich u. a. Angaben über die Posten der Bilanzen und der Erfolgsrechnungen der einbezogenen Unternehmen an. Eine Ausdehnung der Bilanzpublizität brachte das Gesetz über die Rechnungslegung von bestimmten Unternehmen und Konzernen — das sog. Publizitätsgesetz — vom 15. August 1969. Danach haben auch Unternehmen, die keine Aktiengesellschaften sind (vorwiegend Gesellschaften mit beschränkter Haftung), ihre Jahresabschlüsse zu veröffentlichen, wenn sie an drei aufeinanderfolgenden Abschlußstichtagen bei wenigstens zwei der Merkmale Bilanzsumme, Umsatzerlöse und Zahl der Beschäftigten bestimmte Mindestgrößen überschreiten. Die Ergebnisse der ersten Auswertungen für die Geschäftsjahre 1972 und 1973 wurden vom Statistischen Bundesamt veröffentlicht.

Die mit der Einbringung des Regierungsentwurfs für ein Gesetz über Gesellschaften mit beschränkter Haftung im Jahre 1973 verknüpften Erwartungen, in die Bilanzstatistik generell auch GmbH-Abschlüsse einbeziehen zu können, werden sich auf absehbare Zeit nicht erfüllen. Angesichts des engen Zusammenhangs mit der Reform des gesamten Unternehmensrechts und der noch erforderlichen umfangreichen parlamentarischen Beratungen hat sich der Bundesminister der Justiz vor dem Rechtsausschuß des Bundestages bereit erklärt, die Novellierung des GmbH-Gesetzes in die nächste Legislaturperiode zu übertragen.

Verbesserungen des bilanzstatistischen Informationswerts der Einheitswertstatistik der gewerblichen Betriebe konnten innerhalb der Grenzen der bewertungsrechtlichen Vorschriften durch die Aufgliederung eines Teils der Verbindlichkeiten nach Art und Fristigkeit in die Wege geleitet werden. Mit der vorgesehenen Einführung eines einheitlichen Vordrucks, der von allen Gewerbetreibenden und Angehörigen freier Berufe — unabhängig von Bilanzierungspflicht oder Rechtsform — für die Vermögensaufstellung zu verwenden ist, eröffnen sich verbesserte Möglichkeiten für eine Nutzung von Steuerunterlagen für Bilanzanalysen nach Branchen und Rechtsformen.

Im Bereich der Kostenstrukturstatistiken fand im Jahre 1975 (für 1974) letztmals nach dem bisherigen Verfahren die Erhebung im Bereich der Industrie (einschl.

Energie- und Wasserversorgung) statt. Ab 1976 wird als Kernstück der künftigen Jahreserhebungen im Produzierenden Gewerbe eine jährliche Kostenstrukturhebung mit gesetzlicher Auskunftspflicht bei einer repräsentativen Auswahl von Unternehmen des Produzierenden Gewerbes eingeführt. Diese zentral vom Statistischen Bundesamt durchzuführende Kostenstrukturstatistik wird — soweit Unternehmen mit 100 tätigen Personen und mehr in die Auswahl fallen — voraussichtlich ab 1977/78 zusätzlich auch Angaben für fachliche Unternehmensteile erbringen. Mit der Neuregelung wird über die nationalen Bedürfnisse hinaus auch den Anforderungen der Europäischen Gemeinschaften Rechnung getragen, die insbesondere auf Material für internationale Struktur- und Leistungsvergleiche abzielen. Auf längere Sicht zeichnen sich Änderungen im Bereich der Kostenstrukturstatistiken auch durch die in Vorbereitung befindliche Neuordnung der Statistiken im Handel und Gastgewerbe ab, die zeitlich und zählungstechnisch mit den vierjährlichen Kostenstrukturstatistiken in diesem Bereich abzustimmen ist.

Die Außenhandelsstatistik, die als größte zentral durchgeführte Bundesstatistik den grenzüberschreitenden Warenverkehr, zum Teil in tiefer Detaillierung, nachweist, durchläuft — insbesondere zur Anpassung an die wachsenden Anforderungen der Europäischen Gemeinschaften — zur Zeit eine Phase größerer Änderungen. Die wichtigsten zum Jahresbeginn 1974 eingeführten Änderungen betrafen u. a. die Neuabgrenzung des Lagerverkehrs, die Anhebung der Befreiungsgrenze für gewerbliche Güter, die Einführung automationsgerechterer Anmeldepapiere für die Ausfuhr und die Vereinfachung des Aufbereitungsverfahrens für Klein-Ausfuhranmeldungen. Zum 1. Januar 1975 wurde das Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik voll auf die harmonisierte Außenhandelsnomenklatur der Europäischen Gemeinschaften (NIMEXE) umgestellt und in den neuen Deutschen Gebrauchsolltarif integriert, in dem alle für die Zollabfertigung wichtigen Verzeichnisse zusammengefaßt sind. Damit verbunden war ein Übergang von den bisher sechststelligen auf siebenstellige Warennummern, der u. a. erheblichen Aufwand bei der Umprogrammierung der Außenhandelsstatistik verursachte. Erforderlich wurde ferner eine erneute Umgestaltung der statistischen Anmeldeformulare, insbesondere der Einfuhrpapiere. Im Zusammenhang mit den Bemühungen zur Rationalisierung der Anmelde- und Aufbereitungsverfahren hat das Statistische Bundesamt auch die Voraussetzungen für monatliche Sammelanmeldungen auf Magnetbändern geschaffen.

Für die Harmonisierung der Methoden und Definitionen der Außenhandelsstatistik in den Europäischen Gemeinschaften ist die Verordnung 1736/75 des Rates der Europäischen Gemeinschaften vom 24. Juni 1975 als Rahmenvorschrift von besonderer Bedeutung. Sie enthält Vorschriften über Begriffsbestimmungen und Methoden, Aufbereitung, Nomenklaturen, Übermittlung und Veröffentlichung der Ergebnisse. Während die Verordnung am gegenwärtigen Anmeldeverfahren und der Darstellung der Ergebnisse zunächst nichts ändert, eröffnet sie der Kommission der EG auf längere Sicht die Möglichkeit — unter Mitwirkung des neugegründeten Verwaltungsausschusses Außenhandelsstatistik — maßgebenden Einfluß auf die Außenhandelsstatistik zu gewinnen. Weitreichende Auswirkungen dürften auch von den geplanten Automationsvorhaben der deutschen Zollverwaltung sowie von den Überlegungen der Europäischen Gemeinschaften zur Weiterführung der Außenhandelsstatistik nach Aufhebung der Zollkontrollen an den EG-Binnengrenzen ausgehen. Das Statistische Bundesamt, das an diesen Aufgaben mitarbeitet, setzt sich dafür ein, künftige Änderungen der Außenhandelsstatistik auf ein Minimum zu beschränken. Dies gilt um so

mehr, als die Außenhandelsstatistik trotz ständiger Rationalisierung der Aufbereitungsarbeiten an ihre Kapazitätsgrenzen gestoßen ist. In diesem Sinne sollte auch auf die Arbeiten des Brüsseler Zollrates an einem „Harmonisierten System für die Bezeichnung und Codierung der Waren im internationalen Handel“ eingewirkt werden, das an die Stelle einer Vielzahl unterschiedlicher Warenverzeichnisse und Tarife im Welt-handel treten soll.

Angesichts der wachsenden Differenzierung des Güterangebots, der Aufhebung der Preisbindung und vielfältiger Wandlungen der Wirtschafts- und Verbrauchsstruktur ist das System der Preisstatistik in den letzten Jahren — wie erwähnt — weiter vervollständigt worden. Lücken im preisstatistischen Instrumentarium bestehen insbesondere noch hinsichtlich der Erfassung der effektiven Verkehrspreise (vor allem für den Verkehr auf der Straße und auf den Binnenwasserstraßen). Eine weitere Anforderung ist auf die Einbeziehung des Gartenbaus in die Statistik der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel gerichtet, wie dies anlässlich der Indexneuberechnung auf Basis 1970 in der Statistik der landwirtschaftlichen Verkaufspreise bereits geschehen ist. Auch die laufende Mietenstatistik genügt mit ihrer Beschränkung auf die Erhebungsgemeinden der Verbraucherpreisstatistik und auf die für den Lebenshaltungindex beobachteten Wohnungstypen nicht allen Anforderungen.

Da angesichts der Ausstattung der Statistischen Ämter mit Personal und Mitteln Erweiterungswünsche gegenwärtig nur in begrenztem Umfang zu realisieren sind, muß sich die amtliche Statistik darauf beschränken, einige kleinere Vorhaben in Angriff zu nehmen, wie etwa die stärkere Berücksichtigung des Fertigteilbaus in der Baupreisstatistik und den Nachweis weiterer Gebühren für öffentliche Leistungen (soweit es sich um Ausgaben für den Privaten Verbrauch handelt) in der Verbraucherpreisstatistik. Im Hinblick auf verschiedene gesetzliche Vorschriften, nach denen für die Umrechnung von Beträgen in ausländischer Währung anstelle der Devisenkurse die Kaufkraftparitäten des Statistischen Bundesamtes heranzuziehen sind, kann auch die Neuberechnung der Verbrauchergeldparitäten Vorrang beanspruchen. Im internationalen Bereich wurde die erste Phase eines gesamtwirtschaftlichen Kaufkraftvergleichs der Vereinten Nationen abgeschlossen, an dem die Bundesrepublik über das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften beteiligt war. Ständig an Bedeutung gewinnt im Rahmen der EG ferner die Harmonisierung der Preisstatistik durch Angleichung der Methoden (einschl. der systematischen Abgrenzung). Nachdem der neue Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte als erster Preisindex in Übereinstimmung mit dem für alle Mitgliedsländer empfohlenen Verfahren aufgestellt wurde, konzentrieren sich die Beratungen in den Europäischen Gemeinschaften nunmehr auf eine Harmonisierung der nationalen Verbraucherpreisindizes.

Als einheitliche Basisjahre für die amtlichen Preis- und Lohnindizes sowie für die Mengen- und Wertindizes sind seit Gründung der Bundesrepublik bisher die Jahre 1950, 1958, 1962 und 1970 festgelegt worden. Die letzten Preisindizes auf Basis 1962 werden voraussichtlich im Laufe des Jahres 1976 auf das Basisjahr 1970 umgestellt sein. Nach Abschluß dieser Arbeiten werden die kapazitätsmäßigen Voraussetzungen gegeben sein, um eine erneute Umbasierung in Angriff nehmen zu können. Angesichts der tiefgreifenden Veränderungen der Produktions- und Preisstruktur, die sich unter dem Einfluß der Entwicklung auf den Erdöl- und Rohstoffmärkten in den Jahren 1973/74 vollzogen haben, ist das Interesse an möglichst zeitnahen Indizes besonders groß. Gegen eine Festlegung auf das Jahr 1975 als neues Basisjahr bestehen allerdings im Hinblick auf die angespannte konjunkturelle Situation

und die ausgeprägten Schwierigkeiten am Arbeitsmarkt erhebliche Bedenken. Die Europäischen Gemeinschaften haben 1975 ebenfalls nur als Referenzjahr empfohlen, auf das die Mitgliedstaaten soweit wie möglich ihre Indizes einheitlich umrechnen sollen; eine Entscheidung hinsichtlich eines neuen allgemeinen Originalbasisjahres wird durch diese Übereinkunft nicht getroffen. Als weiterer Gesichtspunkt ist festzuhalten, daß gegenwärtig wichtige Wägungsunterlagen für die Umbasierung noch nicht vorliegen. Vor allem gilt dies hinsichtlich der Bereitstellung von Material zur Berechnung der Nettoproduktionswerte, die für die Umstellung der Produktionsindizes benötigt werden.

Unter Abwägung aller Gesichtspunkte hat sich der Statistische Beirat auf seiner 22. Tagung im Mai 1975 dafür ausgesprochen, das Jahr 1976 als nächstes allgemeines Originalbasisjahr in Aussicht zu nehmen. Hierfür spricht auch, daß sich nicht wieder ein allzulanger Abstand zwischen zwei Umbasierungsterminen ergeben sollte, wie das bei der Umstellung von 1962 auf 1970 der Fall war. Für die Zeitplanung der Statistischen Ämter würde dies bedeuten, daß 1977 mit der Umbasierung auf 1976 begonnen werden müßte, wobei das Schwergewicht der Arbeiten in die Jahre 1978 bis 1980 fiel.

Neben den bisher behandelten Statistiken, die einen Überblick über die gesamte bzw. große Teile der Wirtschaft vermitteln und damit u. a. Querschnittsanalysen ermöglichen, ist das statistische Instrumentarium — wie bereits erwähnt — auch in Teilbereichen komplettiert worden.

Im Bereich der Landwirtschaft (siehe hierzu Abschnitt 2.1) sind die Statistiken über die landwirtschaftlichen Betriebe und ihre Erzeugung in den letzten Jahren vor allem durch die Einführung der Agrarberichterstattung ergänzt und zu einem gut abgestimmten System weiterentwickelt worden. Diese Statistik wird ab 1975 in zweijährigen Abständen betriebsbezogene Strukturdaten bereitstellen, um — angesichts des raschen strukturellen und sozialen Wandels im Agrarbereich — eine regelmäßige Beobachtung der Betriebsverhältnisse und ihrer Veränderungen zu ermöglichen. Dies geschieht im Grundprogramm der Agrarberichterstattung dadurch, daß die in den landwirtschaftlichen Betrieben zu unterschiedlichen Zeiten und mit getrennten Fragebogen bereits regelmäßig erhobenen Angaben über Bodennutzung, Viehhaltung und Arbeitskräfte in der Landwirtschaft ohne zusätzlichen Erhebungsaufwand betriebsweise zusammengeführt und im Betriebszusammenhang ausgewertet werden; die speziellen Aufgaben dieser Statistiken bleiben von der zusätzlichen Verwendung der Angaben für die Agrarberichterstattung unberührt. Die anfallenden Ergebnisse werden im nationalen Bereich u. a. zur Verbesserung der Typisierung und der sozialökonomischen Gliederung der landwirtschaftlichen Betriebe sowie zu vielseitigen Vergleichen mit der Landwirtschaftszählung 1971 — insbesondere mit den seinerzeit eingeführten monetären und einkommensmäßigen Gliederungen — verwendet.

Zusätzliche statistische Angaben zur Beobachtung der strukturellen Anpassungsvorgänge der landwirtschaftlichen Betriebe werden — soweit wie möglich in Verbindung mit den Angaben für das Grundprogramm — im Ergänzungsprogramm der Agrarberichterstattung erhoben, das sich in einen totalen und einen repräsentativen Teil gliedert. Total zu erfassen sind — neben Merkmalen zur Kennzeichnung und zur Rechtsstellung der Betriebe sowie Fragen zur Buchführung — Tatbestände zu den sozialökonomischen Verhältnissen der Betriebe. Im repräsentativen Teil werden u. a.

Fragen nach den Besitzverhältnissen und dem Grundeigentumswechsel sowie nach den Erwerbs- und Unterhaltsquellen gestellt. Im Zusatzprogramm können darüber hinaus die wirtschaftlichen, organisatorischen, technischen und baulichen Verhältnisse der Betriebe, die Ausbildung und Beratung der Betriebsinhaber repräsentativ erhoben werden. Durch die Ermächtigung im Gesetz, Einzelheiten über Art, Umfang und Erhebungszeitpunkt des Zusatzprogramms jeweils durch Rechtsverordnung festzulegen, wird die Anpassungsfähigkeit des Programms an aktuelle Fragestellungen gewährleistet.

Die besondere Bedeutung, die der Agrarberichterstattung künftig im System der Landwirtschaftsstatistik zukommt, zeigt sich u. a. auch darin, daß aus dieser Quelle größtenteils auch die Anforderungen der Europäischen Gemeinschaften zur repräsentativen Strukturhebung 1975 sowie für die vorgesehene Erhebung 1977 erfüllt werden können. Auch die Landwirtschaftszählungen, die im Einklang mit internationalen Übereinkünften in ungefähr zehnjährigen Abständen stattfinden, sollen in Zukunft durch Heranziehung der Unterlagen der Agrarberichterstattung entlastet werden.

Aus der letzten Landwirtschaftszählung von 1971, die aus einer Haupterhebung, einigen kleineren Sondererhebungen und drei Nacherhebungen (Gartenbau-, Weinbau- und Binnenfischereierhebung) bestand, liegt eine Fülle von Strukturdaten u. a. über die Hauptnutzungsarten und -produktionsrichtungen der Betriebe, die Größenstruktur, die Rechtsform, die Besitz-, Arbeits- und Einkommensverhältnisse, die vertraglichen Bindungen, die Arrondierung und Zersplitterung der Betriebsflächen sowie die Maschinenverwendung vor. Gewisse Verzögerungen bei der Bereitstellung der übrigen Angaben — insbesondere über die sozialökonomischen Verhältnisse der Landwirtschaft — haben sich angesichts des Umfangs und des Schwierigkeitsgrads der Erhebung nicht vermeiden lassen. Das Statistische Bundesamt ist bemüht, die noch ausstehenden Quellenhefte zur Landwirtschaftszählung im Laufe des Jahres 1976 vorzulegen.

Die nächste Landwirtschaftszählung, die gemäß den Empfehlungen der Organisation der Vereinten Nationen für Ernährung und Landwirtschaft (FAO) für 1980 vorgesehen ist, soll im Rahmen der Europäischen Gemeinschaften in das längerfristige Programm der Landwirtschaftsstatistik eingebettet werden. In Abstimmung mit dem Termin der nächsten Volkszählung ist die Landwirtschaftszählung für den Zeitraum zwischen dem 1. Mai 1979 und dem 15. Juni 1980 angesetzt worden. Der Verzicht auf eine Stichtagserhebung soll es den Mitgliedsländern ermöglichen, die Anforderungen der Europäischen Gemeinschaften ggf. durch Zusammenführung von Angaben aus vorangehenden bzw. nachfolgenden agrarstatistischen Erhebungen zu erfüllen.

Auf dem Gebiet der Bodennutzungserhebungen wurden — neben der erwähnten Integration in die Agrarberichterstattung — Einschränkungen im Fragenkatalog vorgenommen. Die seit längerem angestrebten Änderungen im Erhebungssystem sollen im Rahmen der Bemühungen zur Einschränkung des statistischen Programms weiterverfolgt werden. Andererseits gehen die Überlegungen dahin, in das System der Bodennutzungserhebungen — bisher bestehend aus Bodennutzungsvor-, -haupt- und -nacherhebungen sowie Ernteerhebungen — eine allgemeine, jährliche Flächenerhebung aufzunehmen. Diese Erhebung soll vornehmlich auf dem Nutzungsartenkatalog des Liegenschaftskatasters aufbauen und verstärkt Anforde-

rungen aus dem Bereich der Raumordnung und Regionalpolitik berücksichtigen. Im Zusammenhang mit der Neuregelung wird angestrebt, die Bodennutzungshaupterhebung unter Anhebung der Erfassungsgrenze auf 1 ha um einige Tatbestände der Bodennutzungsvorerhebung zu erweitern; diese würde dann entbehrlich. Damit könnte eine auf die landwirtschaftlichen Betriebe beschränkte Bodennutzungserhebung geschaffen werden, die wie bisher auf dem Betriebsprinzip beruht und sämtliche Flächen der Betriebe, untergliedert nach Hauptnutzungs- und Kulturarten, sowie den Anbau auf dem Ackerland erfaßt. Die dafür notwendige Novellierung des Bodennutzungsgesetzes wird jedoch erst weiterverfolgt werden können, wenn der Abteilungsleiterausschuß Statistik das statistische Gesamtprogramm des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten überprüft hat.

Die von der Finanzverwaltung geführte Kaufpreissammlung für landwirtschaftliche Betriebe und Stückländereien ist ab 1974 — unter Ausschöpfung der Möglichkeiten des Preisstatistischen Gesetzes — durch eine Statistik der durchschnittlichen Kaufwerte für landwirtschaftlichen Grundbesitz ersetzt worden. Diese Statistik soll jährlich vor allem Angaben über die Entwicklung des Wertes des landwirtschaftlich genutzten Grund und Bodens erbringen; erste Ergebnisse liegen vor.

In den landwirtschaftlichen Produktionsstatistiken ist im Bereich der pflanzlichen Erzeugung aufgrund einer Richtlinie der Europäischen Gemeinschaften im Jahre 1972 erstmals eine statistische Erhebung zur Ermittlung des Produktionspotentials bestimmter Baumobstanlagen durchgeführt worden. Eine Wiederholung dieser Obstanbauerhebung ist — entsprechend dem vorgeschriebenen Fünfjahresrhythmus — für 1977 vorgesehen. Während die Bundesrepublik die Anforderungen 1972 im Rahmen der Landwirtschaftszählung (Zusatzbefragung im Intensivobstanbau) erfüllen konnte, ist für die erneute Durchführung eine Stichprobenerhebung auf nationaler Rechtsgrundlage in Aussicht genommen. Im Bereich der Obsterntestatistik soll im Jahre 1976 begonnen werden, zur Vereinfachung Flächenerträge im Marktoberbau über eine Stichprobe zu ermitteln, die auf den Ergebnissen der Baumobsterhebung 1972/73 beruht.

Das Weinbaukataster, aus dem im Rahmen der Europäischen Gemeinschaften über eine flächenmäßige Erfassung der Rebgrundstücke das Ertragspotential für Wein ermittelt wird, ist aufgrund einer EG-Verordnung in zehnjährigen Abständen — erstmals 1977 — vollständig neu zu erstellen. Aufgrund der Schwierigkeiten, die bei der Abgabe der jährlichen Veränderungsanzeigen aufgetreten sind, haben die Statistischen Ämter eine Reihe von Verbesserungsvorschlägen für die Neuaufstellung vorgelegt. Sollten sich die EG nicht bald zu diesen Anregungen äußern, kann im Einvernehmen mit dem zuständigen Ministerium wegen der Kürze der noch verbleibenden Zeit das Weinbaukataster auch 1977 nur in der üblichen Weise fortgeschrieben werden.

Auf dem Gebiet der tierischen Erzeugung konnten mit der Novellierung des Viehzählungsgesetzes im Jahre 1973 wichtige methodische Änderungen — bei gleichzeitiger Einschränkung von Periodizität und Erhebungsumfang — realisiert werden, die zum Teil auf Anforderungen der Europäischen Gemeinschaften zurückgehen. An die Stelle der Zählflächenstichprobe trat — erleichtert durch die Einführung von Betriebsnummern und Betriebsregister — eine Betriebsstichprobe, durch die die Zahl der Befragten in den repräsentativen Viehzwischenzählungen um rd. 75% verringert werden konnte. Zugleich wurde die Zahl der Positionen im Erhebungsprogramm reduziert und die Periodizität bei der Erfassung von Kleinbeständen abgeändert. Die

sich daraus vor allem bei den Schweineerhebungen ergebenden Schwierigkeiten für den Zeitvergleich wurden durch eine vom Statistischen Bundesamt entwickelte Methode zur kurzfristigen Vorhersage der Schlachtschweineproduktion überbrückt.

Mit der Verkündung des Gesetzes über die Statistik im Produzierenden Gewerbe vom 6. November 1975 sind die langjährigen Vorarbeiten an einer Neuordnung der Statistiken in diesem Bereich zu einem erfolgreichen Abschluß gekommen (siehe hierzu Abschnitt 2.2). Durch die neue Rechtsgrundlage, die 11 geltende Gesetze oder Verordnungen ablöst sowie bestehende Regelungen modifiziert, werden die Statistiken so vereinheitlicht, zusammengefaßt und abgestimmt, daß ein den gesamten Bereich des Produzierenden Gewerbes abdeckendes konsistentes Erhebungssystem entsteht. Neben vielfältigen nationalen Anforderungen wird damit auch der zusätzliche Datenbedarf internationaler Organisationen berücksichtigt, wie er sich vor allem in den Richtlinien des Rates der Europäischen Gemeinschaften vom 30. Mai 1972 zur Durchführung koordinierter Konjunkturstatistiken in der Industrie und im warenproduzierenden Handwerk und vom 6. Juni 1972 zur Durchführung koordinierter jährlicher Erhebungen über die Tätigkeit der Industrie äußert.

Im einzelnen werden durch das Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe die Statistiken in bezug auf Inhalt, Berichtskreis, Periodizität usw. vereinheitlicht. Unabhängig von der jeweiligen Erhebungseinheit wird der Berichtskreis grundsätzlich auf alle Unternehmen mit 20 tätigen Personen und mehr mit wirtschaftlichem Schwerpunkt im Produzierenden Gewerbe und deren örtliche Einheiten abgestellt; damit wird auch das Produzierende Handwerk einbezogen. Um den produzierenden Bereich möglichst umfassend darstellen zu können, werden bei der Erhebung von Betriebsdaten zusätzlich produzierende Betriebe von Unternehmen anderer Bereiche erfaßt. Kleinere Unternehmen werden in den Zensen und bei einigen laufenden Statistiken berücksichtigt. Außerdem sieht das Gesetz die stärkere Berücksichtigung von Daten für Unternehmen und fachliche Unternehmensteile, die Einführung jährlicher Kostenstrukturstatistiken und die bessere Verzahnung aller Statistiken dieses Bereichs vor.

Die Vereinheitlichung und Verzahnung der Statistiken wird die Kombination der Einzelangaben und statistischen Ergebnisse für die verschiedenen Einheiten wesentlich erleichtern und damit die Auswertungsmöglichkeiten erheblich verbessern. Sie wird es z. B. noch mehr als bisher ermöglichen, durch Zusammenführung von Unternehmensdaten und Daten der Produktions- und Wareneingangstatistik Angaben über Homogenität oder Heterogenität der Produktionsprogramme der Unternehmen zu ermitteln. Derartige Arbeiten können auch wertvolle Anhaltspunkte über den Trend zur Spezialisierung oder zur Diversifikation liefern. Aufgrund des gleichen Materials sind auch Konzentrationsuntersuchungen möglich. Mit den Angaben über fachlich homogene Unternehmensteile, die in Zukunft neben Angaben über Unternehmen und örtliche Einheiten erhoben werden sollen, können ferner einwandfreiere Unterlagen für Branchenuntersuchungen zur Verfügung gestellt werden. Die Aussagefähigkeit der bisherigen Ergebnisse war dadurch eingeschränkt, daß man Unternehmen oder Betriebe mit heterogener Produktion im allgemeinen nach ihrem wirtschaftlichen Schwerpunkt einer Branche zuordnen mußte.

Angesichts der vielfältigen Schwierigkeiten und der begrenzten Kapazitäten der Statistischen Ämter kann die Umstellung der Statistiken auf das neue Berichtssystem nur schrittweise erfolgen. Aus konjunkturpolitischen Gründen kommt der Neuordnung der kurzfristigen Statistiken Vorrang zu, für die u. a. die Funktionsfähigkeit der

einheitlichen Kartei im Produzierenden Gewerbe bei Bund und Ländern eine entscheidende Voraussetzung ist. Nach Einführung der neuen Systematik für das Produzierende Gewerbe (SYPRO) im Jahre 1976 erfolgt am 1. Januar 1977 der Übergang auf den neuen Berichtskreis (Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr). Ab 1977 wird die Berichterstattung ferner auf Betriebe des Verarbeitenden Handwerks, des Ausbaugewerbes sowie der öffentlichen Energie- und Wasserversorgung ausgedehnt. Die monatliche Auftragseingangsstatisik, die sich auf ausgewählte Wirtschaftszweige des Verarbeitenden Gewerbes und das Bauhauptgewerbe erstreckt, wird vollständig in das Erhebungs- und Aufbereitungssystem des Monatsberichts für Betriebe im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bauhauptgewerbe integriert. Die Auftragsbestandsstatistiken in der Industrie (monatlich) und im Bauhauptgewerbe (vierteljährlich) bleiben — abgesehen von Erweiterungen des Berichtskreises — sachlich unverändert. Bei den Umstellungsarbeiten wird darauf geachtet, daß insbesondere die kurzfristigen Indikatoren jeweils zum Vorjahr insoweit vergleichbar sind, daß Zeitvergleiche durchgeführt werden können.

Die Produktionsstatistik — für die ab 1975 ein überarbeitetes Warenverzeichnis gilt — erfaßt vierteljährlich in größerem Umfang neben der zum Absatz bestimmten Produktion auch die Gesamtproduktion und weist — soweit wie möglich — Wertangaben nach. Ab 1977 stellt diese Statistik ebenfalls auf den neuen Berichtskreis ab und bezieht den Fertigteilbau mit ein. Die Produktionsangaben sollen dann jährlich durch Sonderaufbereitung auch in institutioneller Gliederung, d. h. für Unternehmen und Betriebe, ermittelt werden, um für Wirtschaftszweige die Produktion nach Warengruppen bzw. die Herkunft der Produkte aus den einzelnen Wirtschaftszweigen darstellen zu können.

Im System der Jahreserhebungen werden die bisherigen Unternehmens- einschließlich Investitionserhebungen im Jahre 1977 (für 1976) zum letztenmal in der bisherigen Form durchgeführt. Ab 1977 wird die Unternehmenserhebung für den Bereich des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes durch die in den Monatsstatistiken enthaltenen und zu einem Jahresunternehmensergebnis zusammengefaßten Unternehmensangaben ersetzt und in der neuen Form auch als Hochrechnungsrahmen der Kostenstrukturserhebungen verwendet. Die Jahreserhebungen im Baugewerbe werden ab 1977 in veränderter Form weitergeführt.

Der Kostenstrukturstatistik im Produzierenden Gewerbe kommt künftig — u. a. im Hinblick auf die Fortschreibung der Zensusdaten für Zwecke der Europäischen Gemeinschaften — besondere Bedeutung zu. Diese bisher in vierjährigen Abständen auf freiwilliger Basis durchgeführte Statistik soll — wie erwähnt — künftig mit gesetzlich festgelegter Auskunftspflicht jährlich stattfinden und weiterhin zentral im Statistischen Bundesamt durchgeführt werden. Bei Unternehmen mit 100 tätigen Personen und mehr (im Bereich Energie- und Wasserversorgung bei allen erfaßten Unternehmen) sollen zusätzlich Angaben für fachliche Unternehmensteile erhoben werden.

Abgerundet wird das Berichtssystem durch Strukturserhebungen in mehrjährigen Abständen, die auch die nicht in die laufende Berichterstattung einzubeziehenden kleineren Einheiten umfassen. Es handelt sich dabei um den Zensus im Produzierenden Gewerbe, für den nach dem Gesetz über die Statistiken im Produzierenden Gewerbe ein vier- bis sechsjähriger Turnus vorgesehen ist. Er soll die Unternehmen im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Baugewerbe mit wenigstens 10 tätigen Personen sowie Unternehmen der Energieversorgung und eine Auswahl der Unter-

nehmen der Wasserversorgung erfassen, sofern sie nicht bereits jährlich zur Kostenstrukturstatistik zu melden haben. Gleichzeitig mit dem Zensus soll bei einem Teil der Unternehmen auch eine Erfassung des Material- und Wareneingangs nach Arten erfolgen.

Die Bemühungen des Statistischen Bundesamtes zur Neugestaltung der Bau-statistik sind darauf gerichtet, in Übereinstimmung mit internationalen Empfehlungen eine möglichst vollständige Erfassung der Bautätigkeit vom Einsatz der Produktionsfaktoren bis hin zum fertigen Bauergebnis zu ermöglichen. Ein wichtiger Fortschritt konnte durch die Ausdehnung der Bauberichterstattung auf das Ausbaugewerbe sowie den Fertigteilbau im Rahmen der Neuordnung der Statistiken im Produzierenden Gewerbe erzielt werden. Zu einem gewissen Abschluß sind auch die methodischen und technischen Vorarbeiten an einer Reform der Bautätigkeitsstatistik, d. h. der Statistiken der Baugenehmigungen, der Baufertigstellungen und des Bauüberhangs, gekommen; als nächster Schritt wird nunmehr eine gesetzliche Regelung angestrebt.

Im einzelnen ist vorgesehen, den Merkmalskatalog der Bautätigkeitsstatistik — insbesondere im Bereich des Nichtwohnbaus — zu erweitern. In diesem Zusammenhang hat das Statistische Bundesamt u. a. eine Liste von Infrastrukturbauten im Hochbau entwickelt und die Systematik der Bauwerke überarbeitet. Außerdem wird angestrebt, in verstärktem Maße städtebaulichen Gesichtspunkten Rechnung zu tragen, insbesondere durch Bereitstellung von Daten über die Baustruktur, die Baudichte sowie Art und Maß der baulichen Nutzung in unterschiedlichen Baugebieten. Besonderes Interesse gilt dabei Sanierungsgebieten und städtebaulichen Entwicklungsbereichen. Die wachsende Nachfrage nach Regionaldaten soll durch eine Gliederung nach administrativen und nichtadministrativen Gebietseinheiten befriedigt werden. Ferner sind die Voraussetzungen zu schaffen, um durch Kombination von Mengen- und Wertgrößen eine Analyse des Bauvolumens und seiner wertbestimmenden Faktoren zu ermöglichen.

In die Überlegungen einbezogen war auch die Statistik der Bewilligungen im sozialen Wohnungsbau (Bewilligungsstatistik), die im Jahre 1973 auf ein neues Konzept umgestellt wurde. Durch das Gesetz zur Förderung von Wohnungseigentum und Wohnbesitz im sozialen Wohnungsbau vom 23. März 1976 ist die Bewilligungsstatistik unmittelbar im Zweiten Wohnungsbaugesetz verankert worden. Der Umfang der Statistik bleibt hiervon unberührt.

Als neuer Fragenkomplex ist in letzter Zeit der Umweltschutz in den Vordergrund des politischen Interesses gerückt. Das Gesetz über Umweltstatistiken (siehe hierzu Abschnitt 2.3), das zu den von der Bundesregierung im Umweltprogramm angekündigten Maßnahmen gehört, schafft die bundesgesetzliche Grundlage für regelmäßige statistische Erhebungen ökologischer, wirtschaftlicher und finanzieller Daten zur quantitativen Beschreibung der Situation der Umwelt, ihrer Belastungen und Entwicklungstendenzen. Zur Wahrnehmung umfangreicher Aufgaben auf dem Gebiet des Umweltschutzes — auch im internationalen Bereich — werden durch das Gesetz die Statistiken der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung im öffentlichen Bereich und in der Wirtschaft erweitert und zum Teil in ihrer Periodizität verkürzt. Außerdem werden neue Statistiken der öffentlichen Abfallbeseitigung und der Abfallbeseitigung in den wichtigsten Wirtschaftsbereichen, der Abfall- und Abwasserbeseitigung in der Viehhaltung, der Unfälle bei Lagerung und Transport wasser-

gefährdender Stoffe und der Investitionen für Umweltschutz im Produzierenden Gewerbe und in der Viehhaltung angeordnet. Dies bedeutet eine wichtige Ergänzung der bisher von der amtlichen Statistik — primär für andere Zwecke — erhobenen Informationen über umweltrelevante Tatbestände. Da die bereits vorhandenen Daten im allgemeinen nur indirekte Indikatoren über Umweltbelastungen sowie Verursacher und Betroffene darstellen, müssen für Zwecke der Analyse und Prognose u. a. Methoden für Umrechnungen statistischer Angaben über schadensverursachende Vorgänge auf Schäden, die Auswirkungen der Schäden und die von ihnen Betroffenen entwickelt werden.

Im Rahmen der Vorarbeiten an den Umweltstatistiken mußte u. a. eine Vielzahl von schwierigen Methodenfragen gelöst werden. Bei den Abfallstatistiken waren u. a. der Abfallbegriff und die Mengenermittlung bei der Abfallerfassung zu klären und Abfallartenkataloge aufzustellen. Erhebliche Schwierigkeiten bereitete auch die Abgrenzung der Umweltschutzinvestitionen.

Die Erhebungen nach dem Umweltstatistikgesetz sind im Jahre 1975 angelaufen. Begonnen wurde angesichts des Interesses an aktuellen Zahlenangaben mit einer Vorwegfassung ausgewählter Bestandsgrößen zum Jahresanfang 1975, an die sich Anfang 1976 die Erfassung der übrigen Daten anschloß.

Mit Abschluß der Umstellung auf neue Berichtsfirmenkreise konnte der Aussagewert der laufenden Stichprobenstatistiken des Binnenhandels und Gastgewerbes wesentlich verbessert werden. Parallel hierzu wurden die Überlegungen zur Neugestaltung der Statistiken in diesem Bereich weiter konkretisiert. Das Konzept für ein Gesamtsystem von Statistiken im Groß- und Einzelhandel, in der Handelsvermittlung und im Gastgewerbe sieht — unter Beibehaltung der bisherigen monatlichen Repräsentativerhebungen — als Kernstück die Einführung repräsentativer Jahreserhebungen vor, die einen Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung in den einzelnen Bereichen vermitteln sollen. Zusätzlich zum konstanten Merkmalsprogramm dieser Erhebungen sollen in vier- bis sechsjährigen Abständen im Ergänzungsprogramm weitere ausgewählte Tatbestände — wie z. B. die Zusammensetzung des Warensortiments — ermittelt werden. Das System wird abgerundet durch eine Kombinationsstatistik, die in zweijährigem Turnus (entsprechend dem Rhythmus der Umsatzsteuerstatistik) regional tief gegliederte Angaben über die Zahl und den Umsatz aller Arbeitsstätten der Einzelhandelsunternehmen aus der jährlichen Statistik im Einzelhandel mit aggregierten Ergebnissen der Umsatzsteuerstatistik zusammenführen soll. Handels- und Gaststättenzählungen — als totale Bestandsaufnahmen — könnten sich dann künftig auf wenige wichtige Merkmalsgruppen beschränken und sollten — zeitlich abgestimmt mit den übrigen Erhebungen — mit vier- bis sechsjähriger Periodizität durchgeführt werden.

Die Arbeiten an einem Gesamtkonzept für den Ausbau der Fremdenverkehrs- und Beherbergungsstatistiken zu Reiseverkehrsstatistiken zielen auf eine Abstimmung der Beherbergungsstatistik mit der Handels- und Gaststättenzählung sowie den Haushaltsbefragungen über Urlaubs- und Erholungsreisen im Rahmen des Mikrozensus. Durch Kombination von Daten aus den einzelnen Erhebungen soll der Überblick über Umfang und Struktur des Reiseverkehrs und seine Veränderungen wesentlich verbessert werden. Zugleich zeichnen sich damit neue Möglichkeiten für ergänzende Schätzungen in diesem Bereich ab.

Gegenüber dem bisherigen Konzept der Beherbergungsstatistik — als einer monatlichen Erhebung der Fremdenübernachtungen und jährlichen Feststellung der Kapa-

zitäten der Beherbergungsstätten in maximal 3000 Berichtsgemeinden — sehen die Überlegungen zur Neugestaltung u. a. die Erfassung der Beherbergungsstätten mit mehr als 8 Betten in sämtlichen Gemeinden vor. Um die Beherbergungskapazität und ihre Auslastung möglichst aktuell berechnen zu können, ist ferner geplant, im Rahmen der monatlichen Erhebungen neben den Ankünften und Übernachtungen auch die Veränderungen der Bettenkapazität zu erfassen. Die eigentliche Kapazitätserhebung soll dagegen künftig nicht mehr jährlich, sondern nur noch in Abständen von vier bis fünf Jahren durchgeführt werden. Gleichzeitig ist beabsichtigt, ihren Merkmalskatalog so zu erweitern, daß über die Erfassung rein quantitativer Sachverhalte hinaus auch eine Kennzeichnung der qualitativen Ausstattung von Beherbergungsbetrieben (Ausstattungs-klassen und normierte Preisklassen) möglich wird. Ergänzend hierzu sollen — ebenfalls in mehrjährigen Abständen — bei ausgewählten Gemeinden Angaben über reiseverkehrsrelevante Einrichtungen der Infrastruktur erhoben werden. Unter diesem Aspekt könnte sich die Handels- und Gaststättenzählung als Struktur-zählung in Zukunft auf wichtige Angaben — u. a. über Kapazitäten und Ausstattung der Unternehmen des Gastgewerbes — beschränken. Bereits realisiert ist durch die Novellierung des Mikrozensusgesetzes die Übernahme der bisher im Rahmen der Mikrozensus-Zusatzerhebungen in unregelmäßigen Abständen durchgeführten Haushaltsbefragungen über Urlaubs- und Erholungsreisen in das jährliche Mikrozensus-Grundprogramm. Damit werden die Voraussetzungen für eine kontinuierliche Beobachtung des Reiseverkehrs geschaffen.

Eine Ergänzung des statistischen Instrumentariums im bisher noch relativ unzureichend durchleuchteten Dienstleistungsbereich stellen die mit der Novellierung des Filmförderungsgesetzes eingeführten jährlichen Erhebungen im Bereich der Filmwirtschaft dar. Ungeachtet des verhältnismäßig geringen Beitrags dieses Wirtschaftszweiges zur gesamtwirtschaftlichen Leistung kommt der Filmwirtschaft unter medienpolitischen Gesichtspunkten erhebliche Bedeutung zu. Die erstmals für das Berichtsjahr 1973 zentral vom Statistischen Bundesamt erhobene und aufbereitete Statistik der Filmwirtschaft erbrachte wichtige Aufschlüsse über Unternehmen, die Filme herstellen, verleihen, vertreiben, vorführen oder die filmtechnische Leistungen erbringen.

Mit der Einführung der Pressestatistik wird die Absicht verfolgt, im Rahmen einer Bundesstatistik jährlich — erstmals für das Geschäftsjahr 1975 — zuverlässige Informationen über die wirtschaftliche Situation der Zeitungs- und Zeitschriftenverlage bereitzustellen. Die Ergebnisse dieser zentral durchzuführenden Bundesstatistik sollen es zugleich ermöglichen, Entwicklungen, die zu einer Bedrohung der Pressefreiheit und Meinungsvielfalt führen können, bereits im Ansatz zu erkennen. Von besonderer Bedeutung ist deshalb die Ermittlung von ausgewählten Daten zur Markt-, Auflagen- und Umsatzentwicklung.

Auf dem Gebiet der Verkehrsstatistiken hat sich — u. a. aufgrund der Erfahrungen mit dem Verkehrszensus 1962 — eine Abkehr von den relativ schwerfälligen Bereichszählungen vollzogen, die mit einer verstärkten Hinwendung zum Ausbau der laufenden Statistiken sowie ihrer Ergänzung durch Jahresstatistiken für Unternehmen verbunden war. Während aus den überwiegend funktional ausgestalteten laufenden Statistiken vor allem Angaben über Verkehrsmittel und Verkehrsleistungen anfallen, liefern die jährlichen Erhebungen hauptsächlich wichtige Eckdaten über die wirtschaftliche Tätigkeit der Unternehmen.

Über den binnenländischen Güterkraftverkehr stehen statistische Informationen bereits seit längerem aus den laufenden Statistiken über den gewerblichen Straßen-güterfernverkehr und den Werkfernverkehr zur Verfügung. Zu einer Abrundung des statistischen Gesamtbildes der Güterbewegung im Straßenverkehr trägt die Erfassung des grenzüberschreitenden Güterkraftverkehrs bei, die insbesondere von den Europäischen Gemeinschaften gefordert wird. Im Jahre 1973 wurde die provisorisch eingerichtete statistische Erfassung an den Grenzzollstellen aufgrund einer Verwaltungsvereinbarung durch eine bundesgesetzliche Regelung abgelöst.

Die Überlegungen hinsichtlich einer periodischen Erfassung des Straßengüterverkehrs wurden fortgeführt. Da die von den Europäischen Gemeinschaften vorbereitete Richtlinie zur Durchführung jährlicher Stichprobenerhebungen über die innerstaatlichen Straßengütertransporte im Rahmen einer regional gegliederten Transportstatistik noch nicht verabschiedet werden konnte, ist in der Bundesrepublik eine Erhebung auf nationaler Rechtsgrundlage vorgesehen. Als Vorbild dient dabei die zuletzt im Jahre 1970 durchgeführte Stichprobenerhebung im Straßengüterverkehr, die neben einer Leistungserhebung auch eine Unternehmensstatistik umfaßte. Die Planungen sehen vor, die Wiederholung auf eine Leistungserhebung zu beschränken, deren Merkmalskatalog sich weitgehend an der Erhebung von 1970 ausrichtet.

In den parlamentarischen Beratungen abgelehnt wurde der Gesetzentwurf zur Durchführung von Statistiken des Personenverkehrs und der Kraftfahrzeugfahrleistungen 1974, mit denen — analog zur Bewegungsstatistik im Güterverkehr — u. a. Zahlen über regionale Verflechtungen im Personenverkehr auf Straße und Schiene erhoben werden sollten. Durch das Gesetz über die Statistik der Straßen in den Gemeinden 1976 wurde die Kontinuität dieser seit 1956 regelmäßig in fünfjährigen Abständen durchgeführten Statistik gewahrt, die Teil einer totalen Bestandsaufnahme des öffentlichen Straßennetzes ist.

Mit den Bestrebungen der Innenministerien der Bundesländer, die Unfallaufnahme zu vereinfachen, konnte das Erhebungs- und Aufbereitungsverfahren zur amtlichen Straßenverkehrsunfallstatistik modifiziert werden. Die seit dem 1. Januar 1975 bei den Polizeidienststellen verwendeten Verkehrsunfallanzeigen wurden so gestaltet, daß besondere Signierarbeiten bei den Statistischen Landesämtern weitgehend entfallen.

Für die Wohnungswirtschaft war — entsprechend dem bisher fünf- bis sieben-jährigen Turnus der Wohnungszählungen — nach der Zählung 1968 für das Jahr 1975 eine erneute Bestandsaufnahme der Gebäude und Wohnungen einschließlich der bebauten Grundstücke in Aussicht genommen. Damit sollten statistische Grunddaten für aktuelle Fragestellungen, wie Feststellungen des sanierungsbedürftigen Wohnungsbestandes, Untersuchungen über Eigentums- und Zweitwohnungen, über die Wohnverhältnisse bestimmter Bevölkerungsgruppen usw., bereitgestellt werden. Ferner war vorgesehen — u. a. zur Gewinnung eines Überblicks über den regionalen Wohnungsbedarf und für Zwecke der Städteplanung — Angaben in kleinräumlicher Gliederung nachzuweisen. Trotz der grundsätzlichen Zustimmung des Bundesrates konnte dieses Projekt — wie erwähnt — nicht verwirklicht werden. Die Überlegungen gehen deshalb dahin, möglichst bald eine 1%-Wohnungsstichprobe durchzuführen, die den aktuellen Datenbedarf auf dem Gebiet der Wohnungswirtschaft abdeckt. Neue Totalzahlen (Eckdaten) über den Wohnungsbestand könnten erstmals wieder in Verbindung mit der Volkszählung 1981 ermittelt werden.

Ihrer Zielsetzung entsprechend stellen 1%-Wohnungsstichproben, die seit 1957 in mehrjährigen Intervallen durchgeführt werden, eine wichtige Ergänzung der totalen Gebäude- und Wohnungszählungen dar. Neben der Bereitstellung von zeitnahe Zahlenmaterial fällt diesen Stichprobenerhebungen vor allem die Aufgabe zu, auch solche Tatbestände und Sachverhalte zu erfassen, die bei Totalzählungen aus sachlichen und finanziellen Gründen nicht zu ermitteln sind. So umfaßte die letzte 1%-Wohnungsstichprobe im Jahre 1972 — über das gegenüber früheren Erhebungen nahezu unveränderte gebäude- und wohnungsstatistische Grundprogramm hinaus — bei Gemeinden mit 10 000 Einwohnern und mehr erstmals auch ein städtebauliches Programm zur Ermittlung repräsentativer Daten über die Lage der Gebäude, die bauliche und sonstige Nutzung der Grundstücke, deren städtebauliche Gegebenheiten (Lage und Zuordnung von Baugebieten, Zuordnung zu Arbeitsstätten und Einrichtungen des Gemeinbedarfs) sowie die Umweltbelastungen.

1.4 Der öffentliche Bereich sowie das Bildungs- und Gesundheitswesen in der Statistik

Die Arbeiten auf dem Gebiet der Finanzstatistik wurden in den letzten Jahren in starkem Maße durch die tiefgreifenden Wandlungen in der öffentlichen Finanzwirtschaft beeinflusst, die sich vor allem aus der erweiterten Zielsetzung der öffentlichen Haushalte im Rahmen der Wachstums- und Stabilitätspolitik ergeben haben. Hiermit waren Anforderungen nach umfassenden, detaillierten und frühzeitigen Informationen für die politischen Entscheidungsträger zu erfüllen. Die rechtlichen Voraussetzungen hierfür sind durch die Novellierung des Finanzstatistischen Gesetzes im Jahre 1973 geschaffen worden.

Auf dem Gebiet der methodischen und systematischen Arbeiten ist das Statistische Bundesamt — bedingt durch die enge Bindung der Finanzstatistik an die Haushaltsunterlagen — in erheblichem Umfang an der Fortentwicklung der staatlichen und kommunalen Haushaltssystematiken beteiligt. In den Jahren 1974/75 konzentrierten sich die Arbeiten vor allem auf die Reform des kommunalen Haushaltsrechts, die den Schlußstein der Bemühungen um eine grundlegende Haushaltsreform der öffentlichen Finanzwirtschaft darstellt. Vorausgegangen war im Jahre 1970 die Einführung neuer Haushaltssystematiken für Bund und Länder, durch die erheblich detaillierteres Material für die sekundärstatistische Auswertung im Rahmen der Finanzstatistik verfügbar wurde. Insbesondere gilt dies hinsichtlich der Gruppierung nach Einnahme- und Ausgabearten, der Gliederung nach Funktionen sowie der Unterteilung in laufende Rechnung und Kapitalrechnung unter Berücksichtigung des Nachweises der besonderen Finanzierungsvorgänge.

Im Mittelpunkt der statistischen Arbeiten in den letzten Jahren stand die Realisierung der durch die Novelle zum Gesetz über die Finanzstatistik angeordneten Vorhaben. Dazu zählen neben der Einführung neuer Statistiken (Finanzplanungstatistik, Statistik der Umlagesätze und Umlageeinnahmen) auch die Erweiterung einiger bestehender Statistiken (Gemeindefinanzstatistik, Schuldenstatistik, Personalstatistik im öffentlichen Dienst). In diesem Zusammenhang war ferner die Frage der Ausdehnung des Erhebungsbereichs der Finanzstatistik auf bisher nicht einbezogene Träger öffentlicher Aufgaben zu lösen. Ziel dieser Erweiterung des Erhebungsbereichs ist es u. a., die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der öffentlichen Finanzwirtschaft künftig in wesentlich stärkerem Maße als bisher darzustellen und

zu analysieren. Ferner können nunmehr die Anforderungen der Europäischen Gemeinschaften und anderer internationaler Organisationen nach finanzstatistischen Daten, z. B. für internationale Haushaltsvergleiche, besser erfüllt werden.

Wegen der Kapazitätsengpässe der Statistischen Ämter läßt sich das durch die Novellierung des Finanzstatistischen Gesetzes erheblich erweiterte finanzstatistische Programm nur stufenweise realisieren. In der ersten Phase wurden in die Jahresrechnungsstatistik ab Rechnungsjahr 1974 die Sozialversicherungsträger, die Zweckverbände und die vorwiegend aus öffentlichen Mitteln finanzierten Organisationen ohne Erwerbscharakter (im Jahre 1974 begrenzt auf den Teilbereich Forschungsinstitutionen) einbezogen. Zu lösen waren noch einige Abgrenzungsprobleme bei den überwiegend aus öffentlichen Mitteln finanzierten Organisationen ohne Erwerbscharakter sowie den Zweckverbänden mit kaufmännischer Buchführung. Als neues Problem stellte sich die finanzstatistische Behandlung von vorwiegend kommunalen Krankenhäusern, die aufgrund des Krankenhausfinanzierungsgesetzes und der Bundespflegesatzverordnung die kaufmännische Buchführung einführen müssen. Schwierigkeiten bereiten dabei die Vielfalt der Rechnungslegungsverfahren und -unterlagen bei einigen der neu einzubeziehenden Berichtsstellen und die Integration der Finanzvorfälle in die finanzstatistische Konzeption, die nur mit Hilfe von Umsetzungsschlüsseln vorgenommen werden kann. Noch nicht endgültig geklärt ist ferner die Erfassung der Einnahmen und Ausgaben der Kapitalrechnung bei einigen Sozialversicherungsträgern. Die kommunale Jahresrechnungsstatistik konnte ab 1974 durch die Umstellung der Datenerfassung bei den Berichtsstellen auf Datenträger bzw. abloCHFähige Listen rationalisiert werden. Zugleich ergaben sich dadurch verbesserte Kombinationsmöglichkeiten zwischen Einnahme-/Ausgabegruppierungen und Aufgabenbereichen (Funktionen).

Die Finanzen des Hochschulbereichs werden nach einem interimistischen Programm erhoben, das auf eine Erfassung der Ausgaben und Einnahmen nach Fächergruppen bei den einzelnen Hochschulen abgestellt ist und seit dem Rechnungsjahr 1972 mit zunehmendem Vollständigkeitsgrad angewandt wird. Die Umstellung auf eine Erfassung nach Kostenarten und Kostenstellen — wie sie im Hochschulstatistikgesetz vorgeschrieben ist — mußte bis auf weiteres zurückgestellt werden.

Mit der gleichfalls durch die Novelle zum Finanzstatistischen Gesetz vorgeschriebenen Erweiterung des Berichtskreises der Vierteljahresstatistik der Kommunalfinanzen auf die Gemeinden unter 10000 Einwohnern sowie der Ausweitung des Erhebungsprogramms auf alle wichtigen Einnahme- und Ausgabearten ab 1. Vierteljahr 1974 wird vor allem die Verbesserung des finanzstatistischen Instrumentariums für konjunktur- und wirtschaftspolitische Zwecke angestrebt. Dieses Ziel kann jedoch nur bei termingerechter Bereitstellung der Vierteljahresergebnisse erreicht werden, die u. a. wegen des stark gewachsenen Datenanfalls, der Umstellung des kommunalen Haushaltsrechts und der Gebietsreformen in den Ländern zur Zeit noch erhebliche Schwierigkeiten macht. Die vorgesehene Einbeziehung der Zweckverbände mußte bisher aus arbeitsmäßigen Gründen zurückgestellt werden.

Der Abschätzung der künftigen Haushaltsentwicklung und damit der Absicherung konjunktur- und finanzpolitischer Entscheidungen sollte auch die geplante Statistik über die Verpflichtungen der öffentlichen Hand aus der Vergabe von Beschaffungs- und Bauaufträgen sowie aus Darlehens- und Zuschußzusagen dienen. Aufgrund von Vereinbarungen zwischen den Finanzministern (Länderdaten werden

dem Bundesminister der Finanzen zur Verfügung gestellt) ist mit dem Erlaß einer Rechtsverordnung zur Einführung dieser Statistik gegenwärtig nicht zu rechnen.

Erstmals erhoben wurden für die Periode 1974 bis 1978 Daten der Finanzplanungen von Bund, Ländern und Gemeinden, wie sie nach dem Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft sowie nach dem Haushaltsgrundsatzgesetz aufzustellen sind. Da die Ergebnisse dieser Erhebung, in der die Zweckverbände vorläufig nicht erfaßt werden, relativ spät vorlagen und sich als lückenhaft erwiesen haben, war die Zusammenstellung eines Gesamtergebnisses für Bund, Länder und Gemeinden bisher nicht möglich. Eine Aggregierung der verfügbaren staatlichen und kommunalen Angaben hat ergeben, daß die Qualität der einzelnen Jahresergebnisse sehr unterschiedlich ist, mit Tendenz zur Verschlechterung gegen Ende der Planungsperiode. Nachdem die Haushaltsansatzstatistik der Gemeinden/Gemeindeverbände aus Rationalisierungsgründen in einigen Ländern bereits eingestellt und in den übrigen auf eine Erfassung funktional gegliederter Daten verzichtet wurde, werden 1976 für diese Länder die Daten des zweiten Planungsjahres anstelle der Haushaltsansätze zur Verfügung stehen. Eine Zusammenfassung mit den Haushaltsplandaten der übrigen Berichtskörperschaften ist nur in einer gegenüber der Haushaltsansatzstatistik gestrafften Form möglich.

Das erweiterte Programm der jährlichen Schuldenstatistik wurde erstmals zum 31. Dezember 1974 auf den neuen Berichtskreis angewandt. Über die bisherige Erhebung des Schuldenstandes nach Arten und Fälligkeiten der Schulden hinaus stehen damit künftig auch Angaben über die Schuldenaufnahmen nach Arten und Laufzeiten sowie über die Tilgungen nach Arten zur Verfügung. Dadurch wird insbesondere eine bessere Beurteilung der Struktur der Schulden hinsichtlich ihrer Fristigkeit ermöglicht. Außerdem ist nunmehr die Erfassung der Bürgschaften, Garantien und sonstigen Gewährleistungen für den staatlichen Bereich vorgeschrieben. Im kommunalen Bereich werden im Zusammenhang mit der Änderung des Haushaltsrechts seit 1974 die Schulden der Eigenbetriebe der Gemeinden aus den Schulden der Gemeinden ausgegliedert.

Im Rahmen der laufenden finanzstatistischen Berichterstattung wurden die Sonderuntersuchungen über verschiedene Aufgabengebiete und Ausgabenarten der staatlichen und kommunalen Gebietskörperschaften fortgeführt. Begonnen wurde 1973 mit methodischen Vorarbeiten für die Ermittlung der „Kosten der Gesundheit“.

Das Material der Finanzstatistik bildet auch eine der wichtigsten Unterlagen für die quantitative Darstellung der Tätigkeit des Staates im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Bei den weiterführenden Überlegungen auf diesem Gebiet geht es u. a. um die Frage, wie eine verbesserte Bewertung der staatlichen Dienstleistungen erreicht werden kann (Entwicklung geeigneter Maßstäbe zur Messung und Bewertung des Outputs an staatlichen Dienstleistungen statt der bisher üblichen Input-Bewertung).

Im Bereich der Statistiken der Sozialleistungen ist als umfassendster Nachweis von den Europäischen Gemeinschaften ein System von Sozialkonten aufgebaut worden, das mit den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verknüpft ist. Das Konzept, an dessen Weiterentwicklung gearbeitet wird, ist richtungweisend für tiefgegliederte Darstellungen der Sozialleistungen und ihrer Finanzierung und liegt auch weitgehend dem Sozialbudget der Bundesregierung zugrunde. Weitere Bemühungen auf diesem Arbeitsgebiet gelten dem Ausbau der statistischen Nach-

weisungen über Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten, u. a. im Rahmen von Zusatzstatistiken auf dem Gebiet der Sozialhilfe, der Kriegsopferfürsorge und der Jugendhilfe.

Als Ergebnis einer Zusatzstatistik auf dem Gebiet der Sozialhilfe über laufende Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt im Juni 1972 konnten wichtige Informationen über Empfänger, Ursachen und Dauer der Hilfestellung sowie über die Höhe der Leistungen bereitgestellt werden. Da entsprechende Angaben auch bezüglich der Hilfe zur Pflege fehlen, ist in Aussicht genommen, eine Zusatzstatistik für diesen Teilbereich durchzuführen. Auf dem Gebiet der Statistik der Kriegsopferfürsorge wurde eine Untersuchung über Struktur und Entwicklung der Leistungen in den Jahren 1963 bis 1973 veröffentlicht.

Im Rahmen der Personalstrukturerhebung in der Jugendhilfe im Jahre 1974 konnten erstmals Angaben über das gesamte in der Jugendhilfe tätige Personal ermittelt werden, die u. a. für allgemeine Bedarfsrechnungen, für Überlegungen zu einer Ausbildungsreform der Fachkräfte in der Jugendhilfe und zur Weiterentwicklung des Jugendhilferechts benötigt werden. Eine weitere Maßnahme zur Erhöhung der Aussagefähigkeit der Jugendhilfestatistik wurde mit dem Versuch eingeleitet, das Verfahren der Berichterstattung von Berichtstabellen auf Individualzählblätter umzustellen. Ein von der amtlichen Statistik entwickeltes Zählblatt, auf dem die während eines Jahres für einen Minderjährigen getroffenen Maßnahmen zusammen mit den Angaben zur Person festgehalten werden sollen, ist im letzten Vierteljahr 1974 bei ausgewählten Jugendämtern getestet worden.

Mit der Neufassung des Schwerbehindertengesetzes hat der Gedanke einer umfassenden Rehabilitation aller Behinderten Eingang in die Gesetzgebung gefunden. Das Gesetz ordnet eine Bestandsstatistik über die Behinderten in fünfjährigen Abständen sowie eine jährliche Leistungsstatistik über durchgeführte Rehabilitationsmaßnahmen an. Diese Statistiken sollen die für die Planung von Maßnahmen und Einrichtungen der Rehabilitation notwendigen Grundinformationen über Behinderte, über Art und Ursache der Behinderung sowie über durchgeführte Maßnahmen der medizinischen, beruflichen oder sozialen Rehabilitation erbringen. Bisher konnte die amtliche Statistik Angaben über diesen Personenkreis lediglich aus den in unregelmäßigen Abständen stattfindenden Zusatzerhebungen zum Mikrozensus über körperliche und geistige Behinderungen bereitstellen, gegen die — u. a. wegen der Selbsteinschätzung der Befragten — Vorbehalte geltend gemacht werden. Erste Ergebnisse aus der neuen Statistik der Rehabilitationsmaßnahmen, an der die Vorarbeiten aufgenommen wurden, sind für 1977 zu erwarten. In der Übergangsphase führt das Statistische Bundesamt die seit 1971 jährlich von der Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation zusammengestellte Rehabilitationsstatistik in der bisherigen Form weiter.

Der Bedarf an statistischen Angaben über den Gesundheitszustand der Bevölkerung kann bisher aus den Statistiken des Gesundheitswesens nur unzureichend erfüllt werden, da sich die Morbiditätsstatistiken im wesentlichen auf die Erfassung ausgewählter Krankheiten bzw. auf bestimmte Bevölkerungsgruppen — wie Krankenversicherte — beschränken. Hingegen wird keine Statistik geführt, die als allgemeine Morbiditätsstatistik laufend alle Krankheiten der gesamten Bevölkerung erfassen könnte. Ein wichtiger Fortschritt konnte durch die Aufnahme von Fragen zur Gesundheit in den zweijährlich mit wechselnden Auswahlätzen zu erhebenden Merkmals-

katalog des Mikrozensus-Grundprogramms erreicht werden. Bisher waren Angaben über Krankheiten und Unfälle nur in unregelmäßigen Abständen im Rahmen von Zusatzerhebungen zum Mikrozensus ermittelt worden. Als Teil der Bemühungen um einen weiteren Ausbau der Morbiditätsstatistiken, der auch die statistische Erfassung mehrerer Krankheiten bzw. Todesursachen (Multikausalanalyse) einschließt, ist ferner die Möglichkeit der Einführung einer Krankenhauspatienten- und -diagnosenstatistik zu erwähnen. Das Statistische Bundesamt hat hierzu bereits umfangreiche methodische Vorarbeiten geleistet. Die geplante Testerhebung bei ausgewählten Krankenanstalten mußte bisher aus finanziellen Gründen und wegen der zur Zeit laufenden Vorarbeiten für die Automation von Verwaltungsvorgängen im Krankenhauswesen unterbleiben.

Hinsichtlich der Auswertung des gesundheitsstatistischen Materials konnten durch die Erfassung des Geburtsgewichts die Voraussetzungen für die Analyse der Säuglingssterblichkeit verbessert werden. Durchgeführt wurden ferner Sonderauswertungen zur Müttersterblichkeit.

Für die künftigen Arbeiten im Rahmen der Gesundheitsstatistik ist die zum 1. Januar 1979 vorgesehene Einführung der Neunten Revision der Internationalen Klassifikation der Krankheiten, Verletzungen und Todesursachen (ICD) der Weltgesundheitsorganisation (WHO) von besonderer Bedeutung, an deren Vorbereitung das Statistische Bundesamt beteiligt ist. Die zentral durchzuführende Statistik der Schwangerschaftsabbrüche kann — angesichts der weit fortgeschrittenen Vorarbeiten — anlaufen, sobald die gesetzlichen Voraussetzungen endgültig geregelt sind. Für die vom Bundesrat angeregte bundeseinheitliche Aufbereitung der ärztlichen Untersuchungen nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz, wie sie in einigen Bundesländern aufgrund eines Beschlusses der Arbeitsministerkonferenz von 1969 bereits durchgeführt wird, hat sich im Gesetzgebungsverfahren keine parlamentarische Mehrheit gefunden.

Aus der Umgestaltung und dem fortschreitenden Ausbau des Bildungswesens ergeben sich erhebliche neue Anforderungen an das bildungsstatistische Instrumentarium, die zum Teil auf die Einführung neuer Erhebungen, vor allem aber auf die Vervollständigung und Aktualisierung der laufenden Berichterstattung abzielen. Angesichts der im Schul- und Hochschulbereich weiter vordringenden Automation von Verwaltungsvorgängen richten die Statistischen Ämter ihr besonderes Augenmerk darauf, die Erhebung und Aufbereitung bildungsstatistischer Daten rechtzeitig mit den rationelleren Möglichkeiten der Datengewinnung abzustimmen, wie sie sich insbesondere durch den Aufbau von Dateien — über Schulen, Unterrichtsverteilung, Lehrer, Schulräume sowie Studenten, Prüfungen, Personal im Hochschulbereich usw. — abzeichnen. Hierdurch sind auch Fortschritte hinsichtlich der Bereitstellung fortschreibungsfähiger Individualdaten zu erhoffen.

Angaben aus bereits betriebsbereiten Dateien konnten in einigen Bundesländern bei der im Jahre 1974 aufgrund von Beschlüssen der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung durchgeführten Individualerhebung der Lehrer und Unterrichtsstunden nutzbar gemacht werden. Die Ergebnisse dieser Erhebung, die nicht nur den globalen Lehrerberarf, sondern vor allem schularten- und fächerspezifische sowie regionale Defizite aufzeigen soll, liegen vor. Zusätzliche bildungsstatistische Informationen konnten ferner aus den Erhebungen über die Schulanlagen und den Schulspport im Schuljahr 1972/73 bereitgestellt werden.

Im Rahmen der Bemühungen zur Neuregelung der Schulstatistik sollen diese einmalig oder in größeren Abständen durchgeführten Sondererhebungen künftig

nach Möglichkeit auf Ausnahmen beschränkt werden. Stattdessen wird angestrebt, die Bereitstellung aller für die Bildungsplanung benötigten Daten aus den laufenden Statistiken zu gewährleisten. Die Arbeitsgruppe „Bedarfsfeststellung“ der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder arbeitete in diesem Zusammenhang an der Festlegung eines bundeseinheitlichen schulstatistischen Merkmalskatalogs und Tabellenprogramms. Daneben bemüht sich die amtliche Statistik, auf kürzere Sicht durch ein zeitlich abgestuftes und vereinfachtes Liefersystem eine Aktualisierung der Schulstatistik zu erreichen. Das Konzept sieht eine Vorabmeldung wichtiger Eckdaten der laufenden Schulstatistiken vor, die mit geringer zeitlicher Verzögerung durch Strukturtabellen ergänzt werden sollen.

Durch die Verkündung des Hochschulstatistikgesetzes im Jahre 1971 sind die Arbeiten in diesem Teilbereich auf eine bundesgesetzliche Grundlage gestellt und erheblich erweitert worden. Das Programm der Hochschulstatistik, das nur stufenweise realisiert werden kann, umfaßt die Erhebung planungsrelevanter Tatbestände im Hochschulbereich, u. a. über Studienberechtigte, Studenten, Prüfungskandidaten und Prüfungen, Lehrveranstaltungen, Personal, bauliche Ausstattung sowie Hochschulkosten und -finanzen. Das Erhebungskonzept ist so angelegt, daß neben den herkömmlichen Bestandsstatistiken in einem späteren Stadium auch Verlaufsstatistiken über Studenten zur Verfügung stehen werden. Durch die Errichtung einer hochschulspezifischen Datenbank als Teil der Statistischen Datenbank des Bundes soll ferner die problemorientierte Auswertung des statistischen Materials gefördert werden.

Entsprechend den Zielen des Hochschulstatistikgesetzes wurde die Datengewinnung für die Studentenstatistik inzwischen schrittweise in die Verwaltungsabläufe der Hochschulen eingegliedert und auf die Fachhochschulen ausgedehnt. Besondere Anstrengungen haben die Statistischen Ämter im Hinblick auf die dringend notwendige Aktualisierung unternommen. Mit Hilfe eines Schnellmeldeverfahrens, das im Wintersemester 1975/76 erstmals zum Einsatz kam, sollen wichtige Eckdaten über Studenten vorab zusammengestellt werden. Eine weitere Aufgabe besteht darin, die Studentenstatistik mit der individualisierten Prüfungsstatistik zu verzahnen, um im Rahmen einer Verlaufsstatistik den Ausbildungsgang bis zum Hochschulabschluß zu verfolgen und — in Verbindung mit einer Statistik der Prüfungen, Promotionen und Habilitationen — u. a. Verweilzeiten und fächerspezifische Erfolgsquoten zu ermitteln. Nachdem als vorbereitende Maßnahme bei allen Prüfungsämtern eine Erhebung durchgeführt wurde, die Hinweise zur Organisation des Prüfungsverfahrens, zu den angebotenen Studienabschlüssen und Fachrichtungen und zur vorgesehenen Regelstudienzeit erbrachte, ist die individualisierte Prüfungsstatistik in den meisten Ländern im Wintersemester 1975/76 angelaufen. Bis vollständige Ergebnisse aus dieser Erhebung vorliegen, wird die seit 1972/73 durchgeführte Kollektiverhebung der Prüfungen bei den Prüfungsämtern vorläufig beibehalten.

In Fortführung der Abiturientenbefragungen, die bereits in den Jahren 1970 und 1971 aufgrund von Beschlüssen der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder bzw. der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung stattfanden, werden seit 1972 die Schüler an Oberstufen von allgemein- und berufsbildenden Schulen, die zur Hochschulreife führen, im Rahmen der Hochschulstatistik erfaßt. Bei der Erhebung 1976 wird erstmals ein vereinfachtes, nachfrageorientiertes Konzept angewendet, das auf die Zweitebefragung der wehr- und zivildienstleistenden Studienberechtigten sowie auf eine Zusammenführung mit der Studentenstatistik verzichtet.

Eine enge Zusammenarbeit mit der Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) ist eingeleitet.

Die nach dem Hochschulstatistikgesetz vorgesehene Individualerhebung des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals an Hochschulen konnte bisher noch nicht stattfinden. Als Zwischenlösung wird seit 1972 eine Kollektiverhebung des gesamten Personals in diesem Bereich gleichzeitig mit der Personalstandserhebung im öffentlichen Dienst durchgeführt. Aus der Raumbestandserhebung, die die amtliche Statistik vom Wissenschaftsrat übernommen und weitergeführt hat, liegen Ergebnisse über Größe, Ausstattung und Nutzung der Räume bis 1974 vor. Informationen über Kosten und Finanzen der Hochschulen werden — wie bereits erwähnt — aus der Finanzstatistik bereitgestellt.

Hinsichtlich einer Reihe weiterer im Hochschulstatistikgesetz angeordneter Statistiken, die aus Kapazitätsgründen bisher nicht in Angriff genommen werden konnten, schlägt der Ausschuß für die Hochschulstatistik in seinem zweiten Bericht an die gesetzgebenden Körperschaften vor, das Erhebungsprogramm zu überprüfen und mehr als bisher auf bereits vorliegende Daten zurückzugreifen. Soweit eine Zusammenarbeit mit der ZVS naheliegt, wie z. B. bei der Statistik der Zulassungsquoten und -beschränkungen sowie der Statistik der Studienbewerber, wurden entsprechende Kontakte aufgenommen.

Eine Erweiterung des Arbeitsprogramms der amtlichen Statistik ergab sich durch Aufnahme der Statistik nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz, deren Durchführung den Statistischen Ämtern übertragen wurde. Die Ergebnisse für die Jahre 1973 und 1974 liegen vor.

Erhebliche neue Anforderungen werden vor allem im Bereich der Berufsbildung an die amtliche Statistik herangetragen. Mit dem Entwurf des Berufsbildungsgesetzes strebt die Bundesregierung an, für Zwecke der Planung und Ordnung der Berufsbildung u. a. jährliche Erhebungen über Ausbildungsstätten, Auszubildende und Ausbildungspersonal sowie Prüfungen in der beruflichen Bildung einzuführen. Die Erhebungen sollen sich ferner auf die Weiterbildungsstätten, die Aufsicht in der beruflichen Bildung und den Fernunterricht erstrecken. Die anfallenden Angaben über die regionale und sektorale Entwicklung von Angebot und Nachfrage an Ausbildungsplätzen werden u. a. für den künftig jährlich aufzustellenden Berufsbildungsbericht benötigt. In den zur Zeit andauernden parlamentarischen Beratungen ist noch eine Fülle von Einzelproblemen der Berufsbildungsstatistik zu lösen. Das Statistische Bundesamt ist in die Überlegungen zur Abgrenzung des Erhebungsbereichs, zur Festlegung der Definitionen und zur Datengewinnung eingeschaltet.

Das Datenangebot aus den laufenden bildungsstatistischen Erhebungen wird von Zeit zu Zeit durch Strukturangaben über den Bildungsstand der Bevölkerung und die Zusammenhänge zwischen Ausbildung und Erwerbstätigkeit aus größeren Zählungen ergänzt. Neben den umfassenden Angaben aus der Volks- und Berufszählung 1970 konnten auch einige fachspezifische Informationen aus der Landwirtschaftszählung 1971 und aus der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1972 bereitgestellt werden. In kurzfristigeren Abständen unterrichten die Mikrozensuserhebungen über diese Sachverhalte. Die 1972 durchgeführte Zusatzbefragung zum Mikrozensus über die Ausbildungsabsichten der Eltern für ihre Kinder erbrachte wichtige zusätzliche Informationen, insbesondere über Art der Familienstruktur und ihren Einfluß auf die Entscheidung über die schulische und berufliche Ausbildung der Kinder und

Jugendlichen. Durch die Aufnahme des Tatbestandes „Aus- und Weiterbildung“ in das in zweijährigen Abständen zu erhebende variable Grundprogramm des Mikrozensus werden ab 1976 regelmäßig aktuelle Eckdaten für diesen Bereich anfallen.

Amtliche Daten über Wissenschaft und Forschung stehen bisher im wesentlichen aus der Finanzstatistik zur Verfügung; zusätzlich wird u. a. auf Unterlagen des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft zurückgegriffen. Wichtige Impulse für den Ausbau der Forschungsstatistik gehen von den internationalen Organisationen aus. Die Neufassung 1975 des sogenannten Frascati-Handbuchs der OECD sieht eine umfassende Darstellung der Aufwendungen für Forschung und Entwicklung, ihrer Finanzierung und des eingesetzten Personals nach Art, Zwecken und Wirtschaftsbereichen vor. Im Rahmen der Europäischen Gemeinschaften sind Überlegungen hinsichtlich eines die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ergänzenden Systems für Forschung und Entwicklung angestellt worden, das eng mit dem OECD-System verknüpft ist. Zu den Problemen, die noch gelöst werden müssen, gehören u. a. die Abgrenzung zwischen Grundlagenforschung und angewandter Forschung sowie experimenteller Entwicklung, die Einbeziehung der Geisteswissenschaften, der Nachweis der Forschungsleistungen in Input-Output-Rechnungen und die Berücksichtigung von Forschungsaufwendungen für Zwecke des Umweltschutzes.

1.5 Verbesserungen auf dem Gebiet der Einkommens-, Verbrauchs- und Vermögensstatistiken

Bereits bei früheren Gelegenheiten hat das Statistische Bundesamt seine Bemühungen zum Ausbau der Statistiken über Einkommen und Vermögen dargelegt und darauf hingewiesen, daß die statistischen Nachweisungen über Einkommen und Vermögen nur schrittweise und auf längere Sicht auszubauen und zu verfeinern sind. Die auf dem Gebiet der Einkommensstatistik hauptsächlich geforderten Informationen über die Verteilung der im Produktionsprozeß entstehenden Einkommen, die Umverteilung der Einkommen (insbesondere über den Staat) sowie über die Verteilung aller Einkommen der privaten Haushalte (Erwerbs-, Vermögens-, übertragene Einkommen) auf die verschiedenen Bevölkerungsgruppen können überdies nicht aus einer einzigen Statistik bereitgestellt werden. Dasselbe gilt hinsichtlich der Durchleuchtung der Vermögenssituation, die vor allem auf den Nachweis der Verfügungsgewalt über das Sach- und Geldvermögen im Produktionsprozeß sowie des Eigentums an Sach- und Geldvermögen in den Händen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen gerichtet sein muß. Bei den Überlegungen zur Verbesserung der Einkommens- und Vermögensstatistik ist somit davon auszugehen, daß eine Vielzahl von Statistiken herangezogen werden muß, und zwar neben Statistiken, die sich unmittelbar an Betriebe oder Unternehmen bzw. an Einzelpersonen oder Haushalte richten, auch Sekundärstatistiken, die vorhandenes statistisches Material aus Verwaltungsunterlagen u. ä. auswerten. Um zu einem aussagefähigen Gesamtbild zu kommen, müssen die Ergebnisse aus den verschiedenen Quellen außerdem auf einheitliche Konzepte umgerechnet, sinnvoll kombiniert und durch Schätzungen ergänzt werden.

Über die im Produktionsprozeß entstehenden Einkommen — insbesondere über die Einkommen aus unselbständiger Arbeit — ist relativ reichhaltiges und gut gegliedertes Material aus zahlreichen laufenden Statistiken und aus verschiedenen Bereichszählungen verfügbar. Die wichtigsten Erweiterungen des statistischen Datenangebots in den letzten Jahren wurden durch die Aufnahme der Brutto Lohn- und

-gehaltssummen in den Merkmalskatalog der Arbeitsstättenzählung 1970 sowie durch den Ausbau der Personalkostenerhebungen, der Gehalts- und Lohnstrukturhebungen und der Verdienststatistiken erreicht.

Die seit 1959 aufgrund von Verordnungen der Europäischen Gemeinschaften in verschiedenen Wirtschaftsbereichen durchgeführten Erhebungen über die Aufwendungen der Arbeitgeber für Personalkosten wurden — unter Ausdehnung auf Unternehmen mit 10 bis 49 Arbeitnehmern — mit unverändertem Frageprogramm weitergeführt. Entsprechend dem angestrebten Dreijahresrhythmus ist im Bereich des Produzierenden Gewerbes nach den Erhebungen für 1972 und 1975 die nächste Wiederholung für das Jahr 1978 vorgesehen. Die Personalkostenerhebung im Einzelhandel, Kreditwesen und Versicherungsgewerbe, die erstmals für 1970 durchgeführt wurde, fand für das Jahr 1974 — unter Einbeziehung des Großhandels — erneut statt. Die nächste Erhebung ist turnusgemäß für 1977 in Aussicht genommen.

Gehalts- und Lohnstrukturhebungen in der gewerblichen Wirtschaft und im Dienstleistungsbereich werden in der Bundesrepublik in Abständen von drei bis sechs Jahren auf repräsentativer Basis durchgeführt und regelmäßig so angelegt, daß sie zugleich die Anforderungen der Europäischen Gemeinschaften abdecken. Der Schwerpunkt der Erhebung für 1972, die voraussichtlich für das Berichtsjahr 1978 erneut durchgeführt werden soll, lag wiederum bei der Ermittlung der Verdienstsichtung. Ferner wurden die Jahresverdienste einschließlich und ausschließlich der Sonderzahlungen festgestellt und Daten über die Struktur, die Verdienste und die Arbeitszeiten der Teilzeitbeschäftigten gewonnen. Erstmals wurden u. a. Fragen nach dem Ausbildungsstand der Angestellten (abgeschlossenes Hochschulstudium), nach der Dauer des Jahresurlaubs der Arbeitnehmer, nach vermögenswirksamen Leistungen der Arbeitgeber und nach der Höhe der monatlichen Ausbildungsbeihilfe in den Merkmalskatalog aufgenommen. Die für das Jahr 1974 durchgeführte erste gemeinschaftliche Erhebung über Struktur und Verteilung der Löhne und Gehälter im Groß- und Einzelhandel, im Kreditwesen und im Versicherungsgewerbe — die mit der gleichzeitig stattfindenden Personalkostenerhebung in diesen Bereichen gekoppelt war — diente ausschließlich Zwecken der Europäischen Gemeinschaften. Da diese Bereiche auf nationaler Ebene bereits im Rahmen der Gehalts- und Lohnstrukturhebung 1972 erfaßt worden waren, hat die Bundesrepublik aus Kostengründen auf eine tabellarische Auswertung der EG-Erhebung 1974 verzichtet.

Im Unterschied zu den Gehalts- und Lohnstrukturhebungen, die im Individualverfahren von den Verdiensten der einzelnen Arbeitnehmer ausgehen, beschränken sich die laufenden Verdienststatistiken auf Ausschnitte der Gesamtwirtschaft und erbringen wegen des angewandten Lohnsummenverfahrens nur Durchschnittsangaben für Arbeitnehmergruppen. Als wichtigste Neuerung in diesem Bereich wurde durch das Änderungsgesetz über die Lohnstatistik vom 4. August 1971 angeordnet, daß in Industrie und Handel über die vierteljährliche Erfassung hinaus auch die Jahresverdienste der Arbeiter und Angestellten zu ermitteln sind. Um ein vollständiges Bild des Verdienstniveaus der Arbeitnehmer zu erhalten, wurden in die neugeschaffene Jahreserhebung auch die einmaligen Zahlungen einbezogen (z. B. Urlaubsgeld, Gratifikationen, vermögenswirksame Leistungen), die ständig an Bedeutung gewinnen und bisher in den vierteljährlichen Verdiensterhebungen ausgeklammert waren.

Mit der auf Initiative der Europäischen Gemeinschaften ab 1974 in allen Mitgliedstaaten eingeführten Verdienststatistik in der Landwirtschaft werden Niveau und

Entwicklung der Effektivverdienste der ständig vollbeschäftigten familienfremden Arbeitskräfte in der Landwirtschaft nach einigen persönlichen Merkmalen und nach Art der ausgeübten Tätigkeit nachgewiesen. Durch Sonderaufbereitung des aus der EG-Statistik anfallenden Materials wurde die in der Bundesrepublik aufgrund des Gesetzes über die Lohnstatistik seit 1957 durchgeführte Verdiensterhebung in der Landwirtschaft entbehrlich.

Eine wichtige neue Informationsquelle über Einkommen aus unselbständiger Arbeit stellt die Beschäftigten- und Entgeltstatistik aufgrund der automatisierten Unterlagen der Sozialversicherung dar (siehe hierzu Abschnitt 2.5). Diese Statistik wird in Zukunft u. a. jährliche Angaben über die Entwicklung der Arbeitsentgelte, soweit sie der Beitragspflicht in der Sozialversicherung unterliegen, in tiefer fachlicher und regionaler Gliederung erbringen. Auch Einkommensschichtungen fallen im Rahmen dieser Statistik an. Damit wird u. a. für die bereichsweise Berechnung der Bruttolohn- und -gehaltsumme in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wesentlich besseres Ausgangsmaterial zur Verfügung stehen. Die Ergebnisse der Statistik müssen durch Bereitstellung von Material über den Teil der Löhne und Gehälter, der die Beitragsbemessungsgrenze übersteigt, und über die von der Sozialversicherung nicht erfaßten Arbeitnehmer, Beamten u. ä. ergänzt werden.

Im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, die den umfassendsten Nachweis über die in den einzelnen Wirtschaftsbereichen entstandenen und verteilten Einkommen geben, konnte mit der erstmaligen Berechnung der Einkommen der Sektoren aus Unternehmertätigkeit und Vermögen in der Gliederung nach Einkommensarten für die Jahre ab 1960 ein wichtiger Fortschritt erzielt werden. Hierdurch wurde u. a. der Nachweis von Unternehmensgewinnen vor Abzug von Ausschüttungen und Entnahmen möglich. Zusätzliches Material zur Berechnung der entstandenen Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen in der Gliederung nach Unternehmensbereichen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wird durch die Verbesserung der Bereichsstatistiken — insbesondere die Neuordnung der Statistiken im Produzierenden Gewerbe — anfallen. Wichtig wären auch ein Ausbau der Bilanzstatistik, der allerdings — wie erwähnt — auf absehbare Zeit nicht zu realisieren sein wird, und neue statistische Zusammenstellungen über die Beteiligungsverhältnisse an den Unternehmen.

Hinsichtlich der Bemühungen um Vervollständigung der Angaben über die Umverteilung der Einkommen, insbesondere über die Sozialleistungen im weitesten Sinne, ist auf den Ausbau der Sozialkonten hinzuweisen, die über ihre Eckdaten mit den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verknüpft sind. Über die betriebliche Altersversorgung in der Wirtschaft konnten zusätzliche Angaben aus einer Stichprobenerhebung im Jahre 1974 bereitgestellt werden, die für 1976 wiederholt werden soll. Ziel der ersten Erhebung war es — u. a. zur Vorbereitung gesetzgeberischer Maßnahmen —, Aufschluß über den Anteil der begünstigten Arbeitnehmer sowie über die durchschnittliche Höhe der betrieblichen Versorgungsleistungen zu gewinnen.

Als Quellen für Angaben über das Einkommen der privaten Haushalte sind diejenigen Statistiken von besonderer Bedeutung, die eine Aussage in sozioökonomischer Gliederung, nach Einkommensgrößenklassen, nach der Haushaltsgröße und anderen für die Einkommenspolitik relevanten Merkmalen erlauben und es ermöglichen, die verschiedenen bei einer Person bzw. einem Haushalt zusammentreffenden Einkommen zu ermitteln. Hierzu gehören neben den laufenden Wirtschaftsrech-

nungen in erster Linie die Einkommens- und Verbrauchsstichproben, die allerdings aus erhebungstechnischen Gründen nicht die Haushalte an der Spitze der Einkommenspyramide erfassen. Hinsichtlich der Darstellung der Einkommen und Einnahmen wurde das Tabellenprogramm der letzten Erhebung im Jahre 1973 erweitert und ergänzt. So wurde z. B. als zusätzliches Gruppierungsmerkmal für den Nachweis der Einkommensverteilung die Zahl der Erwerbstätigen im Haushalt aufgenommen.

An weiteren Haushaltsbefragungen, die Fragen nach dem Einkommen enthalten, sind der Mikrozensus und die 1%-Wohnungsstichproben zu nennen; auch im repräsentativen Teil der Volkszählung 1970 und in der Landwirtschaftszählung 1971 wurden Fragen nach dem Einkommen gestellt. In Zukunft werden aus der Agrarberichterstattung in zweijährigen Abständen Angaben über die betrieblichen und außerbetrieblichen Einkommensverhältnisse der Landwirtschaft zur Verfügung stehen.

Informationen über das nach steuerlichen Vorschriften abgegrenzte Einkommen fallen ferner in dreijährigen Abständen aus den Einkommen-, Lohn- und Körperschaftsteuerstatistiken an, für die letzte Bundesergebnisse für 1971 vorliegen. Zur Aktualisierung der Ergebnisse der Einkommensteuerstatistik soll eine jährliche Geschäftsstatistik aus der maschinellen Einkommensteuerveranlagung der Finanzverwaltung beitragen. Mit den erstmals im Frühjahr 1976 verfügbaren Bundesergebnissen für die Veranlagungszeiträume 1972/73 wird die Ausgangsbasis für eine Zeitreihe über die Entwicklung der steuerlichen Einkünfte natürlicher Personen, besonders im Bereich der Unternehmertätigkeit, im gleitenden Zweijahresvergleich geschaffen. Zeitnähere Ergebnisse wären nur zu erreichen, wenn die ständig verlängerten Abgabefristen für die Steuererklärungen der Selbständigen verkürzt werden könnten. Von der Behebung dieser Schwierigkeiten im Vorfeld der Statistik hängt auch ein beschleunigter Abschluß der großen turnusmäßigen Veranlagungsstatistiken ab.

Wichtige Informationen über die Verteilung der Einkommen können auch Einkommensschichtungen vermitteln, an deren Aufstellung im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen gearbeitet wird. Die hierfür erforderliche Kombination von Unterlagen aus verschiedenen Statistiken, die Angaben über Einkommen enthalten, stößt allerdings auf beträchtliche Schwierigkeiten. Die Arbeiten sind so angelegt, daß in einer ersten Phase Jahreszahlen über die Zusammensetzung der Einkommen und über die Einkommensverwendung nach sozialen Gruppen anfallen werden; in einer zweiten Phase sind für ausgewählte Jahre zusätzlich Angaben in der Gliederung nach Einkommensgrößenklassen der privaten Haushalte vorgesehen.

Auch das statistische Instrumentarium über die Verwendung der Einkommen der privaten Haushalte und die Struktur des letzten Verbrauchs konnte in den vergangenen Jahren verbessert werden. Dies gilt sowohl hinsichtlich der Ermittlung des gesamten privaten Verbrauchs im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen als auch in bezug auf die detaillierte Darstellung der Verbrauchsstruktur und der Verbrauchsgewohnheiten der Bevölkerung aufgrund von Haushaltsbefragungen. Als umfassende primärstatistische Erhebungen sind in diesem Zusammenhang vor allem die laufenden Wirtschaftsrechnungen und die Einkommens- und Verbrauchsstichproben zu nennen.

Aus den laufenden Wirtschaftsrechnungen konnte im Rahmen der Untersuchungen bestimmter Ausgabenarten erstmals detailliertes Material über die Aufwendungen für die Kraftfahrzeughaltung und die Freizeitgüter sowie — in Verbindung mit Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1973 — über den Energie-

verbrauch in privaten Haushalten bereitgestellt werden. Das Schwergewicht der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1973 lag innerhalb des gesetzlich vorgegebenen Rahmens bei der Erfassung und Darstellung der Aufwendungen privater Haushalte für Nahrungs- und Genußmittel in tiefer warenmäßiger Gliederung sowie dem Nachweis saisonaler Schwankungen der verschiedenen Ausgabenarten. Erstmals wurden auch Einzelheiten über Zahl und Art der außer Haus eingenommenen Mahlzeiten erhoben. Hinsichtlich der Ausgaben für Wohnungsmieten kann neben den 1%-Wohnungsstichproben zur Ergänzung künftig auch der Mikrozensus herangezogen werden, in dessen zweijährlich zu erhebendes Grundprogramm durch die Novellierung eine Frage nach der Mietbelastung und Unterbringung der Haushalte aufgenommen wurde. Entsprechend dem drei- bis fünfjährlichen Turnus der Einkommens- und Verbrauchsstichproben ist — in Abstimmung mit den Anforderungen der Europäischen Gemeinschaften — die nächste Erhebung für 1978 vorgesehen.

Für die von vielen Seiten geforderte Durchleuchtung der Vermögensbildung und -verteilung reicht das statistische Basismaterial gegenwärtig noch nicht aus. Um das statistische Bild der Verfügungsgewalt über das Sach- und Geldvermögen im Produktionsprozeß zu vervollständigen, wäre vor allem eine umfassende und in ihrer Ausgestaltung dem Analysezzweck angepaßte Bilanzstatistik der Unternehmen notwendig, die zumindest den gesamten gewerblichen Bereich abdeckt und sich auf alle Rechtsformen bezieht. Zu denken wäre hierbei insbesondere an eine jährliche Statistik anhand der Steuerbilanzen. Für eine solche Statistik, die u. a. einheitliche Schemata für Steuerbilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen sowie eine intensive Mitwirkung der Befragten und der Finanzverwaltung voraussetzt, bestehen in naher Zukunft allerdings keine Realisierungschancen. Dies gilt auch hinsichtlich der Einführung einer umfassenden, an den Erfordernissen gesamtwirtschaftlicher Analysen ausgerichteten Vermögensstatistik im öffentlichen Bereich.

Zur Darstellung der Vermögenssituation der privaten Haushalte kann die Vermögensteuerstatistik wegen der Freigrenzen und Freibeträge nur über die großen Vermögen Auskunft geben, nicht aber über die große Zahl der mittleren und kleinen Vermögen. Erste Bundesergebnisse der Vermögensteuerstatistik 1972 werden voraussichtlich im Frühjahr 1976 vorliegen. Durch die ab 1972 eingeführte sozioökonomische Gliederung wird u. a. eine bessere Verknüpfung mit den Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichproben ermöglicht. Aus der letztgenannten — ergiebigsten — Quelle für vermögensstatistische Angaben steht eine Fülle von Material, u. a. über ausgewählte Vermögensbestände und Schulden privater Haushalte, die Formen der Vermögensbildung, die Ausstattung mit langlebigen Gebrauchsgütern und die Nutzung der staatlichen Sparförderung, zur Verfügung. Seit 1975 gehören Fragen nach dem vermögenswirksamen Sparen auch zum jährlichen Programm des Mikrozensus. Zur vollständigeren und genaueren Erfassung der Vermögensbestände trug ferner die erstmalige Ermittlung der Einheitswerte für das Eigentum bzw. für die Beteiligungen an gewerblichen Unternehmen im Rahmen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1973 bei. Außerdem erfaßte diese Erhebung bei Sparkonten, Bausparverträgen und Wertpapieren die Vermögensbestände nicht nur nach vorgegebenen Größenklassen, sondern zusätzlich auch nach dem genauen Betrag. Damit konnte für diese Anlageformen ein Gesamtvermögensbestand errechnet werden.

Im Hinblick auf das angestrebte Gesamtbild der Vermögenssituation müssen in Zukunft die Anstrengungen verstärkt werden, die vorhandenen Unterlagen aus ver-

schiedenen Quellen besser kombinierbar zu machen. In diese Bemühungen sind auch die Unterlagen der Banken und Versicherungsunternehmen einzubeziehen, die Aufschluß über bestimmte Vermögensarten geben. Eine gesamtwirtschaftliche Vermögensrechnung, die Sach-, Geld- und Reinvermögen der Sektoren und Bevölkerungsgruppen nachweist, konnte noch nicht aufgestellt werden. Ansätze bieten die im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen durchgeführte Anlagevermögensrechnung sowie die Geldvermögensrechnung der Deutschen Bundesbank.

1.6 Zum Ausbau der Regionalstatistik

Über den Stand der Arbeiten an der Regionalstatistik und die wichtigsten Zukunftsaufgaben auf diesem Gebiet hat das Statistische Bundesamt in der Festschrift „Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben der amtlichen Statistik“ ausführlich berichtet. In der Folgezeit hat der 1969 vom Statistischen Beirat eingerichtete Arbeitskreis „Regionalstatistik“, der 1973 in einen Fachausschuß umgewandelt wurde, die Arbeiten an einem Rahmenkonzept für die Regionalstatistik weiter vorangetrieben. Besondere Aufmerksamkeit wurde in diesem Zusammenhang der weiteren Konkretisierung der Anforderungen an die Regionalstatistik geschenkt. Ergänzungsbedürftig sind u. a. die regionalstatistischen Informationen über die Wirtschaftsstruktur — insbesondere im Dienstleistungsbereich —, über Beschäftigung, Einkommen und Verbrauch sowie über die Infrastruktur. Wichtige Anforderungen sind auch auf zusätzliche regionale Ergebnisse aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen gerichtet.

Zur Konkretisierung der Anforderungen hat das Statistische Bundesamt eine Bestandsaufnahme des regionalstatistischen Datenbedarfs vorgenommen, der in der ersten Stufe die Anforderungen der Bundesressorts auf dem Gebiet der Raumordnung und der regionalen Wirtschaftsförderung sowie die Anforderungen der Ministerkonferenz für Raumordnung und der Länderwirtschaftsministerien zugrunde lagen. In Gesprächen mit den hauptsächlich betroffenen Stellen ist es dem Statistischen Bundesamt gelungen, die ursprünglichen Anforderungen erheblich zu reduzieren und Möglichkeiten aufzuzeigen, das vorhandene Instrumentarium der Regionalstatistik besser auszunutzen. Die Übersicht über den regionalstatistischen Datenbedarf, die die Zustimmung des Fachausschusses „Regionalstatistik“ gefunden hat, soll als Orientierungshilfe für die Berücksichtigung im Aufgabenprogramm der Statistik dienen und ist auch für eine spätere Überarbeitung des Regionalstatistischen Minimalprogramms der Statistischen Datenbank geeignet. Um ein vollständiges Bild aller Anforderungen an die Regionalstatistik zu erhalten, wäre der Aufbau vergleichbarer Übersichten für den bisher ausgeklammerten Bereich der regionalisierten Fachplanungen erforderlich. Eine Umfrage unter den Hauptkonsumenten hat jedoch gezeigt, daß im gegenwärtigen Zeitpunkt die Voraussetzungen hierfür noch nicht gegeben sind.

Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeiten auf dem Gebiet der Regionalstatistik lag bei den Erörterungen über die Einführung eines kleinräumlichen Gliederungssystems. Besondere Aktualität hat dieser Problemkreis durch die zu Beginn der 70er Jahre in fast allen Bundesländern eingeleitete Verwaltungsgebietsreform gewonnen. Durch diese Reform ist nicht nur das regionale Raster aus Gemeindeergebnissen in vielen Fällen für regionale Analysen zu großmaschig geworden, sondern es wurde auch die zeitliche Vergleichbarkeit der statistischen Ergebnisse be-

einträchtigt. Hinzu kommt, daß schon vor der Gebietsreform die Gemeinde keine hinreichend homogene Auswertungs- und Vergleichseinheit war. Insbesondere die Ministerkonferenz für Raumordnung hat daher die Forderung nach Einführung von Gemeindeteilen in die amtliche Statistik erhoben, die als kleinräumliches Gliederungssystem eine ausreichende Unterteilung administrativer Einheiten für regionalpolitische Analysen erlauben sollen. Wie die Diskussion und die Auswertung der Erfahrungen aus einigen Großstädten und dem Ausland zeigen, kann allerdings ein einziges einheitliches Gliederungsschema nicht allen Auswertungswünschen gerecht werden. Das vom Statistischen Bundesamt entwickelte Konzept für ein kleinräumliches Gliederungssystem sieht deshalb ein regionales Bausteinsystem vor, aus dem ohne übermäßigen Arbeitsaufwand bei der Erhebung, Aufbereitung und Darbietung regionalstatistischer Daten unterschiedliche Auswertungsraster für kleinräumliche Analyse- oder Planungsaufgaben zusammengesetzt werden können. Bei diesem System, das allerdings nur auf längere Sicht und schrittweise zu verwirklichen sein wird, könnten insbesondere die Möglichkeiten der EDV-gesteuerten Zuordnung, Aufbereitung und Auswertung kleinräumlicher Daten genutzt werden, wie sie sich z. B. in den USA — etwa in Form von DIME¹⁾ — bereits seit längerem bewährt haben.

Auch der Fachausschuß „Regionalstatistik“ hat sich bei der Diskussion dieses Vorschlags für ein derartiges kleinräumliches Gliederungssystem ausgesprochen, das — im Extremfall — eine Aufbereitung der Ergebnisse bis zu Blockseiten hinunter erlauben würde. Angesichts des erheblichen Arbeitsaufwands und der erforderlichen Vorarbeiten in den Gemeinden soll diese tiefe Gliederung jedoch auf Ausnahmefälle beschränkt bleiben. Das Schwergewicht regionalstatistischer Analysen für Bundeszwecke wird nach wie vor bei administrativen Gebietseinheiten und deren Aggregationen liegen.

Als wichtigste kurzfristige Maßnahme zur Verbesserung der zeitlichen Vergleichbarkeit von regionalstatistischen Ergebnissen hat das Statistische Bundesamt die Arbeiten an einem EDV-gestützten Umsteigeschlüssel in Angriff genommen, der es erlauben soll, alle Gebietsänderungen der Gemeinden nachzuvollziehen und Ergebnisse für die Bevölkerung und die Fläche auf einheitliche Gebietsstände umzurechnen. Trotz der großen Zahl von Grenzänderungen konnten die umfangreichen Vorarbeiten für einen derartigen Schlüssel für die Jahre 1970 bis 1973 bereits abgeschlossen werden.

Weitergeführt wurden auch die Überlegungen zur Verbesserung des regionalstatistischen Datenangebots. Da einem Ausbau der Regionalstatistik durch Erweiterung bestehender oder Einführung neuer Erhebungen enge Grenzen gesetzt sind, muß in verstärktem Maße auf die Auswertung von Verwaltungsunterlagen und die Anwendung von Schätzverfahren übergegangen werden.

Für regionalstatistische Zwecke ist die Datengewinnung aus automatisierten Verwaltungsunterlagen besonders geeignet, da gleichartige Verwaltungsvorgänge in der Regel total erfaßt werden und das Material häufig in feiner regionaler Gliederung verfügbar ist (siehe hierzu Abschnitt 1.1). Wichtige Beispiele hierfür sind die schon erwähnte Beschäftigten- und Entgeltstatistik aufgrund der Unterlagen der Sozialversicherung sowie die Bestrebungen zur Automation des Einwohnerwesens.

Erfolgversprechend ist auch die Methode, regionalstatistische Ergebnisse in kürzeren Zeitabständen durch Schätzungen zu ermitteln. In besonderem Maße gilt dies für

¹⁾ DIME = Dual Independent Map Encoding.

Bereiche, die statistischen Erhebungen schwer zugänglich sind. Der Vorschlag des Statistischen Bundesamtes, Methoden zur Schätzung von jährlichen Kreisdaten zu entwickeln, wurde deshalb vom Fachausschuß „Regionalstatistik“ befürwortet. Höchste Priorität wurde den Themenbereichen Erwerbstätigkeit, Lohn- und Gehaltssummen, Bruttoanlageinvestitionen des Produzierenden Gewerbes, Bruttoinlandsprodukt bzw. Beiträge ausgewählter Wirtschaftsbereiche für die Jahre, in denen keine Angaben über das Bruttoinlandsprodukt insgesamt vorliegen, zugebilligt.

In der Zwischenzeit hat das Statistische Bundesamt für den Bereich Erwerbstätigkeit ein System von Schätzverfahren — zum Teil mit mehreren Varianten — entwickelt, das u. a. Schätzungen der Zahl der Erwerbspersonen, Erwerbstätigen (nach dem Wohn- und Arbeitsortkonzept) und der Beschäftigten nach Wirtschaftsbereichen erlaubt. Einzelne Verfahren wurden bereits auf ihre Brauchbarkeit überprüft. Nach Abschluß der Arbeiten sollen die Ergebnisse zunächst in einer Arbeitsgruppe „Schätzungen im Rahmen der Regionalstatistik“ diskutiert werden.

Für die Zukunft zeichnen sich neue Anforderungen auch hinsichtlich der Weiterverarbeitung und Auswertung regionalstatistischer Ergebnisse ab. Bereits eingeleitet hat das Statistische Bundesamt Überlegungen zur Koordinierung regionaler Indikatoren. Dabei geht es darum, diese von verschiedenen Stellen bei gleicher Fragestellung häufig unterschiedlich definierten und abgegrenzten Indikatoren zu vereinheitlichen. Weitere Arbeiten dürften im Zusammenhang mit der Entwicklung umfassender raumbezogener Informationssysteme, der Erarbeitung von Raumgliederungsalternativen und der Entwicklung von Allokations-, Erreichbarkeits- und Einzugsbereichsmodellen zu leisten sein. Wachsende Bedeutung wird ferner Untersuchungen zukommen, die — gestützt auf eine breite Datenauswahl — versuchen, Veränderungen der Lebensbedingungen in den Regionen zu beobachten, in ihren Wechselwirkungen sichtbar zu machen und im Gesamtzusammenhang darzustellen. Neue Möglichkeiten auf diesem Gebiet können voraussichtlich durch den Aufbau der Statistischen Datenbank erschlossen werden.

1.7 Die Arbeiten auf dem Gebiet der Auslandsstatistik

Die Arbeiten auf dem Gebiet der Allgemeinen Auslandsstatistik seit 1970 führten zur Konsolidierung des Arbeitsprogramms, speziell im Bereich der Länder- und Länderkurzberichte. Die Veröffentlichung von 48 Länderkurzberichten je Jahr, abgestimmt hinsichtlich Erscheinungsfolge und inhaltlicher Darstellung mit den interessierten Ressorts und sonstigen Stellen, konnte 1975 — bei Straffung der Arbeiten in allen Bereichen der Allgemeinen Auslandsstatistik — erstmals termingemäß erreicht werden. Der Schwerpunkt lag dabei auf der Berichterstattung über Entwicklungsländer; von den 39 Berichten über Entwicklungsländer befaßten sich 1975 14 mit afrikanischen, 6 mit amerikanischen, darunter Kuba, und 14 mit asiatischen Ländern (einschl. Ozeanien), darunter die Volksrepublik China und das selbständig gewordene Papua-Neuguinea.

Bei den Länderberichten lag der Schwerpunkt der Arbeiten auf der Veröffentlichung von Berichten über Länder des sozialistisch-kommunistischen Bereichs; im Laufe der Jahre konnten die europäischen Länder dieses Bereichs (außer Albanien) aufgesucht werden, um an Ort und Stelle mit den Statistischen Zentralämtern Besprechungen zu führen und Material zu beschaffen. Mit der Berichterstattung über diese Länder konnte, soweit es die vorhandenen Mittel zuließen, eine früher geäußerte

Anregung des Statistischen Beirats erfüllt werden, mehr über diesen Bereich zu berichten.

Die grundsätzlich von allen Ressorts geforderte Ausweitung der Auslandsberichterstattung (mehr Berichte in kürzeren zeitlichen Abständen) war und ist bei der gegebenen Arbeitskapazität nicht möglich.

1.8 Die Weiterverarbeitung statistischer Ergebnisse in Gesamtsystemen

1.8.1 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Die Bedeutung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen als Instrument der umfassenden Wirtschaftsbeobachtung und Grundlage für gesamtwirtschaftliche Analysen und Projektionen hat in den letzten Jahren verstärkt zugenommen. Die Anforderungen von Verwaltung, Wirtschaft, Politik und Forschung gehen — trotz der relativ weit ausgebauten Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in der Bundesrepublik Deutschland — in verschiedener Richtung über den gegenwärtigen Rahmen der Berechnungen hinaus. Für die Konjunkturbeobachtung und -analyse werden ergänzende Angaben u. a. über den Einsatz des Produktionsfaktors Arbeit, über die Auslastung des Produktionspotentials, über Unternehmensgewinne und über die Investitionstätigkeit nach Wirtschaftsbereichen sowie der Ausbau der kurzfristigen Berichterstattung auf Vierteljahresergebnisse für wichtige Größen der Sozialproduktsberechnung gefordert. Die Anforderungen für mittel- und langfristige Analysen und Projektionen zielen hauptsächlich auf hinreichend tief gegliederte lange Reihen über die Entstehung, Verteilung und Verwendung des Sozialprodukts und den Kapitalstock. Auch für Strukturuntersuchungen und internationale Vergleiche werden tiefer gegliederte Ergebnisse verlangt; auf die Bedeutung von Input-Output-Tabellen sei in diesem Zusammenhang hingewiesen. Für Regionaluntersuchungen werden über die gegenwärtig verfügbaren Ergebnisse hinaus zusätzliche Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen benötigt. Zu verbessern und weiterzuentwickeln ist ferner die Darstellung der Einkommens- und Finanzierungsvorgänge. Zur besseren Durchleuchtung der Vermögensverteilung ist der Aufbau einer gesamtwirtschaftlichen Vermögensrechnung nach Sektoren erforderlich. Größere Beachtung als bisher verlangen auch die Darstellung der Forschung und ihrer Finanzierung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sowie die Berücksichtigung von Umweltaspekten. Die Weiterentwicklung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen hat ferner zum Ziel, sie im Hinblick auf soziale Zielvorstellungen aussagefähiger zu machen und mit Sozialen Indikatoren (auf dem Gebiet des Bildungswesens, des Gesundheitswesens, der Freizeit usw.) zu verknüpfen. Auch die Prüfung der Zweckmäßigkeit alternativer Konzepte für Untersuchungen der langfristigen Entwicklung des Wohlstandes und der Produktivität (u. a. durch Berücksichtigung des menschlichen Leistungsvermögens) ist in die Überlegungen zur Weiterentwicklung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen einzubeziehen.

Das Statistische Bundesamt konnte in seinen Bemühungen, das Programm der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen auf die Anforderungen abzustellen, in den letzten Jahren weitere Fortschritte erzielen. Neben dem umfangreichen Programm der laufenden jährlichen und halbjährlichen Berechnungen wurden in Einzelgebieten, z. B. bei der Darstellung der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, der Aufstellung von Input-Output-Tabellen und der Berechnung des Kapitalstocks,

neue Ergebnisse veröffentlicht. Die Vorarbeiten auf verschiedenen anderen Gebieten, so bei der Darstellung der Investitionen nach Wirtschaftsbereichen und der Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte nach sozialen Gruppen, wurden erfolgreich vorangetrieben; bei einigen anderen stoßen sie jedoch auf Kapazitätsgrenzen. Relativ viel Arbeitsaufwand war und ist auch in der Zukunft erforderlich, um voll in das System der Berichterstattung für Zwecke der Europäischen Gemeinschaften hineinzuwachsen.

Das Amt ist bemüht, durch möglichst intensive Auswertung des zum Teil lückenhaften statistischen Basismaterials die Qualität der Berechnungsergebnisse ständig zu verbessern, um zugleich eine stärkere Auffächerung der dargebotenen Zahlen zu ermöglichen. Durch eine umfassende Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, an der seit einigen Jahren gearbeitet wird und deren Ergebnisse 1977 vorliegen sollen, wird u. a. neues Grundlagenmaterial aus den Zählungen um 1970 eingearbeitet. Die Möglichkeiten der Rationalisierung der Arbeiten wurden in den letzten Jahren durch verstärkten Einsatz der EDV genutzt. Besonderes Augenmerk galt wie bisher dem Bemühen, die Aktualität der Veröffentlichungen trotz gewisser Verzögerungen im Anfall der Basisdaten aus verschiedenen Statistiken beizubehalten. Die Veröffentlichungstermine der „ersten vorläufigen“ Berechnungen liegen im internationalen Vergleich nach wie vor an der Spitze.

Der Nachweis der Produktionstätigkeit und Einkommensentstehung ist durch die Arbeiten an den Input-Output-Tabellen, die ein umfassendes Bild der güter- und produktionsmäßigen Verflechtungen geben, in verschiedener Hinsicht erweitert und vertieft worden. Input-Output-Tabellen machen nicht nur die Darstellung der Produktionsvorgänge und der Güterverwendung transparenter, sondern erlauben besser als die traditionelle Sozialproduktsberechnung die Verknüpfung mit Daten aus statistischen „Spezialsystemen“, z. B. hinsichtlich der Forschung, der Umweltbelastungen, der Erwerbstätigkeit, der Bildung, des Gesundheitswesens usw. Zugleich aber sind sie für die Überprüfung der Konsistenz und die Verbesserung der Sozialproduktsberechnung von unschätzbarem Wert. Stark profitieren durch die Arbeiten an den Input-Output-Tabellen auch die Berechnungen in konstanten Preisen.

Die im Rahmen der probeweisen Aufstellung der Konten und Tabellen auf der Grundlage des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) bearbeitete Input-Output-Tabelle für 1965 wurde 1972 in der Fachserie N mit umfangreichen Erläuterungen zu den Konzepten und Berechnungsmethoden veröffentlicht. Auf verbesserter Grundlage wurde eine Input-Output-Tabelle zu Ab-Werk-Preisen mit 60 Produktionsbereichen für das Jahr 1970 berechnet und 1974 in „Wirtschaft und Statistik“ dargestellt; weitere Ergebnisse für 1970 werden in der Fachserie N folgen. Die Tabelle für 1970 stellt das Anfangsglied einer Reihe von jährlich aufzustellenden Input-Output-Tabellen dar. Erst durch die jährliche Berechnung von Input-Output-Tabellen — mit wichtigen Eckdaten auch in konstanten Preisen — kann dieses Instrument für Analyse- und Projektionszwecke voll genutzt werden. Das für die Aufstellung von Input-Output-Tabellen benötigte statistische Ausgangsmaterial ist allerdings zum Teil noch lückenhaft. Dieser Nachteil muß durch möglichst intensive Auswertung aller verfügbaren Unterlagen aufgefangen werden. Hierzu dient u. a. die verstärkte Anwendung der Output-Methode (Schätzung der Verwendungsstrukturen auf der Grundlage tief gegliederter Ergebnisse z. B. der Produktions- und Außenhandelsstatistik) in Ergänzung der Input-Methode (Auswertung

von Statistiken über die Struktur der Käufe von Waren und Dienstleistungen). Die Bearbeitung ist soweit wie möglich auf den Einsatz der EDV abgestellt.

Die Bemühungen um die Verbesserung der Angaben über den Einsatz der Produktionsfaktoren in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind hinsichtlich der Kapitalstockberechnungen gut vorangekommen; dagegen mußten Berechnungen der geleisteten Arbeitszeit wegen fehlender Arbeitskapazität und in Anbetracht der Lücken im statistischen Grundmaterial vorerst zurückgestellt werden. Mit den 1971 erstmals veröffentlichten langen Reihen über das reproduzierbare Anlagevermögen wurden wesentliche Grundlagen für langfristige Analysen und Projektionen sowie zur Berechnung des Auslastungsgrades des Produktionspotentials zur Verfügung gestellt. Die Reihen gehen bis 1950 zurück und zeigen das reproduzierbare Anlagevermögen zu Wiederbeschaffungspreisen, Anschaffungspreisen und konstanten Preisen von 1962 in der Gliederung nach Ausrüstungen und Bauten nach grob zusammengefaßten Wirtschaftsbereichen. Das reproduzierbare Anlagevermögen wird mit Hilfe einer Kumulationsmethode berechnet, die von einer möglichst tiefen Gliederung der Anlageinvestitionen nach Gruppen von Investitionsgütern und Annahmen über die Nutzungsdauer der einzelnen Investitionsgütergruppen ausgeht. Die Ergebnisse werden brutto und netto dargestellt. Beim Bruttokonzept werden die im Produktionsprozeß eingesetzten Anlagen mit ihrem Neuwert ohne Berücksichtigung der durch die Nutzung eingetretenen Wertminderung ausgewiesen, während beim Nettokonzept die seit dem Investitionszeitpunkt aufgelaufenen Abschreibungen abgezogen sind. An einer Verfeinerung der Berechnungen wird ständig gearbeitet. Durch Ergänzung der Reihen über das reproduzierbare Anlagevermögen um Angaben über die Vorratsbestände in der Wirtschaft ist ein weiterer Schritt zu einer umfassenden Darstellung des Sachvermögens in der Volkswirtschaft gemacht worden.

Für die Konjunkturbeobachtung und -analyse werden außer den jährlichen und halbjährlichen Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen auch Vierteljahreszahlen über die Entstehung und Verwendung des Sozialprodukts, über die Einkommen aus unselbständiger Arbeit und nach Möglichkeit auch andere Tatbestände benötigt. Obwohl die jährlichen und halbjährlichen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes so angelegt sind, daß für verschiedene Aggregate der Sozialproduktsberechnungen Vierteljahreszahlen anfallen, hat die Arbeitskapazität für eine laufende Berechnung und Veröffentlichung von Quartalsdaten bisher nicht ausgereicht. Es ist geplant, nach Abschluß der Arbeiten an der großen Revision 1977 der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen mit der laufenden Veröffentlichung wichtiger Vierteljahresergebnisse zu beginnen. Da sich die Probleme der zeitlichen Zuordnung der Basisdaten in Vierteljahresberechnungen erheblich stärker auswirken als in Jahres- und Halbjahresberechnungen, kann auf absehbare Zeit nicht daran gedacht werden, das Programm der Quartalsberechnung auf eine volle Kreislaufdarstellung — wie in den jährlichen und halbjährlichen Berechnungen — auszuweiten. Eine nicht unbedeutende Lücke im statistischen Ausgangsmaterial besteht nach wie vor hinsichtlich der kurzfristigen Beobachtung der Lagerbestände in der Wirtschaft.

Die Arbeiten zur Verbesserung der Darstellung der Einkommensverteilung und -verwendung sind fortgeführt worden. Der Nachweis der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen wurde vertieft. Über die neuen Ergebnisse der Aufgliederung der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen ist 1974 in „Wirtschaft und Statistik“ berichtet worden. Das Schwergewicht der Be-

rechnungen liegt bei der Ermittlung der empfangenen und geleisteten Vermögenseinkommen (Zinsen, Dividenden und sonstigen Ausschüttungen der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit, Nettopachten und Einkommen aus immateriellen Werten) der Sektoren ab 1960. Als Differenzgrößen werden — ausgehend von den Gesamtzahlen über die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen — die Einkommen aus Unternehmertätigkeit der Sektoren berechnet. Für den Unternehmenssektor ergibt sich auf diese Weise ein Gesamtbild der Unternehmensgewinne. Eine Aufgliederung der Unternehmensgewinne nach Unternehmensbereichen ist auf der Grundlage der verfügbaren Ausgangsdaten nicht möglich; die Vermögenseinkommen innerhalb des Sektors der Produktionsunternehmen können zum Teil nur als Saldo berechnet werden. Eine erfolgreiche Fortführung der Berechnungen setzt vor allem eine bessere statistische Durchleuchtung der empfangenen und geleisteten Vermögenseinkommen bei allen Unternehmensgruppen (alle Rechtsformen in allen Wirtschaftsbereichen) und neue Beteiligungsstatistiken (Zusammenstellungen von Informationen über Eigentumsverhältnisse) voraus.

Wesentliche Vorarbeiten wurden in den letzten Jahren auch für den Nachweis der Einkommen und der Einkommensverwendung der privaten Haushalte nach sozialen Gruppen und Einkommensgrößenklassen der privaten Haushalte in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen geleistet. Angestrebt wird die jährliche Darstellung der Einkommen und der Einkommensverwendung nach sozialen Gruppen (Haushalte mit einem Selbständigen oder mithelfenden Familienangehörigen, Arbeitnehmer oder Nichterwerbstätigen als Haushaltsvorstand) und in mehrjährigen Abständen zusätzlich nach Größenklassen des Nettohaushaltseinkommens. Die Berechnung der wichtigsten Ergebnisse steht kurz vor dem Abschluß. Für die Untergliederung des Haushaltskontos waren umfangreiche Untersuchungen zur Herausschätzung der die privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter betreffenden Vorgänge erforderlich. Da die Informationen über die privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter noch recht lückenhaft sind, kann ein voller Kontensatz für die privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter nur in mehrjährigen Abständen, nicht jedoch jährlich veröffentlicht werden. Bei der Aufschlüsselung der Haushaltseinkommen auf soziale Gruppen bestehen besondere Schwierigkeiten u. a. bei den Einkommen aus Wohnungsvermietung, über die es nur unvollkommene Ausgangszahlen gibt.

Zur Untersuchung der vielschichtigen Einflüsse, die vom Staat auf die Volkswirtschaft ausgehen, wird seit langem der Nachweis der Ausgaben des Staates nach Aufgabenbereichen verlangt, bei den Käufen von Waren und Dienstleistungen auch in konstanten Preisen. Leider konnte eine jährliche Berechnung der Ausgaben des Staates in tiefer Gliederung nach Aufgabenbereichen wegen fehlender Arbeitskapazitäten noch nicht durchgeführt werden. Die noch fehlende tiefe Gliederung der Staatsausgaben — und auch der Ausgaben privater Organisationen ohne Erwerbscharakter — verhindert u. a. einen verbesserten Nachweis der die Forschung, die soziale Sicherheit, das Gesundheitswesen, den Bildungsbereich und ähnliche Bereiche betreffenden Transaktionen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, der erforderlich ist, um statistische Spezialexsysteme für diese Bereiche (z. B. System der Forschungsstatistiken) mit den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verknüpfen zu können.

Weitere Anstrengungen sind auch zur Verbesserung der Darstellung der Vermögensbildung unternommen worden. Die Berechnung der Anlageinvestitionen

wurde in verschiedener Richtung erweitert und vertieft. Hervorzuheben ist die nunmehr laufende Berechnung der Bauinvestitionen nach Bauarten, die eine unmittelbare Abstimmung mit den sektoral verfügbaren Investitionsdaten (z. B. für den Staat) erlaubt. Wesentliche Fortschritte wurden auch bei der jährlichen Berechnung der Anlageinvestitionen nach investierenden Unternehmensbereichen (Investorenrechnung) erzielt. Die Abstimmung dieser Arbeiten mit den Ergebnissen der laufenden Investitionsberechnung auf der Grundlage von Angaben hauptsächlich über produzierte und eingeführte Investitionsgüter (Commodity-Flow-Methode) hat einige Schwächen in den laufenden Schätzungen deutlich gemacht. Hierdurch bedingte Korrekturen können, da ein längerer Zeitraum betroffen ist, erst im Rahmen der Revision 1977 der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen vorgenommen werden. Bis dahin muß auch die Veröffentlichung von Ergebnissen der Investorenrechnung zurückgestellt werden. Auch für die privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter wurden längerfristige Investitionsreihen berechnet, jedoch läßt sich die jährliche Veränderung der Investitionen dieser Organisationen nur recht unsicher ermitteln, so daß diese Ergebnisse vorerst noch nicht in das Kontensystem übernommen werden können. Die u. a. für die Ausfüllung der internationalen Systeme erforderliche Zuordnung der Wohnungsinvestitionen, die bisher global im Unternehmenssektor nachgewiesen wurden, auf die Sektoren der Eigentümer (vor allem private Haushalte und Unternehmen) läßt sich zur Zeit noch nicht verwirklichen. — Die verfeinerten Investitionsberechnungen verbessern den Einblick, wie sich die Verfügungsgewalt über das Sach- und Geldvermögen im Produktionsprozeß auf Bereiche verteilt. Ein weiteres wichtiges Darstellungsziel im Rahmen der Durchleuchtung der Vermögensbildung ist die Bildung von Eigentum an Sach- und Geldvermögen in den Händen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Auf diesem Gebiet konnten — aus Mangel an ausreichenden statistischen Basisdaten und Arbeitskapazität — in den letzten Jahren kaum Vorarbeiten geleistet werden.

Mit den bereits erwähnten Reihen über das reproduzierbare Anlagevermögen und der Geldvermögensrechnung der Deutschen Bundesbank liegen wesentliche Ausgangsdaten für gesamtwirtschaftliche Vermögensrechnungen vor. Derartige Berechnungen sollen für jeden Sektor — mehr oder weniger tief nach wichtigen Gruppen von Vermögensbesitzern untergliedert — das Sachvermögen, die Forderungen, die Verbindlichkeiten und das Reinvermögen zeigen. Der Umfang der einzubeziehenden Vermögenswerte muß im einzelnen noch festgelegt und der Wert der noch nicht erfaßten Vermögensbestandteile (z. B. Grund und Boden) berechnet werden. Für den Zusammenbau der Sachvermögensrechnung mit der Geldvermögensrechnung zu einer sektoralen Vermögensrechnung fehlen zur Zeit noch wichtige statistische Grundlagen (u. a. entsprechend bewertete und gegliederte Bilanzstatistiken), so daß Ergebnisse in absehbarer Zeit nicht vorgelegt werden können.

Das Statistische Bundesamt hat sich in den letzten Jahren auch der Frage zugewandt, wie die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Wohlstandsuntersuchungen aussagefähiger gemacht werden können. Die Definitionen und Konzepte der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Bundesrepublik Deutschland lassen — in Übereinstimmung mit den entsprechenden internationalen Systemen — z. B. die Produktionstätigkeit der privaten Haushalte, „Soziale Kosten und Erträge“ (z. B. in Form von Umweltschäden u. ä.), Änderungen im Bestand der freien Güter sowie die Freizeit und die Möglichkeiten ihrer Gestaltung außer acht; ferner werden aus Mangel an geeigneten Maßstäben bestimmte Dienstleistungen (vor allem staat-

liche Dienstleistungen) mit ihren Kosten bewertet und in voller Höhe als letzter Verbrauch nachgewiesen. Auf der Beiratstagung im Mai 1974 ist über das Thema „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen und Messung der Lebensqualität“ berichtet worden. Seitdem wurden die Überlegungen fortgeführt. Die Diskussion dieses Themenbereichs in den letzten Jahren bei den internationalen Organisationen hat gezeigt, daß noch viel Unklarheit über die zweckmäßigsten Methoden besteht und Ergebnisse in absehbarer Zeit höchstens in Teilbereichen zu erreichen sein werden.

Erhebliche Belastungen brachten in den letzten Jahren die Anforderungen der Europäischen Gemeinschaften nach vergleichbaren Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die Mitgliedstaaten. Für diesen Zweck ist beim Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften (SAEG) das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) entwickelt worden, das aus dem System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen der Vereinten Nationen abgeleitet ist. Es geht in seinem Umfang in verschiedener Hinsicht über das deutsche System hinaus und enthält zum Teil abweichende Konzepte. Vom Statistischen Bundesamt wird eine Angleichung des deutschen Systems an das ESVG angestrebt, um „Doppelarbeit“ soweit wie möglich zu vermeiden. Die Angleichung stößt jedoch im Hinblick auf die im nationalen Bereich angestrebten Erkenntnisziele und aus statistisch-technischen Gründen auf Schwierigkeiten. Das vom SAEG aufgestellte, zeitlich gestaffelte Berichtssystem sieht vor, daß die Mitgliedstaaten die wichtigsten Ergebnisse 9 Monate nach Abschluß des Berichtsjahres, tiefer gegliederte Ergebnisse 21 Monate nach Abschluß des Berichtszeitraums und die jährlichen Input-Output-Tabellen 33 Monate nach Ende der Berichtsperiode liefern. Aktuelle Ergebnisse sollen Vierteljahresberechnungen für wichtige Tatbestände bringen, deren Ergebnisse ursprünglich ab 1975 vorliegen sollten. Wegen der Kapazitätsengpässe in den Mitgliedsländern ist der Beginn gemeinsamer Vierteljahresberechnungen vom SAEG jedoch zugunsten jährlicher Ergebnisse regionaler Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ab 1970) hinausgeschoben worden. Die Arbeiten für Zwecke der EG sind anfänglich, wenn auch in geringem Umfang, von den EG mitfinanziert worden. Ab 1976 werden keine Finanzierungsbeiträge mehr geleistet; die EG erwarten, daß die nationalen Haushalte diese Arbeiten zusätzlich finanzieren. — Die Ergebnisse für Zwecke der EG müssen wegen der abweichenden Konzepte des ESVG durch mehr oder weniger komplizierte Umrechnungen und ergänzende Schätzungen aus den Zahlen des deutschen Systems abgeleitet werden. Diese Arbeiten sind sehr aufwendig, und es müssen im Rahmen der Revision 1977 Lösungen gefunden werden, um die Umrechnungen auf ein tragbares Mindestmaß zu reduzieren. In verschiedener Hinsicht lassen sich die Konten und Tabellen des ESVG mit dem in der Bundesrepublik Deutschland verfügbaren statistischen Ausgangsmaterial und bei den gegebenen Arbeitskapazitäten nicht ausfüllen.

Im Statistischen Bundesamt sind gegenwärtig — neben den laufenden jährlichen und halbjährlichen Berechnungen — die Arbeiten an den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen auf die nächste Revision konzentriert, deren Ergebnisse, wie bereits erwähnt, 1977 vorliegen sollen. Die Revision hat vor allem drei Aufgaben: Erstens den Einbau neuen statistischen Materials aus nur in mehrjährigen Abständen durchgeführten Statistiken bei gleichzeitiger Verbesserung der Berechnungsmethoden in vielen Teilbereichen (z. B. Einführung von Paasche-Preisindizes zur Deflationierung der Warenausfuhr und -einfuhr statt der bisher verwendeten Durchschnittswertindizes), zweitens die Umstellung der Berechnungen in konstanten Preisen auf

das neue Basisjahr 1970 und drittens eine weitere Angleichung der Methoden an die Konzepte des ESG. Für die Revision der regionalen Berechnungen hat inzwischen der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ die Vorarbeiten aufgenommen.

1.8.2 Statistisches System sozialer und demographischer Daten und Soziale Indikatoren

Seit etwa zwei Jahrzehnten wird von zahlreichen Stellen im In- und Ausland, insbesondere von den Statistischen Zentralämtern und den internationalen Organisationen, an der Entwicklung eines Gesamtsystems demographischer und sozialer Daten gearbeitet. Angestrebt wird ein in sich geschlossenes und — soweit Berührungspunkte bestehen — mit den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verknüpft System über die Struktur und Entwicklung der Bevölkerung und wesentliche Aspekte der gesellschaftlichen Verhältnisse und sozialen Zustände. Es soll den Rahmen für den Ausbau der Bevölkerungs- und Sozialstatistik im weitesten Sinne bilden und die für die Analyse der demographischen und sozialen Gegebenheiten und Trends erforderlichen Indikatoren enthalten.

Bei der Ausgestaltung des Systems wird besonderes Gewicht auf die Beobachtung zeitlicher Entwicklungen, insbesondere die Ermittlung von Übergangsquoten aus einem Lebensabschnitt in den anderen, von einer Tätigkeit in die andere, von einer Bevölkerungsgruppe in die andere usw., gelegt. Derartige Quoten ermöglichen einen Einblick in Verhaltensweisen und schaffen die Voraussetzungen zur Berechnung von Wahrscheinlichkeiten für die einzelnen im Lebensablauf vorkommenden Veränderungen (z. B. den Übergang von Schülern in das Erwerbsleben, von Erwerbstätigen zu Nichterwerbstätigen, von Gesunden zu Kranken, Verheirateten zu Verwitweten oder Geschiedenen usw.).

Bei der Entwicklung des Systems sind erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden. Im Vergleich zum Aufbau der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ist die Ausgangssituation ungünstiger, da es keine umfassende, allgemein akzeptierte Theorie der Bevölkerung und der sozialen Entwicklung gibt, die — wie die Kreislauftheorie für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen — einen Rahmen für den Aufbau des Systems bilden könnte.

Von den internationalen Organisationen haben sich vorwiegend die Vereinten Nationen mit diesem Fragenkomplex befaßt und Vorschläge erarbeitet, die das Gesamtsystem in Teilsysteme untergliedern und für jedes Teilsystem die nachzuweisenden Tatbestände, Konzepte und Gliederungen behandeln. Die bisher vorgeschlagenen Teilsysteme umfassen die Bevölkerungsentwicklung, die Struktur und Entwicklung von Haushalten und Familien, die Ausbildung, den Arbeitsmarkt, die Wohnverhältnisse, die soziale Sicherheit und Wohlfahrt, die öffentliche Ordnung und Sicherheit, die soziale Schichtung und Mobilität, die Einkommensverteilung und -verwendung sowie das Freizeitverhalten. Konkrete Empfehlungen für die Ausgestaltung der Subsysteme — insbesondere hinsichtlich der zu verwendenden Merkmalskombinationen und Darstellungsformen — haben die Vereinten Nationen nicht gegeben; diese Aufgabe bleibt den Mitgliedsländern vorbehalten.

Das statistische Ausgangsmaterial in der Bundesrepublik bietet hinsichtlich der demographischen Daten recht günstige Voraussetzungen; allerdings lag das Schwergewicht in der Vergangenheit bei der methodischen Entwicklung der Einzelstatistiken.

Verlaufsanalysen, wie sie das geplante System vorsieht, sind bisher nur in sehr kleinem Umfang aufgrund von Wiederholungsbefragungen im Rahmen des Mikrozensus durchgeführt worden. Künftig werden ähnliche Auswertungen u. a. auch aus dem Material der Beschäftigten- und Entgeltstatistik, der Studentenstatistik sowie aus dem automatisierten Einwohnermeldewesen nach Einführung des allgemeinen Personenkennzeichens möglich sein. Zum größten Teil werden die benötigten Informationen allerdings nur durch Kombination und Weiterverarbeitung von Angaben aus verschiedenen statistischen Quellen gewonnen werden können.

Angesichts zahlreicher Probleme beschränkt sich das Statistische Bundesamt vorläufig darauf, für ausgewählte Subsysteme relativ einfache Tabellen bzw. Übersichten zu erstellen, wobei der Schwerpunkt auf dem zeitlichen Vergleich liegt. Zum besseren Verständnis durch ausführliche textliche Erläuterungen ergänzt, sollen sie in einer Veröffentlichungsreihe mit dem Arbeitstitel „Sozialstatistische Trends“ zunächst für die Bereiche allgemeine Bevölkerungsentwicklung, Beteiligung am Erwerbsleben und soziale Sicherung, Bildungswesen, Gesundheitswesen, Wohnungsverversorgung, öffentliche Sicherheit und Ordnung dargestellt werden.

Die Arbeiten am Aufbau eines Systems Sozialer Indikatoren werden im internationalen Bereich hauptsächlich von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) gefördert. Aufgrund eines Ratsbeschlusses widmet sie sich seit 1970 intensiv dem Problem, wie der zusätzliche Wohlstand besser für eine Anhebung der Qualität des Lebens und die Erfüllung der gesellschaftlichen Wünsche verwendet werden kann. Die mit der Entwicklung eines Programmvorschlags beauftragte Arbeitsgruppe hat in der inzwischen abgeschlossenen Phase I eine Liste von 24 sozialen Anliegen für die Hauptzielgebiete Gesundheit, persönliche Entwicklung durch Lernen, Erwerbstätigkeit und Qualität des Erwerbslebens, Zeit und Freizeit, Verfügung über Waren und Dienstleistungen, physische Umwelt, persönliche Sicherheit und Rechtspflege, soziale Chancen und Beteiligung am Leben der Gemeinschaft aufgestellt. Der Auswahl dieser Bereiche liegt ein Mehrheitsbeschluß der Mitgliedsländer zugrunde.

In der zur Zeit laufenden zweiten Arbeitsphase ist vorgesehen, für diese Bereiche bzw. gesellschaftlichen Anliegen Indikatoren zu spezifizieren. Bisher hat die Arbeitsgruppe etwa die Hälfte der gesellschaftlichen Anliegen behandelt und dafür rund 50 Indikatorenvorschläge erarbeitet. In der dritten Phase wird dann Einigung über die Quantifizierung dieser Indikatoren herbeizuführen sein.

Auch das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (SAEG) hat damit begonnen, ein alle relevanten Bereiche des sozialen Lebens umfassendes System von Sozialindikatoren zu erstellen. In der Anlaufphase soll zunächst Einigung über ein Minimalprogramm derartiger Indikatoren aus vorhandenem Zahlenmaterial erzielt werden.

Die Fülle methodischer Probleme, die bei der Entwicklung von Systemen Sozialer Indikatoren — insbesondere hinsichtlich der Auswahl, Aggregation und Gewichtung von statistischen Daten — noch zu lösen sind, läßt erkennen, daß dieses Ziel nur langfristig zu erreichen ist. Das Statistische Bundesamt wird im Rahmen seiner Möglichkeiten auch weiterhin an dieser Aufgabe mitarbeiten und auf eine enge Koordinierung der Arbeiten der verschiedenen nationalen und internationalen Stellen achten.

2 Ausgewählte fachliche Probleme

2.1 Neue Schwerpunkte in der Agrarstatistik

Durch das Gesetz über die Agrarberichterstattung vom 15. November 1975 werden die Voraussetzungen für eine Verbesserung der statistischen Nachweisungen betriebsbezogener Ergebnisse geschaffen. Während es zuvor im allgemeinen nur in den etwa alle zehn Jahre stattfindenden Landwirtschaftszählungen möglich war, kombinierte Ergebnisse über Produktionsgrundlagen, Betriebsverhältnisse und über sonstige wichtige betriebliche Sachverhalte im Betriebszusammenhang darzustellen, schreibt die neue Rechtsgrundlage ab 1977 für jedes zweite Jahr die Durchführung einer Agrarberichterstattung vor — und zwar mit einem totalen Zählungsteil über Produktionsgrundlagen (Art und Umfang der Bodennutzung und Viehhaltung), sozialökonomische Tatbestände und Buchführung der Betriebe sowie mit einem repräsentativen Zählungsteil über Arbeits-, Einkommens- und Besitzverhältnisse. Die Angaben dafür werden weitgehend aus den aufgrund eigener Rechtsgrundlagen ohnehin durchzuführenden Bodennutzungserhebungen, allgemeinen Viehzählungen und der in einer repräsentativen Auswahl von ca. 80 000 bis 100 000 landwirtschaftlichen Betrieben durchzuführenden Statistik der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft gewonnen und über das „Medium“ Betriebsnummer betriebsweise zusammengeführt. Unter anderem im Hinblick auf die Anforderungen der Europäischen Gemeinschaften (EG) für die repräsentative Strukturerhebung 1975, deren Programm und Rechtsgrundlage aufgrund lang andauernder Beratungen erst am 15. Februar 1975 vorgelegt werden konnten, wurde für 1975 eine Übergangsregelung getroffen, nach der die Angaben des totalen Zählungsteils (bestehend aus der Bodennutzungserhebung 1974 und der allgemeinen Viehzählung vom Dezember 1973) ein Jahr vor denen des repräsentativen Zählungsteils zusammenzuführen waren. Überdies wurden Erfassungsbereich und Periodizität der drei beteiligten Basiserhebungen durch das Agrarberichterstattungsgesetz stärker aufeinander abgestimmt.

Die durch die Agrarberichterstattung erzielte Verbesserung des agrarstatistischen Instrumentariums besteht im wesentlichen darin, daß die seit langem aus den laufenden Erhebungen über die Produktionsgrundlagen und die Produktion jährlich anfallenden Ergebnisse, die u. a. Aufschluß über die „eindimensionalen“ Aggregate (tierische und pflanzliche Erzeugung und Produktionsfaktoren) geben, für 1974 und ab 1977 in jedem zweiten Jahr um Ergebnisse über die „mehrdimensionale“ Produktionsstruktur, die betrieblichen und außerbetrieblichen Einkommensverhältnisse und über die sozialökonomische Gliederung der Betriebe ergänzt werden, so daß die künftigen Landwirtschaftszählungen entlastet werden können.

Ferner stellen die Ergebnisse für kleinere Gebietseinheiten (Kreise, Gemeinden) und die nichtadministrativen Gebietseinheiten eine wichtige statistische Grundlage für Regionaluntersuchungen und -planungen dar, nachdem aufgrund der Verwaltungsgebietsreform die Vergleichbarkeit mit den aus früheren Erhebungen gewonnenen regionalstatistischen Ergebnissen für weite Teile des Bundesgebietes nicht mehr besteht und vielfach auch nachträglich nicht mehr herbeigeführt werden kann. Durch die für jeden Betrieb aus den Angaben über seine Produktionsgrundlagen (Art und Umfang der Flächennutzung und der Viehhaltung) sowie über durchschnittliche Erträge und Kosten abgeleiteten Betriebseinkommen und die Klassifizierung nach der „Neuen Betriebssystematik“ des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (BML) werden überdies die Voraussetzungen für die Auswahl der Buch-

führungsbetriebe und für die Hochrechnung der Buchführungsergebnisse des BML erheblich verbessert. Damit wird zugleich die seit langem notwendige Brücke zwischen „allgemeiner“ Statistik und Buchführungsstatistik geschlagen. Die vorgesehenen

— Nachweisungen über das Verhältnis von betrieblichen und außerbetrieblichen Einkommen und

— Untersuchungen verlaufsstatistischer Art

sollen seit langem bestehende Lücken schließen. Die Entwicklungen bei der Organisation der Vereinten Nationen für Ernährung und Landwirtschaft (FAO) und den Europäischen Gemeinschaften laufen in die gleiche Richtung.

Die für 1975 im Rahmen des repräsentativen Teils der Agrarberichterstattung eingeholten Angaben ergänzen die Angaben des totalen Teils (von 1974) um einige zur Beurteilung des Strukturwandels in der Landwirtschaft wichtige Ergebnisse über die Eigentums- und Besitzverhältnisse und über sozialökonomische Tatbestände (insbesondere Art, Höhe und Häufigkeit außerbetrieblicher Einkommen). Sie wurden aus erhebungsorganisatorischen und methodischen Gründen zusammen mit den Angaben zur EG-Strukturerhebung 1975 erfragt und werden zur Zeit überprüft. Die Ergebnisse des repräsentativen Teils der Agrarberichterstattung werden voraussichtlich gegen Jahresende veröffentlicht werden, diejenigen der EG-Strukturerhebung 1975 durch das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften ab Anfang 1977.

Auf dem Gebiet der pflanzlichen Produktion haben sich die Arbeiten vornehmlich auf die Verbesserung des ernstestatistischen Instrumentariums konzentriert. So nimmt das Statistische Bundesamt nach vorheriger Erprobung seit 1974 frühzeitige Erntevorausschätzungen für Getreide vor. Diese Vorausschätzungen werden monatlich von Januar bis Juni durchgeführt, wobei bestimmte Witterungsdaten des jeweils abgelaufenen Monats, gewisse Trendwerte sowie die Hektarerträge der letzten Jahre berücksichtigt werden. Durch dieses Verfahren können bereits im April für das Bundesgebiet verhältnismäßig zuverlässige Informationen über die zu erwartenden durchschnittlichen Hektarerträge von Getreide gewonnen werden. Es ist beabsichtigt, durch weitere Arbeit an dem Verfahren die Schätzsicherheit zu verbessern. — Die der Berechnung der Obsternten zugrunde liegenden Basisstatistiken wurden durch eine EG-Gemeinschaftserhebung aktualisiert, bei der bis zum Jahre 1972 das Produktionspotential bestimmter Baumobstanlagen (Tafeläpfel, Tafelbirnen, Pfirsiche) festzustellen war. Diese Erhebung soll alle fünf Jahre, erstmals 1977, wiederholt werden. Ihr Zweck ist es, die in der Gemeinschaft vorhandenen Obstanlagen nach Alter und Pflanzdichte aufzugliedert zu ermitteln, um mit Hilfe dieser Daten mittelfristige Prognosen über die zu erwartenden Erntemengen der genannten Arten aufzustellen. In der Bundesrepublik wurde die Erhebung auf alle Baumobstanlagen ausgedehnt, die auch in die Obsterntestatistik einbezogen sind. Von besonderer Bedeutung war, daß erstmals die Betriebe mit Markto Obstbau sowie deren Obstflächen erfaßt wurden. Diese Daten ermöglichen es, die Obsterntestatistik wie die anderen Erntestatistiken in Zukunft hauptsächlich auf den Verkaufsanbau auszurichten. Sie bilden außerdem die Voraussetzung für eine Umstellung des bisherigen Ernteberichterstattungsverfahrens vom Berichtsbezirk auf den Berichtsbetrieb.

Die Einführung eines zur maschinellen Aufbereitung (auch für Lesegeräte) geeigneten Betriebsfragebogens ab Dezember 1973 und der Betriebsstichproben bei den repräsentativen Viehzwischenzählungen waren u. a. auch Voraussetzung für die Integration dieses Bereichs in das auf Betriebe bezogene Informationssystem land-

wirtschaftlicher Statistiken, der Agrarberichterstattung. Für zukünftige Struktur- und Verlaufsanalysen landwirtschaftlicher Betriebe können somit die wichtigen Daten aus der Viehwirtschaft mit den anderen Betriebsdaten zusammengeführt werden. Als weitere Neuerungen in diesem Bereich müssen die erstmals nach dem Geflügelfleischhygienegesetz vom 12. Juli 1973 für das Jahr 1976 vorgesehene zentrale Erhebung und Aufbereitung der Ergebnisse aus den Geflügelfleischuntersuchungen (insbesondere auf schädliche, umweltbedingte Rückstände) sowie die ebenfalls 1976 beginnenden, nach dem Gesetz über Umweltstatistiken vorgeschriebenen Erhebungen über Abfall- und Abwasserbeseitigung in Viehhaltungen und über die dazu gemachten betrieblichen Investitionen erwähnt werden. In beiden Fällen handelt es sich um relativ geringe Kosten verursachende Statistiken mit hohem Informationswert.

Die Bedeutung der Statistik der Hochsee- und Küstenfischerei, deren Schwerpunkt sich in den letzten Jahren von der nationalen, monatlichen Anlandestatistik auf die internationale biologische Fangstatistik nach Fangplätzen und Fangmonaten verlagert hat, ist durch die in zunehmendem Umfang eingeführten Fangquoten für die wichtigsten Fischarten auch des Nordostatlantiks noch weiter gestiegen.

2.2 Neuordnung der Statistiken im Produzierenden Gewerbe

Mit der Verkündung des Gesetzes über die Statistik im Produzierenden Gewerbe am 6. November 1975 sind die fast zehnjährigen Bemühungen um eine Neuordnung der Statistiken dieses Bereichs abgeschlossen. Das in enger Zusammenarbeit mit allen zuständigen Stellen konzipierte System wird in einer Übergangsphase bis 1977 schrittweise eingeführt.

Wesentliche Punkte des neuen Konzepts sind:

Übergang auf das Produzierende Gewerbe durch Einbeziehung des sog. Produzierenden Handwerks;

Erfassung aller Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr mit allen örtlichen Einheiten, gleichgültig, wie groß die örtlichen Einheiten sind;

völlige gegenseitige Abstimmung und Verzahnung der einzelnen Erhebungen, unabhängig von ihrem Umfang und ihrer Periodizität, und zwar derart, daß alle Angaben auf der Ebene der Unternehmen zusammengeführt und miteinander kombiniert werden können;

eine einheitliche Kartei bei Bund und Ländern;

Einführung von jährlichen, zentral durchgeführten Kostenstrukturerhebungen, die hochrechnungsfähige Ergebnisse für Unternehmen und deren fachliche Unternehmensteile liefern.

Das Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe bezieht alle Einheiten der Wirtschaftsabteilungen 1 bis 3 der Systematik der Wirtschaftszweige ein. Hierzu zählen alle Unternehmen und Betriebe der Energie- und Wasserversorgung, des Bergbaus, des Verarbeitenden Gewerbes und des Baugewerbes. Die entscheidende Änderung gegenüber dem bisherigen Verfahren besteht darin, daß in allen Statistiken das Produzierende Handwerk einbezogen und somit in gleicher Weise behandelt wird wie entsprechende industrielle Unternehmen bzw. Betriebe. Damit wird erstmals eine den internationalen Gepflogenheiten entsprechende Abgrenzung erreicht, die sowohl bei Struktur- als auch Konjunkturvergleichen den

nationalen Erfordernissen und der internationalen Übung entspricht. Sie verbessert die Aussagefähigkeit sowohl bei Struktur- als auch bei Konjunkturuntersuchungen und entsprechenden Vergleichen im In- und Ausland.

Um den Arbeitsaufwand in Grenzen zu halten, beschränken sich die Erhebungen im allgemeinen auf Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr und deren Betriebe. In einigen Randbereichen — etwa der Ernährungsindustrie — ist die Abschneidegrenze auf 10 Beschäftigte und mehr herabgesetzt. Zu erwähnen ist ferner, daß ergänzend zu den Unternehmen des Produzierenden Gewerbes wie bisher auch die industriellen Betriebe nichtindustrieller Unternehmen erfaßt werden. Die Abgrenzung des Erhebungsbereichs und des Unternehmenskonzepts gelten für die Jahresherhebungen ebenso wie für die kurzfristigen Statistiken.

Wo es in erster Linie um Regionalerfordernisse geht, werden die Unternehmen in Betriebe aufgeteilt, und zwar so, daß die Summe der Betriebsergebnisse bei additionsfähigen Merkmalen das Unternehmensergebnis ergibt und sich andererseits das Unternehmensergebnis voll auf die örtlichen Einheiten aufteilen läßt. In den kurzfristigen Statistiken wird, wie bisher, eine örtliche Einheit, die gleichzeitig in mehreren Wirtschaftszweigen tätig ist, nach fachlichen Betriebsteilen (bisherige Bezeichnung: „Beteiligtenkonzept“) aufgegliedert.

Stehen allgemeine wirtschaftspolitische Erfordernisse im Vordergrund, will man insbesondere angesichts der Heterogenität mancher Unternehmen auch für eine Kombination von Aufwands- und Ertragsgrößen möglichst saubere Branchenergebnisse erzielen, werden die Unternehmen nach fachlichen Unternehmensteilen aufgegliedert. Angesichts der Schwierigkeit eines solchen Unterfangens erfolgt dies jedoch nur in den jährlichen zentralen Kostenstrukturserhebungen. Maßgebend sind Vorstellungen über die Homogenität der Produktion der jeweiligen Einheiten. Sie läßt sich mit Hilfe der Produktionsstatistik messen, die ebenfalls auf das Unternehmenskonzept abgestellt wird.

Der Aufbau des statistischen Systems im einzelnen weicht von den bestehenden Industriestatistiken insofern ab, als anstelle eines Nebeneinanders einzelner Erhebungen ein hierarchischer Aufbau mit einer Abstufung von Periodizitäten und Erhebungsmerkmalen tritt, bei voller gegenseitiger Merkmalsabstimmung.

So stellt der nur in mehrjährigen Abständen durchzuführende Zensus die fachlich umfassendste Erhebung dar. Er erstreckt sich auf alle Unternehmen und Betriebe des Produzierenden Gewerbes, kann aber wegen seines Umfanges und vor allem wegen der Verpflichtung, für regionalpolitische Entscheidungen Unterlagen zur Verfügung zu stellen, nur eine begrenzte Zahl von Erhebungsmerkmalen umfassen. Sie gestatten die Ermittlung von Brutto- und Nettoproduktionswerten sowohl für Unternehmen als auch für deren Betriebe.

Stärker mit den Aufwands- und Ertragsgrößen befaßt sich die Jahresherhebungen. Da es hierbei vor allem auf möglichst rasche Ergebnisse ankommt, wird ein abgestuftes System gewählt. Für alle Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr werden Angaben über Umsätze, Beschäftigte und Investitionen teils einmal jährlich erhoben, teils aus Monatsdaten kumuliert.

Für eine ausgewählte Zahl von Unternehmen wird dagegen alljährlich das vollständige Produktionskonto erstellt. Die Kostenstrukturhebung wird wegen ihres Schwierigkeitsgrades zentral vom Statistischen Bundesamt durchgeführt. Die

Unternehmen werden hierbei nach fachlichen Unternehmensteilen aufgeteilt, und zwar nur jene, die mehr als 100 Beschäftigte haben. Die fachlichen Unternehmensteile werden an Hand der Produktionsstatistik vorgegeben, so daß die Aufteilung möglichst einheitlich erfolgt.

Die Hochrechnung soll absolute Werte liefern, und zwar so, daß die einzelnen Positionen des Produktionskontos von Jahr zu Jahr miteinander verglichen und die zwischenzeitlichen relativen Veränderungen mit ausreichender Sicherheit festgestellt werden können.

Als Hochrechnungsrahmen für die Kostenstrukturerhebungen dienen die jährlichen Unternehmenserhebungen, die für alle Unternehmen des Produzierenden Gewerbes Angaben über den Wirtschaftszweig, die Beschäftigten und die Umsätze liefern. Für eine gewisse Übergangszeit werden sie noch als eigenständige Erhebungen alljährlich durchgeführt; ab 1978 werden dagegen die Jahresergebnisse für Unternehmen durch die Addition entsprechender Angaben des monatlichen Berichtssystems (kumulierte Monatsdaten) ersetzt.

Inhaltlich ist der Komplex der Jahreserhebungen wohl die umfassendste Information, die im Produzierenden Gewerbe beschafft wird. Die Hochrechnung der Kostenstrukturerhebungen mit Hilfe der Unternehmenserhebung, das Überspielen der Informationen der Investitionserhebung an die Kostenstrukturerhebung usw. liefern für das gesamte Produzierende Gewerbe ein geschlossenes Bild des Produktionsergebnisses, des Produktionsaufwandes, der Wertschöpfung in ihren verschiedenen Abstufungen sowie der Investitionen und sind somit wichtigster Ausgangspunkt für alle Strukturuntersuchungen. Sie stellen insofern auch einen „methodischen Angelpunkt“ dar, als alle Definitionen, Begriffsinhalte usw. in allen Einzelstatistiken auf sie abgestimmt sind, soweit dies sachlich überhaupt möglich ist; anderweitig würde die Konsistenz des Systems verlorengehen. Dies gilt für die Jahreserhebungen, die Zensen, die Arbeitsstättenzählungen, soweit in ihnen das Produzierende Gewerbe erscheint, aber auch für die gesamten kurzfristigen Erhebungen, gleichgültig, ob sie monatlich oder vierteljährlich erfolgen.

Die der Konjunkturbeobachtung dienende monatliche Berichterstattung wird in Erweiterung des „Industrieberichts“ um das verarbeitende Handwerk mit dem bisherigen Merkmalskatalog durchgeführt. Die konjunkturreagiblen Merkmale bleiben erhalten, wobei die monatlich ermittelte Produktion auf höchstens 1 000 Warenarten ausgedehnt werden kann, um bei zunehmender Ausweitung und Differenzierung der Produktionsprogramme einer hinreichend sicheren Berechnung der Indizes angemessene Rechnung zu tragen.

In der vierteljährlichen Produktionsstatistik, die ebenfalls auf das verarbeitende Handwerk ausgedehnt werden soll, wird — insbesondere für Zwecke der Input-Output-Rechnungen und der Bildung fachlicher Einheiten — angestrebt, neben der zum Absatz bestimmten Produktion in größerem Umfang auch die Gesamtproduktion zu erfassen und, soweit möglich, Wertangaben zu ermitteln.

Die Produktionsangaben sollen jährlich durch Sonderaufbereitung auch in institutioneller Gliederung, d. h. für Unternehmen und Betriebe, nachgewiesen werden, um einerseits für Wirtschaftszweige die Produktion nach Warengruppen und andererseits die Herkunft der Produkte aus den einzelnen Wirtschaftszweigen darstellen zu können.

Für die Funktionsfähigkeit des gesamten Systems ist die einheitliche, bei Bund und Ländern zu führende Kartei entscheidend. Mit ihrer Hilfe wird der Berichtskreis abgegrenzt, der Zusammenhang zwischen den Unternehmen und den ihnen zugehörigen Betrieben hergestellt, die vollständige Einbeziehung aller Betriebe der betreffenden Unternehmen einschl. der kleinsten Einheiten gewährleistet und eine einheitliche Klassifizierung und Schwerpunktbestimmung der Unternehmen und Betriebe in allen Einzelstatistiken gesichert. Sie ist sowohl Rationalisierungs- als auch Auswertungsinstrument. So laufen Versand und Einzug der Erhebungspapiere sowie das Mahnwesen künftig über die Kartei, wobei die Papiere zum Teil schon vorbeschriftet werden können. Andererseits wird die Zusammenführung von Ergebnissen der verschiedenen Einzelstatistiken und Erhebungseinheiten mit Hilfe eines einheitlichen Nummerungssystems neue Aussagemöglichkeiten erschließen. Voraussetzung hierfür ist die Verfügbarkeit von Einzelangaben je Einheit.

Es liegt auf der Hand, daß ein derart umfangreiches, hier nur in groben Zügen geschildertes System nicht schlagartig eingeführt werden kann. Es ist daher ein stufenweiser Übergang vorgesehen, mit dessen Abschluß einschl. der erforderlichen Indexumstellungen etwa 1979/80 zu rechnen ist.

Beim Statistischen Bundesamt sind die zentralen Kostenstrukturerhebungen für 15000 Unternehmen des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes, 1000 Unternehmen der Energieversorgung und 4000 Unternehmen des Baugewerbes angelaufen. In die Erhebung 1977 (für 1976) ist das Produzierende Handwerk einzu beziehen; die Ergebnisse der Unternehmen sind nach fachlichen Unternehmensteilen zu unterteilen. Hierzu ist eine Neuauswahl an Hand der bis dahin vervollständigten Kartei im Herbst 1976 erforderlich. Die Hochrechnung erfolgt mit Hilfe von Jahresergebnissen für Unternehmen, für die zunächst noch eigenständige Erhebungen durchgeführt werden. Ab 1977 werden hierfür kumulierte Monatsergebnisse des kurzfristigen Berichtssystems verwendet.

Bei den Statistischen Landesämtern laufen 1976 die kurzfristigen Erhebungen noch in der Abgrenzung des bisherigen Berichtssystems, jedoch wird im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe mit Hilfe eines Spezialprogramms nach der SYPRO geschlüsselt. Die Aufbereitung des monatlichen Industrieberichts erfolgt wegen der Vergleichserfordernisse für 1975 im Jahre 1976 noch nach der alten Systematik. Da der Berichtskreis vorerst der gleiche bleibt, tritt kein Bruch in den IB-Reihen ein. Anfang 1977 wird eine zeitlich begrenzte Doppelaufbereitung Anhaltspunkte für den Vergleich zwischen altem und neuem Berichtskreis liefern.

Ab Januar 1977 setzt die monatliche Berichterstattung entsprechend der Neuabgrenzung des Produzierenden Gewerbes durch Einbeziehung des sog. Produzierenden Handwerks ein, wobei die Ergebnisse von vornherein nach der SYPRO zu erstellen sind. Da für 1976 der bisherige Berichtskreis nach SYPRO geschlüsselt wurde, kann 1977 zu 1976 innerhalb des derzeitigen Berichtskreises unmittelbar nach der neuen Systematik verglichen werden und außerdem die durch das Hinzukommen der Einheiten des Produzierenden Handwerks eintretende Niveauverschiebung des kurzfristigen Berichtssystems festgestellt werden.

Die vierteljährliche Produktionsstatistik wird ab 1. Januar 1977 ebenfalls auf den Berichtskreis des Produzierenden Gewerbes umgestellt.

Für das Baugewerbe gelten — abgesehen von einigen Sonderregelungen — die gleichen Richtlinien. Bemerkenswert ist hier, daß die bisherigen Unternehmens-

erhebungen nicht durch die Kumulierung von Monatsergebnissen ersetzt werden, sondern in etwas veränderter Form weiterzuführen sind. Wegen der Hochrechnungserfordernisse für die Kostenstrukturerhebungen ist jedoch eine Verkürzung der Aufbereitungszeiten erforderlich.

Für den Erfolg der Neugestaltung der Industriestatistik, insbesondere für ihre Auswertungsmöglichkeiten für wirtschaftspolitische Zwecke, ist entscheidend, daß die abgesprochenen Terminpläne eingehalten und die einzelnen Schritte des Umsteigeprozesses einheitlich bei allen Statistischen Landesämtern vorgenommen werden.

2.3 Stand der Umweltstatistiken

Fragen der Erhaltung bzw. Verbesserung der Umweltbedingungen gewinnen in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung. Um Umweltpolitik und Umweltschutz auf eine einheitliche Grundlage zu stellen, hat die Bundesregierung deshalb im September 1971 ein Umweltprogramm vorgelegt, in dem u. a. auch ein Gesetz über Umweltstatistiken angekündigt wurde. Dieses Gesetz, das am 18. August 1974 in Kraft getreten ist (BGBl. I S. 1938), schafft die Voraussetzung für die Erweiterung bereits bestehender Statistiken — zum Teil bei gleichzeitiger Verkürzung der Periodizität — sowie für die Einführung neuer Erhebungen. Dies bedeutet eine wichtige Ergänzung der schon bisher von der amtlichen Statistik bereitgestellten Angaben, die direkt oder indirekt Bezug zu Umweltfragen besitzen, aber ursprünglich für andere Fragestellungen erhoben wurden.

Die bereits mehrfach durchgeführte Statistik der öffentlichen Wasserversorgung und der öffentlichen Abwasserbeseitigung wurde durch das Umweltstatistikgesetz auf eine regelmäßige vierjährige Periodizität umgestellt. Außerdem können jeweils in der Mitte dieses Zeitraums durch Rechtsverordnung Erhebungen über ausgewählte Merkmale bei bestimmten Auskunftspflichtigen angeordnet werden. Ferner wurde in den Fragenkatalog eine Reihe von neuen Fragen aufgenommen. Die ebenfalls bereits bestehende Statistik der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung in der Industrie wurde durch das Umweltstatistikgesetz hinsichtlich Merkmalskatalog und Erfassungsbereich erweitert. Einbezogen werden nunmehr die größeren Wasserverbraucher in der gesamten Wirtschaft. Ergänzend wurde eine Statistik der Wasserversorgung und der Abwasserbeseitigung bei Wärmekraftwerken für die öffentliche Versorgung mit zweijährlicher Periodizität eingeführt. Besondere Aufmerksamkeit wird hier den Fragen nach der Behandlung und Beseitigung des Kühlwassers geschenkt.

Neu angeordnet wurden durch das Umweltstatistikgesetz ferner zweijährliche Bundesstatistiken über die Abfallbeseitigung, und zwar über die öffentliche Abfallbeseitigung, die Abfallbeseitigung im Produzierenden Gewerbe, Handel, Verkehr und bei bestimmten Anstalten und Einrichtungen sowie die Abfallbeseitigung in der Viehhaltung (Massentierhaltung), hier zusammen mit Fragen über die Abwasserbeseitigung. Die Durchführung der Abfallstatistiken hat eine Reihe schwieriger Methodenfragen aufgeworfen; so mußten u. a. der Abfallbegriff und die Mengenermittlung bei der Abfallerfassung geklärt werden. Probleme ergaben sich dabei vor allem im Bereich der Wirtschaft. Sehr viel Mühe machte auch die Aufstellung eines Abfallartenkatalogs bzw. eines systematischen Verzeichnisses der Abfälle. Das Statistische Bundesamt ist bei der Lösung dieser Probleme von mehreren Arbeitskreisen, in denen u. a. auch Fachwissenschaftler vertreten waren, beraten worden.

Weitere Erhebungen, die durch das neue Umweltstatistikgesetz angeordnet wurden, betreffen die Erfassung der Unfälle bei der Lagerung und beim Transport wassergefährdender Stoffe in jährlichen Abständen. Für das Produzierende Gewerbe und die Viehhaltung werden ferner jährlich die Investitionen für Umweltschutz und die Gebühren und Beiträge erhoben, die für den Bau und Betrieb von Umweltschutzanlagen zu zahlen sind. Auf die im Gesetzentwurf ursprünglich vorgesehene Erfassung aller laufenden Kosten für den Umweltschutz wurde dagegen vorerst verzichtet, da die Abgrenzung problematisch und das Rechnungswesen der Unternehmen auf derartige Fragestellungen noch nicht ausgerichtet ist. Erhebliche methodische Schwierigkeiten bereitete auch die Abgrenzung der Umweltschutzinvestitionen.

Die nach dem Umweltstatistikgesetz vorgesehenen Erhebungen sollten ursprünglich schon für das Berichtsjahr 1974 durchgeführt werden. Durch die sich hinauszögernde Verabschiedung des Gesetzentwurfs war dies jedoch nicht möglich, zumal für viele Merkmale rückwirkende Anschreibungen kaum zu verwirklichen sind. Um die Zeitspanne bis zum Vorliegen erster Daten nicht zu groß werden zu lassen, wurde deshalb — im Einklang mit Anregungen des Innenausschusses des Deutschen Bundestages — zum Jahresanfang 1975 mit einer Vorwegfassung ausgewählter Bestandsdaten begonnen. Dabei haben die Statistischen Landesämter für die Bereiche Abfallbeseitigung und Wasserversorgung/Abwasserbeseitigung (öffentlich und in der Wirtschaft) zum Stichtag 1. Januar 1975 die Zahl der vorhandenen Abfallbeseitigungsanlagen, Wassergewinnungs- und Kläranlagen ermittelt.

Für die Jahreserhebungen 1975 hat im Herbst 1974 eine Vorunterrichtung der Auskunftspflichtigen stattgefunden. Bei dieser Vorunterrichtung mußte für die Abwasserstatistiken das Erhebungsmerkmal „Schädlichkeit“ unberücksichtigt bleiben, weil die notwendige Verordnung über den Begriff der Schädlichkeit des Abwassers noch nicht vorlag. Sie wurde erst am 17. Juli 1975 verkündet (BGBl. I S. 1985).

Die Erhebungen über die Unfälle bei der Lagerung und beim Transport wassergefährdender Stoffe, für die eine Vorunterrichtung der Auskunftspflichtigen nicht erforderlich war, konnten von den Statistischen Landesämtern bereits 1974 in die Wege geleitet werden. Alle übrigen Erhebungen für 1975 wurden Anfang 1976 durchgeführt. Die Absicht, die Aufbereitung in den Statistischen Landesämtern Ende 1976 abschließen zu können, läßt sich angesichts der Kapazitätsengpässe nicht verwirklichen. Nach dem Stufenplan für die Aufbereitungsarbeiten ist mit dem Vorliegen erster Ergebnisse voraussichtlich noch im ersten Halbjahr 1976 zu rechnen. Derzeit werden in den Statistischen Landesämtern die ausgefüllten Fragebogen bearbeitet. Im Hinblick auf das Interesse, das den Ergebnissen der Umweltstatistiken entgegengebracht wird, wurde Vorsorge getroffen, daß sofort nach Vorliegen der Länderergebnisse die Bundesergebnisse erstellt werden können.

Da noch ein Überblick darüber fehlt, inwieweit alle gewünschten Angaben angefallen sind, gibt es vorerst nur ein Aufbereitungstabellenprogramm. Über das Veröffentlichungs-Tabellenprogramm soll nach Vorliegen der Aufbereitungsergebnisse entschieden werden. Im Hinblick auf die Bestrebungen zur Neuabgrenzung der nicht-administrativen Gebietseinheiten ist — mit Ausnahme der Wassereinzugsgebiete bei den Wasser-/Abwasserstatistiken — zunächst nur eine Aufbereitung nach administrativen Einheiten vorgesehen. Eine spätere Darstellung der Ergebnisse auch für andere regionale Abgrenzungen ist jedoch gesichert, da die Daten gemeindeweise gespeichert werden.

Die neuen bzw. erweiterten Erhebungen nach dem Umweltstatistikgesetz werden vor allem zusätzliche Angaben über Vorgänge erbringen, die zu Beeinträchtigungen der Umwelt führen können. Demgegenüber ist aus ihnen relativ wenig über Belastungen der einzelnen Umweltmedien und bestimmter Regionen zu entnehmen. Das gleiche gilt hinsichtlich der Auswirkungen von Umweltschäden auf Pflanzen, Tiere und Menschen. Die amtliche Statistik ist sich — auch auf Grund ihrer Mitarbeit in den internationalen Organisationen — bewußt, daß diese Aspekte bei den Überlegungen zur Entwicklung eines Gesamtsystems der Umweltstatistiken berücksichtigt werden sollten. Allerdings sind — angesichts der noch zu leistenden theoretischen Vorarbeiten — Fortschritte auf diesem Gebiet nur langfristig zu erwarten.

2.4 Ausbau der Bildungsstatistiken

Im Bereich des Bildungswesens wirkt das Statistische Bundesamt bereits seit langem aufgrund von Vereinbarungen mit den Ländern bei der Vorbereitung der Schulstatistiken koordinierend mit und stellt Bundesergebnisse zusammen. Die Hochschulstatistik konnte im Jahr 1971 auf eine bundesgesetzliche Grundlage gestellt werden. Für die Berufsbildungsstatistik soll durch den in parlamentarischer Beratung befindlichen Entwurf eines Berufsbildungsgesetzes ebenfalls eine Regelung durch Bundesgesetz geschaffen werden. Um auch in den übrigen Bereichen des Bildungswesens zu gesetzlichen Regelungen zu kommen, streben die Kultusminister der Länder ein Abkommen an, das die Grundlage für eine koordinierte und aktuelle Bereitstellung der für Bildungsplanung und Bildungspolitik in Bund und Ländern benötigten Daten schaffen soll. Die Vorbereitungen werden in einem Sechserausschuß von Staatssekretären der Kultusminister und Finanzminister der Länder getroffen, der seine Arbeiten bis Ende 1976 abgeschlossen haben dürfte.

Der Schwerpunkt der gegenwärtigen Bemühungen der amtlichen Statistik liegt bei der Aktualisierung der Ergebnisse schon laufender Bildungsstatistiken. Für einige Länder sind bereits erhebliche Verbesserungen zu verzeichnen, während die rechtzeitige Bereitstellung von Bundesergebnissen noch zahlreiche Wünsche offenläßt. Es wurden jedoch auch hier Fortschritte erzielt. Für die einzelnen Bereiche der Bildungsstatistik ergibt sich zur Zeit folgende Lage:

Schulstatistik

Für die allgemeinbildenden und die berufsbildenden Schulen wird im Zusammenhang mit dem o. g. Datenabkommen zur Zeit das gesamte Erhebungsprogramm mit dem Ziel überprüft, den Datenkatalog für alle Schulgattungen zu vereinheitlichen und die Ergebnisfeststellung den Erfordernissen der Bildungsplanung und -politik anzupassen. Ein Ergebnis dieser Bemühungen ist der von der Arbeitsgruppe Bedarfsfeststellung der Kultusministerkonferenz zusammengestellte Merkmalskatalog für die Erhebungen im Vorschul- und Schulbereich. Anschließend wurde die Rohfassung des Entwurfs eines bundeseinheitlichen Tabellenprogramms entwickelt. Es wäre wünschenswert, diese beiden Entwürfe bald zu verabschieden, damit schon vor Inkrafttreten des geplanten Datenabkommens mit der Reform der Erhebung und Aufbereitung begonnen werden kann. Eine Vereinbarung des Statistischen Bundesamtes mit den Statistischen Landesämtern, einen knappen Bestand an Eckdaten der Schulstatistik ungefähr ein halbes Jahr nach dem Erhebungsstichtag im Oktober an das Statistische Bundesamt zu liefern, dürfte schon jetzt zu einer Verbesserung der Datenlage führen.

Hochschulstatistik

Mit dem Gesetz über eine Bundesstatistik für das Hochschulwesen (Hochschulstatistikgesetz) von 1971 sollen die für Zwecke der Planung im Hochschulbereich benötigten Daten gewonnen werden. Der Gesetzgeber ging davon aus, daß die meisten für die Durchführung des Hochschulstatistikgesetzes zu erhebenden Daten nicht nur von Bund und Ländern, sondern auch von den Hochschulen als Verwaltungs- und Planungsunterlagen benötigt werden. Um Doppelerhebungen mit allen nachteiligen Folgen vorzubeugen, sollten die für die Statistik zu erhebenden Daten, soweit möglich und notwendig, auch die Verwaltungs- und Planungsbedürfnisse der Hochschulen abdecken. Mit diesem Verfahren verband sich die Erwartung einer größeren Auskunftsbereitschaft der Auskunftspflichtigen, einer größeren Zuverlässigkeit der Daten und einer raschen Lieferung der Ergebnisse.

Im wesentlichen handelt es sich um folgende Einzelstatistiken:

- Erhebung der Schüler der Sekundarstufe II zur Feststellung des zu erwartenden Zugangs zu den Hochschulen,
- Erhebung der Studenten, Prüfungskandidaten und Prüfungen für Feststellungen über die Nachfrage nach Hochschulleistungen und über den Erfolg des Studiums,
- Erhebungen über das wissenschaftliche und künstlerische sowie das übrige Personal der Hochschulen für Feststellungen über das Angebot an Lehre und Forschung sowie über die Zahl der für Verwaltungsgeschäfte und sonstige allgemeine Dienste zur Verfügung stehenden Personen,
- Erhebungen über Grundstücke, Gebäude und Räume für Feststellungen über Zahl, Größe, Ausstattung und Nutzung der Liegenschaften der Hochschulen,
- Erhebungen über Ausgaben und Kosten der Hochschulen sowie die Art und Weise ihrer Finanzierung für Feststellungen über die Aufwendungen im Hochschulbereich.

Weitere Statistiken sollen die Teilnehmer an Weiterbildungskursen, die Doktoranden, Fernstudienlehrgänge und Weiterbildungskurse, Studienbewerber und Gasthörer, beurlaubte und exmatrikulierte Studenten, Zulassungsquoten und Zulassungsbeschränkungen, Lehrveranstaltungen und Einrichtungen der Studentenwerke erfassen. Schließlich hat das Hochschulstatistikgesetz die Errichtung einer hochschulspezifischen Datenbank beim Statistischen Bundesamt angeordnet.

Die Durchführung dieses umfassenden Programms hat sich als schwierig erwiesen. Bisher konnten daher nicht alle Teile verwirklicht werden. Außerdem war die Datenbereitstellung für die meisten Einzelstatistiken zunächst noch sehr schleppend. Das Statistische Bundesamt und die Statistischen Landesämter haben in den vergangenen Monaten jedoch große und zum Teil bereits recht erfolgreiche Anstrengungen unternommen, um die in einzelnen Ländern und bei einer Reihe von Hochschulen noch bestehenden Lieferverzögerungen für einzelne Hochschulstatistiken abzubauen. Im Ausschuß für die Hochschulstatistik wurde über diese Bemühungen und die dabei erzielten Ergebnisse laufend berichtet. Erfahrungen und gezielte Untersuchungen haben bestätigt, daß die teilweise erheblichen Verzögerungen, besonders bei der Lieferung der Ergebnisse der Studentenstatistik, keineswegs nur auf die Statistischen Ämter, sondern in nicht wenigen Fällen auf die mangelnde Leistungs- und Lieferfähigkeit der Hochschulen zurückgehen. Auch die Einführung neuer Verwaltungssysteme bei den Hochschulen hat Schwierigkeiten geschaffen. Es besteht

jedoch begründete Hoffnung, daß die bei einigen Statistischen Ämtern und Hochschulen noch vorhandenen Engpässe im personellen und maschinellen Bereich und gewisse Mängel in der Zusammenarbeit zwischen Hochschulen, Statistischen Landesämtern und Rechenzentren allmählich überwunden werden können. In mehreren Bundesländern ist der Stand der Datenlieferung seit einiger Zeit als gut zu bezeichnen, in anderen werden die Rückstände allmählich aufgeholt.

Die Statistischen Ämter haben insbesondere versucht, die Aktualität der Studentenstatistik, des Kernstücks der Hochschulstatistik, durch die Einführung eines Schnellmeldesystems für „Eckzahlen“ zu erhöhen. Dieses im Ausschuß für die Hochschulstatistik und von den Statistischen Landesämtern akzeptierte Programm, das auf eine perfektionierte Berichterstattung mit vollständig abgestimmten Ergebnissen im Interesse der Beschleunigung verzichtet, hat schon am 10. März 1976 Bundesergebnisse für das Wintersemester 1975/76 gebracht. Inzwischen wurden durch Umstellungen im Arbeitsablauf innerhalb der Statistischen Landesämter auch die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß tiefer gegliederte Strukturdaten für Studenten rascher vorliegen werden.

Die individualisierten Personalerhebungen und die individualisierte Prüfungsstatistik sind vorbereitet; letztere ist in einzelnen Ländern bereits angelaufen. Erste Ergebnisse aus diesen Erhebungen sind für das Jahr 1976 zu erwarten. Für die Gewinnung vollständiger Bundesergebnisse wird allerdings ein etwas längerer Zeitraum erforderlich sein. Es ist aber damit zu rechnen, daß sowohl die neue Personalstatistik als auch die neue Prüfungsstatistik spätestens im Jahre 1977 die noch laufenden Kollektiverhebungen bzw. Individualerhebungen alten Stils abgelöst haben werden.

Die Raumbestandserhebungen wurden 1975 unter Einbeziehung der Hochschulkliniken und der Studentenwerke fortgeführt.

Die Erhebung über Studien- und Berufswünsche der studienberechtigten Schulabgänger ist 1976 mit einem gestrafften Programm durchgeführt worden. Das neue Konzept hat den Charakter einer Meinungsbefragung, die Material für langfristige Kapazitätsüberlegungen, aber auch für die Berufsberatung, liefern soll.

Die Statistik der Kosten und Finanzen wird zunächst noch als fächerbezogene Einnahmen- und Ausgabenstatistik geführt, da die Einführung einer Kostenrechnung derzeit noch nicht möglich ist. Im Jahr 1973 wurde der Berichtskreis auf 81 wissenschaftliche Hochschulen und 53 sonstige Hochschulen erweitert.

Schon seit längerer Zeit ist klar geworden, daß sich das Hochschulstatistikgesetz nicht vollständig realisieren lassen wird. Der Ausschuß für die Hochschulstatistik hat daher in seinem 2. Bericht Ende 1975 u. a. folgende Kürzungen empfohlen:

- bei der Statistik des technischen, Verwaltungs- und sonstigen Personals auf die Erfassung der studentischen Hilfskräfte zu verzichten;
- für die Statistik der Zulassungsquoten und Zulassungsbeschränkungen auf die Unterlagen der Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) zurückzugreifen;
- auf eigene Erhebungen zur Statistik der abgehaltenen Lehrveranstaltungen zu verzichten, wenn vergleichbare Informationen aufgrund der Auswertungen anfallen, die im Rahmen der Kapazitätsverordnung nach dem Staatsvertrag über die Vergabe von Studienplätzen durchgeführt werden;

- auf die Durchführung einer umfassenden Statistik der Grundstücke zu verzichten, weil aggregierte Daten über diesen Tatbestand für die Gemeinschaftsaufgabe „Ausbau und Neubau von Hochschulen“ nicht benötigt werden. Es genügt, wenn hierüber Angaben bei den einzelnen Hochschulen, z. B. in Form von Grundstücks- und Gebäudedateien, verfügbar sind;
- im Rahmen der amtlichen Statistik auf eine zu differenzierte Erfassung rein bautechnischer Merkmale bei der Raumstatistik ebenso zu verzichten, wie auf eine Erhebung der in den Räumen installierten Geräte (Raumausstattung und Raumnutzung);
- die Doktoranden im Rahmen der Studenten- und Prüfungsstatistik zu erheben und auf die Erhebung solcher Doktoranden zu verzichten, die nicht mehr immatrikuliert sind und sich noch nicht zur Prüfung gemeldet haben.

Berufsbildungsstatistik

Die Berufsbildungsstatistik soll in Kapitel 6 des Entwurfs eines neuen Berufsbildungsgesetzes geregelt werden. Es ist zu unterscheiden zwischen den speziell für den jährlichen Berufsbildungsbericht benötigten Daten und dem darüber hinausgehenden Datenbedarf. Für den Berufsbildungsbericht werden, jeweils für das Angebot und für die Nachfrage von Ausbildungsplätzen, schon zu Beginn eines jeden Jahres Angaben über die Ausbildungsplätze am 30. September des Vorjahres (Bestandsdaten) und am 30. September des laufenden Jahres (Prognosedaten) benötigt, wobei letztere gegebenenfalls der Einleitung von Förderungsmaßnahmen dienen sollen. Außerdem sollen mit zahlreichen Merkmalen u. a. jährlich erfaßt werden: die Ausbildungsstätten, die Auszubildenden, die nicht besetzten Ausbildungsplätze, das Ausbildungspersonal, die Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, die Weiterbildungsstätten und die Prüfungen in der beruflichen Bildung.

Zur Zeit werden Überlegungen zu den Erhebungstatbeständen, den Begriffsbestimmungen und dem Erhebungskonzept angestellt. Soweit wie möglich soll auf Material zurückgegriffen werden, das bei den „zuständigen Stellen“ bereits vorhanden ist. Eines der hierbei auftretenden Probleme besteht darin, aus den sehr ungleichen Datenbeständen einen bundeseinheitlichen Datensatz zu gewinnen. Optimal wäre es, wenn die zuständigen Stellen über fortschreibungsfähige Dateien mit allen vom Gesetz geforderten Daten über Ausbildungsbetriebe, Ausbilder und Auszubildende verfügten. Solche in Datenzentralen geführte Dateien gibt es bisher aber erst für ein Drittel bis ein Viertel der Industrie- und Handelskammern sowie der Handwerkskammern.

Problematisch ist ferner die rasche Bereitstellung der ex-post und ex-ante Daten über das Angebot an und die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen für den jährlichen Berufsbildungsbericht. Hier wird die Verwendung von Daten der Bundesanstalt für Arbeit und der Schulstatistik geprüft.

Die bereits laufende und vom Statistischen Bundesamt zusammengestellte Berufsbildungsstatistik enthält Angaben über die Auszubildenden nach Ausbildungsberufen, Ausbildungsjahr und abgelegten Prüfungen, die regional nach Ländern und Kammerbezirken gegliedert sind.

2.5 Stand der Arbeiten an der Beschäftigten- und Entgeltstatistik

Über die Bedeutung der Beschäftigtenstatistik im Rahmen des Gesamtsystems der Erwerbstätigkeitsstatistik und über das Verfahren ist ausführlich auf der letzten Beiratstagung berichtet worden. Die im folgenden in zusammengefaßter Form dargestellten Aufgaben der neuen Beschäftigtenstatistik sind mitbestimmend für die gegenwärtigen Arbeitsschwerpunkte:

- kurzfristig Auskunft über die Beschäftigten in wirtschaftssystematischer und regionaler Gliederung zu geben,
- jährlich Informationen über die Beschäftigten in tiefer fachlicher und regionaler Gliederung, über ihre Beschäftigungszeiten (innerhalb des Jahres) und ihre Entgelte zu ermitteln.

Die kurzfristigen Informationen sollen vor allem der laufenden Arbeitsmarkt- und Konjunkturbeobachtung dienen. Jahresdaten über die Beschäftigung werden hauptsächlich für Strukturuntersuchungen, für umfassende Analysen der Arbeitsmarktentwicklung — auch in regionaler Hinsicht — und zur Schätzung der Jahresarbeitsleistung benötigt. Die Beschäftigtenstatistik wird außerdem die Unterlagen zur Beobachtung der Arbeitsmarktsituation dadurch wesentlich verbessern, daß ihre Ergebnisse als Basis für die Berechnung der Arbeitslosenquoten sowie zur Analyse der gemeldeten offenen Stellen herangezogen werden können.

Der in die Beschäftigtenstatistik einbezogene Personenkreis umfaßt die sozialversicherungspflichtig beschäftigten Personen, das sind ca. 75% aller Erwerbstätigen. Grundsätzlich nicht erfaßt werden die Selbständigen, die mithelfenden Familienangehörigen, die Beamten sowie alle geringfügig Beschäftigten.

Grundlage der Beschäftigtenstatistik ist das neue Meldeverfahren zur Sozialversicherung, das mit Wirkung vom 1. Januar 1973 eingeführt worden ist. Danach sind die Arbeitgeber verpflichtet, für alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in einheitlicher und automationsgerechter Form (lesefähige Belege) Meldungen bei Aufnahme und bei Beendigung einer versicherungspflichtigen Beschäftigung abzugeben. Außerdem ist eine Meldung zum Jahresende für alle zu diesem Zeitpunkt beschäftigten Personen vorgeschrieben. Die Meldungen werden über die gesetzlichen Krankenkassen und die Rentenversicherungsträger an die Bundesanstalt für Arbeit übermittelt. Ergänzt um Angaben aus Unterlagen der Bundesanstalt für Arbeit — insbesondere über den Wirtschaftszweig — bilden sie das Ausgangsmaterial für die Beschäftigten- und Entgeltstatistik.

Da die Daten der Beschäftigtenstatistik zur Verbesserung und Vervollständigung des erwerbsstatistischen Instrumentariums von großer Bedeutung sind, wurde nach längerer Vorbereitungszeit Ende 1975 zwischen dem Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, der Bundesanstalt für Arbeit und dem Statistischen Bundesamt eine Vereinbarung über die Beteiligung des Statistischen Bundesamtes an der Aufbereitung und Auswertung der Daten aus dem Meldeverfahren für die Träger der Sozialversicherung und für die Bundesanstalt für Arbeit abgeschlossen. Damit steht das Material der Beschäftigtenstatistik dem Statistischen Bundesamt und den Statistischen Landesämtern auch für ihre Zwecke zur Verfügung.

Seit Einführung des neuen Meldeverfahrens am 1. Januar 1973 sind bis Mitte Oktober 1975 insgesamt rd. 75 Mill. Meldungen abgegeben worden. Für das Jahr 1973 sind bei der Bundesanstalt für Arbeit 19,340 Mill. Jahresmeldungen einge-

gangen, davon rd. 300 000 noch im Zeitraum Juni bis Mitte Oktober 1975. Der Bestand an bisher vorliegenden Jahresmeldungen für das Jahr 1974 betrug Mitte Oktober 1975 lediglich 14,5 Mill. Das bedeutet, daß sich der Eingang der Jahresmeldungen für 1974 gegenüber dem Berichtsjahr 1973 nicht beschleunigt hat.

Die Meldefristen — vorgegeben in der DEVO (Datenerfassungsverordnung) — werden aber nicht nur bei den Jahresmeldungen weit überschritten, sondern auch bei den laufend abzugebenden An- und Abmeldungen. Laut DEVO sind Anmeldungen innerhalb von 2 Wochen und Abmeldungen innerhalb von 6 Wochen anzuzeigen. Gegenwärtig liegen ein Vierteljahr nach dem Ereignisstichtag erst 60% der Anmeldungen und 40% der Abmeldungen vor, ein halbes Jahr danach 93% der An- und 91% der Abmeldungen und erst ein dreiviertel Jahr danach rd. 98% der An- und Abmeldungen. Beschleunigungen im Datenfluß sind nach dem derzeitigen Aufbereitungsverfahren (Lieferung der Lesebelege von den Arbeitgebern über die Krankenkassen an die zentrale Lesestelle der Rentenversicherungsträger in Hannover bzw. an die BfA in Berlin) nicht möglich. Verbesserungen sind ab 1977 zu erwarten, wenn alle Krankenkassen dazu übergehen, die DEVO-Meldungen auf maschinell verwertbaren Datenträgern zu erfassen.

Wie Untersuchungen der Bundesanstalt für Arbeit ergeben haben, ist es jedoch möglich, etwa ein halbes Jahr nach einem bestimmten Stichtag Aussagen über die jeweilige Arbeitsmarktlage zu machen, da die dann noch ausstehenden An- und Abmeldungen die jeweiligen Gesamtzahlen und die Strukturen nur noch unwesentlich beeinflussen. Erste vorläufige Vierteljahres-Ergebnisse — für die Stichtage 31. Dezember 1974 und 31. März 1975 — mit Bestandszahlen für alle Beschäftigten nach Wirtschaftsgruppen und -abteilungen sowie für ausländische Beschäftigte nach Staatsangehörigkeit wurden Ende November 1975 von der Bundesanstalt für Arbeit veröffentlicht. Dabei zeigte sich, daß die Struktur der Beschäftigten in wirtschaftsfachlicher und regionaler Gliederung auch im Vergleich mit anderen Statistiken (Mikrozensus, Volkszählung, Arbeitsstättenzählung) relativ gut wiedergegeben wird. Die endgültigen Ergebnisse für März 1975 liegen seit Anfang Februar 1976 vor. Die Berichterstattung über die vierteljährlichen Ergebnisse der Beschäftigtenstatistik ist inzwischen auch in „Wirtschaft und Statistik“ aufgenommen worden.

In der gegenwärtigen Konjunktursituation steht die Aufbereitung und Auswertung der Vierteljahresdaten im Vordergrund. Daneben wird auch die Auswertung der Jahresdaten, insbesondere unter Berücksichtigung von Beschäftigungszeiten und Entgelten, intensiv vorbereitet. Schrittweise soll damit das von der Sachverständigengruppe für Beschäftigtenstatistik beim Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung vereinbarte Grundprogramm der Beschäftigtenstatistik verwirklicht werden. In diesem Grundprogramm sind die nach Abschluß der Anlaufphase angestrebten Auswertungsvorhaben des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung, der Bundesanstalt für Arbeit, des Statistischen Bundesamtes, der Länderressorts und der Statistischen Landesämter zusammengefaßt.

Das Tabellenprogramm ist nach sechs Personenkreisen gegliedert (sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer insgesamt, ausländische Arbeitnehmer, Auszubildende, Teilzeitarbeitnehmer, Leiharbeitnehmer und Heimarbeiter). Die in der Mehrzahl jährlich aufzustellenden Tabellen dienen neben der Untersuchung von Veränderungen der Arbeitsmarktstrukturen — in bezug auf beschäftigte Personen in der Gliederung nach demographischen Merkmalen, nach dem Ausbildungsstand und

nach Berufen — dem Nachweis der versicherungspflichtigen Entgelte und Beschäftigungszeiten sowie der Gewinnung von Daten über Fluktuation und Wanderungen. Für Zwecke der kurzfristigen Arbeitsmarktbeobachtung sind in das Grundprogramm auch einige monatliche und vierteljährliche Tabellen mit Bestands- und Bewegungsdaten (Einstellungen, Entlassungen) aufgenommen worden.

Für die einzelnen, zeitlich aufeinanderfolgenden Aufbereitungs- und Auswertungsphasen wurden Prioritäten festgelegt. Im ersten Halbjahr 1976 sind — nach Lieferung des Individualmaterials durch die Bundesanstalt für Arbeit — im Statistischen Bundesamt bzw. den Statistischen Landesämtern zunächst Tabellierungen vorgesehen, die die wichtigsten, allgemein interessierenden Daten über Zahl und Zusammensetzung der Beschäftigten am Quartalsende in regionaler Gliederung (Stichtagsauswertungen aus dem Vierteljahresmaterial nach Ländern, Regierungsbezirken, Kreisen und Gemeinden) enthalten. Aus dem zunächst zur Verfügung stehenden Jahresmaterial 1973 (gegebenenfalls auch bereits 1974) sind in der ersten Phase Stichtagsauswertungen für am Jahresende beschäftigte und nichtbeschäftigte Personen (einschl. Arbeitsplatzwechslern und Mehrfachbeschäftigten) nach Geschlecht, Alter, Stellung im Beruf, Staatsangehörigkeit sowie in tiefer wirtschaftsfachlicher Gliederung vorgesehen. Ferner sind die Darstellung von Beschäftigungszeiten und beitragspflichtigen Bruttoentgelten sowie Tabellen für Zwecke der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und zur Ergänzung sektoraler Statistiken des Statistischen Bundesamtes in Aussicht genommen.

2.6 Weiterentwicklung der Personalstatistiken im öffentlichen Dienst

Die bis 1973 durchgeführten Personalstatistiken des öffentlichen Dienstes haben — abgesehen von der Personalstrukturhebung 1968 — nur einen relativ groben Überblick über die Zusammensetzung und Entwicklung des Personals im öffentlichen Dienst vermittelt. Angesichts der stark gestiegenen Bedeutung der Personalausgaben im Rahmen der öffentlichen Haushalte sowie zahlreicher auf dem Gebiet des Dienst-, Besoldungs- und Tarifrechts zu treffender Maßnahmen reichte dieser Überblick als Grundlage für eine längerfristige personalwirtschaftliche Planung nicht mehr aus. Durch das Änderungsgesetz zum Gesetz über die Finanzstatistik vom 12. Juli 1973 (BGBl. I S. 773) ist daher die amtliche Personalstatistik des öffentlichen Dienstes in dreifacher Hinsicht ausgebaut worden. Die Ausdehnung bezieht sich auf

- die Erweiterung des Berichtskreises auf kommunale Zweckverbände, Sozialversicherungsträger, sonstige juristische Personen und rechtlich selbständige öffentliche Wirtschaftsunternehmen;
- die Vermehrung der in der Personalstandstatistik zu erfassenden Merkmale um Berufe, Einstufungen, Alter, Familienstand und Zahl der Kinder;
- die Einführung von zwei neuen Statistiken über die Versorgungsempfänger (jährlich für den staatlichen, sechsjährlich für den kommunalen Bereich) und über die Personalzu- und -abgänge (alle drei Jahre bei Bund, Ländern, Gemeinden mit 3000 Einwohnern und mehr sowie Gemeindeverbänden).

Als neuer Stichtag für die Personalstatistik im öffentlichen Dienst wurde der 30. Juni des Erhebungsjahres (bisher 2. Oktober) festgelegt. Der Umfang der zu erfassenden Merkmale variiert zwischen den jährlichen, den alle drei Jahre und den alle sechs Jahre durchzuführenden Erhebungen. Stichtag für die Statistik der Versorgungs-

empfänger ist jeweils der 1. Februar. Die Statistik über die Personalzu- und -abgänge soll jeweils zum 30. Juni für das vorhergehende Jahr durchgeführt werden; sie setzt eine laufende Anschreibung der Zu- und Abgänge bei den Berichtsstellen im Zeitraum vom 1. Juli bis 30. Juni voraus.

Da das erweiterte personalstatistische Programm eine erhebliche zusätzliche Belastung der Berichtsstellen und der Statistischen Ämter mit sich bringt, soll es im Einvernehmen mit den Bundesministerien des Innern und der Finanzen zunächst stufenweise verwirklicht werden.

Die erste Personalstandserhebung mit dem durch das Gesetz angeordneten dreijährlichen Programm und die erste Statistik über die Versorgungsempfänger wurden im Jahr 1974 zunächst bei dem bisherigen Berichtskreis (Bund einschl. Deutsche Bundesbahn und Deutsche Bundespost, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände) sowie — basierend auf den Erfahrungen aus der Personalstrukturserhebung von 1968 — bei den Sozialversicherungsträgern und den Trägern der Zusatzversorgung durchgeführt. Dabei wurden die Erhebungsmerkmale der Versorgungsempfängerstatistik (neben Versorgungsempfängerarten auch Besoldungsgruppen) vollständig erfaßt, während in der Personalstandstatistik wegen der noch fehlenden Rechtsverordnung und der noch nicht abgeschlossenen Vorarbeiten die jährlich zu erstellende Berufsgliederung noch nicht vorgenommen werden konnte.

Die berufliche Gliederung der Personalstatistik des öffentlichen Dienstes soll neben der Deckung des Bedarfs an Unterlagen für die Weiterentwicklung des gesamten öffentlichen Dienstrechts zugleich zur Ergänzung der Beschäftigtenstatistik nach der Datenerfassungsverordnung (DEVO) um die dort nicht erfaßten Beamten und Richter dienen. Hierfür ist es notwendig, eine für beide Zwecke praktikable, einheitliche Zuordnung der Berufe sicherzustellen. Daher wurden in der Arbeitsgruppe „Berufsgliederung in der Personalstandstatistik“ ein einheitlich anzuwendender Berufskatalog und besondere Zuordnungsdefinitionen erarbeitet. Diese Arbeiten sollen im Frühjahr 1976 abgeschlossen werden, so daß dann alle für eine berufliche Gliederung erforderlichen Unterlagen vorliegen und es nur noch der von der Bundesregierung zu erlassenden Rechtsverordnung bedarf.

In den weiteren neuen Berichtskreisen (Zweckverbände, sonstige juristische Personen, rechtlich selbständige Wirtschaftsunternehmen) wurden zunächst — zum Teil im Zusammenhang mit einer der Abgrenzung des Berichtskreises dienenden Vorbefragung — nur Eckdaten ermittelt. Anhand der hiernach für 1974 vorliegenden Ergebnisse konnten 1975 erstmals auch diese Bereiche in beide Erhebungen einbezogen werden. Allerdings beschränkte sich die Einbeziehung bei den sonstigen juristischen Personen zunächst auf solche aus dem Bereich der Wissenschaft und Forschung nach Unterlagen des Wissenschaftsrats und bei den Wirtschaftsunternehmen auf die in der Bilanzstatistik erfaßten öffentlichen Unternehmen.

Mit Zustimmung der Bundesministerien des Innern und der Finanzen sollen aus Ersparnis- und Vereinfachungsgründen die sonstigen juristischen Personen und die rechtlich selbständigen Wirtschaftsunternehmen wegen der dort nur sehr geringen Zahl an Versorgungsempfängern künftig nicht mehr in die Versorgungsempfängerstatistik einbezogen werden.

Die in sechsjährlichem Turnus vorgesehenen Statistiken über den Personalstand (zusätzliche Merkmale: Alter, Familienstand, Zahl der Kinder) und über die Versor-

gungsempfänger im kommunalen Bereich werden erstmalig 1977 durchgeführt. Dabei wird nach den Beratungen im Fachausschuß „Finanz- und Steuerstatistik“ für die Personalstandstatistik im Interesse der Arbeitserleichterung bei den Berichtsstellen eine Individualbefragung erwogen und — sofern 1976 noch nicht realisierbar — auch erstmalig eine Berufsgliederung des Personals im öffentlichen Dienst vorgenommen.

Die Statistik über die Personalzu- und -abgänge wird erstmals zum 30. Juni 1976 für den Zeitraum 1. Juli 1975 bis 30. Juni 1976 durchgeführt. Die vorbereitenden Arbeiten wurden im Frühjahr 1975 abgeschlossen; zur Zeit sind die Anschreibungen bei den Berichtsstellen im Gange.

2.7 Die Arbeiten an der Statistischen Datenbank

Eine ausführliche Darstellung der fachlichen und technischen Überlegungen zum Aufbau einer Statistischen Datenbank des Bundes wurde dem Statistischen Beirat zuletzt im Bericht für die 19. Tagung am 12. und 13. Mai 1971 in Wiesbaden vorgelegt. Im folgenden wird zunächst noch einmal ein kurzer Überblick über Aufgabe und Inhalt der Statistischen Datenbank des Bundes gegeben und anschließend über den Stand der Arbeiten und ihren Fortgang berichtet.

Aufgabe der Statistischen Datenbank ist es, das bisherige System der Darbietung und Auswertung statistischer Ergebnisse zu verbessern. Dazu gehört in erster Linie, daß nicht mehr wie bisher die statistischen Ergebnisse in zahlreichen, überwiegend quellenbezogenen Veröffentlichungen dargeboten werden, sondern im Rahmen einer Statistischen Datenbank relevante Daten in übersichtlicher und leicht zugänglicher Form über einen längeren Zeitraum hinweg an einem Platz gespeichert werden. Das aus verschiedenen Quellen und Berichtsperioden stammende Material soll in vergleichbarer, kombinierbarer und für andere als die ursprünglichen Zwecke benutzbarer Form bereitgehalten werden und auf Abruf in beliebiger Kombination schnell zur Verfügung stehen. Außerdem sollen mit Hilfe mathematisch-statistischer Methoden Berechnungen für Zwecke der Analyse, Prognose und Planung durchgeführt werden können. Die Statistische Datenbank hat also nicht nur die Aufgabe, den Zugang zu den statistischen Angaben zu erleichtern, sondern auch die Methoden und den Rechenapparat für die Auswertung anzubieten. Damit wird das Dienstleistungsangebot der amtlichen Statistik beträchtlich erweitert.

Unter Wahrung der geltenden Geheimhaltungsbestimmungen soll der Benutzerkreis der gleiche wie bisher bei der amtlichen Statistik sein, nämlich neben dem Parlament und der öffentlichen Verwaltung auch die breite Öffentlichkeit. Da technische und wirtschaftliche Gründe gegen die Aufnahme von Einzelangaben in die Datenbank sprechen, besteht das einzuspeichernde Material in erster Linie aus aggregierten Daten in feiner fachlicher und regionaler Gliederung. Bei der Auswahl der einzuspeichernden Daten wurde von größeren Problemkreisen ausgegangen. Bedingt durch entsprechende Vorarbeiten einiger Länder und des Bundesministeriums des Innern wurde als erstes ein gemeinsames Regionalstatistisches Minimalprogramm erarbeitet. Es folgte die Datenauswahl für ein Konjunkturstatistisches Programm und ein Programm langer statistischer Zeitreihen. Weitere Programme sind in Arbeit.

Das gemeinsame Regionalstatistische Minimalprogramm der Statistischen Datenbank wurde für die Zwecke der Raumordnung, der Landesplanung, der regionalen

Wirtschafts- und Agrarstrukturpolitik und für alle übrigen raumwirksamen Planungen und Regionaluntersuchungen entwickelt. Die Datenauswahl soll einen Gesamtüberblick über die gesellschaftliche und wirtschaftliche Struktur und Entwicklung kleiner Regionen ermöglichen und ausreichend Unterlagen für Untersuchungen auf Teilgebieten liefern, insbesondere für diejenigen Bereiche, in denen die öffentliche Hand unmittelbar tätig wird. Die für dieses Programm ausgewählten Daten aus etwa 60 einmaligen und laufenden Statistiken werden in der regionalen Gliederung nach Gemeinden bzw. Kreisen gespeichert.

Das Konjunkturstatistische Programm und das Programm langer statistischer Zeitreihen enthalten Grundlagenmaterial für die Konjunkturbeobachtung und -analyse bzw. für globale Untersuchungen, Analysen, Planungen und Projektionen in mittel- und langfristiger Sicht. Die Datenauswahl umfaßt einen auf diese Zwecke abgestimmten Querschnitt von zur Zeit etwa 23 000 Reihen aus rd. 150 Statistiken. Während die langen statistischen Zeitreihen — im allgemeinen mit jährlichen Angaben — Daten teilweise bereits ab 1950 enthalten, beginnen die Reihen mit konjunkturstatistischen Daten mit überwiegend halb-, vierteljährlicher und monatlicher Periodizität frühestens 1962. Aufgrund des geplanten Verwendungszwecks werden zunächst nur Bundesdaten ohne weitere regionale Untergliederung gespeichert.

Vorarbeiten sind ferner für ein Programm auslandsstatistischer Daten geleistet worden, das Angaben aus allen wichtigen statistischen Bereichen für etwa 140 Länder bringen soll. Außerdem ist der Entwurf eines Programms „Daten für Bildungsplanung und -politik“ in Arbeit, dessen Schwergewicht bei Schul- und Hochschuldaten liegen wird, sich aber auch auf andere Bereiche der amtlichen Statistik bezieht. Die Datenauswahl umfaßt für dieses Programm zur Zeit etwa 6 000 Reihen je Land und 3 200 Reihen für den Bund aus etwa 30 Statistiken. Für die Jahre 1968 bis 1974 sind für die Erstaussattung rd. 300 000 Daten aufzunehmen und jährlich 64 000 Daten zu ergänzen. Weitere Überlegungen erstrecken sich auf ein Programm zur Bilanzierung von Waren aus der Produktions- und Außenhandelsstatistik.

Das Schwergewicht der weiteren fachlichen Arbeiten an den Datenbankprogrammen lag im Statistischen Bundesamt bisher bei den fachlichen Beschreibungen (Katalogisierung) und bei der Datenerfassung für das Konjunkturstatistische Programm und das Programm langer statistischer Zeitreihen. Die fachlichen Beschreibungen enthalten Angaben über die Erhebungs- und Darstellungseinheit, den fachlichen und regionalen Erhebungs- und Darstellungsbereich, den Erhebungs- und Darstellungszeitpunkt bzw. -zeitraum, die Periodizität, die Art der Erhebung, die Herkunft der Daten, die Quellenveröffentlichung, die Rechtsgrundlage und sonstige für den Benutzer wichtige Hinweise zu den Statistiken und aufgenommenen Tatbeständen. Zur Zeit sind von den für das Konjunkturstatistische Programm und das Programm langer statistischer Zeitreihen erforderlichen Beschreibungen etwa zwei Drittel fertiggestellt. Von den rund eine Million Daten für diese beiden Programme ist gegenwärtig etwa ein Drittel eingespeichert. Bei den bereits eingespeicherten Daten handelt es sich — entsprechend den in der Programmdiskussion mit den Benutzern festgelegten Prioritäten — vorwiegend um Daten aus Statistiken des Produzierenden Gewerbes, aus den Erwerbstätigkeitsstatistiken und aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Für die eingespeicherten Daten liegen zusammen mit den fachlichen Beschreibungen auch die Stichworte für das Verzeichnis der Datenbestände vor, die dem Benutzer das Heraussuchen der von ihm benötigten Daten mit den erforderlichen Hinweisen ermöglichen. Aus dem Stichwortkatalog kann der Benutzer Auszüge in

gedruckter Form und über den Bildschirm erhalten. Die Stichwortlisten sind nach Sachgebieten und darin alphabetisch, aber auch ausschließlich alphabetisch, sortiert. Ein Benutzerhandbuch wird die Zugriffsmöglichkeiten im einzelnen erläutern.

Hinsichtlich der Datenaufnahme sei darauf hingewiesen, daß für das Konjunkturstatistische Programm und das Programm langer statistischer Zeitreihen der sehr zeit- und arbeitsaufwendige Weg der manuellen Datenerfassung gewählt werden mußte. Der Grund für dieses Vorgehen liegt darin, daß die aus den einzelnen Statistiken ausgewählten Ergebnisse nicht oder nicht vollständig auf Datenträgern vorliegen bzw. sich die Auswahl nur auf wenige Daten beschränkt, so daß eine maschinelle Bearbeitung nicht zweckmäßig erschien. Die vollständige Aufnahme der Daten für diese Programme wird sich deshalb noch bis in das Jahr 1977 erstrecken. Auf die bereits eingespeicherten Daten besteht nach Installation der neuen großen EDV-Anlage im Statistischen Bundesamt Zugriffsmöglichkeit. Der Weg der manuellen Datenaufnahme muß im übrigen auch für das Programm „Daten für Bildungsplanung und -politik“ beschritten werden. Dagegen kann bei dem Regionalstatistischen Programm für einen großen Teil der Daten auf Magnetbänder zurückgegriffen werden. Auch bei den Programmen, deren Daten für die Vergangenheit manuell erfaßt werden mußten, sollen zukünftig die Daten, die bereits auf Datenträgern vorliegen, so weit wie möglich hieraus übernommen werden.

Die weiteren fachlichen Arbeiten an der Statistischen Datenbank werden in verstärktem Maße bei den Problemen der Vergleichbarmachung und Umrechnung liegen. Erheblichen Aufwand erfordert auch die laufend durchzuführende Aktualisierung, die einerseits die Ergänzung der Programme durch neue Ergebnisse laufender statistischer Erhebungen, andererseits die Überprüfung der Programme und ihre Erweiterung durch die Aufnahme zusätzlicher Merkmale aus bereits laufenden oder neuen Statistiken betrifft. Darüber hinaus ist das Datenangebot — in Abstimmung mit den wichtigsten Benutzern — durch die Erarbeitung neuer Programme für weitere problemorientiert ausgewählte fachliche Bereiche zu ergänzen.

Das im Beiratsbericht 1970/71 dargestellte technische Konzept für die Speicherung und umfassende Dokumentation der Daten ist in der Zwischenzeit voll verwirklicht worden. Für das Einspeichern der Daten und die Übernahme der zugehörigen Katalogeinträge mit entsprechenden Prüfungen ist eine beträchtliche Zahl von Programmen fertiggestellt und in Anwendung. Zusammen mit den aufgenommenen Daten und den bereits erwähnten Stichworten zum Auffinden und den fachlichen Beschreibungen sind die verwendeten Maßeinheiten und die technische Satzbeschreibung eingespeichert. Dies gilt auch für alle verwendeten Gliederungen und Bezeichnungen. Das System wird durch die Übernahme neuer Daten laufend erweitert. Ferner sind Programme für die routinemäßige Prüfung der in die Datenbank zu übernehmenden Daten auf Format- und Summenbildung entwickelt worden, so daß die Qualität der eingespeicherten Daten gesichert werden kann.

Für Frühsommer 1976 ist die Installation einer neuen großen EDV-Anlage im Statistischen Bundesamt geplant, die über Time-sharing-Einrichtungen, virtuellen Speicher und Bildschirmgeräte verfügt; das dabei verwendete Betriebssystem erlaubt das gleichzeitige Arbeiten vieler Benutzer und ermöglicht den Anschluß der Datenfernübertragung.

Die Umstellung der bereits vorhandenen Programme und der bis jetzt aufgebauten Kataloginhalte auf das neue System ist bis zum Frühjahr 1976 abgeschlossen. Gleich-

zeitig werden die wichtigsten Ergänzungsarbeiten fertiggestellt, die den Benutzern die Möglichkeit geben, sich den Inhalt der Kataloge nicht nur ausdrucken, sondern auch auf dem Bildschirm zeigen zu lassen und in den Katalogen im Dialog-Verkehr zu suchen. Es ist also beispielsweise möglich, sich die gewünschten Teile des Stichwortkataloges, die Angaben über einzelne statistische Quellen oder über bestimmte Gliederungen auf dem Bildschirm zeigen zu lassen.

Erhebliche Fortschritte sind auch beim Analyseteil der Statistischen Datenbank zu verzeichnen. Dieses System besteht aus zwei Teilen:

- Dem statistischen Auswertungssystem, das Datenauszüge, Tabellierungen, Umformen und Drucken von Tabellen gestattet,
- und dem mathematisch-statistischen Analysesystem, welches die Anwendung mathematisch-statistischer Methoden ohne Programmierkenntnisse erlaubt.

Das Analysesystem wird von Steuerprogrammen kontrolliert, mit denen der Benutzer verkehrt. Bereits beim Konzept des Analysesystems wurde auf den Einsatz von Bildschirmgeräten und die Dialogtechnik Rücksicht genommen, so daß der Zugang zur Datenbank und ihren Analysemöglichkeiten für den Benutzer so einfach wie möglich gemacht wird. Die Programme für das Steuersystem zum Analyseteil der Datenbank sind fertiggestellt, ebenso die wichtigsten Dienstfunktionen, die der Benutzer beim Arbeiten mit der Datenbank braucht.

Für das statistische Auswertungsprogramm sind das Programm für den Zugriff auf die Daten und das Programm zum Drucken von Tabellen kurz vor der Fertigstellung. Die Programmierung einer Spezifikations- und Tabellenbeschreibungssprache ist in Arbeit. Damit wird dem Benutzer die Möglichkeit geboten, ohne Programmierkenntnisse statistische Begriffe (wie z. B. Erwerbstätige, Einkommen, Wirtschaftsbereiche u. a. m.) zu spezifizieren und sie sowie etwa benötigte Gliederungen verfügbar zu haben, um bei Bedarf den Kreis bereits vorhandener Spezifikationen und Gliederungen erweitern zu können. Die Tabellenbeschreibungssprache erlaubt es, Tabellen, deren Erstellung gewünscht wird, in einer speziellen, leicht zu handhabenden Sprache zu beschreiben, wobei die Namen der gespeicherten Begriffe und Gliederungen im Klartext verwendet werden. Die Erstellung der gewünschten Tabellen kann aus dem Originalmaterial dann direkt veranlaßt werden; die Tabellen können anschließend mit dem Druckprogramm ausgedruckt oder auf dem Bildschirm gezeigt werden. Dieses Hilfsmittel soll auch für Einzeldaten, die nicht in der Datenbank gespeichert sind, unter bestimmten Voraussetzungen zur Tabellenerstellung verwendet werden können. Vorbereitungsarbeiten für Erweiterungen des statistischen Auswertungssystems (wie z. B. Sortierungen, Umschätzungen usw.) laufen.

Für das mathematisch-statistische Analysesystem sind die für die Analyse von Statistiken gebräuchlichsten Verfahren der mathematischen Statistik als Module fertig programmiert. Dieser Bestand an Modulen wird ständig nach Bedarf erweitert. Das Arbeiten mit solchen Verfahren erfordert keine Programmierkenntnisse. Der Benutzer verkehrt mit Hilfe der (bereits programmierten und erweiterungsfähigen) Benutzersprache mit dem Analysesystem. Ferner hat der Benutzer die Möglichkeit, mittels einer speziellen „Methodensprache“ eine Reihe von Modulen in flexibler Weise miteinander zu verbinden (auch in Abhängigkeit von Bedingungen bzw. in Form von Schleifen); er kann solche, von ihm in dieser Reihenfolge gewünschten Modulzusammenstellungen als „Methode“ mit einem einzigen Aufruf ablaufen lassen,

wobei die Zwischenergebnisse von Modul zu Modul weitergereicht werden. Diese Möglichkeit der Bildung von „Methoden“ ergibt eine Arbeitserleichterung für die Benutzer, wenn Rechenverfahren mit unterschiedlichem Material bzw. in Varianten wiederholt angewendet werden sollen, bei denen mehrere Module nacheinander (mit evtl. Varianten) aufgerufen werden müssen.

Eine weitere umfangreiche Arbeit, die ab Mitte 1976 in Angriff genommen werden soll, ist die Erarbeitung von Benutzerhandbüchern und die Vorbereitung von Kursen über den Umgang mit den Hilfsmitteln, welche die Datenbank bietet. Vorarbeiten in Gestalt der ausführlichen technischen und fachlichen Dokumentationen sind hier bereits weitgehend geleistet, jedoch muß dieses Material in eine für den Benutzer leichter faßbare und mit Beispielen versehene Form gebracht werden. Die Benutzerhandbücher müssen die Möglichkeiten anhand von Beispielen aufzeigen, wie Daten in der Datenbank gefunden werden, wie der fachliche Inhalt einzelner Tabellen aufgrund der Katalogeintragungen erkannt werden kann, auf welche Weise Tabellen beschrieben und erstellt werden können oder wie bestimmte mathematisch-statistische Verfahren aufgerufen bzw. zu Methoden zusammengefügt werden können.

2.8 Veröffentlichungen

Die Herausgabe von Veröffentlichungen ist nach wie vor die bedeutendste Form der Verbreitung statistischer Ergebnisse. Gedruckte Informationen werden auch dann ihren Wert behalten, wenn der Abruf von Zahlen aus der Statistischen Datenbank möglich ist oder andere Formen der Datenübermittlung, wie etwa die Bereitstellung von Mikrofilmen, an Bedeutung gewinnen werden. Das Amt widmet deshalb seinen Veröffentlichungen weiterhin große Aufmerksamkeit und ist ständig um eine verbesserte Darbietung der für einen größeren Benutzerkreis in Betracht kommenden Daten bemüht.

Seit dem Erscheinen des letzten gedruckten Berichts für den Statistischen Beirat im Jahr 1971 ist das Veröffentlichungsprogramm abgerundet und erweitert worden. Unter den neu erschienenen Veröffentlichungen kommt den Bänden mit den Ergebnissen der letzten Großzählungen und Strukturerhebungen deshalb besondere Bedeutung zu, weil sie ein vielfältiges, tief gegliedertes und neueres Bild der Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur in der Bundesrepublik Deutschland vermitteln. Zur Ergänzung der tabellarischen Übersichten konnte eine Reihe kartographischer Darstellungen erstellt werden, die dem Benutzer in anschaulicher Weise das auf Kreisebene vorliegende Material darbieten.

Die Palette der kurzfristigen Veröffentlichungen ist durch die „Indikatoren zur Wirtschaftsentwicklung“ ergänzt worden. Sie bieten eine Zusammenfassung der wichtigsten monatlich vorliegenden Original- und saisonbereinigten Reihen für konjunkturanalytische Untersuchungen.

Neben der ausführlichen Unterrichtung über die wichtigsten Ergebnisse der verschiedenen Erhebungen kann das Amt nur in begrenztem Umfang zusammenfassende Veröffentlichungen mit Ergebnissen aus allen oder mehreren Statistiken herausgeben. Die wöchentliche zusammenfassende Berichterstattung wird durch den „Statistischen Wochendienst“, die monatliche durch die Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ und die jährliche durch das „Statistische Jahrbuch“ repräsentiert. Diese drei Veröffentlichungen stellen, auch was die Höhe der Auflage und des Absatzes anbelangt, die Säulen des Veröffentlichungsprogramms dar.

Wegen der Knappheit an Haushaltsmitteln und Personal bleibt daneben nur begrenzter Spielraum für weitere „Querschnittsveröffentlichungen“. Trotzdem ist es gelungen, durch eine Reihe neuer Publikationen den Wünschen verschiedener Benutzergruppen nach Materialzusammenstellungen mit speziellen Zielsetzungen Rechnung zu tragen. Erfüllt wurde inzwischen die immer wieder vorgetragene Forderung nach einer benutzerfreundlichen Präsentation von langen Zeitreihen, die früher mühsam aus vielen Veröffentlichungen zusammengestellt werden mußten. Mit dem Tabellenteil des Jubiläumsbandes „Bevölkerung und Wirtschaft 1872 bis 1972“ stehen globale historische Daten zur Verfügung. Die im Zweijahresturnus erscheinende neue Publikation „Lange Reihen zur Wirtschaftsentwicklung“ enthält als Grundlage für die Wirtschaftsbeobachtung und -analyse, aber auch als Basis für Vorausschätzungen, die wichtigsten Bevölkerungs- und Wirtschaftsdaten seit 1950 in mittlerer Tiefengliederung. Zeitreihen in Länderabgrenzung finden sich in der jährlich erscheinenden Publikation „Bevölkerungsstruktur und Wirtschaftskraft der Bundesländer“, die hinsichtlich der Auswahl der Ergebnisse mit den „Langen Reihen“ verknüpft ist. Diese Veröffentlichungen und die bereits erwähnten „Indikatoren“ bilden ein vielen Auswertungswünschen gerecht werdendes Angebot an Zeitreihen.

Die vielfältigen Wünsche nach problemorientierten Querschnittsveröffentlichungen konnten bisher nur zum Teil erfüllt werden. Gedruckte Zusammenstellungen für spezielle Probleme oder Planungen werden auch künftig nur von Fall zu Fall und zusätzlich zum traditionellen Programm geliefert werden können. Es ist beabsichtigt, den Veröffentlichungen „Die Frau in Familie, Beruf und Gesellschaft“ (1975) und „Die älteren Mitbürger und ihre Lebensverhältnisse“ (1971) noch weitere themenbezogene Darstellungen folgen zu lassen. Mit Hilfe des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft war es inzwischen möglich, den Themenkomplex „Bildung“ durch eine auf viele Verwendungszwecke ausgerichtete Datenveröffentlichung besser als bisher zu durchleuchten. Die 1975 bereits zum zweiten Mal erschienene Zusammenstellung von ausgewählten Ergebnissen aus den Schul-, Hochschul-, Finanz- und Personalstatistiken mit dem Titel „Bildung im Zahlenspiegel“ dürfte für viele mit der Bildungsplanung befaßte Stellen eine gute Orientierungs- und Entscheidungsgrundlage sein. Die einmalige Veröffentlichung „Personal im Bildungswesen“ und die neue jährliche Publikation über die „Berufliche Aus- und Fortbildung“ bringen tiefer gegliederte Angaben für einige Teilbereiche.

Nachdem sich der seit 1969 jährlich erscheinende „Zahlenkompaß“ sehr gut eingeführt hat, sind weitere Kurzbroschüren in das Veröffentlichungsprogramm aufgenommen worden. Neben der Broschüre „Zahlen, die zählen“ mit Volkszählungsergebnissen sind die Broschüren „Haushaltsgeld — woher, wohin?“ mit Ergebnissen aus den Wirtschaftsrechnungen der privaten Haushalte sowie „Im Blickpunkt: Der Mensch“ mit Zahlen über das Leben der Menschen in der Bundesrepublik zu nennen. Eine Broschüre mit Daten über kleinere und mittlere Betriebe der gewerblichen Wirtschaft ist zur Zeit in Vorbereitung.

Unter den Veröffentlichungen, die sich mit der Organisation und den Aufgaben der amtlichen Statistik beschäftigen, ist die Neuausgabe 1976 des Bandes über „Das Arbeitsgebiet der Bundesstatistik“ hervorzuheben, in dem der Katalog der Statistiken — entsprechend der Ausgestaltung des Arbeitsprogramms — grundlegende Erweiterungen bzw. Ergänzungen erfahren hat. Zusammen mit dem anlässlich des hundertjährigen Bestehens der zentralen amtlichen Statistik herausgegebenen historischen Überblick über die Entwicklung der amtlichen Statistik seit 1872 (im Band „Be-

völkerung und Wirtschaft 1872 bis 1972"), dem zur gleichen Zeit erschienenen Bericht über „Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben der amtlichen Statistik“, dem vorliegenden gedruckten Bericht für die 23. Tagung des Statistischen Beirats sowie einigen Broschüren zur Information von Besuchergruppen über die Tätigkeit des Amtes verfügt das Statistische Bundesamt nunmehr über recht vielfältiges, einander ergänzendes Material zur Darstellung seines Aufgabengebietes und seines Arbeitsprogramms.

Die Bemühungen um eine verbesserte Ausgestaltung der Veröffentlichungen haben vor allem zu der 1974 vorgenommenen Neugestaltung des „Statistischen Jahrbuchs“ geführt, dessen neues Gewand, verbunden mit zahlreichen inhaltlichen Verbesserungen, bei den Benutzern überwiegend positive Resonanz gefunden hat. Die Abkehr von dem seit Jahrzehnten unveränderten Einband, Format und Druckbild ist auch den auf Tradition bedachten Jahrbuch-Freunden durch die übersichtlichere Stoffanordnung, den erweiterten Informationsgehalt der Tabellen und das gefälligere Schriftbild leicht gemacht worden. Die bereits erwähnten Querschnittsveröffentlichungen wurden mit werbewirksamen Umschlägen ausgestattet. Bei den Kurzbroschüren gehört der optisch ansprechende äußere Eindruck ohnehin zur Breitenwirkung. Die meisten Fachserienpublikationen müssen sich allerdings aus Gründen der Aktualität und der Kostenersparnis mit einer Vervielfältigung der vom Schnelldrucker hergestellten Tabellen und mit einer nüchternen Aufmachung begnügen.

Durch die Einfügung zahlreicher neuer Statistiken (z. B. Bildungsstatistiken, Beschäftigtenstatistik, Agrarberichterstattung, Umweltstatistiken, Presse- und Filmstatistik) und die Neuordnung bisheriger Bereiche (z. B. Produzierendes Gewerbe, Mikrozensusserhebungen) muß das bestehende Veröffentlichungssystem ergänzt bzw. erweitert werden. Es ist notwendig, nicht nur die jeweiligen Kapitel in den Zusammenfassenden Veröffentlichungen entsprechend zu ändern, sondern auch das System der Fachserien zu revidieren, wobei allzu komplexe Serien und Reihen aufgelöst oder umgestellt werden sollen. Wegen der hiermit verbundenen vielfältigen Umstellungsarbeiten, die sich auch auf den Vertrieb auswirken, ist allerdings nicht vor Anfang 1977 mit dem Inkrafttreten dieser Neugliederung zu rechnen.

3 Sonstige allgemeine Aufgaben im Rahmen der Amtsarbeit

3.1 Stand der Rechtsgrundlagen

Wie alljährlich, wird im folgenden ein Überblick über die seit der letzten Beiratstagung verkündeten sowie in parlamentarischer oder vorparlamentarischer Beratung befindlichen Rechtsgrundlagen für Bundesstatistiken bzw. Statistiken der Europäischen Gemeinschaften (EG) gegeben. Die Zusammenstellung schließt an die für die 22. Tagung des Statistischen Beirats versandte Aufstellung an und umfaßt den Zeitraum von Anfang April 1975 bis Ende März 1976. Eine Aufstellung aller seit Herausgabe des letzten gedruckten Beiratsberichts für die 19. Tagung des Statistischen Beirats am 12. und 13. Mai 1971 verkündeten Rechtsgrundlagen ist diesem Beiratsbericht als Anlage beigelegt.

Im Berichtszeitraum wurden insgesamt 12 Rechtsgrundlagen für Bundesstatistiken bzw. Statistiken der Europäischen Gemeinschaften (EG) verkündet. Dabei handelt es sich um 4 Gesetze, 3 Verordnungen, 3 EG-Verordnungen und 2 EG-Entscheidungen. Die einzelnen Rechtsgrundlagen sind im folgenden nach laufenden Statistiken und einmaligen oder in größeren Zeitabständen durchgeführten Statistiken unterteilt und in chronologischer Reihenfolge nach dem Datum ihrer Verkündung zusammengestellt.

Folgende Rechtsgrundlagen betreffen laufende Statistiken:

Gesetz über die Durchführung einer Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens (Mikrozensus) vom 15. Juli 1975, BGBl. I S. 1909 (Fortführung der bisherigen Mikrozensusserhebungen und Anpassung der Periodizität und Erhebungsmerkmale an neue Anforderungen);

Gesetz über eine Schlachtungs- und Schlachtgewichtsstatistik vom 29. August 1975, BGBl. I S. 2305 (Anpassung der Statistiken an die Bestimmungen der EG und Zusammenfassung der bisherigen Rechtsgrundlagen);

Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe vom 6. November 1975 BGBl. I S. 2779 (Neuregelung der Statistik des Produzierenden Gewerbes in Angleichung an das EG-Recht, Vereinheitlichung und Weiterentwicklung der Statistiken für Industrie, Handwerk, Baugewerbe und Energie- und Wasserwirtschaft, jährliche Erhebungen über die Kostenstruktur, Zusammenfassung in einem Gesetz anstelle der bisherigen Einzelvorschriften);

Gesetz zur Förderung von Wohnungseigentum und Wohnbesitz im sozialen Wohnungsbau — § 32 Bewilligungsstatistik — vom 23. März 1976, BGBl. I S. 737 (Einfügung der bisher nach dem BauStatG vom 20. August 1960 — BGBl. I S. 704 — durchgeführten Bewilligungsstatistik);

Verordnung über die Ermittlung der Schlüsselzahlen für die Aufteilung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer für die Jahre 1975, 1976 und 1977 vom 20. Juni 1975, BGBl. I S. 1544;

Verordnung nach § 5 Abs. 3 Nr. 1 des Gesetzes über Umweltstatistiken (Abwasserschädlichkeitsverordnung) vom 10. Juli 1975, BGBl. I S. 1895 (Vorläufige Begriffsbestimmung der „Schädlichkeit des Abwassers“);

Verordnung über eine Düngemittelstatistik vom 28. Januar 1976, BGBl. I S. 236 (Unveränderte Fortführung der Erhebung für zunächst 1½ Jahre);

Verordnung (EWG) Nr. 1736/75 des Rates vom 24. Juni 1975 über die Statistik des Außenhandels der Gemeinschaft und des Handels zwischen ihren Mitgliedstaaten, Amtsbl. der EG Nr. L 183 S. 3 (Harmonisierung von Methoden und Begriffsbestimmungen sowie des Zeitplans der Aufbereitung);

Verordnung (EWG) Nr. 3065/75 des Rates vom 24. November 1975 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1445/72 über das Warenverzeichnis des Außenhandels der Gemeinschaft und des Handels zwischen ihren Mitgliedstaaten (NIMEXE), Amtsbl. der EG Nr. L 307 S. 1 (Unmittelbare Anwendung der NIMEXE für die ursprünglichen Mitgliedstaaten der EG ab 1. Januar 1976);

Entscheidung der Kommission vom 2. Oktober 1975 über die Festlegung der Definitionen für den Merkmalskatalog und die Liste der landwirtschaftlichen Erzeugnisse für eine Strukturerhebung 1975 im Rahmen eines Erhebungsprogramms über die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe (75/682/EWG), Amtsbl. der EG Nr. L 301 S. 8;

Entscheidung der Kommission vom 2. Oktober 1975 über die Festlegung des einheitlichen Kodes und der Durchführungsbestimmungen betreffend die Übertragung auf Magnetbänder der Angaben der Strukturerhebung 1975 (75/623/EWG), Amtsbl. der EG Nr. L 275.

Daneben erging als Rechtsgrundlage für einmalige oder in größeren Zeitabständen durchzuführende Statistiken:

Verordnung (EWG) Nr. 1103/75 des Rates vom 28. April 1975 über die Durchführung einer Erhebung über die Verdienste der ständig in der Landwirtschaft beschäftigten Arbeiter, Amtsbl. der EG Nr. L 110 S. 2 (Wiederholung der mit Verordnung (EWG) Nr. 677/74 des Rates im Jahre 1974 durchgeführten Stichprobenerhebung).

Verabschiedet, aber noch nicht verkündet, sind folgende Rechtsgrundlagen:

Drittes Gesetz zur Änderung des Außenwirtschaftsgesetzes (Einfügung von Meldevorschriften über bestimmte Rechtsgeschäfte oder Handlungen im Außenwirtschaftsverkehr);

Allgemeine Verwaltungsvorschriften zum Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG Vwv) (Verwaltungsvorschriften zu § 55 Statistik).

Dem Bundestag bzw. Bundesrat liegen folgende Entwürfe von Rechtsgrundlagen vor:

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Statistiken der Rohstoff- und Produktionswirtschaft einzelner Wirtschaftszweige (Einschränkung der Fachstatistiken in der Textil- und Lederwirtschaft im Rahmen der Rationalisierungsbestrebungen von Bund und Ländern);

Berufsbildungsgesetz (BBiG) — §§ 75 bis 84 Berufsbildungsstatistik — (Regierungsvorlage über Erhebungen für Planungs- und Ordnungszwecke im Bereich der beruflichen Bildung);

Gesetz zur Änderung des Berufsbildungsgesetzes — §§ 72a bis 72d Berufsbildungsstatistik — (Vorlage der Fraktionen der CDU/CSU über Erhebungen für die Weiterentwicklung der beruflichen Bildung);

Gesetz zur Änderung des Berufsbildungsgesetzes — §§ 72a bis 72d Berufsbildungsstatistik — (Gesetzesantrag der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein, dessen Bestimmungen über die Berufsbildungsstatistik mit denen der Vorlage der Fraktionen der CDU/CSU übereinstimmen);

Fünfzehntes Strafrechtsänderungsgesetz — Art. 3 — (Änderung der mit dem Fünften Gesetz zur Reform des Strafrechts angeordneten Statistik der Schwangerschaftsabbrüche);

Gesetz zur Änderung von Gesetzen über Statistiken für Bundeszwecke (Vorlage des Landes Baden-Württemberg zur Einschränkung der Bundesstatistik).

Folgende Entwürfe von Verordnungen und Richtlinien wurden dem Rat der Europäischen Gemeinschaften zur Beschlußfassung zugeleitet:

Verordnung (EWG) des Rates über die Erstellung gleichartiger Statistiken über die ausländischen Arbeitskräfte (Statistik über die Zu- und Abwanderung ausländischer Arbeitskräfte);

Verordnung (EWG) des Rates über die Erzeugung von und den Verkehr mit Bruteiern und Küken von Hausgeflügel (Neufassung der gleichlautenden Verordnung (EWG) von 1972, die die bestehende Statistik (Art. 9 u. 10) nicht berührt);

Verordnung (EWG) des Rates zur Durchführung einer Erhebung über die Verdienste der ständig in der Landwirtschaft beschäftigten Arbeiter (Wiederholung der 1974 und 1975 durchgeführten Erhebung im Jahre 1976);

Verordnung (EWG) des Rates über das gemeinschaftliche Versandverfahren — Abschnitt VII „Statistische Vorschriften“ — (Neufassung der gleichlautenden Verordnung (EWG) von 1969 wegen vorangegangener mehrfacher Änderungen);

Richtlinie des Rates zur Erfassung der innerstaatlichen Straßengütertransporte im Rahmen einer regional gegliederten Transportstatistik (Stichprobenerhebung über den innerstaatlichen Straßengüterverkehr);

Richtlinie des Rates zur Erfassung des grenzüberschreitenden Straßengüterverkehrs im Rahmen einer Regionalstatistik (Neuregelung und Vereinfachung des statistischen Verfahrens unter Aufhebung der Richtlinie 69/467/EWG vom 8. Dezember 1969);

Richtlinie des Rates zur Durchführung koordinierter Konjunkturstatistiken im Baugewerbe (Monatliche und vierteljährliche Erhebungen für die Konjunktur- und Wirtschaftsbeobachtung im Baugewerbe).

In vorparlamentarischer Beratung befinden sich folgende Gesetzentwürfe:

Zweites Gesetz über die Durchführung von Statistiken der Bautätigkeit und die Fortschreibung des Bestandes an Gebäuden mit Wohnraum — 2. BauStatG — (Weiterentwicklung der laufenden Erhebungen über die Bautätigkeit im Hochbau — Hochbaustatistik — und über die Vergabe von öffentlichen Aufträgen im Tiefbau — Tiefbaustatistik);

Gesetz über die Statistik der Seeschifffahrt (Novellierung des Gesetzes vom 26. Juli 1957, BGBl. I S. 739, zur Anpassung an die heutigen Gegebenheiten);

- Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Bodennutzungs- und Ernterhebung (Novellierung zur Anpassung an die Rechtsvorschriften der EG und die bei der Durchführung des Gesetzes gewonnenen Erfahrungen);
- Drittes Gesetz zur Änderung des Bundesseuchengesetzes — § 5a Bundesstatistik — (Schaffung einer neuen und eindeutigen Rechtsgrundlage für die schon heute durchgeführte Statistik);
- Gesetz über eine Statistik im Güterkraftverkehr (Wiederholung der im Jahre 1970 durchgeführten Stichprobe);
- Gesetz über Statistiken im Handel und Gastgewerbe (HGStatGes) (Novellierung des bestehenden Gesetzes zur Anpassung an die heutigen Gegebenheiten);
- Gesetz über die Fremdenverkehrsstatistik (Novellierung des bestehenden Gesetzes zur Anpassung an die heutigen Gegebenheiten);
- Verordnung über die Durchführung der Fleischbeschau- und Geflügelfleischhygienestatistik (Fleischhygiene-Statistik-Verordnung — FISTv) (Zusammenfassung der beiden bestehenden Statistiken in einer Verordnung);
- Verordnung zur Änderung der Verordnung zum Gesetz über die Luftfahrtstatistik (Ausschluß des Flughafens Berlin-Tempelhof aus dem Erhebungsbereich);
- Sechste Verordnung zur Durchführung der Interzonenhandelsverordnung — 6. Interzonenhandels-DVO — (Schaffung einer neuen Rechtsgrundlage für die Durchführung einer Statistik über den Warenverkehr mit der DDR).

3.2 Systematiken

Neue oder sich ändernde Anforderungen an die Statistik bedingen eine ständige Weiterentwicklung der Systematiken. In den letzten Jahren hat insbesondere der Bedarf der Verwaltung und Wirtschaft an international vergleichbaren Zahlen über Wirtschaftszweige, Produktion, Außenhandel, Verkehr, Verbrauch usw. einen steigenden Einfluß auf die Arbeiten an den Systematiken gehabt. Die Anforderungen sind teils auf die Einführung neuer, überwiegend jedoch auf die Anpassung vorhandener Systematiken an neue Entwicklungen und die verstärkte Koordinierung der Systematiken untereinander gerichtet.

Bei den Wirtschaftszweigsystematiken, die der Einordnung von Unternehmen, Betrieben usw. nach der überwiegenden wirtschaftlichen Tätigkeit dienen, ist vor einigen Jahren mit einer umfassenden Revision der „Systematik der Wirtschaftszweige“ (WZ) begonnen worden. Durch die Revision wird u. a. angestrebt, die 1961 herausgegebene WZ — die für das Zählungswerk 1970 durch den „Nachtrag 1970“ bereits in einigen Teilen geändert wurde — an entsprechende Systematiken im Bereich der Europäischen Gemeinschaften und der Vereinten Nationen anzugleichen. Es sind dies die 1970 veröffentlichte „Allgemeine Systematik der Wirtschaftszweige in den Europäischen Gemeinschaften“ (NACE)¹⁾ und die 1968 erschienene 2. revidierte Fassung der „Internationalen Systematik der Wirtschaftszweige“ (ISIC bzw. CITI)²⁾.

¹⁾ NACE = Nomenclature générale des activités économiques dans les Communautés Européennes. — ²⁾ ISIC = International Standard Industrial Classification of All Economic Activities. — CITI = Classification internationale type, par industrie, de toutes les branches d'activité économique.

Über die Grundsätze, nach denen die Revision der WZ vorgenommen werden soll, ist im Fachausschuß „Systematiken“ im November 1972 Einvernehmen erzielt worden. Die Obergliederung nach den großen Sektoren der Volkswirtschaft (Unternehmen, Organisationen ohne Erwerbscharakter, Gebietskörperschaften und Sozialversicherung), die von der Stellung auf dem Markt ausgeht, soll beibehalten und nicht zugunsten einer durchgehenden Gliederung nach der wirtschaftlichen Tätigkeit aufgegeben werden. Beibehalten wird auch die Struktur der WZ auf der Ebene der Ein- und Zweisteller und damit das Gewicht, das den Dienstleistungsbereichen (Abteilungen 6 bis 9) in der WZ im Vergleich zu NACE und ISIC zugewiesen ist. Die Anpassung an die NACE wird auf der Ebene der Drei- und Viersteller vorgenommen; auf der Ebene der Fünfsteller soll die bisherige Informationstiefe der WZ erhalten bleiben.

Die Revision der WZ ist für den Bereich des Produzierenden Gewerbes wegen der Neuordnung der Statistiken für diesen Bereich vorgezogen worden und inzwischen abgeschlossen. Die revidierte Fassung für diesen Teil der WZ ist — nach langwierigen, schwierigen Verhandlungen über einzelne, teilweise recht einschneidende Änderungen in der Abgrenzung und Zuordnung einzelner Wirtschaftszweige (z. B. Fertigteilbau, Schienenfahrzeugbau, Reparaturen von Gebrauchsgütern) sowie in deren Gliederung (z. B. Eisenschaffende Industrie, Maschinenbau, Elektrotechnik, Textilgewerbe) — im Juni 1975 vom Fachausschuß „Systematiken“ abschließend beraten worden.

Von den übrigen Bereichen der WZ wurde als nächster die Abteilung „Handel“ bearbeitet; die abschließende Beratung im Fachausschuß „Systematiken“ fand Anfang März 1976 statt. Für die Abteilungen „Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und Freien Berufen erbracht“ und „Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe“ dauern die Beratungen zur Zeit noch an. Bei den restlichen Abteilungen (Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei; Verkehr und Nachrichtenübermittlung; Organisationen ohne Erwerbscharakter und private Haushalte; Gebietskörperschaften und Sozialversicherung) sind nur kleine Änderungen und notwendige Anpassungen an die inzwischen erfolgte Entwicklung beabsichtigt. Diese Bereiche sollen in umfassender Weise erst bei der nächsten Revision (vermutlich Mitte der achtziger Jahre) überarbeitet und der dann inzwischen ebenfalls revidierten NACE angepaßt werden (für diese Bereiche der NACE fehlen zur Zeit noch Erfahrungen über ihre Anwendbarkeit). Wenn es gelingt, die Beratungen über die Revision für die noch ausstehenden Bereiche bis Ende 1976 abzuschließen, ist damit zu rechnen, daß die revidierte WZ „mit Erläuterungen“ etwa Anfang 1978 ausgeliefert werden kann. Im Anschluß daran werden so bald wie möglich die revidierte Fassung der WZ mit Betriebs- u. ä. Benennungen sowie das „Alphabetische Verzeichnis der Betriebs- u. ä. Benennungen“ veröffentlicht werden.

Von der revidierten Fassung der WZ für den Bereich des Produzierenden Gewerbes ist eine Fassung für die Statistik im Produzierenden Gewerbe (SYPRO) abgeleitet worden. Die SYPRO hat ein eigenes Nummernsystem, das dem des bisherigen Industrierichts und des Warenverzeichnisses für die Industriestatistik folgt. Sie wird ab 1976 in den aufgrund des Gesetzes über die Statistik im Produzierenden Gewerbe vom 6. November 1975 durchzuführenden Statistiken angewendet. Die in den letzten Jahren aus der WZ abgeleitete „Fassung für Umweltstatistiken“ (SYUM) und die vom Statistischen Bundesamt für das Bundesministerium für Forschung und Technologie entwickelte Fassung für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben der

Bundesregierung enthalten bereits die SYPRO bzw. die revidierte WZ im Bereich des Produzierenden Gewerbes. Die Veröffentlichung der revidierten Fassung der WZ für das Produzierende Gewerbe mit Erläuterungen wird zur Zeit vorbereitet. Diese Ausgabe wird auch eine Gegenüberstellung der revidierten WZ zur WZ 1970 und zur NACE sowie die SYPRO enthalten.

Im Benehmen mit dem Statistischen Bundesamt hat die Bundesanstalt für Arbeit (BA) ein Verzeichnis der Wirtschaftszweige für die Statistik der Bundesanstalt für Arbeit (WS) entwickelt, das von der Ausgabe 1970 der WZ abgeleitet ist. Es ist für die neue Beschäftigtenstatistik der BA bestimmt, die von dieser im Datenverbund mit den Trägern der Sozialversicherung aufgebaut worden ist. Das Verzeichnis ist auf die speziellen Informationsbedürfnisse der Arbeitsmarktstatistik abgestellt und gewährleistet trotz seines eigenen — von der WZ abweichenden — Nummernsystems eine Vergleichbarkeit mit anderen amtlichen Statistiken in wirtschaftsfachlicher Gliederung nach der WZ 1970.

Die für die Aufstellung von Input-Output-Tabellen im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen entwickelte Systematik der Produktionsbereiche (SIO) wurde seit 1970 wiederholt den geänderten Anforderungen und außerdem jährlich den geänderten Warenverzeichnissen angepaßt. Die SIO ist von der Systematik der Wirtschaftszweige 1970 abgeleitet. Die Produktionsbereiche werden — insbesondere für den Zweck der tief gegliederten Materialsammlung und -auswertung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen — in den Sechststellern der SIO durch Angabe der dort erzeugten Waren und Dienstleistungen erläutert, bei der zuletzt erschienenen Ausgabe 1975 z. B. im Bereich des Produzierenden Gewerbes durch Positionen der Ausgabe 1975 des Warenverzeichnisses für die Industriestatistik und des Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik.

Bei den Warensystematiken ist die Ausgabe 1975 des systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik (WI) fertiggestellt worden. Obwohl sein Aufbau weitgehend der bisherigen Gliederung entspricht, ist das Verzeichnis in wesentlichen Teilen modernisiert, d. h. neuen Techniken und wirtschaftlichen Entwicklungen sowie auch der revidierten WZ im Bereich des Produzierenden Gewerbes angepaßt worden. Hierzu zählen insbesondere die neugebildeten Warengruppen „Spalt- und Brutstoffe“, „Fertigteilbauten im Hochbau“, „Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser“. Eine Anpassung an das Nummernsystem der WZ war noch nicht möglich, u. a. weil sich die Zahl der Stellen der Meldenummern dadurch von jetzt 6 Stellen auf mindestens 7 (wahrscheinlich 8) Stellen erhöht hätte und hierfür eine längere Vorbereitungszeit — auch bei den Berichtsfirmen — erforderlich gewesen wäre. Der alphabetisch gegliederte Teil der Ausgabe 1975 des Warenverzeichnisses für die Industriestatistik steht kurz vor der Auslieferung; er ist gegenüber der Ausgabe 1970 gründlich überarbeitet und auf ca. 25 000 Stichworte erweitert worden.

Die in der Reihe der Kommentare zu einzelnen Warengruppen des WI seit längerem geplante erstmalige Herausgabe des recht umfangreichen Kommentars für die Warengruppe „Maschinenbauerzeugnisse“ mußte wegen anderer dringender Arbeiten mehrmals verschoben werden; sie ist nunmehr für das Jahr 1976 vorgesehen. Als nächstes sind Neuauflagen der Kommentare für die Warengruppen „Elektrotechnische Erzeugnisse“ und „Chemische Erzeugnisse“ beabsichtigt.

Für das vom SAEG seit längerer Zeit vorbereitete „Gemeinsame Verzeichnis der industriellen Produktion“ (NIPRO)³⁾ ist die Veröffentlichung einer vorläufigen Fassung angekündigt. Die NIPRO basiert auf der NACE und wird nach produktionswirtschaftlichen Gesichtspunkten gegliedert. Die einzelnen Positionen der NIPRO sollen — soweit möglich — so abgegrenzt sein, daß ein guter Vergleich mit korrespondierenden Positionen der „Harmonisierten Nomenklatur für die Außenhandelsstatistik der EG-Länder“ (NIMEXE)⁴⁾ sichergestellt ist. Obgleich sich das Fehlen der NIPRO bereits häufig nachteilig bei der Beschreibung der Inhalte von NACE- und NACE/CLIO-Positionen bemerkbar gemacht hat, erscheint die Veröffentlichung einer vorläufigen Fassung nicht unproblematisch, da verschiedene Grundsatzfragen (z. B. der Nachweis der Waren an einer oder mehreren Stellen) bisher nicht diskutiert oder gar gelöst sind. Das SAEG verbindet mit der Veröffentlichung die Hoffnung, auf dieser Grundlage eine bessere Abstimmung mit der NIMEXE vornehmen zu können und auch eine völlige Stimmigkeit zwischen NIPRO und NACE/CLIO zu erreichen; es will die provisorische Ausgabe der NIPRO später revidieren.

Entgegen den Vorstellungen des Statistischen Bundesamtes, daß die NIPRO außerdem — ähnlich wie das WI — als Rahmenverzeichnis die Grundlage für die Auswahl bestimmter Erzeugnisse in einer Warenliste für die im Aufbau befindliche harmonisierte Produktionsstatistik in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft bildet, erstellt das SAEG hierfür — ähnlich wie bei der vorhergehenden Liste der 380 Warenpositionen — eine pragmatische Warenliste. Bei dieser Warenliste wird vorrangig Wert auf Vergleichbarkeit mit der NIMEXE und mit dem zur Zeit beim Brüsseler Zollrat in der Entwicklung befindlichen Harmonisierten System für die Bezeichnung und Codierung der Waren im internationalen Handel gelegt; mit der NIPRO besteht nur ein sehr schwacher Zusammenhang.

An dem Warenverzeichnis für die Statistik des Außenhandels der Gemeinschaft und des Handels zwischen ihren Mitgliedstaaten (NIMEXE) selbst wurden die Arbeiten zur Weiterentwicklung fortgesetzt; die Anzahl der gemeinschaftlichen Positionen beträgt inzwischen rund 6700. Neben der erforderlichen Anpassung an den Gemeinsamen Zolltarif der Europäischen Gemeinschaften fanden vornehmlich Wünsche allgemeiner Bedeutung aus Verwaltung und Wirtschaft Berücksichtigung; außerdem wurde mit der Einarbeitung der 2. Revision der SITC begonnen. Im Februar 1972 erging eine Verordnung des Rates über die NIMEXE, die die Mitgliedstaaten zunächst nur dazu verpflichtete, ihre nationalen Warenverzeichnisse so zu gliedern, daß sie in die NIMEXE umgeschlüsselt werden konnten (wie dies seit 1966 bereits auf freiwilliger Grundlage geschah). Ihr folgte im November 1975 eine Verordnung des Rates zur Änderung der vorstehenden Verordnung; sie sieht u. a. vor, daß die Mitgliedstaaten ab 1978 die NIMEXE mit ihren Benennungen und ihren sechsstelligen Kennziffern unmittelbar anwenden. Es sind jedoch auch nach diesem Termin statistische Unterteilungen, die einzelstaatlichen Bedürfnissen dienen, möglich.

Für das Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (WA) bildet bereits seit 1975 die NIMEXE mit ihren Kennziffern die Grundlage. Über den Rahmen der NIMEXE hinausgehende nationale Unterteilungen sind durch Anfügen einer 7. Stelle an die Kennziffer der NIMEXE verschlüsselt worden. Anlaß für diese Umstel-

³⁾ NIPRO = Nomenclature industrielle des produits. — ⁴⁾ NIMEXE = Nomenclature harmonisée pour les statistiques du commerce extérieur des pays de la CEE.

lung war die Einführung des neuen Deutschen Gebrauchs-Zolltarifs 1975 (GZT), in dem alle für die Zollabfertigung wichtigen Verzeichnisse — darunter auch das Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik — zu einer Nomenklatur zusammengefaßt wurden. Die Änderungen des GZT zum 1. Januar 1976 und die Weiterentwicklung der NIMEXE im Jahre 1975 machten zum Januar 1976 wieder einen Neudruck des Warenverzeichnisses erforderlich.

Die 2. Revision der Standard International Trade Classification (SITC) der Vereinten Nationen wurde inzwischen verabschiedet. Gemäß Beschluß des Rates vom Dezember 1975 wird diese revidierte Fassung ab 1978 für die EG zur Anwendung kommen. Sie enthält rund 1900 Nummern (gegenüber rund 1300 Nummern der zur Zeit gültigen Fassung); eine deutsche Übersetzung ist in Arbeit.

An einem neuen internationalen Warenverzeichnis mit dem Titel Harmonisiertes System für die Bezeichnung und Codierung der Waren im internationalen Handel arbeitet der Brüsseler Zollrat seit 1973. Das Harmonisierte System soll sich nach den Vorstellungen des Brüsseler Zollrates zusammensetzen aus

- einem „Strukturierten Schema“ (sechstellig),
- einer Warenbeschreibungsliste (achtstellig),
- einem „Index“ (alphabetisches Warenverzeichnis),
- zusätzlichen Erläuterungen.

Die geplante sechstellige Verschlüsselung des Grundschemas würde in der NIMEXE zu achtestelligen Schlüsselnummern, in der Außenhandelsstatistik zu neunstelligen Warennummern und im Deutschen Gebrauchs-Zolltarif zu elfstelligen Codenummern führen. Eine derartige Entwicklung sollte nach Auffassung des Statistischen Bundesamtes aus sachlichen und kostenmäßigen Gründen abgelehnt werden. Bis Ende 1975 lagen die Entwürfe für mehr als 30 Kapitel des Brüsseler Zolltarifschemas vor.

Ein überarbeiteter zweiter Entwurf einer Internationalen Systematik aller Waren und Dienstleistungen (ICGS)^{*)} nach Herkunftsbereichen wurde vom Statistischen Amt der Vereinten Nationen zur Diskussion gestellt und im Februar 1975 erneut von einer Arbeitsgruppe der Konferenz Europäischer Statistiker bei der Europäischen Wirtschaftskommission (ECE) in Genf behandelt. Der zweite Entwurf weist eine bedeutende Weiterentwicklung gegenüber dem ersten Entwurf auf; er berücksichtigt weitgehend die Ergebnisse, zu denen die Arbeitsgruppe bei ihrer Sitzung im Mai 1971 gekommen war, insbesondere die Anwendung des Grundsatzes „Jede Ware nur an einer Stelle“. In den Bereichen des Handels und Verkehrs, der Lagerhaltung und der Vermietung ist in dem zweiten Entwurf auf eine eigene Untergliederung verzichtet worden; es werden hier die Sechs- und Achsteller aus dem Produktionsbereich mit einem Buchstaben-Prefix benutzt. Dadurch wird der Anwendungsbereich der ICGS jedoch nach der Auffassung der Mehrheit der Sitzungsteilnehmer im wesentlichen auf den Nachweis von Warenströmen, für Input-Output-Tabellen u. ä., begrenzt; für statistische Erhebungen ist diese Gliederung zu detailliert. In einem dritten Entwurf soll deshalb insbesondere dieser Teil überarbeitet werden. Die ICGS basiert auf der Internationalen Systematik der Wirtschaftszweige (ISIC). Die vierstelligen Positionen der ISIC werden durch sechstellige Klassen und achtestellige Unterklassen unterteilt. Diese achtestelligen Positionen sind — soweit dies möglich ist — nach den fünfstelligen Positionen des Internationalen Warenverzeichnisses für

^{*)} ICGS = International Standard Classification of All Goods and Services.

den Außenhandel (SITC) abgegrenzt. Damit ist gleichzeitig eine Verbindung zum Brüsseler Zolltarif (BZT) hergestellt. Außerdem ist auf die Vergleichbarkeit mit einer Reihe weiterer internationaler Klassifikationen geachtet worden.

Die Arbeiten des Statistischen Bundesamtes an einem Warenverzeichnis für den Binnenhandel (WB), die insbesondere auf Anregung der Spitzenverbände des Handels — vor allem der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels — und im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Wirtschaft begonnen wurden, nähern sich dem Abschluß. Die Grundsätze, nach denen dieses Warenverzeichnis erstellt wird, sind im Frühjahr 1971 vom Fachausschuß „Systematiken“ beraten worden; in den folgenden Jahren wurde in mehreren größeren Besprechungen und zahlreichen Einzelgesprächen mit den jeweils zuständigen Fachverbänden über die Grobgliederung sowie die Abgrenzung und Untergliederung der Sortimentsbereiche beraten. Besondere Schwierigkeiten bereitete die Abgrenzung der jeweiligen Kern- und Randsortimente.

Der Anstoß für die Erstellung des WB ergab sich u. a. daraus, daß in zunehmendem Maße Artikel-Nummerungssysteme vom Groß- und Einzelhandel für den zwischenbetrieblichen Verkehr und die innerbetriebliche Abrechnung geplant oder für einzelne Branchen bereits benutzt wurden (z. B. ban-L = Bundeseinheitliche Artikelnummerierung für das Sortiment des Lebensmittelhandels), die sich gegenseitig überschneiden und weder untereinander noch mit amtlichen Systematiken koordiniert waren. Die Verwendung des Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik (WA), das sich als Handelssystematik zunächst auch für diesen Zweck anzubieten scheint, kommt aus verschiedenen Gründen nicht in Betracht. Hinzuweisen ist vor allem darauf, daß das WA sich in seiner Gliederung eng an den Zolltarif der Europäischen Gemeinschaften anlehnt, der wiederum auf dem Brüsseler Zolltarifschema aufbaut und deshalb in starkem Maße zolltechnischen Gesichtspunkten Rechnung trägt, während das Warenverzeichnis für den Binnenhandel — soweit das möglich ist — sortimentsorientiert sein soll. Ferner spielte bei den Überlegungen eine Rolle, daß die Warennummern des WA sechs Stellen (ab 1975 sieben Stellen) haben, während für den klassifizierenden Teil des WB für die Artikelnummerierung mehr als vier Stellen als unzumutbar für den Handel angesehen wurden. Das WB ist für alle Stufen des Handels (Großhandel, Handelsvermittlung, Einzelhandel) bestimmt. An die vier Stellen im klassifizierenden Teil des Warenverzeichnisses können für Zwecke der Artikelnummerierung die identifizierenden einzelnen Artikel-Nummerungssysteme angehängt werden. Es sei in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam gemacht, daß die Funktion des WB, zugleich eine Grundlage für einheitliche, mit der amtlichen Systematik harmonisierte Artikel-Nummerungssysteme zu bilden, entfallen würde, wenn sich die im Zusammenhang mit der Einführung von automatischen Kassiersystemen vorhandenen Bestrebungen für eine völlig merkmalslose Artikelnummerierung entsprechend dem amerikanischen UPC (Universal Product Code) durchsetzen sollten (zehnstellige Artikelnummer, von der die ersten fünf Stellen die Hersteller-Nummer enthalten, die zweiten fünf Stellen eine laufende Nummer für den Artikel, die vom Hersteller vergeben wird).

Für die Systematik der Bauwerke ist ein Entwurf für eine revidierte Fassung erarbeitet worden. Die revidierte Systematik der Bauwerke soll stärker als die derzeitige Ausgabe 1970 als Grundsystematik zur Vereinheitlichung der in den Bau- und Wohnungsstatistiken (Bautätigkeitsstatistiken, Bauberichterstattung, Gebäude- und Wohnungszählungen, Baupreisstatistiken) verwendeten Begriffe und Bauwerks-

gliederungen beitragen. Insbesondere soll sie als Signierschlüsselverzeichnis in den Bautätigkeitsstatistiken angewendet werden.

An weiteren Arbeiten auf dem Gebiet nationaler Warensystematiken ist die „Gegenüberstellung des WI mit dem WA“ zu erwähnen, die der SIO ähnlich ist, jedoch nicht von der WZ, sondern vom WI abgeleitet ist. Die Gegenüberstellung wurde für die Jahre 1970, 1972 und 1974 herausgegeben; ab 1974 soll diese Veröffentlichung jährlich erscheinen. Sie enthält rd. 2000 Positionen, in denen die sechsstelligen Meldenummern des in dem jeweiligen Jahr gültigen WI entsprechenden sechs- (bzw. sieben-)stelligen Warennummern des WA gegenübergestellt sind. In Verbindung mit den jeweiligen Produktions- und Außenhandelsdaten sowie den Bezügen aus und den Lieferungen in die DDR lassen sich auf dieser Grundlage Angaben über die Verfügbarkeit der nachgewiesenen Erzeugnisse ermitteln. Diese Gegenüberstellung wird zur Zeit noch unabhängig von der SIO aufgestellt. Eine Angleichung der beiden Verzeichnisse ist aus arbeitstechnischen Gründen vorgesehen, sobald dies ohne größere Störung der auf ihrer Grundlage ermittelten Zeitreihen möglich ist. Hinzuweisen ist ferner auf die mit Nummern des WI beschriebene Liste der Verbrauchsgüter und der Investitionsgüter, die bei Statistiken und Indizes mit entsprechenden Warengliederungen, in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und auch bei der Zuordnung von Wirtschaftszweigen zu sog. „Hauptgruppen“ (Verbrauchsgüterindustrien usw.) angewendet und zur Zeit auf das WI 1975 umgeschlüsselt wird. Sie ist im Laufe der Jahre verschiedentlich überarbeitet worden; im Zusammenhang mit der Zuordnung der SYPRO-Wirtschaftszweige zu den Hauptgruppen hat sich die Notwendigkeit für eine gründliche Revision dieser Listen ergeben. Die wegen anderer Arbeiten immer wieder verschobenen Vorarbeiten für eine Neufassung der Erzeugnisgliederung für die Land-, Forst-, Jagdwirtschaft und Fischerei haben nunmehr begonnen. Die Neufassung soll sich an eine entsprechende Erzeugnisgliederung anlehnen, die vom SAEG für diesen Bereich entwickelt worden ist. Auch die für längere Zeit unterbrochenen Arbeiten an einer Systematik des Material- und Wareneingangs im Produzierenden Gewerbe sollen in Kürze — auf der Basis des WI 1975 — wieder aufgenommen werden, damit diese Input-Systematik rechtzeitig für den nächsten Zensus im Produzierenden Gewerbe zur Verfügung steht.

Zu den Systematiken der öffentlichen Finanzwirtschaft ist zu berichten, daß mit der Revision des staatlichen Funktionenplanes, eines Teils der staatlichen Haushaltssystematik, im Jahre 1974 den veränderten Erfordernissen der Praxis Rechnung getragen wurde. Sie führte dazu, daß fast 100 Funktionen teilweise oder vollständig in ihrem Inhalt geändert wurden und auch die finanzstatistische Darstellung entsprechend angepaßt werden muß. Da sich die Umstellungsphase aufgrund von Doppelhaushalten in verschiedenen Ländern über die Jahre 1975, 1976 und 1977 erstrecken wird, ist die Finanzstatistik gezwungen, die Ergebnisse eines Teils der Berichtsstellen in den ersten beiden Jahren umzuschlüsseln. Aus Gründen der Praktikabilität wurde die Beibehaltung der bisher gültigen statistischen Darstellungsweise bis 1976 und die Umstellung auf eine dem neuen Funktionenplan angepaßte Präsentation im Jahre 1977 beschlossen. Schwerpunkte der Revision lagen vor allem bei den Aufgabenbereichen „Bildung, Wissenschaft und Forschung“, „Ernährung, Landwirtschaft und Forsten“ sowie „Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen“. Von der Berücksichtigung des Fragenkomplexes „Umweltschutz“ wurde in der Haushaltssystematik dagegen — u. a. wegen des Querschnittscharakters dieses Aufgabenbereichs — vorläufig abgesehen.

Bei den Berufssystematiken ist die Ausgabe 1975 der Klassifizierung der Berufe mit einem systematischen und einem alphabetischen Verzeichnis der Berufsbenennungen erschienen. Die Ausgabe 1975 ist eine — um rd. 2300 Berufsbenennungen — ergänzte und berichtigte Fassung der seit einiger Zeit vergriffenen Ausgabe 1970. Auf der Klassifizierung der Berufe beruht das von der Bundesanstalt für Arbeit herausgegebene „Schlüsselverzeichnis für die Angaben zur Tätigkeit in den Versicherungsnachweisen“, das gemäß der Verordnung über die Erfassung von Daten für die Träger der Sozialversicherung und für die Bundesanstalt für Arbeit (DEVO) vom 24. November 1972 bei der Verschlüsselung der Angaben zur Tätigkeit für die berufliche Gliederung in der neuen Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit anzuwenden ist. Die Klassifizierung der Berufe wird auch der aufgrund des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Finanzstatistik vom 12. Juli 1973 jährlich vorgesehenen Gliederung des Personals nach Gruppen von Berufen in der Personalstandstatistik des öffentlichen Dienstes zugrunde gelegt werden. Hierfür ist ein sog. Berufsgruppenkatalog mit derzeit 78 Positionen erstellt worden, dessen einzelne Positionen weitgehend Gliederungseinheiten der Klassifizierung der Berufe entsprechen und mit deren Nummern beschrieben werden. Da die Klassifizierung der Berufe mit dem Hauptgliederungsmerkmal „ausgeübte Tätigkeit“ den besoldungs- und laufbahnrechtlichen Besonderheiten des öffentlichen Dienstes nur in Teilbereichen Rechnung trägt, werden außerdem für möglichst alle Berufsgruppen des Katalogs zusätzliche Erläuterungen in Form von Definitionen mit Zuordnungs- und Abgrenzungshinweisen erarbeitet, die auf die Besonderheiten des öffentlichen Dienstes eingehen. Die seit 1973 jährlich vom Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (bis 1972 vom Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung) herausgegebene Veröffentlichung über die anerkannten Ausbildungsberufe enthält als Teil B ein unter Mitarbeit des Statistischen Bundesamtes erstelltes Verzeichnis der anerkannten oder als anerkannt geltenden Ausbildungsberufe, das nach der Klassifizierung der Berufe gegliedert ist.

Nach längeren Vorarbeiten in Referentenbesprechungen und Arbeitsgruppen legte das Statistische Bundesamt den Entwurf einer systematischen Gliederung von Fächergruppen und Studienbereichen vor. Die im Juni und Oktober 1974 vom Ausschuß für die Hochschulstatistik behandelte Gliederung wird in der amtlichen Hochschulstatistik zunächst für die Tabellenprogramme der Studenten-, Prüfungs- und (modifiziert) Hochschulfinanzstatistik übernommen. Die Gliederung soll in weiteren Bereichen eingeführt werden, sobald praktische Erfahrungen vorliegen, die unter Umständen noch Änderungen bedingen. Mit der Systematik wird angestrebt, alle nach Fächern gegliederten Tabellen der Hochschulstatistik durch sinnvolle Zusammenfassung zu größeren Einheiten übersichtlicher zu machen und — nach Vorbereitung entsprechender „Umsteigeschlüssel“ — alle amtlichen Hochschulstatistiken auf der Ebene der Studienbereiche oder der Fächergruppen zueinander in Beziehung zu setzen. Gegenwärtig ist ein Studiengangsschlüssel in Vorbereitung, durch den die oben genannte Gliederung nach Studienbereichen durch eine detaillierte Klassifikation von Studienfächern und Abschlußarten ergänzt wird. Dies ermöglicht eine Anpassung der Hochschulstatistiken an die Rechtslage aufgrund des Hochschulrahmengesetzes, der Hochschulgesetze der Länder und des Staatsvertrages über die Vergabe von Studienplätzen, nach denen die Zulassung zum Studium künftig für Studiengänge und nicht mehr für Fächer oder Fachbereiche erfolgt.

Unter dem Eindruck des ständig steigenden Bedarfs an international vergleichbaren Bildungsstatistiken hat die UNESCO im Jahre 1966 mit der Entwicklung einer Internationalen Standard-Klassifikation für das Bildungswesen (ISCED)⁶⁾ begonnen. Diese Klassifikation umfaßt alle Bildungsaktivitäten innerhalb und außerhalb des Schul- und Hochschulbereichs und trägt so auch dem heutigen Bildungskonzept des lebenslangen Lernens Rechnung. Im Anschluß an eine neunjährige Entwicklungsphase ist die ISCED im Herbst 1975 im Verlauf der 35. Internationalen Erziehungskonferenz in Genf von den UNESCO-Mitgliedsländern als grundlegendes Gliederungsschema für international vergleichbare Bildungsstatistiken angenommen worden. Die ISCED sieht vor, daß alle Bildungsaktivitäten nach Fachbereichen, Fachrichtungen und Bildungsstufen klassifiziert werden. Die (derzeit 9) Bildungsstufen entsprechen weitgehend der Gliederung des Bildungsgesamtplanes für die Bundesrepublik Deutschland, der von der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung erarbeitet worden ist.

Als weitere Personensystematik ist die Internationale Klassifikation der Krankheiten, Verletzungen und Todesursachen (ICD)⁷⁾ zu nennen, für deren 9. Revision die Vorarbeiten im Gange sind. Die deutsche Fassung wird diesmal nicht — wie bisher — vom Statistischen Bundesamt erstellt werden können, weil die Sondermittel, die für die früheren Fassungen zur Verfügung standen, für die 9. Revision nicht bewilligt worden sind und das Stammpersonal für die zusätzliche Aufgabe nicht ausreicht.

Bei den Regionalsystematiken ist auf das Alphabetische Gemeindeverzeichnis hinzuweisen. Die Verwaltungsgebietsreform in den Ländern hat den territorialen Zuschnitt der meisten kommunalen Gebietskörperschaften (Gemeinden, Kreise) des Bundesgebiets erheblich verändert. Diese Veränderungen führen dazu, daß die Schlüsselverzeichnisse relativ schnell veralten. Es soll deshalb, beginnend mit dem Stand 1. Januar 1975, jährlich in der Fachserie A, Reihe 1 unter dem Titel „Bevölkerung der Gemeinden“ ein alphabetisches Gemeindeverzeichnis veröffentlicht werden. Dieses enthält u. a. für alle Gemeinden des Bundesgebiets neben dem Gemeindegemeinschaftsschlüssel und der Postleitzahl Angaben über die Kreiszugehörigkeit sowie die Einwohnerzahl. Die erste Ausgabe dieser Veröffentlichung ist Mitte Januar 1976 erschienen.

3.3 Verbesserung der Arbeitsorganisation

Der Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung in der Statistik hat zu erheblichen Rationalisierungserfolgen geführt, wirft aber auch eine Reihe von Fragen der Zusammenarbeit zwischen Fachabteilungen und maschineller Aufbereitung sowie der Abstimmung zwischen Statistischem Bundesamt und Statistischen Landesämtern bzw. Landesrechenzentren und -datenzentralen auf. Aus der Erkenntnis heraus, daß die Zusammenarbeit auf diesem Gebiet weiter verbessert werden muß, hat die Amtsleiterkonferenz im März 1972 eine Arbeitsgruppe „Arbeitsorganisation“ eingesetzt, der die Aufgabe zugewiesen ist, Lösungen für organisatorische Fragen allgemeiner Art zu finden. In dieser Arbeitsgruppe sind das Statistische Bundesamt und fünf Statistische Landesämter vertreten.

Die Arbeitsgruppe hat für die folgenden Fragestellungen Lösungsvorschläge erarbeitet, die von der Amtsleiterkonferenz für verbindlich erklärt wurden:

⁶⁾ ISCED = International Standard Classification of Education. — ⁷⁾ ICD = International Statistical Classification of Diseases, Injuries and Causes of Death.

- Festlegung von Lieferterminen in den Arbeits- und Zeitplänen für die Aufbereitungsarbeiten in den Statistischen Landesämtern.

Während in früheren Arbeits- und Zeitplänen teilweise Termine genannt wurden, die zwar wünschenswert, aber nach den Ergebnissen von Ablaufuntersuchungen aus verschiedenen Gründen nicht erreichbar waren, werden nunmehr realistische Termine angesetzt, die aufgrund der Erfahrungen von den meisten Ämtern eingehalten werden können. Entsprechende Terminpläne wurden für 1975 und 1976 aufgestellt. Die Statistischen Landesämter haben zugesagt, diese neuen Termine einzuhalten.

- Meldesystem zur Unterrichtung über drohende Terminverzögerungen bei dezentralen Statistiken.

Die verspätete Bekanntgabe statistischer Ergebnisse kann nur verhindert oder auf ein erträgliches Maß abgebaut werden, wenn im Lauf der Erhebung und Aufbereitung sich abzeichnende Terminüberschreitungen so frühzeitig erkannt werden, daß Maßnahmen zur Abhilfe noch Erfolg versprechen. Zu diesem Zweck ist das von der Arbeitsgruppe erarbeitete „Meldesystem zur Unterrichtung über drohende Terminverzögerungen“ mit Beginn des Jahres 1976 eingeführt worden. Dieses Meldesystem ist zunächst auf bestimmte vierteljährliche, halbjährliche und jährliche Statistiken beschränkt. Darüber hinaus werden neue Statistiken und größere Umstellungsarbeiten einbezogen. Die Meldungen beziehen sich primär auf den Termin für die Lieferung der Länderergebnisse an das Statistische Bundesamt. Bei einigen Statistiken, die vom Belegeingang her erfahrungsgemäß besonders kritisch sind, werden auch die Termine der Beleganlieferung an die maschinelle Aufbereitung in das Meldesystem einbezogen. Bei neuen Statistiken oder bei größeren Umstellungen bereits laufender Statistiken sind auch Terminmeldungen für die Fertigstellung der Programme und die Fertigstellung der Spezifikationen für die Programme vorgesehen.

- Regeln zur einheitlichen Spezifizierung statistischer Tabellen.

Für die maschinelle Aufbereitung sind einheitliche und eindeutige Tabellenspezifikationen zwingend erforderlich. Dies ist um so wichtiger, als in mehreren Ländern die Programmierung in Landesrechenzentren durchgeführt wird, in denen spezielle statistische Fachkenntnisse von den Programmierern nicht erwartet werden können.

Um die Zusammenarbeit zwischen Fachabteilung und maschineller Aufbereitung auf diesem Gebiet zu verbessern, hat die Arbeitsgruppe Arbeitsorganisation Regeln für die einheitliche Spezifizierung von Tabellen erarbeitet. Da diese Regeln sowohl den Referenten und Hauptsachbearbeitern der Fachabteilungen als auch den Programmierern bekannt sein müssen, hat das Statistische Bundesamt einwöchige Kurse veranstaltet, die zuerst für Mitarbeiter im eigenen Hause, später auch für Statistische Landesämter, durchgeführt wurden. Auch in Zukunft sollen regelmäßig Kurse stattfinden.

- Datenflußpläne zur Darstellung von Arbeitsabläufen.

Da die verbale Beschreibung von Arbeitsabläufen recht umständlich ist, hat die Arbeitsgruppe einheitliche Richtlinien zur Darstellung von Arbeitsabläufen mit normierten Datenflußplänen (aufgrund der DIN-Vorschriften 44300 und 66001) — wie sie im maschinellen Bereich bereits eingeführt sind — auch für den manu-

ellen Aufbereitungsbereich entwickelt. Die Amtsleiter haben diesem Vorschlag zugestimmt.

- Schema zur Gesamtplanung und Durchführung von Bundesstatistiken bei dezentraler Aufbereitung.

Als Hilfsmittel für die Gesamtplanung und Durchführung von Bundesstatistiken bei dezentraler Aufbereitung und Einschaltung der EDV ist von der Arbeitsgruppe Arbeitsorganisation ein Schema erarbeitet und den Statistischen Landesämtern zur Verfügung gestellt worden. Das Schema dient u. a. als Grundlage für die Aufstellung von Ablauf- und Zeitplänen sowie für die Koordinierung der Zusammenarbeit zwischen Programmplanung, Ablaufplanung und Fachabteilung einerseits und Statistischem Bundesamt und Statistischen Landesämtern andererseits in allen Arbeitsphasen.

- Graphische Darstellung von Zeitplänen für die Vorbereitung und Durchführung von Statistiken.

Graphische Darstellungen von Zeitplänen, wie sie sich für die Planung und Vorbereitung von Statistiken als nützlich erwiesen haben, wichen bisher in der Art und Weise der Darstellung oft erheblich voneinander ab. Auf Vorschlag der Arbeitsgruppe wurden deshalb Richtlinien für die einheitliche Aufstellung solcher Pläne herausgegeben. Künftig sollen vor allem in übersichtlicher Form die zeitliche Aufeinanderfolge, die Dauer der Bearbeitungsphasen sowie ihre Abhängigkeit voneinander und die Zuständigkeiten für die einzelnen Phasen aufgezeigt werden.

Die Arbeitsgruppe Arbeitsorganisation beschäftigt sich darüber hinaus mit weiteren Fragen, wie z. B. einem einheitlichen Nummerungssystem für Statistiken, den Aufbewahrungsfristen für statistisches Material und der Spezifizierung von Plausibilitätskontrollen.

Auch zur Verbesserung der Arbeitsorganisation im eigenen Hause hat das Statistische Bundesamt große Anstrengungen unternommen. So finden u. a. Organisations- und Arbeitsablaufuntersuchungen statt. Da diese Arbeiten je nach Größe der Organisationseinheit erhebliche Zeit in Anspruch nehmen, ließ die personelle Ausstattung des Statistischen Bundesamtes ständige Untersuchungen dieser Art bei allen Organisationseinheiten bisher nicht zu. Die Organisations- und Ablaufuntersuchungen mußten sich daher notgedrungen auf aktuelle Anlässe (Personalanforderung oder Terminverzögerung) beschränken.

Laufend werden dagegen im Statistischen Bundesamt Arbeitsplatzüberprüfungen durchgeführt. Wegen der knappen Personalausstattung müssen allerdings auch sie auf personalwirtschaftlich wichtige Gruppen von Arbeitsplätzen und die Neubetzung von Arbeitsplätzen beschränkt werden. Sie tragen wesentlich dazu bei, die Arbeitsorganisation in den Organisationseinheiten zu straffen und den Maßstab für die Anforderungen an die Arbeitsplatzzinhaber zu vereinheitlichen.

Auch auf dem Gebiet der Programmierung ist ständig an Verbesserungen gearbeitet worden. Durch die Verwendung von standardisierten Unterplänen, von selbstgefertigten Standardlösungen für bestimmte Arbeitsprozesse und anderen allgemeinen Lösungen konnten bestimmte Bereiche der Programmierarbeit erheblich vereinfacht werden. Auf diesem Wege ist es gelungen, die Effizienz des vorhandenen Personals zu verbessern und so erhebliche Produktivitätssteigerungen in der Programmierung zu erzielen.

3.4 Beirats- und Fachausschußarbeit

Seit Erscheinen des letzten Berichts „Die Arbeiten des Statistischen Bundesamtes“ anlässlich der 19. Tagung des Statistischen Beirats im Jahre 1971 ist über die Tätigkeit der Beiratsgremien in besonderen Besprechungsunterlagen berichtet worden, die jeweils den Zeitraum zwischen zwei Tagungen des Beirats behandelten. Die nachstehenden Ausführungen über die Beirats- und Fachausschußarbeit schließen an die für die 22. Tagung des Statistischen Beirats im Mai 1975 versandte Besprechungsunterlage an und beziehen sich auf den Zeitraum Anfang März 1975 bis Ende Februar 1976.

In dieser Zeit hielten der Statistische Beirat, die Amtsleiterkonferenz, die Fachausschüsse, Ausschüsse und Arbeitskreise insgesamt 30 Tagungen mit 44 Sitzungstagen ab. Hinsichtlich Zahl und Dauer der Tagungen entspricht das einem Rückgang um etwa ein Drittel gegenüber den beiden Vorjahren. Ebenfalls ein Rückgang, wenn auch bei weitem nicht in diesem Ausmaß, war bei den Referentenbesprechungen zu verzeichnen. Insgesamt fanden im Berichtszeitraum 39 Referentenbesprechungen mit 61 Sitzungstagen statt.

Die Gründe für diese bemerkenswerte Entwicklung sind in erster Linie in der Einstellung der Arbeiten an einigen größeren Projekten, wie der ursprünglich für 1974 vorgesehenen Statistik des Personenverkehrs und der Kraftfahrzeugfahrleistungen und der für 1975 geplanten Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung, zu suchen. Ferner kamen die Vorbereitungsarbeiten an einigen neuen Vorhaben, wie z. B. der Agrarberichterstattung und den Umweltstatistiken, zu einem gewissen Abschluß. Die Beiratsgremien befaßten sich im abgelaufenen Berichtsjahr wieder mit einer Fülle von Fragen aus dem Arbeitsgebiet der gesamten Statistik. Besondere Aufmerksamkeit wurde — im Zusammenhang mit der gesetzlichen Neuregelung — u. a. den Arbeiten an den Statistiken im Produzierenden Gewerbe und den Mikrozensususerhebungen geschenkt. Breiten Raum nahmen auch in diesem Jahr wieder die Bemühungen um Straffung und Rationalisierung des Arbeitsprogramms der amtlichen Statistik ein.

**Tagungen beim Statistischen Bundesamt
in der Zeit von Anfang März 1975 bis Ende Februar 1976**

Bezeichnung	Anzahl der		Wichtigste Besprechungspunkte
	Tagungen	Sitzungstage	
Statistischer Beirat	1	1	22. Tagung Besonderes Thema: Das Gesamtsystem der Erwerbstätigkeitsstatistik. Weitere ausgewählte Arbeiten im Rahmen der Amtsarbeit: Überblick über die eingeleiteten Maßnahmen zur Straffung des Arbeitsprogramms der amtlichen Statistik; Umstellung der Preis- und Mengenindizes auf ein neues Basisjahr; Verzögerungen bei der Bereitstellung kurzfristiger Konjunkturindikatoren.
Arbeitskreis Auslandsstatistik	1	1	Bericht über die im abgelaufenen Jahr geleisteten Arbeiten, Diskussion über die Schwerpunkte der künftigen Berichterstattung, die bei Entwicklungsländern und Ländern des sozialistisch-kommunistischen Bereichs liegen sollen.

Bezeichnung	Anzahl der		Wichtigste Besprechungspunkte
	Tagungen	Sitzungstage	
Arbeitskreis für maschinelle Aufbereitung	3	6	Arbeits- und Zeitpläne für die maschinellen Aufbereitungsarbeiten in den Statistischen Landesämtern; Vergabe von Programmierarbeiten; Grundsatzzfragen der Verbundprogrammierung; aufbereitungs- und ablauftechnische Fragen einzelner Statistiken.
Amtsleiterkonferenz	2	3	<p>Straffung und Rationalisierung der amtlichen Statistik, Arbeiten des Abteilungsleiterausschusses Statistik, insbesondere Bestandsaufnahme der bestehenden Statistiken und Ermittlung der Kosten bei Bund und Ländern.</p> <p>Einführung des neuen Erhebungssystems bei den Statistiken im Produzierenden Gewerbe; Anlaufen der Umweltstatistiken; Aktualisierung der Schul- und Hochschulstatistik; Probleme der angestrebten Berufsbildungsstatistik; Vorbereitung einer 5. koordinierten Bevölkerungsvorausschätzung; Auswirkungen der Automation im Einwohnerwesen auf die Bevölkerungsstatistik.</p> <p>Einführung eines Meldesystems zur Unterrichtung über drohende Terminverzögerungen bei dezentralen Statistiken; Anwendung einheitlicher Regeln bei der Spezifizierung statistischer Tabellen.</p>
Fachausschuß Systematiken	1	1	Revision der Systematik der Wirtschaftszweige, u. a. zum Zwecke der Anpassung an die „Allgemeine Systematik der Wirtschaftszweige in den Europäischen Gemeinschaften (NACE)“; Verabschiedung der revidierten Fassung der Abteilungen 1—3 (Produzierendes Gewerbe); Unterrichtung über den Stand der Arbeiten am Warenverzeichnis für den Binnenhandel.
Fachausschuß Regionalstatistik	1	1	Konkretisierung der Anforderungen an die Regionalstatistik; Fragen der regionalen Gliederung statistischer Informationen; Bericht über die Entwicklung ausgewählter Projekte zur Verbesserung der Datengewinnung und -darbietung.
Fachausschuß Finanz- und Steuerstatistik	1	2	Behandlung kaufmännisch buchender Berichtsstellen in der Finanzstatistik, Ersatz der Haushaltsansatzstatistik durch die Finanzplanungsstatistik, Einzelfragen der Vierteljahresstatistik; Einzelfragen zur Versorgungsempfängerstatistik, Personalwechsel- und Personalstandstatistik 1975 und 1976, Fragen der beruflichen Gliederung in der Personalstandstatistik; Erhebungsprogramm der Schuldenstatistik; Aktualisierung der Insolvenzstatistik; Programm, Verfahrensfragen und Zeitplan der Modellrechnungen zum Gemeindefinanzreformgesetz; Wahrung des Steuergeheimnisses.
Arbeitskreis Methodik und Systematik der Finanzstatistik	1	1	Probleme der Einbeziehung kaufmännisch buchender Berichtsstellen in die Finanzstatistik; Möglichkeiten und Konsequenzen einer Einstellung der Haushaltsansatzstatistik und ihres Ersatzes durch die Finanzplanungsstatistik; methodische, erhebungs- und aufbereitungstechnische Fragen der Kommunal- und Staatsfinanzstatistik.

Bezeichnung	Anzahl der		Wichtigste Besprechungspunkte
	Tagungen	Sitzungstage	
Fachausschuß Landwirtschaftsstatistik	1	1	Fragen des Arbeitsablaufs und der Veröffentlichung der Ergebnisse der Agrarberichterstattung 1975 und der EG-Strukturerhebung 1975; Programm der Agrarberichterstattung und der EG-Strukturerhebung 1977; erste Überlegungen zum Programm der Landwirtschaftszählung 1979; Konsequenzen aus der Zurückstellung der Novellierung des Bodennutzungsgesetzes.
Arbeitskreis Verfahrensfragen der Erntestatistik	1	2	Verfahrensfragen der Obsterntermittlung für den Bereich des Markttobstbaus; Fragen der Ertrags-schätzungen beim Grünland und bei landwirtschaftlichen Zwischenfrüchten; Termine zur Meldung von Auswinterungsschäden beim Getreide.
Fachausschuß Industrie- und Handwerksstatistik einschl. Umweltstatistiken	1	1	Unterrichtung über den Stand der Vorwegaufbereitung der Statistiken nach den §§ 3—6 des Umweltstatistikgesetzes; abschließende Diskussion des Aufbereitungstabellenprogramms für die Jahreserhebungen 1975 gemäß §§ 3—7 und 11 des Gesetzes über Umweltstatistiken; Unterrichtung über Tabellenprogramme zur Statistik der Unfälle bei der Lagerung und beim Transport wassergefährdender Stoffe.
Arbeitskreis Kurzfristiges Berichtssystem im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe	1	1	Organisatorische und methodische Einzelfragen im Zusammenhang mit der Einführung bzw. Umstellung des neuen kurzfristigen Berichtssystems im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe.
Arbeitskreis Kurzfristiges Berichtssystem im Baugewerbe	2	4	Beratung der Erhebungspapiere, der Plausibilitätskontrollen, des Tabellenprogramms; Möglichkeiten des Ersatzes von Antwortausfällen; Verknüpfung der Reihen nach der Umstellung des Berichtssystems.
Arbeitskreis Jahreserhebungen in der öffentlichen Energie- und Wasserversorgung	1	1	Erfahrungsaustausch über den Test des Erhebungsbogens für die Kostenstrukturstatistik und Erörterung einer überarbeiteten Fassung dieses Erhebungsbogens.
Arbeitskreis Investitionserhebung im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe, Unternehmens- und Investitionserhebung im Baugewerbe	2	3	Erörterung der Fragebogenentwürfe, der Plausibilitätskontrollen, des Aufbereitungs- und des Veröffentlichungstabellenprogramms.
Arbeitskreis Außenhandelsstatistik	1	1	Fragen im Zusammenhang mit der neuen EWG-Verordnung Nr. 1736/75, die den Rahmen für eine Harmonisierung der Außenhandelsstatistiken in den Ländern der EG schafft.
Arbeitskreis Reiseverkehrsstatistiken	1	1	Einzelfragen der laufenden Beherbergungsstatistik, insbesondere im Hinblick auf die Neuabgrenzung des Berichtskreises; Vorbereitung der Haushaltsbefragung über Urlaubs- und Erholungsreisen im Rahmen des neuen Mikrozensusgesetzes.
Arbeitskreis Seeschiff-fahrtsstatistik	1	2	Methodische und organisatorische Probleme der Statistiken des Seeschiffsbestandes sowie des Schiffs- und Güterverkehrs über See.

Bezeichnung	Anzahl der		Wichtigste Besprechungspunkte
	Tagungen	Sitzungstage	
Arbeitskreis Sozialhilfestatistik	1	2	Probleme der Jahresstatistik der Kriegsofferfürsorge, insbesondere infolge Änderung des Bundesversorgungsgesetzes, und der Jahresstatistik der Sozialhilfe, insbesondere infolge Änderung des Bundessozialhilfegesetzes und des Strafrechtsreform-Ergänzungsgesetzes.
Ausschuß Rechtsplegestatistik	1	2	Fragen der Zusammenarbeit von Bundeszentralregister und Strafverfolgungsstatistik; Möglichkeiten einer Umgestaltung der Bewährunghilfestatistik und Ergänzung um eine Führungsaufsichtstatistik.
Sonstige Gremien:			
Arbeitsgruppe Arbeitsorganisation	3	5	Meldesystem zur Unterrichtung über drohende Terminverzögerungen bei dezentralen Statistiken; Nummerungssystem für Statistiken; Darstellung von Zeitplänen für die Vorbereitung und Durchführung von Statistiken, Aufbewahrungsfristen für Daten auf Datenträgern.
Nachrichtlich:			
Ausschuß für die Hochschulstatistik	2	2	Beratung und Verabschiedung des 2. Berichts über die Arbeit des Ausschusses, der den gesetzgebenden Körperschaften alle zwei Jahre vorzulegen ist. Unterrichtung über den Stand der Arbeiten auf dem Gebiet der Hochschulstatistik.

Um einen kontinuierlichen Überblick über die Tätigkeit der Beiratsgremien auch anhand der gedruckten Beiratsberichte zu ermöglichen, sind in einem gesonderten Anhang noch einmal alle Tagungen des Beirats, der Amtsleiterkonferenz, der Fachausschüsse bzw. Ausschüsse und der Arbeitskreise von Anfang März 1971 bis Ende Februar 1976, d. h. anschließend an den letzten gedruckten Nachweis, zusammengestellt. Die Übersicht enthält sowohl Zahl und Dauer der Tagungen als auch — in Kurzfassung — die wichtigsten behandelten Themen, auf die deshalb hier nicht im einzelnen eingegangen wird.

Die folgende Tabelle gibt einen zahlenmäßigen Überblick über die Tätigkeit aller Beiratsgremien in den seit Erscheinen des letzten Berichts vergangenen Jahren:

Tagungen beim Statistischen Bundesamt im Zeitraum März 1971 bis Februar 1976

Jahr ¹⁾	Sitzungen	Sitzungstage
Statistischer Beirat, Amtsleiterkonferenz, Fachausschüsse, Ausschüsse und Arbeitskreise		
1971/72	31	49
1972/73	33	49
1973/74	43	62
1974/75	42	62
1975/76	30	44
Referentenbesprechungen		
1971/72	36	55
1972/73	37	62
1973/74	32	48
1974/75	42	65
1975/76	39	61

¹⁾ Berichtsjahr ist jeweils der Zeitraum Anfang März bis Ende Februar des folgenden Jahres.

Eine Vorschau auf die im Jahr 1976 vorgesehenen Tagungen der Gremien des Statistischen Beirats zeigt 11 Fachausschuß-(Ausschuß-)sitzungen, 30 Arbeitskreistagungen und 41 Referentenbesprechungen. Diese Zahlen werden erfahrungsgemäß im Laufe des Jahres noch gewisse Änderungen erfahren.

Im Anhang ist ferner — wie üblich — ein Verzeichnis der Beiratsmitglieder nach dem neuesten Stand abgedruckt.

Vorschau auf die Tagungstermine der Beirats- u. ä. Gremien 1976

(Stand März 1976)

Gremium FA = Fachausschuß A = Ausschuß AK = Arbeitskreis RB = Referentenbesprechung	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
Statistischer Beirat					x							
AK Rechtsfragen der Statistik											x	
AK Öffentlichkeitsarbeit									x		x	
AK Fragen der mathematischen Methodik										x	x	
AK Auslandsstatistik												
AK für maschinelle Aufbereitung	x				x				x		x	x
Amtsleiterkonferenz			x									
FA Statistische Datenbank									x			
FA Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen										x		
FA Systematiken			x								x	
FA Finanz- und Steuerstatistik											x	
AK Methodik und Systematik der Finanzstatistik										x		
RB Finanzstatistik	x				x					x		
RB Steuerstatistik				x						x		
RB Geld- und Kreditstatistik				x						x		
RB Personal- und Schuldenstatistik				x						x		
FA Landwirtschaftsstatistik	x											
AK Verfahrensfragen der Erntestatistik					x							
RB Fragen der Landwirtschaftsstatistik	x					x			x			x
AK Kurzfristiges Berichtssystem im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe			x									
AK Kurzfristige Statistik in der öffentlichen Energie- und Wasserversorgung									x			
AK Kurzfristiges Berichtssystem im Baugewerbe				x								
AK Jahresehebungen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe											x	
AK Jahresehebungen im Baugewerbe											x	
AK Jahresehebungen in der öffentlichen Energie- und Wasserversorgung									x			
AK Wasserwirtschaft										x		
AK Abfallwirtschaft											x	
RB Produzierendes Gewerbe			x						x			
RB Umweltstatistiken		x				x				x		
RB Bauberichterstattung			x						x			
RB Bautätigkeitsstatistik									x			

Vorschau auf die Tagungstermine der Beirats- u. ä. Gremien 1976
(Stand März 1976)

Gremium FA = Fachausschuß A = Ausschuß AK = Arbeitskreis RB = Referentenbesprechung	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
AK Außenhandelsstatistik						x				x		x
AK Statistiken des Handels und Gastgewerbes						x				x		
RB Statistiken des Handels und Gastgewerbes						x				x		
AK Reiseverkehrsstatistiken					x						x	
RB Reiseverkehrsstatistiken					x						x	
AK Seeschiffahrtsstatistik										x		
AK Personenbeförderung im Straßenverkehr										x		
AK Güterverkehr mit Kraftfahrzeugen					x							
AK Statistik der Führerscheininhaber									x			
RB Straßenverkehrsunfallstatistik									x			
RB Preisstatistik					x				x			
RB Lohnstatistik									x			
FA Bevölkerungsstatistik											x	
RB Laufende Bevölkerungsstatistiken										x		
RB Bevölkerungsvorausschätzungen		x								x		
RB Mikrozensus										x		
RB Volks- und Berufszählungen									x	x		
FA Erwerbstätigkeitsstatistik										x		
RB Beschäftigtenstatistik						x				x		
FA Sozialstatistik						(x)						
AK Behinderte und Rehabilitation					(x)							
AK Sozialhilfestatistik		x			(x)							
FA Bau- und Wohnungsstatistik										x		
RB 1%-Wohnungstichproben					x				x			
A Rechtspflegestatistik					(x)							
RB Schulstatistik	x									x		
RB Hochschulstatistik		x							x			
Sonstige Gremien:												
Ausschuß für die Hochschulstatistik			x									
Arbeitsgruppe Arbeitsorganisation		x								x		

4 Schwerpunkte der Zusammenarbeit des Statistischen Bundesamtes mit internationalen Organisationen auf dem Gebiet der Statistik

4.1 Allgemeiner Überblick

Die nunmehr über 25 Jahre währende Mitarbeit des Statistischen Bundesamtes an den statistischen Arbeiten der internationalen Organisationen, die sich im Laufe der Zeit zunehmend enger und intensiver gestaltete, hat wesentlich zur Weiterentwicklung der amtlichen Statistik beigetragen. Sie ist jedoch mit einer ständig steigenden Arbeitsbelastung verbunden, die sich insbesondere aus wachsenden Anforderungen der Europäischen Gemeinschaften (EG) ergibt. Einen Überblick über den Umfang der Beteiligung des Statistischen Bundesamtes an der internationalen statistischen Arbeit — gegliedert nach Organisationen und Fachgebieten — vermittelt die Tabelle auf Seite 106, die zugleich Schwerpunkte der internationalen Arbeiten erkennen läßt.

Wichtigste Zentren der internationalen statistischen Zusammenarbeit sind im europäischen Bereich das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (SAEG) in Luxemburg und die bei der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (ECE) in Genf tätige Konferenz Europäischer Statistiker. Die umfassenden statistischen Arbeitsprogramme dieser Institutionen werden in den letzten Jahren immer stärker als Rahmen für eine mittelfristige internationale Arbeitsplanung herangezogen. Das Programm der Konferenz Europäischer Statistiker enthält — als Bestandteil des statistischen Weltprogramms der Vereinten Nationen (UN) — auch die für Europa relevanten statistischen Vorhaben der den UN angeschlossenen Sonderorganisationen. Auf Einzelgebieten der Statistik leisten ferner die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in Paris, der Europarat in Straßburg und einige europäische Fachorganisationen eigenständige Arbeiten. Außer zu den vorstehend genannten amtlichen internationalen Organisationen unterhält das Statistische Bundesamt Verbindungen zu bedeutenden internationalen wissenschaftlichen Vereinigungen und Fachverbänden, beispielsweise zum Internationalen Statistischen Institut (ISI) und zur Internationalen Vereinigung zur Erforschung des Volkseinkommens (IARIW).

Kennzeichnend für die Schwerpunkte der statistischen Arbeit in den großen internationalen Organisationen ist die Entwicklung von geschlossenen Programmen für die einzelnen statistischen Fachgebiete, die auf übergeordnete Rahmensysteme ausgerichtet sind. Als Rahmen zur Koordinierung der Wirtschaftsstatistiken dienen insbesondere die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, an deren weiterer Entwicklung bei den EG und den UN gearbeitet wird. Ein Rahmenwerk für die Zusammenfassung der Bevölkerungs-, Arbeitskräfte-, Bildungs-, Gesundheits- und anderer Sozialstatistiken wird das im Aufbau befindliche Gesamtsystem der Bevölkerungs- und Sozialstatistik (SSDS) darstellen, das aus verschiedenen Subsystemen sowie einem System Sozialer Indikatoren bestehen soll. Mit dem Aufbau des SSDS und eines Systems Sozialer Indikatoren befassen sich vornehmlich die UN und die OECD; die Arbeiten des SAEG auf diesen Gebieten befinden sich noch im Anfangsstadium. Besondere Bedeutung kommt der internationalen statistischen Arbeit ferner durch die Entwicklung von Wirtschaftszweig-, Waren- und Personensystematiken zu. Weitere, zur Zeit vorrangige Aufgaben im Bereich der internationalen Statistik sind die Förderung der Umwelt- und Regionalstatistiken sowie der Aufbau integrierter statistischer Informationssysteme.

Internationale Tagungen und Besprechungen im Ausland

Organisation bzw. Gegenstand	Tagungen					
	Anzahl			Dauer (Tage)		
	1960	1970	1975	1960	1970	1975

nach Organisationen

Stat. Amt der Europ. Gemeinschaften (SAEG) . . .	16	85	101	30	208	229
Wirtschaftskomm. der UN für Europa (ECE)	7	4	3	26	12	20
Konferenz Europ. Statistiker .	6	5	5	31	32	21
Organisation für wirtschaftl. Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)	10	9	12	18	22	31
Andere europäische Organisationen	4	10	12	10	59	66
Europäische Organisationen	43	113	133	115	333	367
Weltorganisationen	9	13	13	40	71	91
Besprechungen im Ausland u. ä.	2	20	11	6	115	68
Insgesamt	54	146	157	161	519	526

nach Fachgebieten

Gesamtes Arbeitsgebiet oder mehrere Fachgebiete betreffende Tagungen und Besprechungen	8	9	7	27	29 + 27 ¹⁾	37 + 7 ¹⁾
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	1	13	7	5	39	18
Systematiken ²⁾	(11)	(13)	(28)	(35)	(46)	(93)
Landwirtschaftsstatistik . . .	1	12	21	2	19	36
Industrie- und Handwerksstatistik	5	9	13	24	19	21
Außenhandelsstatistik	2	25	38	5	87	141
Binnenhandels- und Reiseverkehrsstatistik	6	4	4	10	7	7
Verkehrsstatistik	11	7	11	31	33	43
Finanzstatistik	1	7	7	2	13	20
Lohn- und Preisstatistik . . .	2	25	16	2	59 + 37 ³⁾	36 + 28 ³⁾
Gesamtsystem der Bevölkerungs- und Sozialstatistik, Soziale Indikatoren	—	1	5	—	5	15
Bevölkerungs-, Wohnungs- und Arbeitskräftestatistik . .	8	17	14	20	60	51
Bildungs-, Wissenschafts- und Gesundheitsstatistik . .	3	9	8	8	64	30
Regionalstatistik	—	2	—	—	4	—
Elektronische Datenverarbeitung	4	4	1	19	13	3
Sonstige Tagungen und Besprechungen	2	2	5	6	4	33
Insgesamt	54	146	157	161	519	526

¹⁾ Beschaffung von auslandsstatistischem Material für Länderberichte. — ²⁾ In Klammern gesetzte Zahlen bedeuten, daß die Tagungen bzw. Tage beim betreffenden Fachgebiet gezählt sind (Gesamtes Arbeitsgebiet, Landwirtschaft, Industrie, Außenhandel). — ³⁾ Örtliche Überprüfung für Zwecke der Auslandsbesoldung.

4.2 Europäische Gemeinschaften (EG)

Die intensiven Integrationsbemühungen der EG auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet erfordern eine zum Teil tief in die Einzelheiten vordringende Angleichung der nationalen Statistiken und ihrer Methoden sowie die Einführung neuer Statistiken in den Fällen, in denen zur Erfüllung der sich aus den Verträgen ergebenden Aufgaben statistische Angaben fehlen oder nicht aus vorhandenen Statistiken gewonnen werden können. Die EG sind bestrebt, soweit wie möglich im Wege der Harmonisierung, d. h. durch eine sich ohne verbindliche Rechtsakte vollziehende Vereinheitlichung der nationalen Statistiken, auf die Standardisierung und Weiterentwicklung der Statistiken der Mitgliedsländer hinzuwirken. Soweit jedoch zur Verwirklichung der Zielsetzungen Gemeinschaftsstatistiken erforderlich sind, nehmen die EG als mit besonderen Befugnissen ausgestattete supranationale Organisation durch den Erlaß von Rechtsakten (Verordnungen, Richtlinien, Entscheidungen) unmittelbaren Einfluß auf Inhalt und Umfang der statistischen Arbeiten. In den EG-Rechtsakten werden die Konzepte, Begriffe, Gruppierungen, Erhebungsprogramme sowie die Erhebungs- und Aufbereitungsmethoden für Gemeinschaftsstatistiken festgelegt.

Grundlage für die gemeinschaftlichen statistischen Arbeiten ist das mehrjährige Statistische Arbeitsprogramm der EG, für das in den letzten Jahren eine neue Beratungsprozedur festgelegt worden ist, die jedoch bisher noch nicht voll angewendet wurde. Das Statistische Arbeitsprogramm der EG enthält eine zusammenfassende Darstellung der laufenden und geplanten statistischen Arbeiten und soll — ähnlich wie im nationalen Bereich — zu einem Instrument der vorausschauenden Arbeitsplanung entwickelt werden. Das von der EG-Kommission festgelegte Verfahren sieht vor, daß der vom SAEG aufgestellte Programmentwurf zunächst von der beim SAEG bestehenden Konferenz der Leiter der Statistischen Zentralämter der EG-Mitgliedstaaten und anschließend von der „Erweiterten Amtsleiterkonferenz“ behandelt wird. Dem zuletzt genannten Gremium gehören neben den Amtsleitern auch die vom Programm betroffenen Generaldirektoren der EG-Kommission an. Anschließend soll das Programm der Kommission zur formellen Genehmigung und danach dem EG-Ministerrat zur Entscheidung zugeleitet werden, um den Rahmen für die zukünftigen statistischen Arbeiten der EG festzulegen. Für die Programmberatung im EG-Ministerrat soll beim Ausschuß der Ständigen Vertreter eine Arbeitsgruppe geschaffen werden, die sich aus Ressortvertretern und Vertretern der nationalen Statistischen Zentralämter zusammensetzt. Die Genehmigung durch die Kommission und die Behandlung im EG-Ministerrat ist erstmals im Jahr 1976 für das Programm der Jahre 1977 bis 1979 (mit vorgeschalteten Angaben für 1976) vorgesehen. Mit der Abstimmung der Anforderungen aus dem Bereich der EG und der nationalen statistischen Arbeiten befaßt sich in der Bundesrepublik Deutschland vor allem der Interministerielle Ausschuß für Koordinierung und Rationalisierung der Statistik sowie künftig auch der neugeschaffene „Abteilungsleiterausschuß Statistik“. Auf diese Weise soll sichergestellt werden, daß die gemeinschaftlichen Anforderungen in der Haushalts- und Finanzplanung des Bundes berücksichtigt werden und daß in den fachstatistischen Beratungen bei den EG bereits frühzeitig die Frage der Finanzierung von Gemeinschaftsvorhaben behandelt wird.

Hauptziel des Programms auf dem Gebiet der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ist der weitere Ausbau des 1970 herausgegebenen Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG). Das ESVG kann als

Variante des Standardsystems für Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der UN (SNA) angesehen werden, das über die traditionelle Darstellung der Entstehung, Verteilung und Verwendung des Sozialprodukts und der Einkommen hinaus ein detailliertes Bild der Güterströme in Form von Input-Output-Tabellen und der Finanzierungsvorgänge geben soll. Die Berichterstattung auf der Grundlage des ESGV durch die Mitgliedsländer beruht auf zeitlich gestaffelten Tabellenprogrammen, die den nationalen Datenlieferungen ab 1970 zugrunde liegen. Für die Lieferung regionaler Ergebnisse auf der Basis des ESGV ist das System der Regionalkonten (ESGV-REG) entwickelt worden, dessen Ausfüllung durch die Mitgliedstaaten ab Berichtsjahr 1970 vom SAEG als wichtige Aufgabe betrachtet wird. Ergebnisse aus vierteljährlichen Sozialproduktsberechnungen sollen dem SAEG für Zwecke der Konjunkturbeobachtung geliefert werden, sobald die Mitgliedstaaten ihre Berechnungen entsprechend ausgebaut haben. Große Bedeutung wird der schrittweisen Anwendung einheitlicher Konzepte für die Aufstellung eines Systems von Volumen- und Preisindizes für wichtige Aggregate auf der Basis des ESGV beigemessen, das die Grundlage für Berechnungen in konstanten Preisen bilden wird. Das SAEG strebt eine Ausweitung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen durch die Entwicklung bzw. Weiterentwicklung von Teilsystemen für die Landwirtschaft, die Forstwirtschaft und die Fischerei auf der Basis des ESGV an; für die Landwirtschaft werden seit einer Reihe von Jahren Ergebnisse veröffentlicht. Eine weitere wichtige Zielsetzung ist die Vervollständigung des ESGV im Hinblick auf eine bessere Durchleuchtung der Einkommensverteilung (Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen und Haushaltseinkommen).

Als Ergebnis der Arbeiten zur Ermittlung von gesamtwirtschaftlichen Paritäten für wichtige Aggregate der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen hat das SAEG erste Berechnungen für den Bereich des Privaten Verbrauchs veröffentlicht. Diese Kaufkraftparitäten beruhen auf internationalen Preisvergleichen im Rahmen der jährlichen EG-Verbraucherpreiserhebungen. Das SAEG will diese Paritätsberechnungen auf der Basis des ESGV nunmehr auf die Aggregate Bruttoanlageinvestitionen und Staatsverbrauch erweitern (siehe hierzu Abschnitt Preisstatistiken). In engem Zusammenhang mit den Arbeiten an den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen steht ferner der Aufbau einer EG-Statistik der Sozialausgaben und -einnahmen in Form von Sozialkonten.

Große Beachtung schenkt das SAEG der Entwicklung statistischer Klassifikationen. Basis für die Gliederung der wirtschaftlichen Institutionen in den gemeinschaftlichen Statistiken ist die Allgemeine Systematik der Wirtschaftszweige in den EG (NACE) aus dem Jahr 1970. Als Systematik der Produktionsbereiche im ESGV für die Aufstellung von Input-Output-Tabellen wird diese Nomenklatur in Form der NACE/CLIO verwendet, die auf der Ebene der zweistelligen Klassen aus der NACE abgeleitet ist. Die im einzelnen im Rahmen des ESGV anzuwendenden Klassifikationen der Waren und Dienstleistungen ergeben sich durch Zusammenfassungen der NACE/CLIO in der jeweils benötigten Bereichsabgrenzung. Das SAEG faßt eine erste Revision der NACE für die Zeit um 1980 ins Auge.

Im Zusammenhang mit der institutionellen Gliederung sind die Arbeiten an den Warenverzeichnissen der EG zu sehen, durch die der Inhalt der Positionen der NACE und NACE/CLIO erläutert werden soll. Nach Abstimmung mit dem neuen Warenverzeichnis für die Statistik des Außenhandels der Gemeinschaft und des Handels zwischen ihren Mitgliedstaaten (NIMEXE) wird die erste, vorläufige Ausgabe

des Gemeinsamen Verzeichnisses der industriellen Erzeugnisse (NIPRO) in Kürze erscheinen. Die Überarbeitung der ersten Ausgabe der NIPRO, durch die vor allem die Vergleichbarkeit zwischen Außenhandels- und Produktionsstatistiken weiter verbessert werden soll, ist gleich nach ihrem Vorliegen in Aussicht genommen.

Die Verordnung über die NIMEXE aus dem Jahre 1972 (EWG Nr. 1445/72) ist durch eine Änderungsverordnung (EWG Nr. 3065/75) ergänzt worden, die die Mitgliedsländer u. a. verpflichtet, die NIMEXE ab 1. Januar 1978 voll in die Außenhandelsstatistik zu übernehmen. Die etwa 6700 Warenpositionen umfassende NIMEXE baut auf den Tarifnummern des Brüsseler Zolltarifschemas (BZT) sowie den Tarifstellen des Gemeinsamen Zolltarifs (GZT) auf und ist so gegliedert, daß eine Zusammenfassung der Ergebnisse nach dem Internationalen Warenverzeichnis für den Außenhandel (CST) möglich ist.

In den gemeinschaftlichen Güterverkehrsstatistiken wird das Einheitliche Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik (NST) aus dem Jahre 1968 angewandt. Zur Zeit wird geprüft, ob eine Revision der NST und in diesem Zusammenhang eine Revision der Gliederung des Gemeinschaftsgebietes in Verkehrsregionen erforderlich erscheint.

Die EG-Statistiken über die staatlichen Haushaltsausgaben für Forschung und Entwicklung, die eine Analyse der Mittelansätze in den Haushaltsplänen der EG-Länder darstellen, beruhen auf einer für gemeinschaftliche Zwecke entwickelten Systematik zur Analyse und zum Vergleich der wissenschaftlichen Programme und Haushalte (NABS), für die eine revidierte Fassung 1975 vorliegt.

Eine bedeutende Aufgabe im Bereich der gemeinschaftlichen Agrarstatistiken ist eine möglichst weitgehende Harmonisierung der nationalen landwirtschaftlichen Struktur- und Produktionsstatistiken. Zu diesem Zweck hat der EG-Ministerrat durch Beschluß vom 31. Juli 1972 einen Ständigen Agrarstatistischen Ausschuß bei der Kommission geschaffen, der als Verwaltungsausschuß rechtsverbindliche Beschlüsse über Fragen der Agrarstatistik fassen kann. Der bereits seit längerem beim SAEG bestehende Agrarstatistische Ausschuß befaßt sich vornehmlich mit methodischen Fragen und besitzt nur beratende Funktion.

Die Bestrebungen des SAEG, eine laufende Agrarberichterstattung einzuführen, dienen dem Zweck, zwischen den in etwa 10jährigen Abständen stattfindenden Landwirtschaftszählungen eine laufende Beobachtung wichtiger Tatbestände über die Struktur landwirtschaftlicher Betriebe auf Stichprobenbasis sicherzustellen. Nach dem Verzicht auf eine, ursprünglich für 1973 vorgesehene, einmalige Zwischenerhebung liegt nunmehr eine EG-Rechtsgrundlage (Richtlinie 75/108/EWG) vor, die die Durchführung einer gemeinschaftlichen Strukturserhebung 1975 zwischen dem 1. März 1975 und dem 1. März 1976 mit einem Stichprobenumfang von rund 600 000 Betrieben (in der Bundesrepublik Deutschland 80 000 bis 100 000 landwirtschaftliche Betriebe) vorsieht. Für das Jahr 1977 strebt das SAEG die Durchführung einer Strukturverlaufsstatistik mit einem Umfang von rund 100 000 Betrieben an, die als Unterstichprobe der EG-Agrarstrukturserhebung 1975 geplant ist. Ein gemeinschaftliches Tabellenprogramm für 1977, das über die im Rahmen der nationalen Agrarberichterstattung anfallenden Daten hinausgeht, wird von den Mitgliedsländern nur erfüllt werden können, wenn rechtzeitig eine EG-Rechtsgrundlage vorliegt. Der von der FAO vorbereitete Weltagrarzensus 1980 soll in den EG-Ländern zwischen

dem 1. Mai 1979 und dem 15. Juni 1980 auf der Basis eines ergänzenden gemeinschaftlichen Tabellenprogramms durchgeführt werden und terminlich mit den nächsten Volkszählungen in den EG-Ländern so abgestimmt sein, daß eine Überbeanspruchung des Zählungsapparates vermieden wird.

Auf dem Gebiet der tierischen Erzeugung werden die Erhebungen über die Schweineerzeugung gemäß den Richtlinien des Rates 68/161/EWG und 72/281/EWG seit Dezember 1972 nach einheitlichem Verfahren in allen Mitgliedstaaten durchgeführt. Jährliche Statistiken über den Rinderbestand, Vorausschätzungen über den Schlachtrinderanfall und Schlachtungsstatistiken von Rindern nach einheitlichem Schema schreiben die EG-Richtlinien 73/132/EWG und 73/262/EWG vor. Der Verbesserung der gemeinschaftlichen Geflügelstatistik dienen die Verordnung (EWG) Nr. 1349/72 sowie die dazu erlassene Durchführungsverordnung (EWG) Nr. 2335/72. Hinsichtlich der Statistiken des Viehbestandes werden verstärkt Fragen der Entwicklung von Prognose-Modellen behandelt, die als Grundlage für Vorausschätzungen der Bestandsentwicklungen und Schlachtungen dienen sollen. Bei den ab 1973 gemäß Richtlinie 72/280/EWG eingeführten Erhebungen über Milch und Milchserzeugnisse ergaben sich für die meisten Mitgliedstaaten keine größeren Probleme.

Im Bereich der pflanzlichen Erzeugung stehen die auf der Richtlinie 71/286/EWG sowie der dazugehörigen Änderungsrichtlinie 74/195/EWG basierenden gemeinschaftlichen Erhebungen zur Ermittlung des Produktionspotentials bestimmter Baumobstanlagen und die für 1977 vorgesehene Neuaufstellung des Weinbaukatasters im Vordergrund der Arbeiten. Hinsichtlich des Weinbaukatasters, das in zehnjährigen Abständen neu aufgestellt werden soll, liegen noch keine konkreten Pläne von Seiten der EG vor. Die gemeinschaftlichen Arbeiten im Bereich der Versorgungsbilanzen erscheinen den EG hinsichtlich einer Reihe von Bilanzdaten revisionsbedürftig. Auf dem Gebiet der Forststatistik sind die wichtigsten Gemeinschaftsvorhaben u. a. die Vorbereitung von Statistiken über die Struktur der Forsten, forstwirtschaftliche Arbeitskräfte, forstliche Zusammenschlüsse und die Bewirtschaftung von Forstflächen. Die Fischereimarktordnung für die erweiterten EG wird eine Reaktivierung der Arbeiten des SAEG an Fischereistatistiken erforderlich machen.

Rechtliche Grundlagen für die Entwicklung eines modernen industriestatistischen Instrumentariums sind die Richtlinien aus dem Jahre 1972 zur Durchführung koordinierter jährlicher Erhebungen über die Tätigkeit in der Industrie (72/221/EWG) und zur Durchführung koordinierter Konjunkturstatistiken in der Industrie und im warenproduzierenden Handwerk (72/211/EWG) sowie die Richtlinie aus dem Jahre 1964 zur Durchführung koordinierter jährlicher Erhebungen über Investitionen im Produzierenden Gewerbe (64/475/EWG). Sowohl das kurzfristige als auch das jährliche gemeinschaftliche Berichtssystem auf der Grundlage der Richtlinien aus dem Jahre 1972 sehen eine Berichterstattung für den gesamten Bereich des Warenproduzierenden Gewerbes (Industrie und Handwerk) vor. Der Erhebungsbereich der Jahresstatistiken umfaßt zusätzlich die Energie- und Wasserwirtschaft sowie das Baugewerbe. Hinsichtlich konjunkturstatistischer Daten für das Baugewerbe ist eine ergänzende EG-Richtlinie in Vorbereitung.

Als statistische Einheiten sollen für die Konjunkturstatistiken die fachliche Einheit (fachliche Unternehmensteile), für die Jahresstatistiken das Unternehmen und die fachliche Einheit sowie für Zwecke der Regionalstatistik die örtliche Einheit (der Betrieb) zugrundegelegt werden. Hinsichtlich der Unternehmensdaten ist eine

einheitliche Abschneidegrenze bei 20 Beschäftigten vorgesehen. Die kleineren Unternehmen sollen in Zeitabständen von nicht weniger als fünf Jahren in die Jahresherhebungen einbezogen werden. Im Interesse einer vollen Anwendung der Richtlinien aus dem Jahre 1972 ist die Fünfjahresherhebung zunächst zurückgestellt worden. Für eine vierteljährliche harmonisierte Produktionsstatistik, die zunächst die Herstellung von Chemiefasern, Textilien und Bekleidung sowie von Papier und Pappe umfaßt, werden ab Januar 1976 von den Mitgliedstaaten Produktionsdaten aufgrund gemeinschaftlicher Warenlisten geliefert.

Die bisherigen Bemühungen des SAEG zur Vereinheitlichung und Verbesserung der gemeinschaftlichen Außenhandelsstatistik haben zum Erlaß der Verordnung über die NIMEXE (EWG) Nr. 1445/72 mit Änderungsverordnung (EWG) Nr. 3065/75 (siehe hierzu Abschnitt Systematiken) sowie der Verordnung über die Statistik des Außenhandels der Gemeinschaft und des Handels zwischen ihren Mitgliedstaaten (EWG) Nr. 1736/75 geführt. Der Verwaltungsausschuß für die NIMEXE (EWG-VO Nr. 1445/72) ist durch die Verordnung (EWG) Nr. 1736/75 in den Ausschuß für die Außenhandelsstatistik umgewandelt worden. Der Ausschuß kann alle die Anwendung dieser beiden Ratsverordnungen betreffenden Fragen prüfen und wirkt bei den Durchführungsvorschriften mit, die von der Kommission erlassen werden. Die Arbeiten des SAEG konzentrieren sich gegenwärtig auf eine rechtzeitige Darbietung der vierteljährlichen gemeinschaftlichen Außenhandelsstatistiken, wobei die Fristen zur Übermittlung der nationalen Daten in möglichst kurzer Zeit an die in der Verordnung (EWG) Nr. 1736/75 vorgesehene Sechswochenfrist angeglichen werden sollen. Daneben beschäftigt sich das SAEG mit Problemen der Weiterführung der Außenhandelsstatistik nach Fortfall der Zollkontrollen an den Binnengrenzen der EG, da auch nach diesem Zeitpunkt Ergebnisse über den INTRA-Handel in der bisherigen detaillierten Form benötigt werden. Eine Weiterführung dieser Statistik dürfte nur mittels einer Direktbefragung der Einführer und Ausführer möglich sein.

Im Vordergrund der Arbeiten auf dem Gebiet der Statistiken des Binnenhandels steht die Vorbereitung eines Programms für Jahresherhebungen über Tätigkeit und Struktur der Unternehmen des Groß- und Einzelhandels. Diese Arbeiten sind als erste Stufe in der Entwicklung eines gemeinschaftlichen Systems von Binnenhandelsstatistiken anzusehen, das schrittweise auf weitere Dienstleistungsbereiche ausgedehnt werden soll. Der vom SAEG vorgelegte Programmentwurf für die Jahresherhebungen beschränkt sich für die nächsten Jahre zunächst auf wichtige Eckdaten mit der Zielsetzung, anstelle umfassender Zensen Strukturdaten durch häufige und verhältnismäßig einfache Erhebungen beschleunigt bereitzustellen. Erste Informationen aus Jahresherhebungen im Groß- und Einzelhandel sollen bereits im Jahre 1977 vorliegen. In den meisten Mitgliedsländern kann das harmonisierte Programm für Jahresherhebungen im Groß- und Einzelhandel nur schrittweise realisiert werden. Schwierige Probleme wirft der vom SAEG geforderte Aufbau von Unternehmenskarteien auf, der für die Bundesrepublik Deutschland wegen des damit verbundenen Aufwands als nicht vertretbar angesehen wird.

Auf dem Gebiet der Reiseverkehrsstatistik wird an der Fortschreibung der gemeinschaftlichen Statistik über die Urlaubs- und Erholungsreisen aus dem Jahre 1972 gearbeitet. Außerdem wird geprüft, welche Möglichkeiten zum Aufbau eines harmonisierten reiseverkehrsstatistischen Informationssystems bestehen.

Den allgemeinen Rahmen für die Koordinierung und Weiterentwicklung der gemeinschaftlichen Verkehrsstatistiken hinsichtlich der zur gemeinsamen Verkehrspolitik gehörenden Verkehrszweige Binnenschifffahrt, Eisenbahn, Straße und Rohrleitungstransporte bildet das Verkehrsstatistische Programm der EG aus dem Jahre 1964. Seine Tabellenprogramme stellen die Hauptquelle für die jährliche Veröffentlichung harmonisierter Verkehrsstatistiken durch das SAEG dar. Die in den Jahren 1973 und 1974 begonnenen Arbeiten an einer Revision dieses Programms sind noch nicht zum Abschluß gekommen. Besondere Probleme ergeben sich hinsichtlich des Straßenverkehrs, da in diesem Bereich die statistische Dokumentation der Mitgliedstaaten noch verbesserungsbedürftig ist.

Für die Überlegungen hinsichtlich der Einführung von Strukturserhebungen in den Bereichen Binnenschifffahrt und Straßenverkehr wird zusätzliches Material aus Untersuchungen des Beratenden Ausschusses für Verkehrsfragen (Ausschuß 83) bei der EG-Generaldirektion VII (Verkehr) erwartet, die auf Probeerhebungen in drei EG-Ländern beruhen. Gearbeitet wird ferner an dem Ausbau der gemeinschaftlichen Güterkraftverkehrsstatistiken. Basis für die Statistik des grenzüberschreitenden Straßengüterverkehrs im Rahmen einer Regionalstatistik ist die Richtlinie 69/467/EWG, die wegen der Schwierigkeiten bei der statistischen Erfassung dieses Verkehrs überarbeitet werden soll. Bei der Neufassung soll gleichzeitig eine weitgehende Abstimmung mit der statistischen Zielsetzung der in Vorbereitung befindlichen Richtlinie über die innerstaatlichen Straßengütertransporte erfolgen. Durch diese Richtlinie wird eine einheitliche und lückenlose Statistik über die nationalen Verkehrsströme im Straßenverkehr angestrebt. Als vorrangig wird ferner der Aufbau eines Systems von Indikatoren des Verkehrswesens unter Einbeziehung von Statistiken über den Personenverkehr angesehen. Starkes Interesse besteht auch an einer Vereinheitlichung der nationalen Verkehrsunfallstatistiken, die als Grundlage für Maßnahmen der EG-Kommission zur Hebung der Verkehrssicherheit dienen sollen.

Die wichtigste Quelle für gemeinschaftliche Preisstatistiken sind die seit 1966 regelmäßig durchgeführten EG-Verbraucherpreiserhebungen im Einzelhandel und Dienstleistungsgewerbe. Die Verbraucherpreiserhebungen bilden eine unentbehrliche Grundlage für den Nachweis des internationalen Preiswettbewerbs bei ausgewählten Waren und Dienstleistungen. Die Ergebnisse dienen darüber hinaus der Berechnung von Verbrauchergeldparitäten zur Umrechnung von Nominal-einkommen in Realeinkommen, der Berechnung von Preisindizes für wichtige Warengruppen des Privaten Verbrauchs für Zwecke des Niveauvergleichs zwischen den Mitgliedstaaten und zur Ermittlung von gesamtwirtschaftlichen Paritäten für wichtige Aggregate der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen auf der Basis des ESVG (siehe hierzu Abschnitt Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen). Das SAEG beabsichtigt, die Periodizität dieser Jahresehebungen evtl. auf einen Dreijahres-terminus umzustellen und prüft, ob es möglich ist, in den Jahren zwischen den Erhebungen die Gemeinschaftsergebnisse anhand der nationalen Preisstatistiken fortzuschreiben. Zu den weiteren bedeutsamen preisstatistischen Arbeiten des SAEG gehört die Entwicklung harmonisierter Agrarpreisstatistiken. An neuen Vorhaben plant das SAEG die Harmonisierung der nationalen Verbraucherpreisindizes und die Berechnung eines gemeinschaftlichen Verbraucherpreisindex, den Aufbau eines Systems von Außenhandelspreisindizes sowie die Entwicklung harmonisierter Statistiken der industriellen Erzeugerpreise und Baupreise.

Die nächste harmonisierte Erhebung über Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte in den Mitgliedsländern wird um das Jahr 1979 stattfinden und in der Bundesrepublik Deutschland zusammen mit der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1978 durchgeführt werden.

Das System der Lohn- und Gehaltsstatistiken für Zwecke der EG umfaßt Erhebungen über die Gehalts- und Lohnstruktur, Arbeitskostenerhebungen und harmonisierte Verdienststatistiken.

Aufgrund der Verordnungen (EWG) Nr. 2395/71 und (EWG) Nr. 178/74 wurden die zweite gemeinschaftliche Erhebung über Struktur und Verteilung von Löhnen und Gehältern in der Industrie im Oktober 1972 und die erste Gehalts- und Lohnstrukturserhebung im Groß- und Einzelhandel, Bank- und Versicherungsgewerbe im Oktober 1974 durchgeführt. Für den industriellen Bereich wurden erstmals auch gemeinschaftliche Strukturdaten für Angestellte ermittelt. Die im Sechsjahresturnus 1978 bzw. 1980 zu wiederholenden Erhebungen sollen in der Bundesrepublik Deutschland jeweils gemeinsam mit der entsprechenden nationalen Erhebung stattfinden.

Vergleichbare Angaben über Niveau, Zusammensetzung und Entwicklung der Personalkosten liefern die im Dreijahresturnus stattfindenden Arbeitskostenerhebungen im Produzierenden Gewerbe sowie im Handel, Bank- und Versicherungsgewerbe. Eine Wiederholungserhebung im Produzierenden Gewerbe, die erstmals auch Betriebe mit 10 bis 49 Beschäftigten erfaßte, fand gemäß Verordnung (EWG) Nr. 2259/71 im Jahr 1973 für 1972 statt. Gemäß Verordnung (EWG) Nr. 328/75 ist eine weitere Personalkostenerhebung in diesem Bereich für 1975 im Jahre 1976 durchzuführen. Rechtsgrundlage für die zweite Arbeitskostenerhebung im Groß- und Einzelhandel sowie im Bank- und Versicherungsgewerbe im Jahre 1975 für 1974, die in der Bundesrepublik Deutschland mit der Strukturserhebung für diesen Bereich gekoppelt war, ist die Verordnung (EWG) Nr. 3192/73.

Die Fortschreibung der Ergebnisse der Arbeitskostenerhebungen im Produzierenden Gewerbe für die zwischen den Erhebungen liegenden Jahre soll auch für die Ergebnisse der Erhebung von 1972 für 1973 und 1974 vorgenommen werden. Entsprechende Aktualisierungsberechnungen für den Bereich des Dienstleistungsgewerbes werden vom SAEG angestrebt.

Gemeinschaftliche Indikatoren zur Messung der Effektivverdienste liefern die harmonisierte Verdienststatistik für Arbeiter im Produzierenden Gewerbe und eine entsprechende, ab Oktober 1972 auch für Angestellte eingeführte Statistik. Da die harmonisierten Verdienststatistiken gleichzeitig als Grundlage zur Aktualisierung der Ergebnisse der Personalkostenerhebungen im jeweiligen Bereich dienen, ist eine harmonisierte Statistik der Angestelltenverdienste im Einzelhandel, Bank- und Versicherungsgewerbe in Vorbereitung. Die erste Gemeinschaftserhebung über die Effektivverdienste der ständig in der Landwirtschaft beschäftigten Arbeiter mit Angaben für September 1974 beruhte auf der Verordnung (EWG) Nr. 677/74. Grundlage der Wiederholungserhebung 1975 bildet die Verordnung (EWG) Nr. 1103/74. Das SAEG beabsichtigt, diese Erhebung mit einem vereinfachten Programm jährlich beizubehalten.

Die Vorschläge des SAEG zum Aufbau eines Systems gemeinschaftlicher Erwerbstätigkeitsstatistiken zielen vornehmlich auf die Gewinnung von Strukturdaten

ab; hinsichtlich der Erfassung konjunkturstatistischer Daten über die Erwerbstätigkeit will sich das SAEG auf die in den Mitgliedsländern verfügbaren Statistiken stützen. Wichtigste Quelle für vergleichbare Angaben über Struktur und Entwicklung von Erwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit ist die gemeinschaftliche Stichprobenerhebung über Arbeitskräfte, die im Jahre 1973 erstmals durch die Verordnung (EWG) Nr. 2723/72 rechtlich fundiert und aufgrund der Verordnung (EWG) Nr. 2640/74 im Frühjahr 1975 wiederholt werden konnte. In Verbindung mit der Grunderhebung wurde 1973 eine Sondererhebung zur schulischen und beruflichen Ausbildung und 1975 eine Zusatzbefragung über die laufende Berufsausbildung und die Arbeitsbedingungen durchgeführt. Die gemeinsamen Arbeitskräftestichproben sollen im Zweijahresturnus mit erweiterten Zusatzbefragungen fortgeführt werden.

Weitere wichtige Quellen für erwerbsstatistische Gemeinschaftsdaten sind neben der Volkszählung die harmonisierte Statistik der abhängig Beschäftigten (aus nationalen Quellen zusammengestellte und, soweit erforderlich, durch Schätzungen ergänzte Zahlen), die harmonisierte Statistik über die Arbeitszeit der Arbeiter in der Industrie und die harmonisierte Statistik über die Arbeitslosigkeit. Eine harmonisierte Statistik über die ausländischen Arbeitskräfte auf der Basis einer EG-Rechtsgrundlage ist in Vorbereitung.

Im Bereich der Bevölkerungsstatistik bildet die Richtlinie 73/403/EWG zur Synchronisierung der allgemeinen Volkszählungen die Basis für einheitliche Zählungen in den EG-Mitgliedstaaten, die zwischen dem 1. März und dem 31. Mai 1981 stattfinden werden und mit den Agrarzensusen um 1980 zeitlich abgestimmt sein sollen. Ein gemeinschaftliches Tabellenprogramm für die Volkszählungen ist in Vorbereitung. Auf dem Gebiet der Bildungsstatistik wird an einem harmonisierten Lieferprogramm von Angaben über Schüler und Lehrer nach Schulstufen gearbeitet sowie eine gemeinschaftliche Statistik der Bildungsausgaben vorbereitet. Vorschläge für Soziale Indikatoren in ausgewählten Beobachtungsbereichen werden gegenwärtig von einer Arbeitsgruppe entwickelt.

Die mit Fragen der Forschungsstatistik befaßte Arbeitsgruppe hat einen Bericht über die in den öffentlichen Haushalten enthaltenen Forschungsausgaben für 1974 und 1975 und die in den Mitgliedstaaten angewandten Erhebungsmethoden vorbereitet; für 1973 und 1974 ist eine kurzgefaßte Analyse der Forschungsausgaben nach Hauptzielsetzungen inzwischen erschienen.

Die Beratungen über eine einheitliche Statistik der öffentlichen Finanzen konzentrieren sich auf Abschlußarbeiten am Bericht über die Entwicklung der öffentlichen Finanzen in den EG-Gründungsstaaten in den Jahren 1966 bis 1970, die Entwicklung von Methoden und die Zusammenstellung von Daten für den Haushaltsvergleich für die Jahre 1970 bis 1974 und eine Stellungnahme der EG zu einem Handbuch des Internationalen Währungsfonds über internationale Statistiken der öffentlichen Finanzen. Als Ergebnis der gemeinschaftlichen Arbeiten an der Statistik der Sozialausgaben ist im Jahre 1974 der Bericht über die Sozialkonten 1970 bis 1972 erschienen. Die im Rahmen der Sozialkonten veröffentlichten Daten sollen aktualisiert und für ein erweitertes Kontensystem dargeboten werden.

Eine bei der EG-Kommission eingesetzte Sachverständigengruppe für Umweltstatistiken, in der das SAEG den Vorsitz führt, hat den Auftrag erhalten, methodische Untersuchungen durchzuführen und die Anforderungen an die Mitglieds-

länder zu konkretisieren. Das SAEG hat mit einer umfassenden Bestandsaufnahme über vorhandene Umweltstatistiken und Datenquellen auf dem Gebiet des Umweltschutzes begonnen.

Zu den wichtigsten Vorhaben der EG im Bereich der Regionalstatistik gehört die Erfüllung des Systems der Regionalkonten im Rahmen des ESVG (ESVG-REG). Darüber hinaus wünscht die EG-Kommission in Anwendung der Verordnung über die Einrichtung des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung jährlich ausgewählte Datenreihen für die Regionen, die in einer Verordnung über das Verzeichnis der Gebiete und Gebietsteile für Zwecke des EG-Regionalfonds festgelegt werden sollen. Für die Bundesrepublik Deutschland stellen diese Gebiete nach den Vorstellungen des SAEG die Kreise dar. Als langfristiges Ziel wird ein Programm von regionalen Basisindikatoren angestrebt, das alle wichtigen Bereiche der amtlichen Statistik abdeckt.

Auf dem Gebiet der elektronischen Datenverarbeitung in der Statistik sind vor allem die Arbeiten des SAEG an einem Statistischen Informationssystem (Projekt OSIRIS) und einem Zeitreihen-Datenbanksystem (System CRONOS) von Interesse.

4.3. Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (ECE) und Konferenz Europäischer Statistiker

Das mittelfristige Arbeitsprogramm der Konferenz Europäischer Statistiker, des für die Statistik zuständigen Hauptorgans der ECE, vermittelt einen Überblick über deren Tätigkeit, die nahezu alle Gebiete der Statistik umfaßt. Das zur Zeit vorliegende Programm bezieht sich auf den Zeitraum 1975 bis 1980.

Im Mittelpunkt der Arbeiten auf dem Gebiet der Wirtschaftsstatistiken stehen die praktische Anwendung und Weiterentwicklung der westlichen und östlichen Systeme Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (SNA und MPS) sowie die Verwendung dieser Systeme zur Koordinierung der Wirtschaftsstatistiken, die Entwicklung eines Gesamtsystems der Statistiken und Indizes der Mengen und Preise, die Verbesserung und Vervollständigung der internationalen Wirtschaftszweig- und Warensystematiken und die Entwicklung und Überarbeitung internationaler wirtschaftsstatistischer Fachprogramme.

Im Bereich der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind die neuen Fragebogen der UN für die internationale Berichterstattung nach dem erweiterten und revidierten SNA aus dem Jahre 1968 eingeführt worden. Als Grundlage für die Darstellung und Weiterentwicklung der Statistiken auf dem Gebiet der Einkommensverteilung und Vermögensbildung der privaten Haushalte hat die Statistische Kommission der UN im Jahre 1974 ein statistisches System verabschiedet, das — u. a. durch Einbeziehung sozioökonomischer Merkmale der privaten Haushalte — eine Ergänzung zum SNA darstellt und auch als Subsystem im Rahmen des angestrebten Gesamtsystems der Bevölkerungs- und Sozialstatistik (SSDS) dienen soll. Ferner bereitet das Statistische Amt der UN internationale Richtlinien für die Aufstellung von gesamtwirtschaftlichen Vermögensrechnungen — als weiteres Zusatzsystem zum SNA — vor. Die Arbeiten zur Vervollständigung des SNA sollen sich nun auf die Vorbereitung internationaler Richtlinien für Statistiken des Kapitalstocks für fachliche Einheiten konzentrieren. Die Ergebnisse des internationalen Kaufkraft-

vergleichs der UN, der sich in der ersten Phase auf 10 Länder bezieht, sind unter dem Titel „A System of International Comparisons of Gross Product and Purchasing Power“ erschienen. Inzwischen sind die Arbeiten für die zweite Phase dieses Vergleichs angelaufen, der sich auf 15 Länder erstrecken soll; in einer dritten Phase sollen die Vergleiche auf 35 bis 40 Länder ausgedehnt werden.

Die Arbeiten an einem System von Statistiken und Indizes über Mengen und Preise, das auch die Indizes im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen umfaßt, sind so weit vorangeschritten, daß die vorliegenden Entwürfe 1976 als internationale Richtlinie veröffentlicht werden sollen. Die Diskussion konzentriert sich nunmehr u. a. auf Fragen der Preismessung im Außenhandel, der Statistik der Erzeuger- und Großhandelspreise sowie der Einzelhandels- und Verbraucherpreise.

Schwerpunkte im Programm der Konferenz auf dem Gebiet der wirtschaftsstatistischen Systematiken sind die Entwicklung der Internationalen Systematik aller Waren und Dienstleistungen nach Herkunftsbereichen (ICGS) und die zweite Revision des Internationalen Warenverzeichnisses für den Außenhandel (SITC, Rev. 2). Nach mehrjährigen Beratungen liegt ein Entwurf der ICGS in der Konzeption einer echten umfassenden Gütersystematik vor. Diese Gütersystematik soll u. a. dazu dienen, die neue Internationale Systematik der Wirtschaftszweige (ISIC) aus dem Jahre 1968 zu erläutern. Im Interesse einer besseren Vergleichbarkeit von Produktions- und Außenhandelsstatistiken sollen die ICGS und die SITC, Rev. 2 noch stärker koordiniert und enger mit dem beim Brüsseler Zollrat in Entwicklung befindlichen Harmonisierten System zur Bezeichnung und Codierung der Waren (HS) abgestimmt werden. Als langfristiges Projekt plant das Statistische Amt der UN die Entwicklung einer neuen, umfassenden Standardgütersystematik, die die ICGS zu einem späteren Zeitpunkt ersetzen soll. Damit wird eine verbesserte Harmonisierung sowie die Verringerung der Zahl der vorhandenen Gütersystematiken angestrebt. Gegen ein solches Vorhaben bestehen im Rahmen der Konferenz Bedenken. Die neue SITC, Rev. 2 ist nach Verabschiedung durch die Statistische Kommission der UN im Jahre 1975 veröffentlicht worden. Eine volle Vergleichbarkeit mit den einzelnen Positionen des Brüsseler Zolltarifschemas (BZT) konnte sichergestellt werden. Die Statistische Kommission der UN hat den Mitgliedstaaten empfohlen, die neue SITC für die Ergebnisse ab 1976 in die internationale Berichterstattung über den Außenhandel einzuführen.

Im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung der Programme für die einzelnen wirtschaftsstatistischen Fachgebiete sind vornehmlich die Arbeiten auf den Gebieten der Landwirtschaftsstatistik, Energiestatistik, Statistik des öffentlichen Sektors, Forschungsstatistik, Binnenhandels- und Reiseverkehrsstatistik und Unternehmensstatistiken hervorzuheben.

Auf dem Gebiet der Landwirtschaftsstatistik werden die internationalen Empfehlungen für den Weltagrarzensus 1980, die von der FAO federführend vorbereitet werden, in Kürze in endgültiger Fassung vorliegen. Diese Weltempfehlungen berücksichtigen gleichzeitig die agrarstatistischen Erfordernisse in Europa, so daß auf die Entwicklung eines gesonderten Europäischen Zählungsprogramms verzichtet werden kann. Wichtige Themen im agrarstatistischen Programm der Konferenz werden in den kommenden Jahren u. a. Fragen der Statistik der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft, methodische Probleme landwirtschaftlicher Buchführungsdaten

sowie die Möglichkeiten ihrer Harmonisierung mit den Landwirtschaftsstatistiken und die Vorbereitung eines Europäischen Handbuchs über Wirtschaftskonten für die Landwirtschaft sein.

Ziel der Arbeiten im Bereich der Energiestatistik ist die Entwicklung eines statistischen Systems, das als Rahmen für den Ausbau der nationalen und internationalen Energiestatistiken dienen kann. Dieses System soll Statistiken über die Produktion, die Umwandlung, den Transport und die Verwendung von Energie in den ECE-Ländern umfassen.

Große Bedeutung mißt die Konferenz der beschleunigten Entwicklung eines Programms für Statistiken über den öffentlichen Sektor bei, das eng mit dem SNA und dem Gesamtsystem der Bevölkerungs- und Sozialstatistik (SSDS) verknüpft ist. Dabei ist eine enge Koordinierung der unterschiedlichen Anforderungen, die aus fachstatistischer Sicht an die Konzepte der Statistiken des öffentlichen Sektors zu stellen sind, ein wesentliches Erfordernis. Das Statistische Amt der UN und der Weltwährungsfonds (IMF) wollen sich bemühen, ein gemeinsames Konzept zu entwickeln, das auch die Anforderungen der OECD berücksichtigt. Bei den internationalen Arbeiten kommt der Entwicklung einer erweiterten Klassifizierung der Ausgaben des Staates nach Verwendungszwecken hohe Priorität zu.

Die Arbeitsplanung der Konferenz sieht auf dem Gebiet der Forschungsstatistik vor allem die Weiterentwicklung der Statistiken über den Mittel- und Personaleinsatz für die Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten — gemeinsam mit der UNESCO sowie der ECE-Beratergruppe für Wissenschaft und technische Forschung — vor. Zu diesem Zweck ist im Januar 1976 in Prag ein Seminar veranstaltet worden, in dem u. a. die Verbesserung der Wissenschaftsstatistiken, die Einbeziehung der Sozial- und Humanwissenschaften, die Entwicklung einer Klassifikation der Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten nach wichtigen Zweckbestimmungen und Aufgabenbereichen für den öffentlichen und privaten Sektor, Statistiken über den Transfer von Technologien, die Messung der Forschungsaktivitäten im Hochschulbereich und Fragen der Abstimmung der Wissenschaftsstatistiken mit den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen behandelt worden sind.

Mit der Herausgabe des neuen Weltprogramms für Statistiken des Binnenhandels, Gast- und Dienstleistungsgewerbes hat die Statistische Kommission der UN die Weltempfehlungen für Statistiken des Binnenhandels aus dem Jahre 1958 aktualisiert und erweitert. Das neue Weltprogramm baut weitgehend auf den Empfehlungen der Konferenz auf, die in den Europäischen Programmen für die Statistik des Binnenhandels und des Gastgewerbes sowie für die Statistik des Dienstleistungsgewerbes aus dem Jahre 1969 niedergelegt sind. Es enthält gesonderte Empfehlungen für Länder mit hoch entwickelter und für Länder mit weniger entwickelter Statistik. Das Statistische Amt der UN bereitet vereinfachte internationale Richtlinien für ein weltweites Programm der Reiseverkehrsstatistiken vor, die auf entsprechenden Richtlinien der Welthandels- und Entwicklungskonferenz der UN (UNCTAD) aus dem Jahre 1972 beruhen. Im Rahmen der Konferenz Europäischer Statistiker wird geprüft, ob der Entwurf des Weltprogramms den Erfordernissen eines Europäischen Programms auf diesem Gebiet entspricht.

Die Diskussionen der Konferenz über die Zielsetzung internationaler Arbeiten auf dem Gebiet der Unternehmensstatistiken haben gezeigt, daß in den nationalen Statistiken unterschiedliche Unternehmenseinheiten angewendet werden. In der

überwiegenden Zahl der westlichen Länder wird, wie in der Bundesrepublik Deutschland, das Unternehmen in der Definition der kleinsten rechtlich selbständigen Einheit verwendet. Ausgangspunkt für die fortführenden Arbeiten wird eine vergleichende Darstellung der in den Ländern gesammelten Unternehmensstatistiken sein, an der das Statistische Amt der UN und die Konferenz gemeinsam arbeiten.

Im Bereich der Bevölkerungs- und Sozialstatistiken konzentrieren sich die Arbeiten auf die Entwicklung von Richtlinien für ein Gesamtsystem der Bevölkerungs- und Sozialstatistik (SSDS), die Aufstellung internationaler Richtlinien für die Entwicklung Sozialer Indikatoren, die Ausarbeitung und Vervollständigung internationaler bevölkerungs- und sozialstatistischer Fachprogramme und ihre Integration als Subsysteme in das SSDS.

Die Arbeiten an dem theoretischen Konzept des Gesamtsystems der Bevölkerungs- und Sozialstatistik (SSDS) sind mit der Herausgabe der Veröffentlichung „Towards a System of Social and Demographic Statistics“ durch das Statistische Amt der UN im Jahre 1975 zu einem gewissen Abschluß gekommen. Dieses Gesamtsystem soll — ähnlich wie das System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für den Bereich der Wirtschaftsstatistiken — den Rahmen für die Koordinierung und Weiterentwicklung der Bevölkerungs- und Sozialstatistiken im weitesten Sinne bilden und ist eng mit den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen koordiniert. Das SSDS soll in seiner Struktur aus Subsystemen bestehen, in denen jeweils alle für einen Unterbereich relevanten Tatbestände, Konzepte, Definitionen, Abgrenzungen und Klassifizierungen zusammengefaßt werden. Die gegenwärtige Konzeption des SSDS sieht Subsysteme für Bevölkerung, Arbeitskräfte, Bildungswesen, Wohnverhältnisse, Gesundheitswesen, soziale Sicherheit, öffentliche Ordnung und Sicherheit, Einkommensverteilung, -verwendung und Vermögensbildung, Kultur und Freizeitverhalten vor. Große Bedeutung für Zwecke des SSDS kommt ferner der Entwicklung von Zeitbudgetstatistiken zu. Die Weiterentwicklung der Struktur des SSDS und seiner Subsysteme wird sich einmal auf die Verzahnung mit dem System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und zum andern auf Möglichkeiten der Verkettung der Subsysteme konzentrieren. Daneben soll das Schwergewicht der künftigen Arbeiten auf der Sammlung praktischer Erfahrungen in den Ländern über die Anwendungsmöglichkeiten des Systems und seiner Subsysteme für Analyse-zwecke liegen. In diesem Zusammenhang ist auch das Statistische Bundesamt als Berichterstatter tätig. Von seiten der UN und ECE ist allerdings nicht vorgesehen, aus den im SSDS beschriebenen Tatbeständen, Definitionen und Klassifikationen Vorschläge für ein Tabellenprogramm zu entwickeln. Die Ausgestaltung des Systems soll vielmehr den beteiligten Ländern überlassen werden.

Als vorrangige Aufgabe betrachtet die Konferenz die beschleunigte Entwicklung Sozialer Indikatoren, die die für den politischen Entscheidungsprozeß wichtigsten Indikatoren aus den verschiedenen Subsystemen des SSDS umfassen sollen. Zu diesem Zweck hat das Statistische Amt der UN einen Entwurf internationaler Richtlinien für Soziale Indikatoren vorbereitet, den die Konferenz behandeln wird und der anschließend der Statistischen Kommission der UN im Jahre 1976 zur Annahme vorgelegt werden soll. Auf diese Weise soll erreicht werden, daß für einen möglichst großen Kreis von Ländern ein Hilfsmittel für die Entwicklung Sozialer Indikatoren zur Verfügung steht. Mit dem entsprechenden Vorhaben der OECD besteht eine enge Koordinierung.

Im Vordergrund der Arbeiten auf den verschiedenen bevölkerungs- und sozialstatistischen Fachgebieten stehen Fragen der Bevölkerungs-, Wanderungs-, Arbeitskräfte-, Gesundheits-, Bildungs-, Kultur- und Wohnungsstatistik.

Ausgangspunkt der Tätigkeit der Konferenz auf dem Gebiet der Bevölkerungsstatistik bilden die Empfehlungen des Europäischen Seminars über Bevölkerungsstatistiken im Jahre 1971. Neben der systematischen Entwicklung des demographischen Subsystems im SSDS sollen u. a. die Vereinheitlichung des in demographischen Statistiken benutzten Bevölkerungsbegriffs sowie die Periodizität und Untergliederung von Bevölkerungsschätzungen zwischen den Volkszählungen vorrangig behandelt werden. Um den steigenden bevölkerungsstatistischen Datenbedarf in tiefer regionaler Untergliederung zu befriedigen, kommt ferner dem Aufbau automatisierter Einwohnerregister als sekundärer Datenquelle große Bedeutung zu. Im Bereich der Primärerhebungen sind auch künftig die Volkszählungen die wichtigste Quelle für demographische Angaben. Die Arbeitsplanung der Konferenz sieht die Auswertung der in den Ländern bei den Bevölkerungszählungen um 1970 gesammelten Erfahrungen sowie die Vorbereitung internationaler Empfehlungen für die Volkszählungen um 1980 vor.

Der Entwurf revidierter Empfehlungen für die Statistik der internationalen Wanderungen sowie die internationalen Leitlinien für Statistiken über die Binnenwanderung werden gegenwärtig von der Konferenz geprüft. Von besonderer Bedeutung zur Erzielung vergleichbarer Ergebnisse über internationale Wanderungen ist ein bilateralere Datenaustausch über Ein- und Auswanderungen in aggregierter Form.

Im Bereich der Arbeitskräftestatistik befaßt sich eine Berichterstattegruppe von Konferenz und ILO mit der Entwicklung des Subsystems für die auf Erwerb gerichteten Tätigkeiten im SSDS. Dabei soll auch geprüft werden, inwieweit die internationalen statistischen Standards für die aus den verschiedenen Quellen gewonnenen Arbeitskräftestatistiken ergänzt oder neue statistische Standards entwickelt werden müssen.

Auf dem Gebiet der Gesundheitsstatistik arbeitet die Konferenz eng mit der WHO an der Abgrenzung und inhaltlichen Festlegung des gesundheitsstatistischen Subsystems im SSDS zusammen. Die fortführenden Arbeiten umfassen vor allem die Entwicklung von Konten der sozialen Dienste des Gesundheitswesens, ihre Verknüpfung mit den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, die Aufstellung vorläufiger Sozialer Indikatoren für das Gesundheitswesen und die Behandlung der Dienstleistungen des Gesundheitswesens im Rahmen der Internationalen Systematik aller Waren und Dienstleistungen nach Herkunftsbereichen (ICGS).

Im Vordergrund der gemeinsam mit der UNESCO abgewickelten Arbeiten an den Bildungsstatistiken steht der Aufbau eines umfassenden Systems auf diesem Gebiet. Das künftige Arbeitsprogramm umfaßt u. a. die Ausgestaltung des bildungsstatistischen Subsystems, die Aufstellung vorläufiger Sozialer Indikatoren für den Bereich des Bildungswesens, die Behandlung der Dienstleistungen des Bildungswesens im Rahmen der ICGS und die Entwicklung individualstatistischer Datensysteme.

In einer ersten, gemeinsam mit der UNESCO im Jahre 1974 veranstalteten Sitzung über Kulturstatistiken ist über eine Bestandsaufnahme der in den ECE-Ländern vorhandenen Kulturstatistiken diskutiert und die Arbeitsplanung für ein Rahmen-

system der Kulturstatistiken festgelegt worden. Einer Klärung bedarf noch die Frage, ob die Kulturstatistiken und die Statistiken über Freizeitaktivitäten in einem Subsystem zusammengefaßt oder als gesonderte Subsysteme in das SSDS einbezogen werden sollen.

Wichtigstes Thema auf dem Gebiet der Wohnungsstatistik ist die Vorbereitung der internationalen Empfehlungen für die Wohnungszählungen um 1980. Vorgesehen ist ferner die Behandlung der Beziehungen zwischen Wohnungszählungen und laufenden Wohnungsstatistiken, die Vorbereitung des Subsystems für das Wohnungswesen im SSDS und die inhaltliche Abgrenzung der geplanten ECE-Untersuchung über die Wohnungslage in Europa um 1970.

Zu den Schwerpunkten im Arbeitsprogramm der Konferenz gehört auch der Aufbau internationaler Umwelt- und Regionalstatistiken.

Ausgehend von den Ergebnissen des ECE-Seminars über Umweltstatistiken im Jahre 1973 in Warschau soll zunächst ein Minimalprogramm entwickelt werden, das vor allem solche Umweltstatistiken umfaßt, die für politische Maßnahmen dringend benötigt werden. Die Entwicklung eines umfassenden Systems von Umweltstatistiken und die Verknüpfung mit den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen stellen eine langfristige Aufgabe dar. Grundlage für die weiteren Arbeiten wird eine Bestandsaufnahme in den Mitgliedsländern über nationale Praktiken, Erfahrungen, Pläne und Prioritäten hinsichtlich der Anforderungen auf dem Gebiet der Umweltstatistiken sein.

Das Hauptgewicht der Arbeiten auf dem Gebiet der Regionalstatistik liegt auf einem Erfahrungsaustausch zwischen den Mitgliedsländern der Konferenz. Zu diesem Zweck sind von einer Reihe von Ländern, darunter auch der Bundesrepublik Deutschland, nationale Berichte angefertigt worden, in denen u. a. die Art der Regionen, für die Statistiken benötigt werden, ferner die für die Bestimmung der verschiedenen regionalen Gebietseinheiten angewandten Kriterien, die für die unterschiedlichen regionalen Einheiten vorhandenen Statistiken und die Beziehungen zwischen dem nationalen statistischen Programm und regionalstatistischen Programmen dargestellt werden. Dieser Erfahrungsaustausch soll intensiviert und auf Fragen der Anwendung von Geocoding-Systemen, der Verwendung von Stichprobenerhebungen für Zwecke der Regionalstatistiken und der Geheimhaltung regionaler Daten erweitert werden.

Wichtige Themen im Bereich der automatisierten Datenverarbeitung sind die Fortentwicklung der Arbeiten an dem Projekt eines Integrierten Statistischen Informationssystems (ISIS) der UN sowie ausgewählte Probleme der elektronischen Datenverarbeitung auf dem Gebiet der Statistik. Das Projekt ISIS wird vom Forschungszentrum für elektronische Datenverarbeitung der UN (CRC) in Bratislava entwickelt. Im Interesse einer rationellen Arbeitsplanung muß verstärkt auf eine Koordinierung mit dem in seinen Zielsetzungen ähnlichen Vorhaben der EG hingewirkt werden.

4.4 Vereinte Nationen und ihre Sonderorganisationen auf weltweiter Ebene

Die Entwicklung und Vereinheitlichung der amtlichen Statistik in weltweitem Rahmen obliegt insbesondere der Statistischen Kommission und dem Statistischen Amt der Vereinten Nationen. Die Empfehlungen der Statistischen Kommission zur

internationalen Statistik sind in der Regel — sieht man z. B. vom SNA und einigen anderen Systemen ab — als weltweite Minimalprogramme zu betrachten, die von den regionalen Wirtschaftskommissionen der UN entsprechend den regionalen Erfordernissen weiterentwickelt werden können. Die wichtigsten statistischen Arbeiten der UN sind in den Ausführungen in Abschnitt 4.3 berührt, in dem die statistischen Arbeiten der Konferenz Europäischer Statistiker bei der ECE dargestellt werden. Da die Konferenz gleichzeitig als Hilfsorgan der Statistischen Kommission der UN fungiert, sind ihre statistischen Arbeiten mit den Vorhaben im statistischen Weltprogramm der UN abgestimmt. Das Statistische Bundesamt ist an den weltweiten statistischen Vorhaben nicht nur im Rahmen der Konferenz Europäischer Statistiker beteiligt, sondern pflegt auch enge Kontakte zum Statistischen Amt der UN.

Wichtige Impulse für die amtliche Statistik ergeben sich auch aus den von den UN veranstalteten Weltkonferenzen. Im Jahre 1974, dem Weltbevölkerungsjahr, fand die dritte Weltbevölkerungskonferenz der UN in Bukarest statt. Das wissenschaftliche Studienprogramm dieser Konferenz umfaßte neben Fragen der Verbesserung demographischer Grunddaten u. a. Untersuchungen über Verstädterung und Wanderungen, über die Bestimmungsgründe der Fruchtbarkeit, die Beziehungen zwischen demographischen, ökonomischen und sozialen Faktoren sowie über die Zusammenhänge zwischen Bevölkerung und Umwelt. Anforderungen an die Statistik ergeben sich ferner aus dem Weltaktionsplan der Weltkonferenz der UN zum Internationalen Jahr der Frau im Jahre 1975 in Mexiko, bei der die Präsidentin des Statistischen Bundesamtes der deutschen Delegation angehörte. Die Bereitstellung statistischer Indikatoren für eine umfassende Darstellung der Situation der Frauen berührt nahezu alle statistischen Fachbereiche.

Bedeutung für die amtliche Statistik kommt ferner dem Erfahrungsaustausch zu, den das Statistische Bundesamt mit der ständigen Konferenz Afrikanischer Statistiker bei der UN-Wirtschaftskommission für Afrika (ECA) und mit dem Ständigen Ausschuß für Statistik bei der UN-Wirtschafts- und Sozialkommission für Asien und den Pazifik (ESCAP, früher ECAFE) unterhält. Für Statistiker aus diesen Erdteilen hat das Statistische Bundesamt zusammen mit der Deutschen Stiftung für Internationale Entwicklung in den letzten Jahren mehrfach bevölkerungsstatistische Seminare unter Berücksichtigung der speziellen Bedürfnisse dieser Regionen veranstaltet und damit gleichzeitig einen wesentlichen Beitrag zur statistischen Entwicklungshilfe geleistet.

Mit der Vereinheitlichung der Statistiken auf weltweiter Ebene befassen sich ferner eine Reihe von Sonderorganisationen der UN innerhalb ihres Zuständigkeitsbereichs. Wichtige statistische Vorhaben der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) sind die Entwicklung des Subsystems für Erwerbsstatistiken im angestrebten Gesamtsystem der Bevölkerungs- und Sozialstatistik (SSDS) in Zusammenarbeit mit der Konferenz Europäischer Statistiker und eines integrierten Systems der Lohn- und Gehaltsstatistiken, das begrifflich mit den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen abgestimmt sein soll. Ein wichtiges Hilfsmittel zur Vereinheitlichung der Arbeitskräftestatistiken stellt die von der ILO entwickelte Internationale Standardklassifikation der Berufe (ISCO) aus dem Jahre 1968 dar. Das Statistische Bundesamt hat 1970 eine deutsche Fassung der ISCO herausgegeben. Der Stand der internationalen Erwerbsstatistiken wird auf Weltebene regelmäßig von der Internationalen Konferenz der Arbeitsstatistiker bei der ILO behandelt, die zuletzt im Jahre 1971 stattfand. Die Tätigkeit der Organisation der Vereinten Nationen für

Ernährung und Landwirtschaft (FAO) auf dem Gebiet der Landwirtschaftsstatistik vollzieht sich in Europa in enger Zusammenarbeit mit der Konferenz Europäischer Statistiker. Zu den vorrangigen statistischen Aufgaben der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) gehört der Aufbau der bildungs- und kulturstatistischen Subsysteme im SSDS sowie die Weiterentwicklung der internationalen Wissenschaftsstatistiken. Diese Vorhaben werden in enger Zusammenarbeit mit der Konferenz Europäischer Statistiker durchgeführt. Darüber hinaus widmet sich die UNESCO seit Jahren intensiv dem Aufbau und der Weiterentwicklung einer Internationalen Standardklassifikation des Bildungswesens (ISCED), die als dreistufige, nach Bildungsbereichen, Fachrichtungen und Lehrinhalten gegliederte Systematik im Entwurf vorliegt. Der Schwerpunkt der statistischen Tätigkeit der Weltgesundheitsorganisation (WHO) liegt auf der Abgrenzung und inhaltlichen Festlegung des gesundheitsstatistischen Subsystems im SSDS, ein Vorhaben, das gemeinsam mit der Konferenz Europäischer Statistiker abgewickelt wird. Grundlage international vergleichbarer Morbiditäts- und Mortalitätsstatistiken ist die Internationale Klassifikation der Krankheiten, Verletzungen und Todesursachen (ICD, 8. Revision), für die das Statistische Bundesamt deutsche Fassungen im Jahre 1968 und 1971 erarbeitet hat. Die neunte Revision der ICD ist als Ergebnis der Revisionskonferenz im Jahre 1975 verabschiedet worden. In statistischen Konferenzen bei der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO) werden regelmäßig Fragen der Vereinheitlichung der Luftfahrtstatistiken und ihrer Zusammenfassung zu einem statistischen Gesamtbild behandelt. Wichtigste statistische Zielsetzungen des Internationalen Währungsfonds (IMF) sind die Standardisierung der Statistiken über die Zahlungsbilanzen und eine laufende Verbesserung der im Balance of Payments Manual für diese Statistiken niedergelegten Empfehlungen sowie die Vorbereitung eines umfassenden Programms für Statistiken über den öffentlichen Sektor. Hinsichtlich des zuletzt genannten Vorhabens besteht eine enge Zusammenarbeit mit der Konferenz Europäischer Statistiker.

4.5 Andere internationale Organisationen

Die statistische Tätigkeit der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) konzentriert sich auf die Weiterentwicklung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, der Wissenschafts- und Forschungsstatistik, der Industriestatistik, der Reiseverkehrsstatistiken und die Fortschreibung der demographischen Vorausschätzungen, auf den Aufbau Sozialer Indikatoren, auf die Vorbereitung von Statistiken über multinationale Unternehmen und auf die Verbesserung der Statistiken über die Straßenverkehrsunfälle.

Im Bereich der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ist die OECD vor allem darum bemüht, die internationale Berichterstattung nach dem revidierten System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen der UN (SNA) zu fördern und Störungen der internationalen Vergleichbarkeit zwischen den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Mitgliedstaaten durch unterschiedliche Auslegung und Handhabung von Regeln des neuen SNA zu beseitigen. Vierteljährliche Ergebnisse aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Mitgliedstaaten werden seit 1975 in einem neuen Vierteljahresbulletin der OECD veröffentlicht. Auf dem Gebiet der Forschungsstatistik ist die zweite Revision der Allgemeinen Richtlinien für statistische Übersichten in Forschung und experimenteller Entwicklung (Frascati-Handbuch

1975) Grundlage für die Bereitstellung von Daten über nationale Aufwendungen für Forschung und Entwicklung. Das neue Handbuch sieht u. a. die Einbeziehung der Sozial- und Geisteswissenschaften vor. Die industriestatistischen Arbeiten zielen auf die Einführung eines Programms kurzfristiger Konjunkturindikatoren in die internationale Berichterstattung. Im Mittelpunkt der Diskussion über die Weiterentwicklung der Reiseverkehrsstatistiken stehen die Bereitstellung von Daten für die Jahresberichte der OECD über die Entwicklung des Reiseverkehrs in den Mitgliedstaaten sowie die Möglichkeiten zur Einbeziehung von Stichprobenerhebungen über ausländische Besucher und Haushaltsbefragungen über Urlaubs- und Erholungsreisen in das reiseverkehrsstatistische Programm der OECD. Die fortgeschriebenen Ergebnisse über die Vorausschätzung der Entwicklung der Bevölkerung und Erwerbsbevölkerung in den Mitgliedstaaten sind im Jahre 1974 unter dem Titel „Demographic Trends 1970—1985 in OECD Member Countries“ veröffentlicht worden. Basis zur Entwicklung eines Programms Sozialer Indikatoren ist das vom Rat der OECD im Jahre 1973 angenommene Verzeichnis der von den meisten Mitgliedstaaten der OECD anerkannten sozialen Anliegen, die als Kriterien des menschlichen Wohlergehens dienen können. Die Arbeiten konzentrieren sich nunmehr in ihrer zweiten Phase auf die Ausarbeitung eines Programms spezifizierter Indikatoren. Die Bereitstellung von statistischen Daten für ein Programm Sozialer Indikatoren wird Zielsetzung der dritten Arbeitsphase sein. Die Erörterungen über die statistische Erfassung multinationaler Unternehmen sind zunächst auf die Erarbeitung von Definitionen gerichtet. Im Rahmen der bei der OECD tätigen Europäischen Verkehrsministerkonferenz (CEMT) werden Fragen der Verbesserung der nationalen Verkehrsunfallstatistiken und ihrer analytischen Auswertung behandelt.

Im Vordergrund der statistischen Arbeiten des Europarates steht die Verwendung bevölkerungsstatistischer Daten für demographische und soziale Analysen. In den beiden vom Europarat veranstalteten Europäischen Bevölkerungskonferenzen spielten sie eine wichtige Rolle. Zur Verwirklichung der in diesen Konferenzen erarbeiteten Empfehlungen ist eine Arbeitsgruppe demographischer Experten eingerichtet worden, die die demographischen Trends mit ihren Konsequenzen in den Mitgliedstaaten verfolgen und für die Bereitstellung entsprechenden statistischen Materials sorgen soll. Zu erwähnen sind ferner die Bemühungen des Europarates zur Verbesserung und Weiterentwicklung der Statistiken über die kommunale Finanzwirtschaft und den Haushaltsvergleich.

Beim Brüsseler Zollrat wird seit einigen Jahren am sogenannten Harmonisierten System zur Bezeichnung und Codierung der Waren (HS) gearbeitet, das gegebenenfalls einmal als einheitliches, weltweites System die zahlreichen unterschiedlichen Systematiken im Außenhandel ersetzen soll. Sowohl im Rahmen der EG als auch der Konferenz Europäischer Statistiker ist eine stärkere Beteiligung von Statistikern an der Entwicklung des HS gefordert worden, da neben zolltechnischen Gesichtspunkten in verstärktem Maße produktionswirtschaftliche und andere Aspekte Berücksichtigung finden sollten.

Im Rahmen der Zentralkommission für die Rheinschifffahrt (ZKR), die zu den ältesten europäischen Organisationen zählt, und der Donaukommission (CD) werden regelmäßig Fragen der Verbesserung und Vervollständigung der Statistiken über den Schiffsverkehr auf den genannten Wasserstraßen erörtert.

Neben den erwähnten amtlichen Organisationen befaßt sich auch eine Reihe nicht-amtlicher internationaler Vereinigungen intensiv mit Problemen der Statistik. Hervor-

zuheben sind das Internationale Statistische Institut (ISI) sowie die Internationale Vereinigung zur Erforschung des Volkseinkommens (IARIW). Das ISI, die älteste internationale Einrichtung für die Zusammenarbeit der Statistiker, fungiert als wissenschaftliches Forum für den Gedankenaustausch der Statistiker aller Fachrichtungen. Zu den Generalthemen der 40. ISI-Sitzung im Jahre 1975 in Warschau gehörten u. a. Fragen der Datengewinnung, -verarbeitung und -auswertung sowie des Datenschutzes, der statistischen Forschung, der Genauigkeit von Statistiken und der Entwicklung integrierter statistischer Informationssysteme. Die IARIW hat es sich zur Aufgabe gemacht, vor allem die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und damit zusammenhängende Statistikbereiche methodisch und praktisch weiterzuentwickeln. Diskussionsthemen ihrer letzten Generalversammlung im Jahre 1975 waren Probleme der Wohlstands-, Kapitalstock- und Preismessung, der statistischen Erfassung von Umweltveränderungen sowie der Definition und Messung der Armut.

Anhang

Übersicht über die seit März 1971 verkündeten Rechtsgrundlagen

Seit Herausgabe des Berichts für die 19. Tagung des Statistischen Beirats am 12. und 13. Mai 1971 bis Ende März 1976 sind 78 Rechtsgrundlagen für Bundesstatistiken bzw. Statistiken der Europäischen Gemeinschaften (EG) verkündet worden, und zwar 26 Gesetze, 23 Verordnungen, 16 EG-Verordnungen, 9 EG-Richtlinien und 4 EG-Entscheidungen.

Davon betreffen folgende Rechtsgrundlagen laufende Statistiken:

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Lohnstatistik vom 4. August 1971, BGBl. I S. 1217 (Änderung des Gesetzes über die Lohnstatistik vom 18. Mai 1956, BGBl. I S. 429, zur Anpassung der Termine der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung an entsprechende EG-Erhebungen und Einführung einer Statistik der Brutto-Jahresverdienste);

Bundesgesetz über individuelle Förderung der Ausbildung (Bundesausbildungsförderungsgesetz — BAföG) vom 26. August 1971, BGBl. I S. 1409 — § 55 Statistik — (Durchführung einer Bundesstatistik über die Ausbildungsförderung);

Gesetz über eine Bundesstatistik für das Hochschulwesen (Hochschulstatistikgesetz — HStatG) vom 31. August 1971, BGBl. I S. 1473 (Durchführung laufender Bundesstatistiken im Hochschulbereich und Errichtung einer hochschulstatistischen Datenbank);

Gesetz zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze — KHG — vom 29. Juni 1972, BGBl. I S. 1009 — § 28 Abs. 2 (Auskunftspflicht zu statistischen Angaben und Rechtsverordnungs-ermächtigung des BMJFG);

Zweites Gesetz zur Änderung des Viehzählungsgesetzes vom 1. Juni 1973, BGBl. I S. 509 (Anpassung des Gesetzes an die Vorschriften der Richtlinie Nr. 68/161/EWG des Rates vom 27. März 1968, Amtsbl. der EG Nr. L 76 S. 13);

Gesetz zur Änderung des Fleischbeschaugesetzes vom 5. Juli 1973, BGBl. I S. 709 — § 25a Abs. 2 Statistik — (Redaktionelle Änderung);

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Finanzstatistik vom 12. Juli 1973, BGBl. I S. 773 (Ausdehnung des Erhebungsbereichs sowie des Merkmalskatalogs der Finanzstatistiken, u. a. durch Einführung von Statistiken der Finanzplanungen, der Verpflichtungen, der Umlagen und Umlagesätze sowie Erweiterung der Schulden- und Personalstatistiken);

Geflügelfleischhygienegesetz (GFIHG) vom 12. Juli 1973, BGBl. I S. 776 — § 34 Statistik — (Einführung einer Bundesstatistik über die Untersuchungsergebnisse von Schlachtgeflügel und Geflügelfleisch);

Gesetz zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes und des Arbeitsförderungsgesetzes vom 14. November 1973, BGBl. I S. 1637 (Auf Empfehlung des Bundesrates in den Gesetzentwurf eingeführte Erweiterung des Katalogs der statistischen Daten in § 55 Abs. 2 BAföG);

Gesetz über eine Statistik des grenzüberschreitenden Güterkraftverkehrs vom 21. Dezember 1973, BGBl. I S. 1987 (Erfassung des Güterkraftverkehrs an den Grenzzollstellen);

- Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Maßnahmen zur Förderung des deutschen Films (§ 16a) vom 27. Februar 1974, BGBl. I S. 437 (Einführung einer jährlichen Statistik im Bereich der Filmwirtschaft);
- Gesetz zur Änderung des Gesetzes über eine Geflügelstatistik vom 17. April 1974, BGBl. I S. 972 (Anpassung an die Verordnungen (EWG) Nr. 1349/72 des Rates und (EWG) Nr. 2335/72 der Kommission);
- Gesetz zur Weiterentwicklung des Schwerbeschädigtenrechts (§ 38a 1 — Statistik) vom 24. April 1974, BGBl. I S. 981 — jetzt § 51 in der Fassung der Bekanntmachung des Schwerbehindertengesetzes vom 29. April 1974, BGBl. I S. 1005 — (Auf Initiative des Bundesrates in den Gesetzentwurf eingefügte Bestandsstatistik über die Behinderten sowie über eine jährliche Leistungsstatistik über durchgeführte Rehabilitationsmaßnahmen);
- Fünftes Gesetz zur Reform des Strafrechts (5. Str.RG) — Art. 4 Bundesstatistik — vom 18. Juni 1974, BGBl. I S. 1297 (Auf Empfehlung des Sonderausschusses für die Strafrechtsreform eingefügte Bundesstatistik über die unter den Voraussetzungen der §§ 218a und 218b StGB vorgenommenen Schwangerschaftsabbrüche. Durch Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist § 218a StGB jedoch teilweise für nichtig erklärt und § 218b in seiner Anwendbarkeit erweitert worden);
- Zweites Gesetz zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (2. BAföG ÄndG) — § 55 Statistik — vom 31. Juli 1974, BGBl. I S. 1649 (Vorschlag des Bundesrates, die Namen der Geförderten nicht mehr zu erfassen);
- Gesetz über Umweltstatistiken vom 15. August 1974, BGBl. I S. 1938 (Erhebungen zur Erfassung von Planungsdaten über Umweltbelastung und Umweltschutzmaßnahmen);
- Gesetz über die Agrarberichterstattung (Agrarberichterstattungsgesetz — AgrBG) vom 15. November 1974, BGBl. I S. 3161 (Gewinnung landwirtschaftlicher Strukturdaten zwischen den in zehnjährigen Abständen durchgeführten Landwirtschaftszählungen);
- Gesetz über die statistische Erfassung der in den Geltungsbereich dieses Gesetzes verbrachten festen Brennstoffe vom 29. November 1974, BGBl. I S. 3345 (Unbefristete Weiterführung der bisher durch Verordnung geregelten Erhebung);
- Gesetz über eine Pressestatistik vom 1. April 1975, BGBl. I S. 777 (Erhebung zur Gewinnung einer Übersicht über die Struktur der Zeitungs- und Zeitschriftenverlage und die wirtschaftliche Entwicklung der Tagespresse);
- Gesetz über die Durchführung einer Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens (Mikrozensus) vom 15. Juli 1975, BGBl. I S. 1909 (Fortführung der bisherigen Mikrozensuserhebungen und Anpassung der Periodizität und Erhebungsmerkmale an neue Anforderungen);
- Gesetz über eine Schlachtungs- und Schlachtgewichtsstatistik vom 29. August 1975, BGBl. I S. 2305 (Anpassung der Statistiken an die Bestimmungen der EG und ihre Regelung in einem Gesetz);
- Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe vom 6. November 1975, BGBl. I S. 2779 (Neuregelung der Statistik des Produzierenden Gewerbes in Angleichung an das EG-Recht, Vereinheitlichung und Weiterentwicklung der

Statistiken für Industrie, Handwerk, Baugewerbe und Energie- und Wasserwirtschaft, jährliche Erhebungen über die Kostenstruktur, Zusammenfassung in einem Gesetz anstelle der bisherigen Einzelschriften);

Gesetz zur Förderung von Wohnungseigentum und Wohnbesitz im sozialen Wohnungsbau vom 23. März 1976, BGBl. I S. 737 — § 32 Bewilligungsstatistik — (Einfügung der bisher nach dem BauStatG vom 20. August 1960 — BGBl. I S. 704 — durchgeführten Bewilligungsstatistik);

Verordnung über die statistische Erfassung der in den Geltungsbereich dieser Verordnung verbrachten festen Brennstoffe vom 16. Juli 1971, BAnz Nr. 135 vom 27. Juli 1971 (Fortführung der Erhebung für zunächst weitere drei Jahre);

Vierte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Statistik des grenzüberschreitenden Warenverkehrs vom 19. Mai 1972, BGBl. I S. 809 (Anpassung der statistischen Anmeldevorschriften an entsprechende Vorschriften der EG, an die Neunzehnte VO zur Änderung der Außenwirtschaftsverordnung sowie an inzwischen geänderte Zollvorschriften);

Zweite Verordnung zur Änderung der Dritten Verordnung zur Durchführung des Weinwirtschaftsgesetzes vom 2. August 1972, BGBl. I S. 1368 (Anpassung der Meldetermine an die der Verordnungen (EWG) Nr. 134/62 und Nr. 1136/70);

Verordnung über eine Düngemittelstatistik vom 20. November 1972, BGBl. I S. 2144 (Fortführung der Erhebung für zunächst weitere drei Jahre);

Verordnung über die Durchführung einer Statistik über den Auftragseingang in der Industrie vom 4. Januar 1973, BGBl. I S. 12 (Fortführung der Erhebung für zunächst weitere drei Jahre);

Verordnung über die Durchführung einer Statistik über den Auftragsbestand in der Industrie vom 4. Januar 1973, BGBl. I S. 13 (Fortführung der Erhebung für zunächst weitere drei Jahre);

Verordnung über die Durchführung einer Statistik über die Investitionen in der Industrie und im Bergbau vom 5. Juni 1973, BGBl. I S. 518 (Fortführung der Erhebung für zunächst drei Jahre unter Einschränkung des Repräsentationsgrades);

Verordnung über die Durchführung einer Statistik über die Investitionen im Bauhauptgewerbe und im produzierenden Handwerk vom 5. Juni 1973, BGBl. I S. 517 (Fortführung der Erhebung für zunächst drei Jahre unter Einschränkung des Repräsentationsgrades);

Verordnung zur Änderung der Verordnung zum Gesetz über die Luftfahrtstatistik vom 12. November 1973, BGBl. I S. 1675 (Einbeziehung des Flugplatzes Saarbrücken-Ensheim in die Luftfahrtstatistik);

Verordnung über die Durchführung einer Statistik über den Auftragseingang im Bauhauptgewerbe vom 19. Dezember 1973, BGBl. I S. 1981 (Fortführung der Erhebung für zunächst weitere drei Jahre);

Verordnung über die Durchführung einer Statistik über den Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe vom 19. Dezember 1973, BGBl. I S. 1982 (Fortführung der Erhebung für zunächst weitere drei Jahre);

- Fünfte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Statistik des grenzüberschreitenden Warenverkehrs vom 4. April 1974, BGBl. I S. 837 (Anpassung der Außenhandelsstatistik an die Regelung und Terminologie des Zollrechts);
- Verordnung zur Änderung der Fleischbeschau-Statistik-Verordnung vom 20. Januar 1975, BGBl. I S. 287 (Änderung der Muster A und B der Anlage zur Fleischbeschau-Statistik-Verordnung);
- Verordnung über die Ermittlung der Schlüsselzahlen für die Aufteilung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer für die Jahre 1975, 1976 und 1977 vom 20. Juni 1975, BGBl. I S. 1544;
- Verordnung nach § 5 Abs. 3 Nr. 1 des Gesetzes über Umweltstatistiken (Abwasser-schädlichkeitsverordnung) vom 10. Juli 1975, BGBl. I S. 1895 (Vorläufige Begriffsbestimmung der „Schädlichkeit des Abwassers“);
- Verordnung über eine Düngemittelstatistik vom 28. Januar 1976, BGBl. I S. 236 (Unveränderte Fortführung der Erhebung für zunächst 1½ Jahre);
- Verordnung (EWG) Nr. 1445/72 des Rates vom 24. April 1972 über das Warenverzeichnis für die Statistik des Außenhandels der Gemeinschaft und des Handels zwischen ihren Mitgliedstaaten (NIMEXE), Amtsbl. der EG Nr. L 161, S. 1 (Einführung eines Warenverzeichnisses);
- Verordnung (EWG) Nr. 1349/72 des Rates vom 27. Juni 1972 über die Erzeugung von und den Verkehr mit Bruteiern und Küken von Hausgeflügel, Amtsbl. der EG Nr. L 148, S. 7 (Erweiterung der Geflügelstatistik);
- Verordnung (EWG) Nr. 2335/72 der Kommission vom 31. Oktober 1972 zur Anwendung der Verordnung (EWG) Nr. 1349/72 des Rates über die Erzeugung von und den Verkehr mit Bruteiern und Küken von Hausgeflügel, Amtsbl. der EG Nr. L 252, S. 1 (Durchführungsbestimmungen zur VO (EWG) Nr. 1349/72);
- Verordnung (EWG) Nr. 3616/73 der Kommission vom 21. Dezember 1973 zur Änderung des Warenverzeichnisses für die Statistik des Außenhandels der Gemeinschaft und des Handels zwischen ihren Mitgliedstaaten (NIMEXE), Amtsbl. der EG Nr. L 368, S. 1 (Änderung des Anhangs der Verordnung (EWG) Nr. 1445/72 des Rates);
- Verordnung (EWG) Nr. 677/74 des Rates vom 21. März 1974 zur Durchführung einer Erhebung über die Verdienste der ständig in der Landwirtschaft beschäftigten Arbeiter, Amtsbl. der EG Nr. L 83, S. 4 (Stichprobenerhebung zur Feststellung von Niveau und Entwicklung der Löhne in der Landwirtschaft und ihres Vergleichs mit der Industrie);
- Verordnung (EWG) Nr. 3281/74 der Kommission vom 4. Dezember 1974 zur Änderung des Warenverzeichnisses für die Statistik des Außenhandels der Gemeinschaft und des Handels zwischen ihren Mitgliedstaaten (NIMEXE), Amtsbl. der EG Nr. L 351 (Anpassung an den Gemeinsamen Zolltarif und an die Entwicklung im Außenhandel);
- Verordnung (EWG) Nr. 1103/75 des Rates vom 28. April 1975 über die Durchführung einer Erhebung über die Verdienste der ständig in der Landwirtschaft beschäftigten Arbeiter, Amtsbl. der EG Nr. L 110, S. 2 (Wiederholung der mit

Verordnung (EWG) Nr. 677/74 des Rates im Jahre 1974 durchgeführten Stich-
probenerhebung);

Verordnung (EWG) Nr. 1736/75 des Rates vom 24. Juni 1975 über die Statistik
des Außenhandels der Gemeinschaft und des Handels zwischen ihren Mitglied-
staaten, Amtsbl. der EG Nr. L 183, S. 3 (Harmonisierung von Methoden und
Begriffsbestimmungen sowie des Zeitplans der Aufbereitung);

Verordnung (EWG) Nr. 3065/75 des Rates vom 24. November 1975 zur Ände-
rung der Verordnung (EWG) Nr. 1445/72 über das Warenverzeichnis für
die Statistik des Außenhandels der Gemeinschaft und des Handels zwischen
ihren Mitgliedstaaten (NIMEXE), Amtsbl. der EG Nr. L 307, S. 1 (Unmittelbare
Anwendung der NIMEXE für die ursprünglichen Mitgliedstaaten der EG ab
1. Januar 1976);

Richtlinie des Rates vom 26. Juli 1971 über die von den Mitgliedstaaten durch-
zuführenden statistischen Erhebungen zur Ermittlung des Produktionspotentials
bestimmter Baumobstanlagen (71/286/EWG), Amtsbl. der EG Nr. L 179, S. 21
(Statistik in Abständen von fünf Jahren zur Erfüllung der Aufgaben, die der
Kommission durch die gemeinsame Marktorganisation für Obst und Gemüse
übertragen worden sind);

Richtlinie des Rates vom 30. Mai 1972 zur Durchführung koordinierter Konjunktur-
statistiken in der Industrie und im warenproduzierenden Handwerk (72/211/
EWG), Amtsbl. der EG Nr. L 128, S. 28 (Monatliche und vierteljährliche Erhe-
bungen für die Konjunktur- und Wirtschaftsbeobachtung);

Richtlinie des Rates vom 6. Juni 1972 zur Durchführung koordinierter jährlicher
Erhebungen über die Tätigkeit der Industrie (72/221/EWG), Amtsbl. der EG
Nr. L 133, S. 57 (Einholung von statistischen Jahresdaten zur Erstellung von
Statistiken über die industrielle Struktur und die Produktionstätigkeit in den
Mitgliedstaaten);

Richtlinie des Rates vom 31. Juli 1972 betreffend die von den Mitgliedstaaten
durchzuführenden statistischen Erhebungen über Milch und Milcherzeugnisse
(72/280/EWG), Amtsbl. der EG Nr. L 179, S. 2 (Erhebungen zur Erfüllung der
Aufgaben, die der Kommission durch die gemeinsame Marktorganisation für
Milch und Milcherzeugnisse übertragen worden sind);

Richtlinie des Rates vom 31. Juli 1972 zur Festlegung ergänzender Vorschriften
betreffend die von den Mitgliedstaaten durchzuführenden Erhebungen über die
Schweineerzeugung (72/281/EWG), Amtsbl. der EG Nr. L 179, S. 5 (Festlegung
einheitlicher Methoden und Stichtage für die Erhebungen über die Schweine-
bestände);

Richtlinie des Rates vom 15. Mai 1973 betreffend die statistischen Erhebungen
über den Rinderbestand, die Vorausschätzungen über den Schlachtrinderanfall
und Statistiken über die Schlachtung von Rindern, die von den Mitgliedstaaten
durchzuführen sind (73/132/EWG), Amtsbl. der EG Nr. L 153, S. 25 (Erhebung
zur Erfüllung der Aufgaben, die den EG aus der gemeinsamen Marktorganisation
für Rindfleisch erwachsen);

Richtlinie des Rates vom 10. April 1974 zur Änderung der Richtlinie 71/286/EWG
über die von den Mitgliedstaaten durchzuführenden statistischen Erhebungen
zur Ermittlung des Produktionspotentials bestimmter Baumobstanlagen (74/195/

EWG), Amtsbl. der EG Nr. L 101, S. 66 (Ergänzung der Termine für die Erhebung und Übermittlung der Ergebnisse);

Richtlinie des Rates vom 20. Januar 1975 über die Durchführung einer Struktur-erhebung 1975 im Rahmen eines Erhebungsprogramms zur Untersuchung der Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe (75/108/EWG), Amtsbl. der EG Nr. L 42, S. 21 (Aufstellung eines Programms von Gemeinschaftserhebungen für die Jahre 1975 bis 1980);

Entscheidung der Kommission vom 18. Oktober 1972 über Durchführungsbestimmungen bezüglich der statistischen Erhebungen über Milch und Milcherzeugnisse (72/356/EWG), Amtsbl. der EG Nr. L 246, S. 1 (Durchführungsbestimmungen zur Richtlinie 72/280/EWG vom 31. Juli 1972);

Entscheidung der Kommission vom 24. Juli 1973 über Durchführungsbestimmungen zu den von den Mitgliedstaaten durchzuführenden statistischen Erhebungen über den Rinderbestand, Vorausschätzungen über den Schlachtrinderanfall und Statistiken über die Schlachtung von Rindern (73/262/EWG), Amtsbl. der EG Nr. L 253, S. 5 (Durchführungsbestimmungen zur Richtlinie des Rates 73/132/EWG vom 15. Mai 1973);

Entscheidung der Kommission vom 2. Oktober 1975 über die Festlegung der Definitionen für den Merkmalskatalog und die Liste der landwirtschaftlichen Erzeugnisse für eine Struktur-erhebung 1975 im Rahmen eines Erhebungsprogramms über die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe (75/682/EWG), Amtsbl. der EG Nr. L 301, S. 8;

Entscheidung der Kommission vom 2. Oktober 1975 über die Festlegung des einheitlichen Kodes und der Durchführungsbestimmungen betreffend die Übertragung auf Magnetbänder der Angaben der Struktur-erhebung 1975 (75/623/EWG), Amtsbl. der EG Nr. L 275.

Für einmalige oder in größeren Zeitabständen durchzuführende Statistiken wurden folgende Rechtsgrundlagen verkündet:

Gesetz über die Durchführung einer Repräsentativstatistik auf dem Gebiete des Wohnungswesens und des Städtebaus (Wohnungsstichprobengesetz 1972) vom 7. Dezember 1971, BGBl. I S. 1945 (1%-Wohnungsstichprobe über die Gebäude und Wohnungen, ihre Lage im Gemeindegebiet, über die Wohnungsver-sorgung, die Wohnparteien und deren Miet- und Einkommensverhältnisse sowie den Wohnungsbedarf);

Gesetz zur Vorbereitung der Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1975 vom 3. Mai 1974, BGBl. I S. 1039 (Repräsentativerhebung zur methodischen und technischen Vorbereitung der Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstätten-zählung 1975);

Gesetz über die Statistik der Straßen in den Gemeinden 1976 vom 7. April 1975, BGBl. I S. 830 (Erfassung von Fahrbahnen und Brücken sowie vorhandenem Parkraum in Anlehnung an die Erhebung 1971);

Vierte Verordnung über Zusatzprogramme zum Mikrozensus vom 22. Dezember 1971, BGBl. I S. 2158 (Festlegung der Zusatzprogramme für die Jahre 1972, 1973 und 1974);

Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Statistik der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte vom 21. März 1972, BGBl. I S. 481 (Wiederholung der zuletzt 1969 durchgeführten Einkommens- und Verbrauchsstichprobe im Jahre 1973);

Vierte Verordnung über die Durchführung einer Sondererhebung zur Lohnstatistik vom 24. April 1972, BGBl. I S. 729 (Bestimmung der Wirtschaftsbereiche für die Durchführung der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1972);

Verordnung zur Durchführung einer Zusatzstatistik auf dem Gebiet der Sozialhilfe über laufende Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt vom 24. April 1972, BGBl. I S. 730 (Einmalige Repräsentativerhebung mit einem Auswahlatz von 28% der Empfänger);

Verordnung zur Durchführung der Bodennutzungshaupterhebung 1974 vom 23. Januar 1974, BGBl. I S. 109 (Anpassung der Erhebung an statistische Vorhaben der EG);

Verordnung zur Durchführung einer Erhebung über Arten und Umfang der betrieblichen Altersversorgung vom 11. März 1974, BGBl. I S. 681 (Einmalige Repräsentativerhebung);

Verordnung über die Durchführung einer Statistik über die Struktur des Personals in der Jugendhilfe vom 23. August 1974, BGBl. I S. 2084 (Personalstrukturerhebung nach dem Stand vom 30. April 1974 bei den Trägern der öffentlichen, freien und privaten gewerblichen Jugendhilfe);

Verordnung (EWG) Nr. 2259/71 des Rates vom 19. Oktober 1971 über die Durchführung einer Lohnerhebung in der Industrie, Amtsbl. der EG Nr. L 238, S. 1 (Stichprobenerhebung zur Gewinnung eines Überblicks über die Arbeitskosten sowie die Einkommen der Arbeitnehmer);

Verordnung (EWG) Nr. 2395/71 des Rates vom 8. November 1971 zur Durchführung einer Erhebung über Struktur und Verteilung von Löhnen und Gehältern in der Industrie, Amtsbl. der EG Nr. L 249, S. 52 (Wiederholung der Gemeinschaftserhebung gemäß Verordnung Nr. 188/64/EWG des Rates vom 12. Dezember 1964 — Amtsbl. der EG Nr. 214, S. 3634 — und ihre Ausdehnung auf die Angestellten);

Verordnung (EWG) Nr. 2723/72 des Rates vom 19. Dezember 1972 zur Durchführung einer Stichprobenerhebung über Arbeitskräfte, Amtsbl. der EG Nr. L 291, S. 35 (Erhebung bei 60 000 bis 100 000 Haushalten im Frühjahr 1973);

Verordnung (EWG) Nr. 3192/73 des Rates vom 22. November 1973 über eine Arbeitskostenerhebung im Groß- und Einzelhandel, im Bank- und im Versicherungsgewerbe, Amtsbl. der EG Nr. L 326, S. 1 (Gemeinschaftserhebung wie zuletzt 1970 auf Grund der Verordnung (EWG) Nr. 2053/69 durchgeführt);

Verordnung (EWG) Nr. 178/74 des Rates vom 21. Januar 1974 zur Durchführung einer Erhebung über Struktur und Verteilung der Löhne und Gehälter im Groß- und Einzelhandel, im Bank- und im Versicherungsgewerbe, Amtsbl. der EG Nr. L 21, S. 2 (Gemeinschaftserhebung wie 1966 und 1972 in Ausführung der Verordnungen Nr. 188/64/EWG und (EWG) Nr. 2359/71 durchgeführt);

Verordnung (EWG) Nr. 2640/74 des Rates vom 15. Oktober 1974 zur Durchführung einer Stichprobenerhebung über Arbeitskräfte, Amtsbl. der EG Nr. L 283, S. 3 (Wiederholung der in den Jahren 1968 bis 1971 und 1973 durchgeführten Erhebungen);

Verordnung (EWG) Nr. 328/75 des Rates vom 10. Februar 1975 über die Durchführung einer Arbeitskostenerhebung in der Industrie, Amtsbl. der EG Nr. L 37, S. 1 (Wiederholung der für das Jahr 1972 durchgeführten Stichprobenerhebung);

Richtlinie des Rates vom 22. November 1973 zur Synchronisierung der allgemeinen Volkszählungen (73/403/EWG), Amtsbl. der EG Nr. L 347, S. 50 (Festlegung auf einen gemeinsamen Zeitraum für die VZ 1981).

**Tagungen beim Statistischen Bundesamt
im Zeitraum Anfang März 1971 bis Ende Februar 1976**

Bezeichnung	Anzahl der		Wichtigste Besprechungspunkte
	Tagungen	Sitzungs- tage	
Statistischer Beirat	4	5	<p>19. Tagung Besonderes Thema: Möglichkeiten und Grenzen der statistischen Erfassung der Vermögensbestände und ihrer Verteilung. Ausgewählte wichtige Probleme des laufenden Arbeitsprogramms: Weiterführung des Mikrozensus, Ausbau der Bildungsstatistik, insbesondere der Hochschulstatistik, Ausbau der Morbiditätsstatistik, laufende Agrarberichterstattung, Beschäftigtenstatistik, Statistiken auf dem Gebiet des Umweltschutzes.</p> <p>20. Tagung Besonderes Thema: Langfristiges Programm der Bundesstatistik. Ausgewählte Fragen der amtlichen Statistik: Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1975; Regionalstatistik.</p> <p>21. Tagung Besonderes Thema: Messung der Lebensqualität und amtliche Statistik (Darstellung der Ziele und Konzepte der Sozialberichterstattung und ihrer Verbindung zur amtlichen Statistik aus der Sicht der Wissenschaft; Überblick über den Stand der Arbeiten der Bundesregierung auf dem Gebiet der Sozialen Indikatoren; Möglichkeiten und Grenzen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen bei der Messung der Lebensqualität). Ausgewählte Fragen der amtlichen Statistik: Stand der Arbeiten an neuen bzw. erweiterten oder geänderten statistischen Vorhaben, insbesondere Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1975, Vereinheitlichung und Zusammenfassung der Statistiken im Produzierenden Gewerbe sowie Umweltstatistiken. Wichtige Probleme des laufenden Arbeitsprogramms, u. a. Terminverzögerungen bei kurzfristigen Wirtschafts- und Konjunkturstatistiken, Diskrepanz zwischen Aufgaben und Mitteln der Statistischen Ämter, Prioritätensetzung.</p> <p>22. Tagung Besonderes Thema: Das Gesamtsystem der Erwerbstätigkeitsstatistik. Weitere ausgewählte Arbeiten im Rahmen der Amtsarbeit: Überblick über die eingeleiteten Maßnahmen zur Straffung des Arbeitsprogramms der amtlichen Statistik; Umstellung der Preis- und Mengenindizes auf ein neues Basisjahr, Verzögerungen bei der Bereitstellung kurzfristiger Konjunkturindikatoren.</p>

**Tagungen beim Statistischen Bundesamt
im Zeitraum Anfang März 1971 bis Ende Februar 1976**

Bezeichnung	Anzahl der		Wichtigste Besprechungspunkte
	Tagungen	Sitzungstage	
Arbeitskreis Auslandsstatistik	5	5	Berichte über die Arbeiten der allgemeinen Auslandsstatistik und der auslandsstatistischen Arbeitsgebiete der Fachabteilungen; Arbeitsplanungen und -vorhaben der anstehenden Jahre mit Festlegung der jeweiligen Schwerpunkte; auslandsstatistisches Programm für die Statistische Datenbank.
Arbeitskreis für Fragen der mathematischen Methodik	1	2	Methoden der Zeitreihenanalyse, insbesondere die wahrscheinlichkeitstheoretisch fundierten Ansätze des „Berliner Verfahrens“.
Arbeitskreis für maschinelle Aufbereitung	19	38	Arbeits- und Zeitpläne für die Aufbereitungsarbeiten in den Statistischen Landesämtern; Vergabe von Programmierarbeiten; programmier- und ablauftechnische Fragen der im Berichtszeitraum anfallenden Statistiken; Änderung und Neufassung der Richtlinien für die statistische Verbundprogrammierung; Einführung höherer Programmiersprachen; Zusammenarbeit der Statistischen Ämter beim Aufbau von Statistischen Datenbanken; Erarbeitung von Richtlinien für die Zusammenarbeit von Fachabteilungen und Programmierung / Maschineller Aufbereitung.
Amtsleiterkonferenz	10	17	<p>Diskrepanz zwischen wachsenden Anforderungen an die amtliche Statistik und unzureichender Kapazität der Statistischen Ämter, Maßnahmen zur Angleichung von Anforderungen und Kapazität; Initiativen des Bundes und der Länder zur Straffung des Arbeitsprogramms der amtlichen Statistik; Bericht über die Arbeiten des Abteilungsleiterausschusses Statistik; längerfristiges Arbeitsprogramm; Fragen der Programm- und Arbeitsablaufplanung, Rationalisierung der Arbeitsabläufe; Datenbereitstellung unter modernen technischen Bedingungen, Weitergabe von nicht veröffentlichtem Material auf Datenträgern.</p> <p>Zusammenarbeit bei der Führung von Statistischen Datenbanken, Stellung der amtlichen Statistik in den Informationssystemen des Bundes und der Länder.</p> <p>Probleme der Regionalstatistik, u. a. Möglichkeiten der Anwendung von Schätzverfahren, Konzepte für kleinräumliche Gliederungen.</p> <p>Umstellung und Erweiterung der Statistiken im Produzierenden Gewerbe, Statistiken auf dem Gebiet des Umweltschutzes, Beschäftigtenstatistik, Bestrebungen zur Neuordnung der Statistiken im Bildungsbereich.</p>

**Tagungen beim Statistischen Bundesamt
im Zeitraum Anfang März 1971 bis Ende Februar 1976**

Bezeichnung	Anzahl der		Wichtigste Besprechungspunkte
	Tagungen	Sitzungstage	
Fachausschuß Statistische Datenbank	1	1	Diskussion des fachlichen und technischen Konzepts der Statistischen Datenbank, insbesondere Aufgabenstellung, Benutzerkreis, Art des einzuspeichernden Materials und Datenpflege, Auswahl der Daten und Berechnungsverfahren, Hilfsmittel für die Benutzer, Abgrenzung zum Veröffentlichungsprogramm und Einordnung der Statistischen Datenbank in das gesamte automatisierte Informationssystem der öffentlichen Verwaltung.
Arbeitskreise „Konjunkturstatistisches Programm“ und „Programm langer Reihen“ der Statistischen Datenbank	1	1	Spezifizierung der Datenauswahl für ein konjunkturstatistisches Programm und ein Programm langer Reihen der Statistischen Datenbank; Festlegung von Prioritäten für die Einspeicherung der Reihen.
Fachausschuß Systematiken ¹⁾	3	4	Revision der Systematik der Wirtschaftszweige, u. a. zum Zwecke der Anpassung an die „Allgemeine Systematik der Wirtschaftszweige in den Europäischen Gemeinschaften (NACE)“; Verabschiedung der revidierten Fassung der Abteilungen 1—3 (Produzierendes Gewerbe); Diskussion des Entwurfs eines Warenverzeichnisses für den Binnenhandel; Neuausgabe des Warenverzeichnisses für die Industriestatistik.
Fachausschuß Regionalstatistik ²⁾	2	2	Rahmenkonzept für die Weiterentwicklung der Regionalstatistik, Konkretisierung der Anforderungen an die Regionalstatistik, Fragen der regionalen Gliederung statistischer Informationen, Anwendung kleinräumlicher Gliederungssysteme, Mitarbeit an regionalen Analysen und Prognosen, Bericht über die Entwicklung ausgewählter Projekte zur Verbesserung der Datengewinnung und -darbietung, Entwicklung von Schätzmethoden, Regionalstatistisches Programm der Statistischen Datenbanken.
Fachausschuß Finanz- und Steuerstatistik	5	10	Durchführung der durch die Novellierung des Gesetzes über die Finanzstatistik angeordneten neuen statistischen Vorhaben, Einzelprobleme im Zusammenhang mit der vorgesehenen Erweiterung des Berichtskreises, u. a. durch Einbeziehung von Berichtsstellen mit kaufmännischer Buchführung, Sozialversicherungsträgern usw., Rationalisierungsmöglichkeiten bei der Haushaltsansatzstatistik und der Finanzplanungsstatistik, Umstellung der Kommunalfinanzstatistiken ab 1974; Programme der Steuerstatistiken sowie der Statistiken über öffentliche Schulden und das Personal im öffentlichen Dienst, Sonderuntersuchungen zum Gemeindefinanzreformgesetz im Rahmen der Lohn- und Einkommensteuerstatistik 1974; Beiträge der Finanz-

¹⁾ Darunter eine Tagung gemeinsam mit dem Fachausschuß „Industrie- und Handwerksstatistik“. — ²⁾ Die erste Tagung fand noch unter der Bezeichnung „Arbeitskreis“ statt.

**Tagungen beim Statistischen Bundesamt
im Zeitraum Anfang März 1971 bis Ende Februar 1976**

Bezeichnung	Anzahl der		Wichtigste Besprechungspunkte
	Tagungen	Sitzungstage	
Arbeitskreis Methodik und Systematik der Finanzstatistik ¹⁾	7	7	<p>und Steuerstatistik, der Schulden- und Personalstatistik sowie der Geld- und Kreditstatistiken zur Statistischen Datenbank; Aktualisierung der Statistik der Boden- und Kommunalkreditinstitute, Umstellung des Aktienindex.</p> <p>Vorbereitung und Durchführung der durch die Novellierung des Gesetzes über die Finanzstatistik angeordneten neuen Vorhaben, Erfassung und Abgrenzung der neuen Berichtskreise, Einbeziehung von staatlichen Einrichtungen mit Sonderrechnungen, Einbeziehung kaufmännisch buchender Berichtsstellen; Rationalisierungsmöglichkeiten in der Finanzstatistik, Möglichkeiten und Konsequenzen einer Einstellung der Haushaltsansatzstatistik und ihres Ersatzes durch die Finanzplanungsstatistik; Konsequenzen aus dem Hochschulstatistikgesetz für die Finanzstatistik; Probleme der Bearbeitung der finanzstatistischen Unterlagen bei zunehmender Verlagerung und Abrechnung der staatlichen und kommunalen Haushalte auf EDV-Anlagen; funktionsgerechte Darstellung der Nettoausgaben; Fragen der Neugestaltung der Gemeindefinanzstatistik infolge der Novellierung des kommunalen Haushaltsrechts und der kommunalen Haushaltssystematik; Auswirkungen der Gebietsreformen auf die Kommalfinanzstatistik.</p>
Fachausschuß Landwirtschaftsstatistik	3	3	<p>Stand und Ablauf der Arbeiten an der Landwirtschaftszählung 1971; Konzept der geplanten laufenden Agrarberichterstattung und damit zusammenhängende methodische und organisatorische Fragen; Erörterung wichtiger neuer Vorhaben, insbesondere der Neugestaltung der Bodennutzungserhebungen, der EG-Strukturerhebung 1975, der Umstellung der Viehzählungen, der Umweltstatistiken in der Viehhaltung sowie der Statistik der durchschnittlichen Kaufwerte für landwirtschaftlichen Grundbesitz; Überlegungen zum Programm der Agrarberichterstattung 1977, der EG-Strukturerhebung 1977 und der Landwirtschaftszählung 1979; Konsequenzen aus der Zurückstellung der Novellierung des Bodennutzungsgesetzes.</p>
Arbeitskreis Verfahrensfragen der Erntestatistik	5	12	<p>Probleme der künftigen Gestaltung der Ernterberichterstattung über pflanzliche Erzeugnisse, insbesondere Ablösung des bisherigen Bezirksverfahrens durch eine Betriebsberichterstattung, Bedeutung und Zuverlässigkeit der im Rahmen der Ernterberichterstattung ermittelten Wachstumstandnoten, Änderungen in den Merkbüchern für die Ernterberichterstattung; Einzelfragen der Boden-</p>

¹⁾ Darunter eine Tagung gemeinsam mit dem Arbeitskreis „Berufsstatistik“ und der Arbeitsgemeinschaft „Berufsklassifizierung“.

**Tagungen beim Statistischen Bundesamt
im Zeitraum Anfang März 1971 bis Ende Februar 1976**

Bezeichnung	Anzahl der		Wichtigste Besprechungspunkte
	Tagungen	Sitzungstage	
			nutzungs- und Gemüseerhebungen, Probleme der Ertragsschätzung beim Grünland und bei landwirtschaftlichen Zwischenfrüchten, Termine zur Meldung von Auswinterungsschäden beim Getreide; Verfahrensfragen der Obsterntermittlung für den Bereich des Marktofbstbaus, Berechnung der Obsternte, u. a. Auswahl der Basiszahlen; Auswirkungen der Änderungen der Qualitätsvorschriften im Weinbau für die Weinmosternteberichterstattung.
Fachausschuß Industrie- und Handwerksstatistik einschl. Umweltstatistiken ¹⁾	7	13	<p>Vereinheitlichung und Zusammenfassung der Statistiken im Produzierenden Gewerbe: Information über den Stand der Arbeiten und der Gesetzgebung, Aufbau einer Kartei für Unternehmen und Betriebe unter Anwendung eines einheitlichen Nummerungssystems.</p> <p>Methodische Änderungen und Stand der Arbeiten bei der Umstellung der Indizes im Produzierenden Gewerbe auf das Basisjahr 1970, Ergebnisse und Methoden der Indizes der Auftragseingänge und -bestände im Bauhauptgewerbe sowie von Reichweitenberechnungen.</p> <p>Vorbereitung einer Arbeitsstättenzählung, Probleme der Verzahnung mit der geplanten Gebäude- und Wohnungszählung.</p> <p>Erörterung des Entwurfs eines Gesetzes über Umweltstatistiken, Beratung der Erhebungsunterlagen und Tabellenprogramme der geplanten Umweltstatistiken, Unterrichtung über den Stand der Vorwegaufbereitung der Statistiken der Abfallbeseitigung und der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung, Diskussion des Aufbereitungstabellenprogramms für die Jahreseerhebungen 1975.</p>
Arbeitskreis kurzfristiges Berichtssystem im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe	3	4	<p>Methodische und technische Fragen zur Durchführung der künftigen kurzfristigen Erhebungen: Gestaltung der Erhebungsunterlagen, aufbereitungstechnische Probleme, wie Schätzung von Antwortausfällen und Plausibilitätskontrollen, Veröffentlichungsfragen des kurzfristigen Berichtssystems, Fragen zum Übergang vom derzeitigen auf das neue Berichtssystem, insbesondere Möglichkeiten für Zusatzaufbereitungen und Rückrechnungen.</p>
Arbeitskreis kurzfristige Statistiken in der Energie- und Wasserversorgung	1	1	<p>Beratung von Fragebogen und Erläuterungen für die kurzfristige Statistik im Bereich der öffentlichen Energie- und Wasserversorgung; Bestimmung wichtiger Erhebungseinheiten und -merkmale.</p>

¹⁾ Darunter eine Tagung gemeinsam mit dem Fachausschuß „Systematiken“.

**Tagungen beim Statistischen Bundesamt
im Zeitraum Anfang März 1971 bis Ende Februar 1976**

Bezeichnung	Anzahl der		Wichtigste Besprechungspunkte
	Tagungen	Sitzungstage	
Arbeitskreis Umstellung und Erweiterung der kurzfristigen Statistiken im Baugewerbe	5	9	Erhebungsunterlagen, Liefer- und Veröffentlichungstabellenprogramme zur künftigen Monatsstatistik einschließlich Totalerhebung im Bauhauptgewerbe sowie zur Monaterhebung und zur Juni-Zusatzerhebung im Ausbaugewerbe; Verzeichnisse der maschinellen Plausibilitätskontrollen; Einbeziehung des Fertigteilbaus in die Produktionsstatistik; Möglichkeiten des Ersatzes von Antwortausfällen; technische Fragen des Übergangs vom derzeitigen auf das neue System der Bauberichterstattung, insbesondere Probleme der Verknüpfung der Reihen nach der Umstellung des Berichtssystems.
Arbeitskreis Jahreserhebungen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe (Kostenstrukturstatistik)	3	3	Allgemeine Information über Aufgaben und Ziele der geplanten Jahreserhebung; inhaltliche und formale Gestaltung der Erhebungsunterlagen sowie Test der Erhebungspapiere.
Arbeitskreis Jahreserhebungen in der Energie- und Wasserversorgung (Kostenstrukturstatistik)	2	2	Gestaltung von Fragebogen und Erläuterungen der Kostenstrukturstatistik in der öffentlichen Energie- und Wasserversorgung; Erfahrungsaustausch über den Test des Erhebungsbogens; Diskussion einer überarbeiteten Fassung des Erhebungsbogens für die Kostenstrukturstatistik.
Arbeitskreis Jahreserhebungen im Baugewerbe (Kostenstrukturstatistik)	1	1	Gestaltung der Fragebogen und Erläuterungen für die jährliche Kostenstrukturerhebung für das Bauhauptgewerbe und das Ausbaugewerbe.
Arbeitskreis Investitions-erhebung im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe, Unternehmens-erhebung im Baugewerbe	3	5	Beratung der Erhebungspapiere, der Plausibilitätskontrollen, der Aufbereitungs- und der Veröffentlichungstabellenprogramme für die Investitions-erhebungen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe sowie im Baugewerbe.
ad hoc-Arbeitskreis Kartei im Produzierenden Gewerbe	2	3	Fachliche und technisch-methodische Fragen des Aufbaus einer Kartei im Produzierenden Gewerbe; Verwendung und Umfang der Kartei, Festlegung der Merkmale; Vorgehen beim Aufbau und Führen der Kartei.
ad hoc-Arbeitskreis Fertigbau	1	1	Einbeziehung des Fertigteilbaus in die künftigen Erhebungen des Bauhauptgewerbes, Gestaltung der Fragebogen.
Arbeitskreis Wasserwirtschaft	4	4	Probleme der Merkmalsbeschreibung, der Erfassung der Einwohnergleichwerte des gewerblichen Abwassers sowie der Erfassung der Menge, Behandlung, Verwendung und Beseitigung des Klärschlammes, Art und Wirkungsgrad der Abwasserbehandlung; Mehrfachnutzung von Wasser; Detailfragen zu den Erhebungsunterlagen für die Wasser- und Abwasserstatistik.

**Tagungen beim Statistischen Bundesamt
im Zeitraum Anfang März 1971 bis Ende Februar 1976**

Bezeichnung	Anzahl der		Wichtigste Besprechungspunkte
	Tagungen	Sitzungstage	
Arbeitskreis Abfallwirtschaft	5	5	Beratung des Erhebungsumfangs und -bereichs der Abfallstatistiken, Definition des Abfallbegriffs, Aufstellung eines Abfallartenkatalogs, Methoden zur Ermittlung von Abfallmengen; Festlegung der zu berücksichtigenden Abfallbehandlungsarten.
Arbeitskreis Umweltschutzzinvestitionen	3	3	Abgrenzung und Definition der Investitionen für den Umweltschutz; Überlegungen zur Aufstellung sowie Beratung eines Kataloges von dem Umweltschutz dienenden Anlagegütern; Detailfragen zu den Erhebungsunterlagen für die Statistik der Umweltschutzzinvestitionen.
Arbeitskreis Arbeitsstättenzählung 1975	1	1	Abschließende Erörterung des Aufbaus des Fragebogens und des Inhalts des Tabellenprogramms für die Arbeitsstättenzählung 1975.
Fachausschuß Handels- und Verkehrstatistik	1	1	Fragen der Statistiken des Handels, des Gastgewerbes und des Reiseverkehrs, insbesondere die Weiterentwicklung der Binnenhandelsstatistiken.
Arbeitskreis Außenhandelsstatistik	4	5	Harmonisierung der Methoden der Außenhandelsstatistik in den Europäischen Gemeinschaften (EG), Weiterführung der Außenhandelsstatistik nach Aufhebung der Kontrollen an den Binnengrenzen der EG, neues Warenverzeichnis sowie neue Anmeldepapiere für die Außenhandelsstatistik, Umstellung auf ein neues Basisjahr bei der Index- und Volumeberechnung, Fragen im Zusammenhang mit der neuen EG-Verordnung 1736/75, die den Rahmen für eine Harmonisierung der Außenhandelsstatistiken der EG-Länder schafft.
Arbeitskreis Statistiken des Handels und Gastgewerbes	1	1	Einzelfragen zum Konzept der künftigen Binnenhandelsstatistik; Umstellung der laufenden Berichterstattung im Handel und Gastgewerbe auf einen neuen Berichtsfirmenkreis.
Arbeitskreis Reiseverkehrsstatistiken	6	7	Grundsatzfragen der stufenweisen Fortentwicklung der bestehenden Reiseverkehrsstatistiken zu einem abgerundeten Gesamtsystem reiseverkehrsstatistisch relevanter Daten unter Einbeziehung von Daten außerhalb der amtlichen Statistik; Probleme der Haushaltsbefragungen über Urlaubs- und Erholungsreisen sowie Kurzreisen und Tagesausflüge im Rahmen des Mikrozensus; Detailfragen der laufenden Beherbergungsstatistik, insbesondere im Hinblick auf die Neuabgrenzung des Berichtskreises.
Arbeitskreis Seeschiffahrtstatistik	3	5	Erörterung von Grundsatzfragen im Zusammenhang mit der geplanten Novellierung des Gesetzes über die Statistik der Seeschiffahrt sowie der mit diesem Gesetz geplanten Einführung einer Unternehmensstatistik; Probleme der Erfassung, Aufbereitung und Darstellung des Schiffs-, Güter- und Personenverkehrs über See.

Tagungen beim Statistischen Bundesamt
im Zeitraum Anfang März 1971 bis Ende Februar 1976

Bezeichnung	Anzahl der		Wichtigste Besprechungspunkte
	Tagungen	Sitzungstage	
Arbeitskreis Personenbeförderung im Straßenverkehr	1	1	Erfassungsprobleme, insbesondere hinsichtlich der Verkehrsleistungen von Unternehmen, die einem Verkehrsverbund angehören, Änderungsvorschläge zum Veröffentlichungsprogramm.
Arbeitskreis Güterverkehr mit Kraftfahrzeugen	1	1	Erhebungsumfang, Erhebungsmethode, Erhebungspapiere und Tabellenprogramm der Statistik des grenzüberschreitenden Güterkraftverkehrs, die ab 1974 auf neuer Rechtsgrundlage durchgeführt wird.
Arbeitskreis Statistiken des Personenverkehrs und der Kraftfahrzeugfahrleistungen 1974	1	1	Überblick über den Stand der Gesetzgebung, den Erhebungsumfang und die Erhebungsmethode der geplanten Statistik; Gründung von Arbeitsgruppen zur Behandlung von Einzelfragen.
Arbeitskreis Straßenverkehrsunfallstatistik	3	4	Umorganisation des Meldeverfahrens der Straßenverkehrsunfälle durch die Polizei, Abstimmung des Merkmalskatalogs; Verbesserung der Unfallursachenstatistik, Erörterung eines überarbeiteten Ursachenverzeichnisses; Beratung eines ab Januar 1975 vorgesehenen modifizierten Erhebungs- und Aufbereitungsprogramms durch Einführung einer „Verkehrsunfallanzeige“ mit zusätzlichen Merkmalen über Art und Ursache von Straßenverkehrsunfällen.
Fachausschuß Preis- und Lohnstatistik	3	3	Novellierung des Preisstatistischen Gesetzes; erste Erfahrungen mit multiplen Regressionsanalysen zur Ausschaltung von Qualitätsänderungen im zeitlichen Preisvergleich; Stand der Arbeiten auf dem Gebiet der Preisstatistiken; Umstellung der Indizes auf das Basisjahr 1970; Stand der Arbeiten an der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung in der gewerblichen Wirtschaft und im Dienstleistungsbereich 1972 und der Personalkostenerhebung 1972; Abwicklung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969 sowie Erörterung der Erhebungsverfahren und -papiere und des Schlußinterviews der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1973.
Fachausschuß Bevölkerungsstatistik	3	6	Stand und Fortgang der Arbeiten an der Auswertung der Volkszählung 1970; Auswirkungen der Automation im Einwohnerwesen auf die laufende Bevölkerungsstatistik; Probleme bei der statistischen Auswertung des Ausländerzentralregisters; Zusatzbefragungen zum Mikrozensus bis 1974 und Weiterentwicklung des Mikrozensus; Konkretisierung des bevölkerungsstatistischen Teils der geplanten Gebäude- und Wohnungszählung 1975; Gründe des Geburtenrückgangs sowie regionale Unterschiede in der Geburtenhäufigkeit.
Arbeitskreis Sterbetafeln	2	3	Wahl des Beobachtungszeitraums, der Berechnungs- und Ausgleichsmethoden für die Allgemeine Sterbetafel 1970/72 für die Bundesrepublik Deutschland.

Tagungen beim Statistischen Bundesamt
im Zeitraum Anfang März 1971 bis Ende Februar 1976

Bezeichnung	Anzahl der		Wichtigste Besprechungspunkte
	Tagungen	Sitzungstage	
Arbeitskreis Berufsstatistik ¹⁾	3	6	Möglichkeiten der Entwicklung neuer Tätigkeitsklassifikationen unter Ausnutzung der Ergebnisse und Erfahrungen aus der Volkszählung 1970 und dem Mikrozensus; Merkmalskatalog für die berufsstatistischen Fragestellungen im Grundprogramm des Mikrozensus; berufsstatistische Aspekte der Beschäftigtenstatistik; Weiterentwicklung der Berufs- und Berufsbildungsstatistik; aktuelle Fragen der Verschlüsselung der Berufe in Statistiken für den öffentlichen Dienst; Verschlüsselung der ausgeübten Tätigkeit des Personals im öffentlichen Dienst für die Beschäftigtenstatistik, die Personalstandstatistik sowie für Zwecke von Personaldateien.
ad hoc-Arbeitskreis Ermittlung und Fortschreibung der Hauptwohnsitzbevölkerung	2	2	Rechtliche, statistisch-methodische und technisch-organisatorische Fragen der laufenden Bevölkerungsstatistiken aus der zu erwartenden Zusammenarbeit mit den automatisierten Einwohnerregistern.
Fachausschuß Sozialstatistik	1	1	Grundsätzliche Fragen der Personalstrukturerhebung 1974 in der Jugendhilfe; Stand der Zusatzstatistik über laufende Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt in der Sozialhilfe 1972; Einführung eines Individualzählblattes in der Jahresstatistik der Jugendhilfe; Plan einer Bundesstatistik der Obdachlosen, Nichtseßhaften und Zigeuner.
Arbeitskreis Sozialhilfe-statistik	3	6	Diskussion der Erhebungsunterlagen für die Zusatzstatistik über laufende Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt in der Sozialhilfe 1972; Probleme der Jahresstatistik der Kriegsofferfürsorge, insbesondere im Zusammenhang mit der Änderung des Bundesversorgungsgesetzes; Fragen der laufenden Jahresstatistik der Sozialhilfe, insbesondere Probleme, die sich für die Statistik aus der zweiten und dritten Novelle zum Bundessozialhilfegesetz und dem Strafrechtsreform-Ergänzungsgesetz sowie aus der Einführung der neuen kommunalen Haushaltssystematik ergeben.
Arbeitskreis Jugendhilfe-statistik	2	4	Erhebungskonzept, Erhebungsunterlagen und Tabellenprogramm für die Personalstrukturerhebung 1974 in der Jugendhilfe; Erarbeitung und Diskussion des Individualzählblattes und des Tabellenprogramms für die laufende Jahresstatistik der öffentlichen Jugendhilfe.
Fachausschuß Bau- und Wohnungstatistik	4	7	Vervollständigung und Verbesserung der Bau-berichterstattung im Rahmen der Vereinheitlichung und Zusammenfassung der Statistiken im Produzierenden Gewerbe; Fragen der Erhebungseinhei-

¹⁾ Darunter eine Tagung gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft „Berufsklassifizierung“ und dem Arbeitskreis „Methodik und Systematik der Finanzstatistik“.

**Tagungen beim Statistischen Bundesamt
im Zeitraum Anfang März 1971 bis Ende Februar 1976**

Bezeichnung	Anzahl der		Wichtigste Besprechungspunkte
	Tagungen	Sitzungstage	
			<p>ten, des Erhebungsumfangs, der Periodizität sowie der Merkmalskataloge für die einzelnen Statistiken über die bauausführende Wirtschaft; Einbeziehung des Ausbaugewerbes, des Eigenbaus von Industrieunternehmen und des Fertigteilbaus in den Erhebungsbereich; Gestaltung der Erhebungsunterlagen und Tabellenprogramme für die Statistiken des kurzfristigen Systems, die Jahreserhebungen und die Kostenstrukturserhebungen.</p> <p>Diskussion und abschließende Beratung des Konzepts für die Reform der Bautätigkeitsstatistik, insbesondere der Kataloge für die Infrastrukturbauten und Bauwerksarten.</p> <p>Unterrichtung über die fachlichen Vorarbeiten sowie über arbeitsorganisatorische Fragen der Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1975, Erörterung der Grundzüge der Aufbereitung und des Aufbaus der Tabellenprogramme.</p>
Ausschuß Statistik des Gesundheitswesens	2	2	<p>Tabellenprogramm für den statistischen Nachweis von Körpergewicht, Körperlänge und erkennbaren Fehlbildungen bei Geborenen; Probleme der geplanten Patienten- und Diagnosenstatistik in Akut- und psychiatrischen Krankenhäusern; Erhebungs- und Auswertungsunterlagen für die 1%-Mikrozensus-Zusatzerhebungen über Krankheiten und Unfälle sowie über körperliche, geistige und seelische Behinderungen von Kindern im April 1974.</p>
Ausschuß Rechtspflegestatistik	2	4	<p>Fragen der angestrebten Zusammenarbeit zwischen Bundeszentralregister und Strafverfolgungsstatistik; Möglichkeiten einer Umgestaltung der Bewährungshilfestatistik und ihrer Ergänzung um eine Führungsaufsichtstatistik.</p>
Ausschuß Statistik des Bildungswesens	1	3	<p>Ausweitung der Hochschulstatistiken auf Grund des Hochschulstatistikgesetzes; Mitarbeit der amtlichen Statistik am Bildungsgesamtplan; Fragen der Gliederung des Schul- und Hochschulwesens; rechtliche und statistische Abgrenzung von Bildungsinstitutionen und Erhebungsmerkmalen.</p>
Sonstige Gremien: Projektgruppe Zählwerk 1975	4	6	<p>Ablauf der Vorbereitungsarbeiten; Grundsatzfragen des Datenflusses, des Ordnungssystems, der Zusammenführung, der Plausibilitätskontrollen und der 10%-Auswahl; Umfang und Aufbau des Tabellenprogramms; manuelle und maschinelle Datenflußpläne, Arbeits- und Zeitplan sowie Inhalt und Umfang der Probeerhebungen.</p>

**Tagungen beim Statistischen Bundesamt
im Zeitraum Anfang März 1971 bis Ende Februar 1976**

Bezeichnung	Anzahl der		Wichtigste Besprechungspunkte
	Tagungen	Sitzungstage	
Arbeitsgruppe Arbeitsorganisation	7	13	Arbeitsorganisation und Planungstechniken, insbesondere Anwendbarkeit von Netzplänen; Datenflußpläne; Nummerungssysteme für Statistiken; Probleme der Arbeitsablaufplanung und -überwachung, Entwicklung eines Meldesystems für drohende Terminverzögerungen; Spezifizierung von Tabellen; Aufbewahrungsfristen für Daten auf Datenträgern.
Nachrichtlich:			
Ausschuß für die Hochschulstatistik	12	12	Stufenplan für die Durchführung des Hochschulstatistikgesetzes (HStatG); Arbeitsprogramme und -methoden der Unterausschüsse; methodische und organisatorische Probleme der nach dem HStatG durchzuführenden Einzelstatistiken, Vorbereitung der künftigen Individualerhebung des Personals an Hochschulen sowie der individualisierten Erhebung der Prüfungen; Neukonzeption der Hochschulzugangsstatistik, Möglichkeiten zur Beschleunigung der Studentenstatistik; Einführung abgestimmter Fächergruppen-, Studienbereichs- und Studiengangsgliederungen. Beratung und Verabschiedung der gemäß § 21 HStatG den gesetzgebenden Körperschaften alle zwei Jahre zu erstattenden Berichte über die Arbeiten des Ausschusses.
Summe 1971/76	179	266	
davon: 1975/76	30	44	
1974/75	42	62	
1973/74	43	62	
1972/73	33	49	
1971/72	31	49	

**Verzeichnis
der Mitglieder des Statistischen Beirats
(Stand April 1976)**

Vorsitzende

Präsidentin Dr. Bartels Statistisches Bundesamt	6200 Wiesbaden Gustav-Stresemann-Ring 11 Postfach 5528 Tel. (061 21) 7051
--	--

Bundesministerien, Bundesbehörden

VA Dahms Bundeskanzleramt	5300 Bonn 1 Postfach Tel. (022 21) 1051
Vortragender Leg. Rat I. Kl. Dr. Dufner Auswärtiges Amt	5300 Bonn Adenauerallee 99—103 Postfach Tel. (022 21) 171
Min. Dirig. Kirchner Bundesministerium des Innern (Ständiger Vertreter: RD Pohl)	5300 Bonn-Tannenbusch Hohe Straße 73 Tel. (022 21) 66 20 93—97
Min. Rat Dr. Sturm Bundesministerium der Justiz (Ständiger Vertreter: Min. Rat Götz)	5300 Bonn-Bad Godesberg Stresemannstraße 6 Postfach Tel. (022 21) 581
Min. Dirig. Dr. Blatzheim Bundesministerium der Finanzen (Ständiger Vertreter: Min. Rat Dr. Friebe)	5300 Bonn Rheindorfer Straße 108 Tel. (022 21) 791
Min. Dirig. Dr. Raabe Bundesministerium für Wirtschaft (Ständiger Vertreter: Min. Rat Dr. Kolfenbach)	5300 Bonn-Duisdorf Villemombler Straße 76 Postfach Tel. (022 21) 761
Min. Dirig. Dr. Pfeleiderer Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (Ständiger Vertreter: Min. Rat Hix)	5300 Bonn-Duisdorf Rochusstraße 1 Postfach Tel. (022 21) 751
Min. Rat Dr. Berié Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung	5300 Bonn-Duisdorf Rochusstraße 1 Postfach Tel. (022 21) 741
Min. Rat Dr. Michel Bundesministerium der Verteidigung	5300 Bonn-Duisdorf Hardthöhe Postfach 161 Tel. (022 21) 201 61

Min. Rat Bangert Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit (Ständige Vertreterin: Frau RDn Krämer)	5300 Bonn-Bad Godesberg 1 Kennedyallee 105—107 Postfach 490 Tel. (02221) 8341
Min. Rat Dr. Gleißner Bundesministerium für Verkehr (Ständige Vertreter: RD Legat und Fidelak)	5300 Bonn-Bad Godesberg 1 Kennedyallee 72 Tel. (02221) 861
Min. Rat Hecker Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen	5300 Bonn 1 Adenauerallee 81 Tel. (02221) 146040
Min. Rat Menge Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	5300 Bonn-Bad Godesberg Deichmanns Aue Tel. (02221) 832251
Regierungsdirektor Dr. von Berg Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Ständiger Vertreter: VA Franzky)	5300 Bonn-Bad Godesberg Kölner Straße 140 Postfach 120250 Tel. (02221) 1071
Frau Regierungsdirektorin Quante Bundesministerium für Forschung und Technologie	5300 Bonn-Bad Godesberg Stresemannstraße 2 Tel. (02221) 591
Min. Rat Dr. Freund Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft (Ständiger Vertreter: ORR Wetzel)	5300 Bonn-Bad Godesberg Stresemannstraße 2 Tel. (02221) 571
Dipl.-Kfm. Gebauer Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit	5300 Bonn 1 Friedrich-Ebert-Allee 114—116 Tel. (02221) 1031
Frau Regierungsdirektorin Dr. Riethmüller Bundesrechnungshof	6000 Frankfurt am Main Berliner Straße 51 Postfach 2409 Tel. (0611) 21761
Min. Rat Gschwendtner Deutsche Bundesbahn	6000 Frankfurt am Main Friedrich-Ebert-Anlage 43—45 Tel. (0611) 2656266
Bundesbankdirektor Dr. Hanau Deutsche Bundesbank	6000 Frankfurt am Main Wilhelm-Epstein-Straße 14 Postfach 2633 Tel. (0611) 1581

Leiter der Statistischen Landesämter

Dir. Dr. Mohr Stat. Landesamt Schleswig-Holstein	2300 Kiel Mühlenweg 166 Postfach Tel. (0431) 40711
---	---

Dr. Hruschka Stat. Landesamt Hamburg	2000 Hamburg 11 Steckelhörn 12 Tel. (040) 36811
Abt. Dir. Dr. Kraus Niedersächsisches Landesverwaltungsamt — Statistik —	3000 Hannover Auestraße 14 Postfach 107 Tel. (0511) 44461
Ltd. Reg. Dir. Dr. Matti Stat. Landesamt Bremen	2800 Bremen 1 An der Weide 14—16 Postfach 101309 Tel. (0421) 3611
Präsident Benker Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen	4000 Düsseldorf Ludwig-Beck-Straße 23 Postfach 1105 Tel. (0211) 62181
Präsident Dr. Benz Hessisches Stat. Landesamt	6200 Wiesbaden Rheinstraße 35—37 Postfach Tel. (06121) 3681
Präsident Dr. Nellesen Stat. Landesamt Rheinland-Pfalz	5427 Bad Ems Mainzer Straße 15/16 Tel. (02603) 711
Präsident Prof. Dr. Szameitat Stat. Landesamt Baden-Württemberg	7000 Stuttgart Böblinger Straße 68 Postfach 898 Tel. (0711) 6651
Präsident Dr. Scheingraber Bayerisches Stat. Landesamt	8000 München 2 Neuhauser Straße 51 Tel. (089) 21191
Dir. Dr. Kunkel Stat. Amt des Saarlandes	6600 Saarbrücken Hardenbergstraße 3 Postfach 409 Tel. (0681) 5929
Dir. Prof. Dr. Hanisch Stat. Landesamt Berlin	1000 Berlin 31 Fehrbelliner Platz 1 Tel. (030) 870591

Kommunale Spitzenverbände

Dezernent Wimmer Deutscher Städtetag	5000 Köln 51 Lindenallee 13—17 Tel. (0221) 37711
Referent Dr. Meichsner Deutscher Landkreistag	5300 Bonn Adenauerallee 136 Tel. (02221) 226055

Erster Beigeordneter Dr. Rehn
Deutscher Städte- und Gemeindebund

4000 Düsseldorf
Kaiserswerther Str. 199—201
Tel. (0211) 482048

Ständiges Gastmitglied:

Direktor Bamberger
Deutscher Städtetag
(Persönliche Anschrift: Statistisches
Amt der Stadt Köln, 5 Köln,
Johannisstraße 72—80, Johannishaus)

5000 Köln 51
Lindenallee 13—17
Tel. (0221) 37711

Gewerbliche Wirtschaft und Arbeitgeberverbände

Dr. Peckolt
Bundesverband der Deutschen
Industrie e.V. (Persönliche Anschrift:
4300 Essen-Bredeney, Taunusbogen 13)

5000 Köln 51
Oberländer Ufer 84—88
Tel. (0221) 37081

Dr. Hartmann
Deutscher Industrie- und Handelstag

5300 Bonn
Adenauerallee 148
Tel. (02221) 20241

Dr. Vogt
Zentralverband des Deutschen
Handwerks

5300 Bonn
Johanniterstraße 1
Tel. (02221) 231041

Dr. Oehler
Hauptgemeinschaft des Deutschen
Einzelhandels

5000 Köln
Sachsenring 89
Tel. (0221) 35121

Dr. Stahlmann
Bundesverband des Deutschen Groß-
und Außenhandels e.V.

5300 Bonn
Kaiser-Friedrich-Straße 13
Tel. (02221) 24161

Dir. Prof. Dr. Müller-Lutz
Gesamtverband der Versicherungs-
wirtschaft e.V. (Persönliche Anschrift:
Vorstandsmitglied der Allianz
Versicherungs-Aktiengesellschaft,
8 München 22, Königinstraße 28,
Tel. (089) 38001)

5000 Köln
Ebertplatz 1
Tel. (0221) 733956

Dipl.-Volkswirt Siegmund
Arbeitsgemeinschaft Energie (AGE)
(Persönliche Anschrift: Bundesverband
der deutschen Gas- u. Wasserwirtschaft
e.V. (BGW), 6 Frankfurt am Main,
Theodor-Heuss-Allee 90—98)

6000 Frankfurt am Main
Theodor-Heuss-Allee 90—98
Postfach 900945
Tel. (0611) 701064

Dipl.-Politologe Bretschneider
Bundesvereinigung der Deutschen
Arbeitgeberverbände

5000 Köln 51
Oberländer Ufer 72
Tel. (0221) 380171

Sachregister

Das Sachregister enthält hauptsächlich Hinweise auf die im Text erwähnten Statistiken. Um das Auffinden der Textstellen, in denen die einzelnen Statistiken behandelt werden, zu erleichtern, sind auch Bezeichnungen für Wirtschaftsbereiche — z. B. Landwirtschaft, Produzierendes Gewerbe, Verkehr — sowie für größere Sachgebiete, z. B. Bevölkerung, Erwerbstätigkeit, Einkommen, mit entsprechenden Untergliederungen aufgenommen worden.

A

Abfall- und Abwasserbeseitigung, Statistiken der	33, 67
Abiturientenbefragung	42, 70, 71
Abteilungsleiterausschuß Statistik	8, 30, 107
Administrative Gebiets- einheiten	33, 50, 61, 68
Ältere Mitbürger	12
Agrarbericht- erstattung 10, 19, 21, 28, 47, 61, 63, 109	
Agrarstatistiken (siehe Landwirtschaft)	
Agrarstrukturhebung (EG) 29, 61, 62, 109	
Aktiengesellschaften (Bilanzstatistik) . .	25
Altersversorgung in der Wirtschaft, Statistik über die betriebliche	46
Arbeitsablaufplanung	9, 97, 98
Arbeitskosten (siehe Personalkosten)	
Arbeitskräfteerhebung — in der Forstwirtschaft	19, 110
— in der Landwirtschaft	19, 61, 116
Arbeitskräftefestichprobe (EG)	18, 114
Arbeitsorganisation	9, 96
Arbeitsprogramm, statistisches	8
Arbeitsstättenzählung	8, 18, 24, 45, 65
Auftragsbestandsstatistik	32
Auftragseingangstatistik	32
Ausbildungsabsichten der Eltern für ihre Kinder, Mikrozensus-Zusatzerhebung	14, 43
Ausbildungsstand	12
Ausländer	12, 14, 15, 17, 74, 114
Ausländerzentralregister	14
Auslandsstatistik — Datenbankprogramm	78
— Länderberichte	51
— Länderkurzberichte	51
Außenhandelsstatistik	24, 26, 111
Auswertung von statistischen Ergebnissen	11, 77
Automation des Einwohnerwesens	10, 13, 50, 59, 119
Automatisierte Verwaltungsunterlagen, Datengewinnung aus	9, 10, 16, 50

B

Basisjahr	27
Bauberichterstattung	33
Baumobstanlagen, Erhebung zur Ermittlung des Produktions- potentials	30, 62, 110
Baupreisstatistik	27
Bauwirtschaft (siehe auch Produzieren- des Gewerbe) — Bauberichterstattung	33
— Bautätigkeitsstatistik	33
— Bewilligungsstatistik	33
— Systematik der Bauwerke	33, 93
Beherbergungsstatistik (siehe Reise- verkehr)	
Behindertenstatistik	40
Beirats- und Fachausschußarbeit	99, 135
Berliner Verfahren	23
Berufliche Mobilität der Frauen, Mikrozensus-Zusatzerhebung	14
Berufsbildungsbericht	43, 72
Berufsbildungsgesetz	43, 69, 72
Berufsbildungsstatistik	18, 43, 69, 72
Berufszählung	17
Beschäftigten- und Entgelt- statistik	10, 14, 16, 46, 50, 59, 73, 76
Beschäftigung	16
— Arbeitsstättenzählung	18
— Beschäftigten- und Entgelt- statistik	16, 73, 76
— Dienstleistungsbereich	20, 40
— Handel und Gastgewerbe	19
— Landwirtschaft	19
— Öffentlicher Dienst	20, 43, 75
— Produzierendes Gewerbe	19
— Verkehr	20
Bevölkerung — Ausländerstatistik	14
— Bevölkerungsbewegung, natürliche .	14
— Bevölkerungsfortschreibung	12
— Bevölkerungswissenschaftliche Analysen	15
— Bundesinstitut für Bevölkerungs- forschung	15
— Gebäude- und Wohnungs- zählungen	12, 15

Bevölkerung	
— Gesamtsystem der Bevölkerungs- und Sozialstatistik . . .	11, 20, 58, 105, 115, 118
— Harmonisierung der Bevölkerungsstatistik (EG)	114
— Mikrozensus (siehe auch dort) . . .	13
— Soziale Indikatoren . . .	21, 59, 105, 114, 118, 123
— Tafelberechnungen	14
— Volkszählungen	12, 114, 119
— Vorausschätzungen	12, 14, 123
— Wanderungsstatistik	14, 119
— Weltbevölkerungskonferenz	121
— 1%-Wohnungsstichproben	15
Bewilligungsstatistik	33
Bilanzstatistik	
— Aktiengesellschaften	25
— Gesellschaften mit beschränkter Haftung	25
— öffentliche Wirtschaftsunternehmen	25
— publizitätspflichtige Unternehmen	25
Bildungswesen	
— Abiturientenbefragung	42, 70, 71
— Aktualisierung	69
— Ausbildung und Erwerbstätigkeit	18, 43, 114
— Berufsbildungsbericht	43, 72
— Berufsbildungsgesetz	43, 69, 72
— Berufsbildungsstatistik	18, 43, 69, 72
— Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG), Statistik nach dem	43
— Dateien	41
— Harmonisierung der Bildungsstatistik (EG)	114
— Hochschulstatistik (siehe auch dort)	42, 69, 70
— Internationale Standard-Klassifikation für das Bildungswesen (ISCED)	96
— Lehrer- und Unterrichtserhebung	41
— Mikrozensus (siehe auch dort)	43
— Schulanlagen, Erhebung der	41
— Schulsport-Erhebung	41
— Schulstatistik (siehe auch dort)	41, 69
— Volks- und Berufszählung	43
Binnenhandel und Gastgewerbe	
— Gehalts- und Lohnstruktur-erhebungen	45, 113
— Gesamtsystem von Statistiken	34, 117
— Handels- und Gaststätten-zählung	19, 34
— Harmonisierung der Binnenhandelsstatistik (EG)	111
Binnenhandel und Gastgewerbe	
— Jahreserhebungen	34, 111
— Kombinationsstatistik	34
— Kostenstrukturstatistik	20, 26
— Kurzfristiges Berichtssystem	20, 34
— Personalkostenerhebungen	45, 113
— Verdienststatistiken	45, 113
— Warenverzeichnis für den Binnenhandel (WB)	93
Bodennutzungserhebungen	29, 61
Bodennutzungsgesetz, Novellierung	30
Buchführungsstatistik landwirtschaftlicher Betriebe	62, 116
Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) Statistik nach dem	43
Bundes-Datenschutzgesetz	10
Bundesinstitut für Bevölkerungs-forschung	15
Bundesmeldegesetz	10
Bundesrat	
— EntschlieÙung zur Einschränkung der Bundesstatistik	9
Bundesrechnungshof — Gutachten	8
D	
Dateien (Bildungswesen)	41
Datenbank (siehe Statistische Daten-bank)	
Datengewinnung aus automatisierten Verwaltungsunterlagen	9, 10, 16, 50
Datenschutz	10
Datenverarbeitung, elektronische	10, 77, 97, 115, 120
Diagnosenstatistik in Krankenhäusern	41
E	
Einheitswertstatistik	
— der gewerblichen Betriebe	23, 25
— des Grundbesitzes	22
Einkaufsmöglichkeiten und Einkaufsverhalten, Mikrozensus-Zusatzerhebung	14
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel	27
Einkommen	
— der Privaten Haushalte	46, 55
— aus unselbständiger Arbeit	44
— aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	46, 47, 54
Einkommensschichtungen	46, 47
Einkommensteuerstatistiken	47
Einkommensteuerveranlagung, maschinelle	47

Einkommensumverteilung	44, 46
Einkommens- und Verbrauchsstich-	
proben	47, 48, 113
Einkommensverteilung ...	44, 54, 108, 115
Einkommensverwendung	47, 54
Einwohnerwesen,	
Automation des ...	10, 13, 50, 59, 119
Elektronische Daten-	
verarbeitung	10, 77, 97, 115, 120
Energiestatistik (EG)	117
Ernteerhebungen	29
Erntevorausschätzungen	62
Erwerbskonzept	17
Erwerbstätigkeit	
— Ausbildung und Erwerbs-	
tätigkeit	18, 43, 114
— Berufsbildungsstatistik	18
— Beschäftigten- und Entgelt-	
statistik	16, 73, 76
— Frauen und Mütter	12, 17
— Harmonisierung der Erwerbstätig-	
keitsstatistik (EG)	113
— Mikrozensus (siehe auch dort) ...	17
— Personalstatistik im öffentlichen	
Dienst	17, 20, 75
— Stichprobenerhebung über Arbeits-	
kräfte (EG)	18, 114
— Volks- und Berufszählung	17
— Vorausschätzungen	14
Europäische Gemeinschaften,	
Statistisches Amt der ...	59, 105, 107
Europäisches System Volkswirtschaft-	
licher Gesamtrechnungen	
der EG (ESVG)	53, 57, 107, 115

F

Fachliche Unternehmens-	
teile	21, 26, 32, 63, 64, 66, 110
Filmwirtschaft, Statistik der	20, 35
Finanzen (öffentliche)	
— Finanzplanungsstatistik	37, 39
— Finanzstatistisches Gesetz,	
Novellierung	20, 37, 75
— Forschungsstatistik ..	44, 114, 117, 122
— Gemeindefinanzstatistik	37
— Harmonisierung der Finanzstatistik	
(EG)	114
— Haushaltsansatzstatistik	39
— Haushaltsreform, kommunale	37
— Haushaltssystematik	37, 97
— Haushaltsvergleich,	
internationaler	38, 114
— Hochschulfinanzstatistik .	38, 43, 70, 71

Finanzen (öffentliche)	
— Jahresrechnungsstatistik	38
— Kommunalfinanzen, Vierteljahres-	
statistik	38
— Personalstatistik im öffentlichen	
Dienst	17, 20, 37, 43, 75
— Schuldenstatistik	37, 39
— Sonderuntersuchungen	39
— Systematik zur Analyse und zum	
Vergleich der wissenschaftlichen	
Programme und Haushalte	
(NABS)	109
— Umlagesätze und Umlage-	
einnahmen, Statistik der	37
— Verpflichtungen, Statistik der	38
Fischereistatistik	63, 110
Forschungsstatistik ...	44, 114, 117, 122
Frascati-Handbuch	44, 122
Fremdenverkehr (siehe Reiseverkehr)	

G

Gastgewerbe (siehe Binnenhandel)	
Gebäude-, Wohnungs- und Arbeits-	
stättenzählung ...	8, 12, 15, 18, 24, 36
Gebietseinheiten	
— administrative	33, 50, 61
— nicht-	
administrative .	12, 18, 19, 33, 61, 68
Gebietsreform	49, 61
Geburten	14, 15
Geflügelfleischhygienegesetz,	
Statistik nach dem	63
Gehalts- und Lohnstruktur-	
erhebungen	43, 45, 113
Geheimhaltung	10
Gemeindefinanzstatistik	37
Gemeindestraßenstatistik	36
Gemeindeverzeichnis, alphabetisches .	96
Gesamtsystem demographischer und	
sozialer Daten	11, 20, 58, 105, 115, 118
Gesundheitswesen	
— Internationale Klassifikation der	
Krankheiten, Verletzungen und	
Todesursachen (ICD) ..	41, 96, 122
— Jugendarbeitsschutzgesetz,	
ärztliche Untersuchungen	41
— Krankenhauspatienten- und	
-diagnosenstatistik	41
— Mikrozensus (siehe auch dort) ...	41
— Morbiditätsstatistiken	40
— Müttersterblichkeit	41
— Multikausalanalyse	41
— Säuglingssterblichkeit	41

Gesundheitswesen	
— Schwangerschaftsabbrüche,	
Statistik der	41
GmbH-Abschlüsse, Statistik der	25
Grundstücke und Gebäude (Hoch-	
schulen), Erhebung über	70, 72
Güterkraftverkehr, grenzüber-	
schreitender	36, 112

H

Handel (siehe Außenhandel, Binnen-	
handel)	
Handels- und Gaststätten-	
zählungen	19, 34, 35
Handwerk, Produzierendes	63, 66
Handwerkszählung	19
Haushaltsansatzstatistik	39
Haushaltsreform, kommunale	37
Haushaltssystematik	37, 97
Haushaltsvergleich, internationaler.	38, 114
Hilfe zum Lebensunterhalt,	
Zusatzstatistik zur Sozialhilfe-	
statistik	40
Hilfe zur Pflege,	
Zusatzstatistik zur Sozialhilfe-	
statistik	40
Hochschulstatistik	42, 69, 70
— Abiturientenbefragung	42, 70, 71
— Ausschuß für die Hochschul-	
statistik	43, 71
— Dateien	41
— Datenbank	42, 70, 78
— Grundstücke und Gebäude,	
Erhebung über	70, 72
— Hochschulfinanzstatistik .	38, 43, 70, 71
— Hochschulstatistikgesetz	38, 42, 70
— Lehrveranstaltungen, Erhebung	
über	70, 71
— Personalerhebung	43, 70, 71
— Prüfungsstatistik	42, 70, 71
— Raumbestandsaufnahme .	43, 70, 71, 72
— Schnellmeldeverfahren	42, 71
— Studentenstatistik	42, 59, 70, 71
— Studienbewerber, Statistik der ..	43, 70
— Studiengangsschlüssel	95
— Studien- und Berufswünsche,	
Erhebung über	42, 71
— Systematische Gliederung von	
Fächergruppen und Studien-	
bereichen	95
— Verlaufsstatistiken	42
— Zentralstelle für die Vergabe von	
Studienplätzen (ZVS)	43, 71

Hochschulstatistik	
— Zulassungsquoten und	
-beschränkungen,	
Statistik der	43, 71

I

Indizes	24, 27, 112, 116
Industrie (siehe Produzierendes	
Gewerbe)	
Input-Output-	
Tabellen	22, 23, 52, 53, 57, 108
Internationale Organisationen	
— Brüsseler Zollrat	116, 123
— Donaukommission (CD)	123
— Europarat	105, 123
— Internationale Arbeitsorganisation	
(ILO)	121
— Internationaler Währungsfonds	
(IMF)	122
— Internationales Statistisches Institut	
(ISI)	105, 124
— Internationale Vereinigung zur	
Erforschung des Volks-	
einkommens (IARIW)	124
— Internationale Zivilluftfahrt-	
organisation (ICAO)	122
— Konferenz Afrikanischer Statistiker .	121
— Konferenz Europäischer	
Statistiker	105, 115, 121
— Organisation der Vereinten Nationen	
für Ernährung und Landwirt-	
schaft (FAO)	109, 122
— Organisation der Vereinten Nationen	
für Erziehung, Wissenschaft und	
Kultur (UNESCO)	122
— Organisation für wirtschaftliche	
Zusammenarbeit und	
Entwicklung (OECD) .	59, 105, 122
— Vereinte Nationen (UN) .	58, 105, 120
— Weltgesundheitsorganisation	
(WHO)	41, 122
— Wirtschaftskommission der	
Vereinten Nationen	
— für Afrika (ECA)	121
— für Asien und den Pazifik	
(ESCAP)	121
— für Europa (ECE)	105, 115
— Zentralkommission für die	
Rheinschifffahrt (ZKR)	123
Investitionen	23, 55, 65
— für Umweltschutz	34, 68
Investitionserhebungen	32, 65

J

Jahresabschlüsse (siehe Bilanzstatistik)	
Jahresrechnungsstatistik (Finanzen) ..	38
Jugendarbeitsschutzgesetz, ärztliche Untersuchungen	41
Jugendhilfestatistik	40

K

Kapitalgesellschaften, Statistik der	25
Kaufkraftparitäten	27, 108, 112
Kaufkraftvergleich, internationaler	115
Kaufpreissammlung für landwirtschaftliche Betriebe und Stückländereien	30
Kaufwerte für landwirtschaftlichen Grundbesitz, Statistik der durchschnittlichen	30
Körperliche, geistige und seelische Behinderung von Kindern, Mikrozensus-Zusatzerhebung	14
Körperschaftsteuerstatistik	47
Kombinationsstatistik	34
Kommunalfinanzen (Vierteljahresstatistik)	38
Kostenstrukturerhebungen	
— jährliche	19, 25, 32, 63, 64, 66, 67
— vierjährliche	
— Handel und Gastgewerbe ...	20, 26
— Industrie	26, 32
— Verkehr	20
Kraftfahrzeugfahrleistungen, Statistik des Personenverkehrs und der ...	8, 36
Krankenhauspatienten- und -diagnosenstatistik	41
Krankheiten und Unfälle, Mikrozensus-Zusatzerhebung ...	14, 41
Kriegsopferfürsorge, Statistik der	40

L

Lagerstatistiken	23
Landwirtschaft	
— Agrarbericht- erstattung ..	21, 28, 47, 61, 63, 109
— Agrarstrukturerhebung (EG)	29, 61, 62, 109
— Arbeitskräfteerhebung in der Forstwirtschaft	19, 110
— Arbeitskräfteerhebung in der Landwirtschaft	19, 61, 116
— Bodennutzungsgesetz, Novellierung	30
— Bodennutzungs- und Ernte- erhebungen	29, 61
— Buchführungsstatistik	62, 116

Landwirtschaft

— Einheitswertstatistik des Grundbesitzes	22
— Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel	27
— Erntevorausschätzungen	62
— Fischereistatistik	63, 110
— Geflügelfleischhygienegesetz, Statistik nach dem	63
— Harmonisierung der Landwirtschaftsstatistiken (EG)	109
— Kaufpreissammlung für landwirtschaftliche Betriebe und Stückländereien	30
— Kaufwerte für landwirtschaftlichen Grundbesitz, Statistik der	30
— Landwirtschafts- zählung .	19, 22, 29, 43, 47, 61, 109
— Obstanbaustatistik	30, 62, 110
— Obsterntestatistik	30, 62
— Pflanzliche Erzeugung	30, 61, 62
— Produktionsgrundlagen	22, 61
— Tierische Erzeugung	30, 61, 110
— Umweltstatistik in Viehhaltungen	33, 63, 67
— Verdienststatistiken	45, 113
— Verkaufspreise, landwirtschaftliche .	27
— Viehzählungen	30, 61, 62
— Weinbaukataster	30, 110
— Weltagrarzensus	109, 116
Länderberichte	51
Länderkurzberichte	51
Lehrer- und Unterrichtserhebung	41
Lehrveranstaltungen (Hochschulen), Erhebung über	70, 71
Löhne und Gehälter	
— Gehalts- und Lohnstruktur- erhebungen	43, 45, 113
— Harmonisierung der Lohn- und Gehaltsstatistiken (EG)	113
— Personalkostenerhebungen	45, 113
— Verdienste in Industrie und Handel	45, 113
— Verdienste in der Landwirtschaft	45, 113
Lohnsteuerstatistik	47

M

Material- und Wareneingangs- erhebung	33
Meldewesen, Gesetz über das	10
Mikrozensus	12, 13, 16, 17, 18
— Mikrozensus-Grund- programm ...	13, 35, 41, 43, 47, 48

Mikrozensus

- Mikrozensus-Zusatzprogramme
 - Krankheiten und Unfälle . 13, 14, 41
 - körperliche, geistige und seelische Behinderung von Kindern 14, 40
 - Urlaubs- und Erholungsreisen 14, 34
 - Ausbildungsabsichten der Eltern für ihre Kinder . . . 14, 43
 - berufliche Mobilität der Frauen . 14
 - Einkaufsmöglichkeiten und Einkaufsverhalten 14
- Morbiditätsstatistik 40
- Müttersterblichkeit 41
- Multikausalanalyse 41

N

- Nichtadministrative Gebiets-einheiten 12, 18, 19, 33, 61, 68
- Nummern, Nummerung 10, 21, 66, 88

O

- Obstanbaustatistik 30, 62, 110
- Obsterntestatistik 30, 62
- Öffentliche Finanzen (siehe Finanzen)
- Öffentliche Sozialleistungen (siehe So-zialleistungen)
- Öffentlicher Dienst,
 - Personal 17, 20, 37, 43, 75
- Öffentliche Wirtschaftsunternehmen,
 - Statistik der Abschlüsse 25
- Organisation der Statistik 9, 96

P

- Pendler 16
- Personalerhebung (Hoch-schulen) 43, 70, 71
- Personalkostenerhebungen 45, 113
- Personalstatistik im öffentlichen Dienst 17, 20, 37, 43, 75
- Personalstrukturserhebung (Jugend-hilfe) 40
- Personalwechselstatistik (öffentlicher Dienst) 20, 76, 77
- Personenkennzeichen,
 - allgemeines 10, 13, 59
- Personenverkehr und Kraftfahrzeug-fahrleistungen, Statistiken 8, 36
- Preise
 - Baupreise 27
 - Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel 27

Preise

- Harmonisierung der Preisstatistik (EG) 27, 112
- Indizes 24, 27, 112, 116
- Kaufkraftparitäten 27, 108, 112
- Preisstatistik, Ausbau der 24, 27
- Verbrauchergeldparitäten 27, 112
- Verbraucherpreise 27, 112
- Verkaufspreise, landwirtschaftliche . 27
- Pressestatistik 20, 35
- Privater Verbrauch 47, 108
- Privathaushalte
 - Einkommen 46, 55
 - Einkommensverwendung und Verbrauch 47, 55
 - Vermögen 48
 - Vorausschätzung 15
- Produktionsergebnisse,
 - Statistiken der 21, 23
- Produktionsfaktoren,
 - Statistiken der 22, 52, 54, 61
- Produktionsgrundlagen,
 - Statistiken der 21, 61
- Produktionsstatistik
 - industrielle 32, 64, 65, 66, 111
 - landwirtschaftliche 30, 62
- Produktionsvorgänge,
 - Statistiken der 21, 23
- Produzierendes Gewerbe
 - Auftragsbestandsstatistik 32
 - Auftragseingangsstatistik 32
 - Baugewerbe 66
 - Fachliche Unternehmens-teile 21, 26, 32, 63, 64, 66, 110
 - Gehalts- und Lohnstruktur-erhebungen 45, 113
 - Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe . . . 31, 63
 - Handwerkszählung 19
 - Harmonisierung der Industrie-statistik (EG) 110
 - Investitionserhebungen 23, 32, 65
 - Jahresehebungen 32, 64, 65, 110
 - Kostenstruktur-statistik . . . 19, 25, 32, 63, 64, 66, 67
 - Kurzfristiges Berichts-system 19, 31, 64, 65, 66
 - Material- und Wareneingangs-erhebung 33
 - Örtliche Einheiten 31, 64
 - Personalkostenerhebungen 45, 113
 - Produktionsstatistik 32, 64, 65, 66, 111
 - Produzierendes Handwerk 63, 66

Produzierendes Gewerbe

- Systematik für das Produzierende Gewerbe (SYPRO) 32, 66, 89
- Unternehmerhebungen 32, 65
- Unternehmens- und Betriebskartei 10, 19, 21, 32, 63, 66
- Verdienststatistiken 45, 113
- Vorratsbestände 23
- Zensen 19, 32, 64
- Prüfungsstatistik (Hochschulen) 42, 70, 71

Q

- Querschnittsveröffentlichungen 11, 82

R

- Raubbestandserhebung (Hochschulen) 43, 70, 71, 72
- Rechtsgrundlagen 85, 127
- Regionalstatistik 49, 115, 120
 - Datenangebot 50
 - Datenbankprogramm 49, 77
 - Datenbedarf 49
- Gebietseinheiten
 - administrative 33, 50, 61
 - nichtadministrative 12, 18, 19, 33, 61, 68
- Gebietsreform 49, 61
- Gliederungssystem, kleinräumliches 49
- Schätzungen 50
- Rehabilitationsstatistik 40
- Reiseverkehrsstatistiken 34, 111, 117, 123

S

- Säuglingssterblichkeit 41
- Schulanlagen, Erhebung der 41
- Schulsport-Erhebung 41
- Schulstatistik 41, 69
 - Dateien 41
 - Datenbank 78
 - Neuregelung 41, 69
 - Schnellmeldesystem 42, 69
 - Vorschul- und Schulbereich, Erhebungen im 69
- Schuldenstatistik (öffentlicher Bereich) 37, 39
- Schwangerschaftsabbrüche, Statistik der 41
- Soziale Indikatoren 21, 58, 59, 105, 114, 118, 123
- Sozialhilfe (siehe Sozialleistungen)

Sozialleistungen

- Behinderten- und Rehabilitationsstatistik 40
- Jugendhilfestatistik 40
- Personalstrukturhebung in der Jugendhilfe 40
- Sozialkonten 39, 46, 114
- Zusatzstatistiken auf dem Gebiet der Sozialhilfe, der Kriegsofopferfürsorge und der Jugendhilfe 40
- Spezifizierungsrichtlinien 9, 97, 98
- Statistische Datenbank 11, 77
 - Auslandsstatistisches Programm 78
 - Auswertungs- und Analysesystem 80
 - Konjunkturstatistisches Programm 78, 79
 - Programm Daten für Bildungsplanung und -politik 42, 70, 78
 - Programm Langer Reihen 78, 79
 - Regionalstatistisches Programm 49, 77
- Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften (SAEG) 59, 105, 107
- Sterbetafeln 14
- Steuern
 - Einheitswertstatistik
 - der gewerblichen Betriebe 23, 25
 - des Grundbesitzes 22
 - Einkommensteuerstatistik 47
 - Körperschaftsteuerstatistik 47
 - Lohnsteuerstatistik 47
 - Umsatzsteuerstatistik 24
 - Vermögensteuerstatistik 48
- Stichprobenerhebung über Arbeitskräfte (EG) 18, 114
- Straßengüterfernverkehr, gewerblicher 36
- Straßengüternahverkehr 36
- Straßengütertransporte, Stichprobenerhebung über die innerstaatlichen (EG) 36, 112
- Straßenverkehrsunfallstatistik 36, 112, 123
- Studentenstatistik 42, 59, 70, 71
- Studienberechtigte, wehr- und zivildienstleistende (siehe Abiturientenbefragung)
- Studienbewerber, Statistik der 43, 70
- Studien- und Berufswünsche, Erhebung über 42, 71
- Systematiken
 - Allgemeine Systematik der Wirtschaftszweige in den Europäischen Gemeinschaften (NACE) 88, 108
 - Alphabetisches Verzeichnis der Betriebs- u. ä. Benennungen 89
 - Alphabetisches Gemeindeverzeichnis 96

Systematiken	
— Berufsgruppenkatalog	76, 95
— Brüsseler Zolltarifschema (BZT)	93, 109, 116
— Deutscher Gebrauchsolltarif . . .	26, 92
— Einheitliches Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik (NST)	109
— Gemeinsamer Zolltarif der Europäischen Gemeinschaften (GZT) 91, 109	
— Gemeinsames Verzeichnis der industriellen Produktion (NIPRO) 91, 109	
— Harmonisiertes System für die Bezeichnung und Codierung der Waren im internationalen Handel (HS)	27, 91, 92, 116, 123
— Haushaltssystematik (Finanzstatistik)	37, 97
— Internationale Klassifikation der Krankheiten, Verletzungen und Todesursachen (ICD) . .	41, 96, 122
— Internationale Standard-Klassifikation der Berufe (ISCO)	121
— Internationale Standard-Klassifikation für das Bildungswesen (ISCED)	96
— Internationales Warenverzeichnis für den Außenhandel (SITC) — UN	92, 116
— Internationales Warenverzeichnis für den Außenhandel (CST)—EG .	109
— Internationale Systematik aller Waren und Dienstleistungen (ICGS)	92, 116, 119
— Internationale Systematik der Wirtschaftszweige (ISIC)	88, 116
— Klassifizierung der Berufe	95
— Schlüsselverzeichnis für die Angaben zur Tätigkeit in den Versicherungsnachweisen	95
— Standard International Trade Classification (SITC)	92, 116
— Studiengangsschlüssel	95
— Systematik der Bauwerke	33, 93
— Systematik der Produktionsbereiche (SIO)	90
— Systematik der Wirtschaftszweige	63, 88
— Systematik des Material- und Wareneingangs im Produzierenden Gewerbe	94
— Systematik für das Produzierende Gewerbe (SYPRO)	32, 66, 89
— Systematik für Umweltstatistiken (SYUM)	89

Systematiken	
— Systematik zur Analyse und zum Vergleich der wissenschaftlichen Programme und Haushalte (NABS)	109
— Systematische Gliederung von Fächergruppen und Studienbereichen	95
— Verzeichnis der Wirtschaftszweige für die Statistik der Bundesanstalt für Arbeit (WS)	90
— Warenverzeichnis für den Binnenhandel (WB)	93
— Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (WA)	91, 93
— Warenverzeichnis für die Industriestatistik (WI)	90
— Warenverzeichnis für die Statistik des Außenhandels der Gemeinschaft und des Handels zwischen ihren Mitgliedstaaten (NIMEXE)	26, 91, 108, 111

T

Tafelberechnungen	14
Tagungsvorschau	103
Terminplanung	9, 97, 98
Todesursachen, Multikausalanalyse der	41

U

Umlagesätze und Umlageeinnahmen, Statistik der	37
Umsatzsteuerstatistik	24
Umweltstatistiken	33, 63, 67, 114, 120
Unfälle bei der Lagerung und beim Transport wassergefährdender Stoffe, Statistik der	33, 68
Unterhaltskonzept	17
Unternehmenserhebungen	32, 65
Unternehmens- und Betriebskartei	10, 19, 21, 32, 63, 66
Unternehmensteile, fachliche	21, 26, 32, 63, 64, 66, 110
Unternehmenszusammenschlüsse	22
Urlaubs- und Erholungsreisen, Mikrozensus-Zusatzerhebung	14, 34

V

Viehzählungen	30, 61, 62
Verbrauchergeldparitäten	27, 112
Verbraucherpreisstatistik	27, 112
Verdienststatistiken	45, 113

Ständige Gastmitglieder:

- | | |
|--|--|
| Dr. Schwartz
Bundesverband der Deutschen
Industrie e.V. (Persönliche Anschrift:
Verband der Chemischen Industrie e.V.,
6 Frankfurt am Main, Karlstraße 21,
Tel. (0611) 230771) | 5000 Köln 51
Oberländer Ufer 84—88
Tel. (0221) 37081 |
| Rechtsanwalt Dr. Brandi
Bundesverband der freien Berufe | 4000 Düsseldorf
Hohenzollernstraße 27/29
Tel. (0211) 359249 |
| Dipl.-Volksw. Caprasse
Ständige Konferenz der Hauptgeschäfts-
führer der Verbände des Verkehrs | 5000 Köln 1
Kamekestraße 37—39
Tel. (0221) 523194 |
| Dipl.-Volksw. Nienhaus
Gesamtverband gemeinnütziger
Wohnungsunternehmen e.V. | 5000 Köln 1
Bismarckstraße 7
Tel. (0221) 523181 |

Gewerkschaften

- | | |
|---|--|
| Dr. Markmann
Dr. Glastetter
Wirtschafts- und Sozialwissenschaft-
liches Institut des Deutschen Gewerk-
schaftsbundes GmbH (WSI) | 4000 Düsseldorf
Hans-Böckler-Straße 39
Tel. (0211) 434527 |
| Dipl.-Volksw. Tantzscher
Deutsche Angestellten-Gewerkschaft | 2000 Hamburg 36
Karl-Muck-Platz 1
Tel. (040) 349151 |
- Ständiges Gastmitglied:**
- | | |
|--|--|
| Dr. Hülten
Deutscher Beamtenbund | 5300 Bonn-Bad Godesberg
Dreizehnmorgenweg 36
Tel. (02221) 376971—75 |
|--|--|

Landwirtschaft

- | | |
|---|--|
| Dr. Fratzscher
Verband der Landwirtschaftskammern | 5300 Bonn-Bad Godesberg
Kölner Straße 142—148
Tel. (02221) 375066 |
| Dr. Geißendörfer
Deutscher Bauernverband e.V. | 5300 Bonn-Bad Godesberg
Kölner Straße 142—148
Tel. (02221) 376955 |

Wirtschaftswissenschaftliche Forschungsinstitute

- | | |
|---|---|
| Prof. Dr. Schmahl
HWWA-Institut für Wirtschafts-
forschung Hamburg | 2000 Hamburg 36
Neuer Jungfernstieg 21
Tel. (040) 351071 |
|---|---|

Prof. Dr. Krengel
Deutsches Institut für Wirtschafts-
forschung (Institut für Konjunktur-
forschung)

1000 Berlin 33
Königin-Luise-Straße 5
Tel. (030) 82911

Weitere ständige Gastmitglieder:

Prof. Dr. Schwenzner
Präsidialausschuß Marktforschung beim
Rationalisierungskuratorium der
Deutschen Wirtschaft (RKW)
(Persönliche Anschrift: Gesellschaft
für Marktforschung mbH,
2 Hamburg 53-Osdorf, Langeloh-
straße 134, Tel. (040) 802011)

6000 Frankfurt am Main 9
RKW-Hochhaus
Gutleutstraße 163—167
Postfach 1939
Tel. (0611) 230451

Dipl.-Volksw. Heim
Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates
(Statistische Abteilung)

5000 Köln 51
Marienburger Straße 8
Tel. (0221) 372041

Ltd. Min. Rat Dr. Bellmann
Ministerium für Kultus, Bildung und
Sport des Saarlandes

6600 Saarbrücken
Saarruferstraße 30—32
Tel. (0681) 5031

Verkaufspreise, landwirtschaftliche ...	27	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	
Verkehr		— Sozialkonten	39, 46, 108
— Beschäftigte	20	— Sozialproduktsberechnung	52, 54
— Gemeindestraßenstatistik	36	— Staatssektor	39, 55, 117
— Güterkraftverkehr, grenzüberschreitender	36, 112	— System der Vereinten Nationen (SNA)	57, 108, 115, 122
— Harmonisierung der Verkehrsstatistiken (EG)	112	— Vermögen ...	22, 49, 52, 54, 55, 56, 115
— Kostenstrukturhebung	20	— Vierteljahres-	
— Personenverkehr und Kraftfahrzeugleistungen, Statistiken ...	8, 36	— ergebnisse	52, 54, 57, 122
— Straßengüterfernverkehr, gewerblicher	36	— Vorräte	22, 54
— Straßengüternahverkehr	36	— Weiterentwicklung	52
— Straßengütertransporte, Stichprobenerhebung über die innerstaatlichen (EG)	36, 112	— Wohlstandsuntersuchungen	56
— Verkehrsunfallstatistik ...	36, 112, 123	Volkszählun-	
— Werkfernverkehr	36	— gen ...	12, 16, 17, 18, 43, 47, 114, 119
— Zensus	35	Vorausschätzungen	12, 14, 62, 123
Vermögen			
— Gesamtwirtschaftliche Vermögensrechnung	22, 49, 52, 56, 115		
— Sachvermögen	22, 54		
— Vermögensbildung	48, 55, 115		
— Vermögen privater Haushalte ...	48, 115		
— Vermögensteuerstatistik	48		
— Vermögensverteilung	48		
Veröffentlichungen	81		
Verpflichtungen, Statistik der	38		
Versorgungsempfängerstatistik ..	20, 75, 77		
Verwaltungsunterlagen, Datengewinnung aus automatisierten .	9, 10, 16, 50		
Volkswirtschaftliche Gesamt-			
rechnungen	21, 75, 105		
— Einkommen	46, 52, 54, 108		
— Einkommensschichtungen	47		
— Europäisches System (ESVG) der EG ...	53, 57, 107, 115		
— Input-Output-			
Tabellen ...	22, 23, 52, 53, 57, 108		
— Investitionen	23, 53, 55		
— Kapitalstock	52, 115		
— Privater Verbrauch	47, 108		
— Produktionsfaktoren	22, 54		
— Regional-			
ergebnisse ...	49, 52, 58, 108, 115		
— Revision	53, 56, 57		

W

Wanderungsstatistik	14, 119
Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung, Statistiken der	33, 67
Wareneingangserhebung	33
Weinbaukataster	30, 110
Weiterverarbeitung von statistischen Ergebnissen	11
Weltagrarzensus	109, 116
Weltbevölkerungskonferenz	121
Weltkonferenz zum Internationalen Jahr der Frau	121
Werkfernverkehr	36
Wirtschaftseinheiten	21, 117
Wirtschaftsrechnungen, laufende ..	47, 113
Wirtschaftsstatistiken	21, 24, 115
Wissenschaft (siehe Forschung)	
Wohlstandsuntersuchungen	56
Wohnungssch-	
proben	12, 13, 15, 36, 37, 47, 48
Wohnungszählungen	12, 15, 36, 120

Z

Zeitreihenanalyse	11, 23
Zensen (siehe bei den einzelnen Bereichen)	
Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS)	43, 71
Zulassungsquoten und -beschränkungen, Statistik der	43, 71

Notizen

Notizen

Notizen

Organisationsplan

Allgemeine Verbindung zum Rat der Sachverständigen für Umweltfragen
Geschäftsführer: LRD Dr. Hüttner 21 77

*) s. Zweigstelle Berlin

